



bpb: Informationen

zur politischen Bildung / izpb

354

Soziale Ungleichheit

1/2023



Inhalt



4



15



11



28



35

Was ist soziale Ungleichheit?

Konzeptionelle Perspektiven

Definition sozialer Ungleichheiten	5
Verteilungs- und Chancenungleichheit	6
Dimensionen sozialer Ungleichheit	6
Legitimation sozialer Ungleichheit: Ungleichheit und Gerechtigkeit	8
Erfahrungen von Ungleichheit	10

Zuweisungskriterien zu gesellschaftlichen Positionen

Zugeschriebene Kriterien	12
Warum sind diese Kriterien so wirkmächtig?	15
Das Zusammenwirken von Zuweisungskriterien	17

Soziale Herkunft und Bildung

Faktoren zur Erklärung sozialer Ungleichheit	19
Schulsysteme und Bildung nach der Schule	24

Erwerbsarbeit, Berufe und soziale Ungleichheit

Erwerbsarbeit und soziale Ungleichheit	30
Berufe und soziale Ungleichheit	32
Aktuelle Herausforderungen	35

Einkommens- und Vermögensungleichheit

38

Was verstehen wir unter Einkommen und Vermögen?	39
Erklärungen für Einkommens- und Vermögensungleichheiten	41
Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheiten in Deutschland	42
Exkurs: Einkommensungleichheit und Armut	45
Fazit	46

Struktur sozialer Ungleichheit

48

Soziale Klassen	50
Sozialer Status	52
Soziale Schichten	54
Soziale Milieus	54
Soziale Lagen	55
Ausblick: die Strukturen sozialer Ungleichheit	56

Folgen sozialer Ungleichheit

58

Entscheidet der Geldbeutel über Krankheit und Gesundheit?	58
Gleich und gleich gesellt sich gern ...?	60

Zu diesem Heft



73



50

„Jeder ist seines Glückes Schmied!“ – diesem geflügelten Wort wohnt der Glaube inne, dass jeder Mensch, wenn er nur will, das eigene Leben in die Hand nehmen und vom Tellerwäscher zum Millionär werden kann. Doch die Erkenntnisse des sechsten Armut- und Reichtumsberichts der Bundesregierung von 2021 erzählen eine ganz andere Geschichte: Die Wahrscheinlichkeit, dass in Armut lebende Menschen auch fünf Jahre später immer noch arm sind, ist seit den 1980er-Jahren von 40 auf 70 Prozent gestiegen. Soziale Ungleichheit hat sich in Deutschland verstetigt.

Viele Menschen verbinden mit dem Begriff „soziale Ungleichheit“ krasse Gegensätze, etwa reiche Industrienationen im Kontrast zu den ärmeren Ländern des Globalen Südens oder reiche Villenbesitzer im Kontrast zu Obdachlosen. Dabei schlägt sich Ungleichheit in vielen verschiedenen Bereichen nieder, mal mehr und mal weniger stark ausgeprägt. Neben Vermögensungleichheit zählt auch Chancenungleichheit dazu.

Immer dann, wenn Ressourcen wie Geld oder Eigentum und Lebensbedingungen wie Gesundheit oder soziale Kontakte ungleich verteilt sind, wird von sozialer Ungleichheit gesprochen. Dabei bedingt das jeweilige Gesellschaftssystem diese Ungleichheit, und die Ungleichheit beeinflusst die Gesellschaft dann wiederum wechselseitig, da sie Einfluss auf die Lebenschancen aller in der Gesellschaft lebenden Menschen nimmt. So hängen beispielsweise Gesundheit und Lebenserwartung vom Einkommen ab, und die Herkunft einer Person beeinflusst auch ihren beruflichen Werdegang.

Die Merkmale Geschlecht, Ethnie und soziale Herkunft haben von Geburt an einen großen Einfluss auf die Lebenschancen eines Menschen, da sie als „Zuweisungskriterien“ zu gesellschaftlichen Positionen fungieren. So kann von der sozialen Herkunft abhängen, ob ein Mensch im Laufe seines Lebens studieren wird. Das Geschlecht hat einen großen Einfluss darauf, ob eine Person in Teil- oder Vollzeit arbeitet, und die Hautfarbe eines Kindes kann dessen Schullaufbahn beeinflussen.

Bildung ist ein wichtiger Hebel, um soziale Ungleichheit zu bekämpfen und soziale Aufstiege zu ermöglichen. Schulabschlüsse bestimmen in Deutschland maßgeblich darüber, wer später in welchen Berufen arbeitet und wer welches Gehalt bekommt. Ohne Bildungsaufstiege würden Ungleichheiten immer wieder, von Generation zu Generation, reproduziert werden. Menschen mit gut verdienenden Eltern werden mit großer Wahrscheinlichkeit später ebenfalls gut verdienen; Kinder, deren Eltern im Niedriglohnsektor ihr Geld verdienen, arbeiten als Erwachsene auch eher in diesem. Ein inklusives Schulsystem kann helfen, dieser Reproduktion von Ungleichheit entgegenzuwirken.

Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto mehr scheint ihr Zusammenhalt gefährdet. Eine Politik, die dazu beiträgt, soziale Ungleichheit langfristig abzubauen und beispielsweise in Bildungsprogramme investiert, stärkt letztlich die gesamte Gesellschaft.

Laura Gerken

Sag mir, woher Du kommst, und ich sag Dir, was Du magst?	62
Macht Geld glücklich?	65
Gesamtgesellschaftliche Auswirkungen sozialer Ungleichheit	65
Internationale Trends der sozialen Ungleichheit	68
Einkommensungleichheit innerhalb von Ländern	68
Ungleichheit in globaler Perspektive	69
Gesamtgesellschaftliche Folgen steigender Ungleichheit	71
Weiterführende Literatur	74
Onlineangebote	74
Bildnachweise	75
Die Autorinnen und Autoren	75
Impressum	75

Olaf Groh-Samberg / Corinna Kleinert / Dirk Konietzka

Was ist soziale Ungleichheit? Konzeptionelle Perspektiven

Ungleichheit prägt jede Gesellschaft. Sie drückt sich in Verteilungsungleichheiten aus, etwa von Einkommen und Vermögen, aber auch in Chancenungleichheiten – etwa der Chance auf ein langes Leben.



Soziale Ungleichheit durchzieht Gesellschaften auf vielfältige Weise, in ihrer extremen Form kann sie Parallelwelten mit krassen sozialen Gegensätzen erzeugen, Berlin-Mitte 2019.

„Soziale Ungleichheit“ ist ein weiterer Begriff, der sich auf verschiedene Aspekte bezieht. Bei sozialer Ungleichheit denken wir vielleicht zunächst an extreme soziale Gegensätze wie reiche Menschen in ihren Luxusvillen und die Armut von Obdachlosen, an offenkundige Diskriminierungen aufgrund der Hautfarbe oder an die krassen globalen Gegensätze zwischen akutem Hunger in Ländern des Globalen Südens und dem Reichtum und Überfluss in vielen Industriestaaten, darunter auch Deutschland.

Diese Gegensätze weisen auf die **trennende Gewalt** von Ungleichheiten hin, die geradezu Parallelwelten erzeugen können, in denen das Leben jeweils vollkommen anders ist. Dennoch sind die scheinbar voneinander abgekoppelten Welten eng miteinander verbunden, insofern sie letztlich in denselben gesellschaftlichen Verhältnissen wurzeln und die Armut und Benachteiligung der einen möglicherweise gar eine Folge des Reichtums und der Privilegien der anderen ist.

Aber soziale Ungleichheiten können sich auch in weniger krassen Unterschieden äußern. Sie durchziehen Gesellschaften in allen Bereichen auf vielfältige Weise. Auch in einem reichen Land wie Deutschland äußern sich beispielsweise die Einkommensungleichheiten in ungleichen Lebenserwartungen: Menschen mit weniger Einkommen sterben früher als Menschen mit hohen Einkommen; die Bildung der Eltern prägt die Bildungschancen Heranwachsender und damit ihr späteres Lebenseinkommen gravierend; das Risiko einer längerfristigen Arbeitslosigkeit unterscheidet sich massiv nach der beruflichen Position; Heiraten und Freundschaften sind unter Personen mit ähnlichem sozialen Status weitaus häufiger als über Statusgrenzen hinweg – diese Liste ließe sich lange fortsetzen (siehe S. 58 ff.).

Soziale Ungleichheiten wirken in modernen Wohlfahrtsgesellschaften (also in vergleichsweise reichen, demokratischen

Gesellschaften mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft und einem Wohlfahrtsstaat, wie etwa Deutschland) grundsätzlich nach den **Gesetzen der Wahrscheinlichkeit**: Niemand wird aufgrund seiner Geburt dazu gezwungen, eine bestimmte Position in der Gesellschaft einzunehmen; niemandem ist es grundsätzlich verboten, zu Reichtum zu gelangen; jeder Mensch hat theoretisch die Möglichkeit, gefeierter Star oder Kanzler:in zu werden. Gleichwohl sind die **Chancen** darauf, im Leben bestimmte soziale Positionen zu erreichen, ungleich verteilt, etwa in Abhängigkeit von der sozialen und ethnischen Herkunft (siehe S. 13), aber auch abhängig von Ereignissen, die im Verlauf des Lebens eintreten können, und von Entscheidungen, die Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt treffen und die sich manchmal im Nachhinein als Weichenstellungen entpuppen, die nur schwer zu revidieren sind.

Definition sozialer Ungleichheiten

Aber was sind überhaupt „soziale Ungleichheiten“? In der Soziologie – der „Wissenschaft von der Gesellschaft“ – wird von sozialen Ungleichheiten dann gesprochen, wenn (nach der Definition des Soziologen Reinhard Kreckel) „die Möglichkeiten des Zugangs zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern und/oder zu sozialen Positionen, die mit ungleichen Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind, dauerhafte Einschränkungen erfahren und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigt bzw. begünstigt werden“. Als „allgemein erstrebenswerte Güter“ gelten dabei Einkommen und Vermögen, aber auch Bildung und Wissen oder Ansehen und Status (z. B. eines Arztes im Vergleich zu einer Reinigungskraft).

Die **ungleiche Verteilung** von erstrebenswerten Gütern wird gemeinhin als „Verteilungsungleichheit“ bezeichnet. In der Ungleichheitsforschung spielen daneben auch „soziale Positionen, die mit ungleichen Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind“, eine zentrale Rolle. Hier geht es um soziale Beziehungen, in die ein Herrschaftsgefälle eingebaut ist. Darunter sind beispielsweise die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in Betrieben zu verstehen, aber auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern in patriarchalischen Gesellschaften, in denen Ehemännern herrschaftliche Rechte gegenüber ihren Ehefrauen zugesprochen werden.

Nicht alle Verteilungsungleichheiten begründen soziale Ungleichheiten. Zwei weitere Kriterien, die in der Definition genannt werden, sind dafür entscheidend: Erstens muss es sich um **„allgemein erstrebenswerte Güter“** handeln. Was dabei als „erstrebenswert“ gilt, kann sich von Gesellschaft zu Gesellschaft und zwischen verschiedenen Zeiten unterscheiden (z. B. Ackerland oder die Weisheit hohen Alters in früheren Zeiten, Geldvermögen und Expertenwissen heute). Die entsprechenden Güter sind in der Regel knapp und müssen von vielen Menschen (aber nicht von jeder einzelnen Person) begehrte werden, um als „allgemein erstrebenswert“ zu gelten. Sie sind insofern auch ein Spiegel von gesellschaftlichen Werten und Normen, die definieren, was in einer bestimmten Gesellschaft als erstrebenswert gilt.

Zweitens müssen die Ungleichheiten **von Dauer** sein, also in irgendeiner Form in den Institutionen einer Gesellschaft (also etwa der Wirtschaftsordnung, der Familie, der Bildungspolitik, ...) verankert sein. Eine Lotterie schafft beispielsweise auch Ungleichheiten, diese sind aber nicht von Dauer, sondern das Ergebnis einer einmaligen Verlosung (wobei der Losgewinn auch



Was allgemein erstrebenswerte Güter sind, unterscheidet sich voneinander in verschiedenen Zeiten und Gesellschaften. Früher war dies z. B. Ackerland (o.), heute ist es Expertenwissen wie hier in Form der Wirtschaftsweisen (M.) und Vermögen, hier in Form von Aktien (u.).

investiert werden und damit dauerhafte Erträge abwerfen kann). Soziale Ungleichheiten ähneln einer Lotterie, in der die Gewinnchancen auf Dauer ungleich unter den Teilnehmenden verteilt sind: Einige gewinnen immer wieder oder mehr, andere verlieren immer wieder oder erhalten weniger. So hängen die (laufenden) Einkommen auf dem Arbeitsmarkt von der (dauerhaften) beruflichen Position ab; Vermögensgewinne lassen sich bei großen Startvermögen leichter erzielen als bei geringen; neues Wissen lässt sich leichter erlernen, wenn eine Person bereits über breite Grundkompetenzen verfügt – Privilegien wie Benachteiligungen erhalten oder vermehren sich also über den Lebensverlauf hinweg.

Jedoch bieten moderne Wohlfahrtsgesellschaften immer wieder auch Gelegenheiten, in denen die Lose zumindest teilweise neu gemischt werden können: So sind immer auch soziale Auf- oder Abstiege möglich, beispielsweise durch persönliche Anstrengungen und Leistungen, durch glückliche oder falsche Entscheidungen, durch Erkrankungen und Schicksalsschläge oder einfach durch Zufall und Glück.

Verteilungs- und Chancenungleichheit

Soziale Ungleichheit lässt sich aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Die zuvor genannte Definition betrachtet eine Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt (im „Querschnitt“) und nimmt dabei die ungleichen Verteilungen von Ressourcen oder Positionen in den Blick. Soziale Ungleichheit lässt sich aber auch (wie im vorigen Beispiel) ausgehend von den Lebensverläufen von Menschen (im „Längsschnitt“) betrachten: Wie kommen Menschen im Laufe ihres Lebens zu „allgemein begehrten Ressourcen oder Positionen“? Dabei geht es dann um die ungleichen Lebenschancen (Chancenungleichheiten) von Menschen.

Verteilungs- und Chancenungleichheit müssen klar unterschieden werden: Die **Verteilungsungleichheit** zeigt, wie die Ressourcen oder Positionen zu einem bestimmten Zeitpunkt verteilt sind: Wie ungleich oder gleich sind zum Beispiel Einkommen und Vermögen, Bildungsabschlüsse und berufliche Positionen, Wohnraum und Gesundheit in der Bevölkerung verteilt? Diese Verteilungsungleichheit oder Ungleichheitsstruktur wird vor allem von der politischen und ökonomischen Verfasstheit einer Gesellschaft bestimmt. So beeinflusst beispielsweise das Steuerrecht in hohem Maße das Ausmaß der Einkommens- und Vermögensungleichheit einer Gesellschaft. Mit **Chancenungleichheit** ist dagegen die ungleiche Verteilung der Chancen von einzelnen Menschen gemeint, jeweils bestimmte Positionen in dieser Verteilungs- oder Ungleichheitsstruktur zu besetzen. Hier geht es also um die Chancen, etwa Bildung zu erwerben, beruflich aufzusteigen, in Führungspositionen zu gelangen oder Vermögen anzsparen zu können.

Die Beziehung zwischen der Verteilungs- und der Chancenungleichheit ist kompliziert. Häufig wird argumentiert, dass die Chancenungleichheit viel wichtiger ist als die Verteilungsungleichheit, weil es nicht darauf ankomme, wie groß der Unterschied zwischen Arm und Reich in einer Gesellschaft ist, sondern allein darauf, wie groß die Chancen sind, arm oder reich werden zu können. Rein theoretisch ist vorstellbar, dass auch in einer strukturell sehr ungleichen Gesellschaft eine sehr hohe Chancengleichheit realisiert wird. Auch hier ist die Lotterie ein gutes Beispiel: Die Verteilungsungleichheit entspricht der „Preisstruktur“ einer Lotterie: Wie viele Preise und wie viele Nieten gibt es, wie groß ist der erste Preis im Vergleich zum zweiten und allen weiteren Preisen? In einer Tombola sind die Preise relativ gleicher verteilt als bei einer „Winner-Takes-All“-Lotterie. Unabhängig davon sind jedoch die Chancen, einen Preis zu gewinnen, in jeder Lotterie per Definition exakt gleich für alle Teilnehmenden. Es herrscht also perfekte Chancengleichheit bei sehr hoher oder gar maximaler Verteilungsungleichheit.

Auf moderne Gesellschaften lässt sich dieses Modell aber nicht übertragen, weil – wie oben bereits angemerkt – die Chancen eines Individuums, eine bestimmte Position in der Gesellschaft (z. B. einen angesehenen Beruf oder ein hohes Einkommen) zu erreichen, stark von seiner Ausgangsposition (also seiner sozialen Herkunft, der sozialen Stellung der Eltern) abhängt. Die Idee, gleiche Startchancen von Individuen in einer strukturell ungleichen Gesellschaft zu ermöglichen, ist aus ungleichheitssoziologischer Sicht weitgehend utopisch. Gleichwohl drückt die insbesondere in den USA häufig gebrauchte Redewendung „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ die Auffassung aus, dass sich große ökonomische Ungleichheiten (zwischen Tellerwäscher:in und Millionär:in) mit einer hohen Chancengleichheit vereinbaren lassen – weil alles nur von der individuellen Leistung und dem Aufstiegswillen abhänge. Dahinter steht der Glaube an die „Meritokratie“ (die „Herrschaft

der Leistung“), also der Glaube, dass es vor allem von der persönlichen Leistungsbereitschaft der Menschen abhängt, ob sie gesellschaftlich erfolgreich sind.

Die jüngere Forschung hat diesen Glauben in vielen wichtigen Punkten als einen „Mythos der Meritokratie“ widerlegt. So zeigt sich auch im Vergleich von Ländern, dass Verteilungs- und Chancengleichheit keineswegs unabhängig voneinander sind, sondern hohe Einkommensungleichheit in der Regel mit geringer Einkommensmobilität zwischen den Generationen einhergeht. Die USA bilden mit ihrer hohen Einkommensungleichheit hier keine Ausnahme, denn die Einkommensmobilität zwischen den Generationen ist vergleichsweise gering. Eine der zentralen Forschungsfragen im Bereich der sozialen Ungleichheit ist dennoch genau die Frage, wie stark künftige soziale Positionen (und damit die Lebenschancen) von Individuen von ihrer aktuellen oder früheren sozialen Position abhängen und in welchem Maß sich diese Zusammenhänge im Lauf der Zeit zum Guten oder Schlechten verändert haben.

Dimensionen sozialer Ungleichheit

Soziale Ungleichheiten lassen sich in vielen verschiedenen Dimensionen beobachten und sind damit insgesamt ein multidimensionales Phänomen. In der Ungleichheitsforschung existieren verschiedene Ansätze einer Sortierung von Ungleichheitsdimensionen. Zum Beispiel werden materielle (Einkommen, Vermögen, Wohnen), kulturelle (Bildung, Ethnizität), soziale (Netzwerke, familiale Lebensformen) und subjektive (Gesundheit, Selbstwirksamkeit) Dimensionen unterschieden. Allerdings fehlt es an einer allgemein akzeptierten Systematisierung. Wir folgen daher hier einer einfachen, grundlegenden Unterscheidung zwischen materiell-ökonomischen und sozial-kulturellen Dimensionen.

Materiell-ökonomische Dimensionen

Zu den wichtigsten Dimensionen sozialer Ungleichheit in modernen Wohlfahrtsgesellschaften zählen drei zentrale Merkmale: Bildung, Beruf und Einkommen. Die herausragende Bedeutung dieser drei Dimensionen ergibt sich daraus, dass Berufe die wichtigste Einkommensquelle für die große Mehrheit der Bevölkerung sind und gleichzeitig die beruflichen Positionen in hohem Maße von der erworbenen Bildung abhängen (siehe S. 18 ff. und S. 28 ff.). Zugleich sind Bildung und Beruf relativ dauerhafte Merkmale im Leben der Menschen. Sie bestimmen daher auch die längerfristigen Einkommenschancen. Daraus ergibt sich bereits eine Grundstruktur sozialer Ungleichheiten in modernen Marktgemeinschaften im Sinne von „Großgruppen“ (sozialen Klassen, Schichten oder Lagen), die sich entlang dieser drei Dimensionen systematisch voneinander unterscheiden (siehe S. 48 ff.).

Zu den materiellen Dimensionen gehört neben dem Einkommen insbesondere das Vermögen, das in verschiedenen Formen wie zum Beispiel Wohneigentum, Aktienbesitz und Geldvermögen oder Unternehmensbesitz vorliegen kann (siehe S. 38 ff.). Während Einkommen eine veränderliche Größe ist, die fortlaufend erwirtschaftet werden muss, ist Vermögen eine Bestandsgröße, die sich durch rentable Anlagen oder Investitionen quasi von selbst vermehren kann und/oder Einkommen aus Vermögen generiert.

Über die letzten Jahrzehnte hat das Gewicht von Vermögen im Verhältnis zum Einkommen kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Wie der französische Ökonom Thomas Piketty er-

rechnet hat, beträgt das gesamte private Vermögen in der Bundesrepublik heute mehr als das Vierfache des jährlichen Volkseinkommens (also der Summe aller Jahreseinkommen aller Menschen in Deutschland). Anders gesagt: Für das, was die privaten Vermögensbesitzenden in Deutschland „auf der hohen Kante“ haben, müssten alle Menschen in Deutschland vier Jahre lang „schuften“, ohne einen Cent davon ausgeben zu dürfen.

Dieses Verhältnis von Vermögen und Einkommen war zuletzt am Vorabend des Ersten Weltkriegs gegeben (damals sogar mehr als das Sechsfache), während nach dem Zweiten Weltkrieg, und damit nach den großen Entwertungen und Vernichtungen von Vermögen durch Hyperinflation und Krieg in den 1930er- und 1940er-Jahren, dieser Faktor bei etwa dem Zweifachen lag. Da sich Vermögen nur langsam aufbaut und über Generationen vererbt wird, äußert sich in den Vermögensungleichheiten in besonderer Weise die Macht der Vergangenheit über die Zukunft, also auch die Macht der aktuellen Verteilungsungleichheit über die künftigen Lebenschancen von Individuen.

Sozial-kulturelle Dimensionen

Zu den nicht-materiellen Dimensionen sozialer Ungleichheit zählen unter anderem Gesundheit und soziale Netzwerke. Während Bildung und Beruf wichtige Quellen materieller Ungleichheiten darstellen, sind Gesundheit und soziale Netzwerke sowohl Folgen als auch Ursachen materieller Ungleichheiten und tragen damit erheblich zur Reproduktion und Verfestigung sozialer Ungleichheiten bei. So ist die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in hohem Maße abhängig von den materiellen Lebensbedingungen im Elternhaus – aber auch vom Bildungsniveau der Eltern. Dies hängt mit den finanziellen Kosten (beispielsweise für gesunde Ernährung), aber auch mit Unterschieden im Gesundheitsverhalten (beispielsweise Rauchen, das Verhältnis zu Sport) zusammen. Gesundheitliche Probleme können schon in der Schule zu geringeren Bildungserfolgen führen, was im späteren Leben wiederum das Risiko erhöht, in Berufen mit hohen gesundheitlichen Belastungen zu arbeiten.

In ähnlicher Weise verstärken soziale Netzwerke (darunter ist in der Soziologie der Freundes- und Bekanntenkreis einer Person zu verstehen und nicht die „sozialen Medien“) häufig soziale Ungleichheiten. Dem Prinzip der „sozialen Homophilie“ („Gleich und Gleich gesellt sich gern“) entsprechend bilden sich Freundschaften und Bekanntschaften entlang sozial gleicher Gruppen, und Personen heiraten häufig „statusgemäß“. Dadurch zirkuliert relevantes Wissen – beispielsweise über berufliche Karrieremöglichkeiten, über ertragreiche Vermögensanlagen, über gesunde Ernährung, über Rechtsfragen, über die Möglichkeiten des Bildungssystems – vorrangig in den Netzwerken privilegierter Personen, während umgekehrt in den sozialen Netzwerken benachteiligter sozialer Gruppen wenig Ressourcen vorhanden sind, mit denen diese sich wechselseitig unterstützen können.

Soziale Netzwerke, aber auch Arbeitsplätze und Schulen besitzen dabei auch eine räumliche Komponente: Sie befinden sich in bestimmten Stadtvierteln, Nachbarschaften oder Dörfern. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sich hier oftmals Personen und Familien mit ähnlichen Ressourcenausstattungen konzentrieren – dies wird als sozialräumliche Segregation bezeichnet.

Diese wenigen Beispiele machen deutlich, dass sich soziale Ungleichheiten in vielfältigen Dimensionen oder Lebensbereichen äußern und sich auf jeweils unterschiedliche Weise wechselseitig bedingen können. Dies wird unter dem Begriff der „Kumulation“ von Benachteiligungen und Privilegierungen

thematisiert. Kumulationen ergeben sich sowohl in einer Querschnitts-Perspektive über verschiedene Lebensbereiche oder Ungleichheitsdimensionen hinweg als auch in einer zeitlichen Perspektive als kumulative Benachteiligung oder Privilegierung über den Lebensverlauf hinweg.

Neben den materiellen und sozialen Dimensionen von Ungleichheit spielen auch symbolische oder kulturelle Dimensionen eine zentrale Rolle. Hier geht es um zwei unterschiedliche Aspekte: Zum einen haben die bereits genannten materiellen und sozialen Ungleichheitsdimensionen immer auch eine symbolisch-kulturelle Seite, die sich in der sozialen Anerkennung und Wertschätzung – oder umgekehrt der Geringschätzung oder Diskriminierung – äußert, die Menschen aufgrund ihrer sozialen Positionen erfahren. So unterscheiden sich beispielsweise Berufe nicht nur in ihren Einkommenschancen und ihrer sozialen Absicherung, sondern auch in ihrem gesellschaftlichen Ansehen (siehe S. 48 ff.).

Ebenso haben akademische Bildungsabschlüsse ein hohes Ansehen, das sich auf die gesamte Person überträgt: Wer einen Doktortitel im Pass eingetragen hat, wird bei einer Polizeikontrolle vielleicht mit mehr Respekt behandelt als Personen ohne einen solchen Titel. Luxuskonsumgüter wie teure Autos oder teurer Schmuck definieren sich geradezu darüber, dass sie durch ihre kostspieligen Preise einen hohen Status – also die Zugehörigkeit zu einer exklusiven sozialen Gruppe – signalisieren. So erzeugen sie über ihren Gebrauchswert hinaus eine Befriedigung bei ihren Konsument:innen.

Zum anderen lassen sich Ansehen und Wertschätzung auch als ganz eigene Dimensionen sozialer Ungleichheit begreifen. Der soziologische Grundbegriff hierfür ist der soziale Status.



Durch sozialräumliche Segregation wohnen viele Menschen mit ähnlichen Ressourcen in denselben Stadtvierteln. Im Treppenviertel in Hamburg-Blankenese befinden sich viele Villen (August 2022), während im Hamburger Stadtteil Lohbrügge viele Menschen eng an eng in einer Plattenbau-Siedlung wohnen (November 2016).

Dieser bemisst sich an der gesellschaftlichen Anerkennung, die Personen aufgrund ihrer sozialen Position (z. B. ihres Einkommens und Vermögens, ihres Berufs) erhalten.

Sozialer Status ist oftmals auch mit Eigenschaften verknüpft, die einzelne Personen überhaupt nicht erwerben oder verändern können, sondern die ihnen von außen „zugeschrieben“ werden (sog. askriptive Merkmale): Hierzu zählen insbesondere das Geschlecht, die Hautfarbe und die ethnische Herkunft, aber auch körperliche Beeinträchtigungen, sexuelle Orientierungen oder das Alter (siehe S. 11 ff.). Insbesondere Ungleichheiten nach Geschlecht und nach Hautfarbe oder ethnischer Herkunft verdeutlichen, wie wirkmächtig gesellschaftliche Normen bei der Herstellung von Ungleichheit sind: Sie basieren auf gesellschaftlich tief verwurzelten Rollenzuschreibungen bis hin zu sexistischen und rassistischen Stereotypen. Weil sie zudem an leicht erkennbare Merkmale wie beispielsweise Hautfarbe und/oder sekundäre Geschlechtsmerkmale geknüpft sind, können sie kaum verborgen und jederzeit aktiviert werden.

Legitimation sozialer Ungleichheit: Ungleichheit und Gerechtigkeit

Um dauerhaft bestehen zu können, müssen soziale Ungleichheiten akzeptiert und legitimiert werden. Legitimationen sind Begründungen oder Erzählungen, die plausibel machen, warum es soziale Ungleichheiten gibt und warum diese sogar „gerecht“ sein können. Damit ist bereits gesagt: Keineswegs alle Ungleichheiten sind per se ungerecht. Im Gegenteil: Wenn alle Menschen einen identischen Stundenlohn oder alle Schüler:innen den gleichen Schulabschluss erhalten würden, würde diese Ergebnis- oder Verteilungsgleichheit von vielen als „ungerecht“ empfunden werden. Sie widerspricht dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, der wohl wichtigsten Legitimation von Ungleichheiten in modernen Gesellschaften.

Dieses Prinzip besagt, dass Leistung belohnt werden soll, und als Leistungen zählen in modernen Gesellschaften vor allem Anstrengung, Fleiß und Intelligenz. Und nicht nur das: Eine gleiche Entlohnung oder Bewertung von ungleichen Leistungen würde nicht nur dem Gerechtigkeitsprinzip widersprechen, sondern auch dafür kritisiert werden, dass damit Leistungsanreize verloren gehen könnten. Ungleichheit kann also aus bestimmten Perspektiven nicht nur als gerecht, sondern auch als „funktional“, das heißt als wichtig für das Funktionieren moderner Gesellschaften, angesehen werden.

Eine der schwierigsten und zugleich wichtigsten Fragen politischer Gestaltung von Gesellschaften bleibt daher die Frage: Wann sind Ungleichheiten gerecht und/oder funktional,

und wann sind Ungleichheiten ungerecht und/oder „dysfunktional“? Tatsächlich bestätigen unzählige Umfragen der vergangenen Jahre, dass eine deutliche Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland der Aussage zustimmt, dass „die sozialen Ungleichheiten in Deutschland zu groß sind“ (siehe S. 48 ff.). Auch namhafte Ökonomen:innen, wie etwa der britische Ungleichheitsforscher Anthony Atkinson (1944–2017), sind davon überzeugt. Gleichwohl gibt es, wie auch Atkinson beklagte, keine allgemein akzeptierten Kriterien, um gerechte von ungerechter Ungleichheit zu trennen. In Bezug auf Einkommensungleichheit lassen sich aber zumindest drei wichtige Kriterien nennen: das Rawls-Kriterium, Leistungsgerechtigkeit plus Chancengleichheit und Marktgleichgewicht.

Das Rawls-Kriterium

Nach dem US-amerikanischen Philosophen John Rawls ist eine der wirkmächtigsten Legitimationen sogar von steigenden ökonomischen Ungleichheiten ihr wachstumsstimulierender Effekt, der dazu führt, dass selbst die relativ gesehen ärmsten Bevölkerungsschichten eine absolute Steigerung ihres Lebensstandards erfahren. Dies war über Jahrhunderte das Muster kapitalistischen Wachstums und ist es in Ländern wie China oder Indien auch heute noch: Während die Einkommensungleichheiten rasant zunehmen, steigt das Realeinkommen auch der ärmsten Bevölkerungsgruppen Jahr für Jahr an. Im wiedervereinigten Deutschland gilt dieser Zusammenhang allerdings nicht (mehr): Die steigende Einkommensungleichheit geht einher mit einem absoluten Rückgang der Realeinkommen der ärmsten 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung (siehe S. 38 ff.).

Leistungsgerechtigkeit plus Chancengleichheit

Der Glaube an das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit ist Umfrageergebnissen zufolge in Europa ungebrochen – er scheint sogar parallel zur Einkommensungleichheit noch gestiegen zu sein. Ebenso bedeutsam ist aber das Prinzip der Chancengleichheit. Beide Prinzipien lassen sich jedoch nur unter sehr spezifischen Bedingungen miteinander vereinbaren, wie folgendes Gedankenexperiment verdeutlicht: Das Prinzip der Chancengleichheit verlangt, dass alle Menschen die gleichen Startchancen oder Ausgangsbedingungen besitzen. Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit verlangt, dass das Einkommen, das sie im Laufe ihres Lebens erzielen, den Leistungen entspricht, die sie erbracht haben. Für eine Generation funktioniert die Vereinbarkeit von Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit perfekt. Für die Kinder dieser ersten Generation sind die Ausgangsbedingungen jedoch bereits ungleich.

Diesen Ungleichheiten könnte – etwa durch ein „kompassatorisches“ Erziehungs- und Bildungssystem, das mehr in die Bildungschancen benachteiligter Schichten investiert als in die Förderung privilegierter Kinder – in gewissem Umfang entgegengewirkt werden. Wenn dies gelänge und es im Bildungssystem zu leistungsgerechten Aufstiegen, aber ebenso auch Abstiegen käme, ließen sich Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit tatsächlich auch generationenübergreifend miteinander versöhnen.

Die Verteilungsgleichheit in dieser fiktiven Gesellschaft würde allerdings vermutlich auf einem vergleichsweise geringen Niveau verharren (vielleicht in etwa auf dem Niveau, das in Schweden oder Dänemark über viele Jahrzehnte existiert hat – heute ist sie bereits deutlich höher). In Deutschland ist (wie in den meisten anderen Ländern der OECD und sogar der Welt) nicht nur die Einkommensungleichheit über die vergangenen Jahrzehnte deutlich gestiegen, sondern es gibt auch



Ein Bildungssystem, das mehr in die Bildungschancen benachteiligter Schichten investiert, kann Ungleichheiten entgegenwirken.



John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit

[...] John Rawls lebte von 1921 bis 2002 und war ein Philosoph und Professor an der Harvard University. In seinem Buch „Theory of Justice“ beschäftigte er sich mit der Frage, wie man eine Gesellschaft gerecht aufbauen könne. Sein Buch gilt als eines der einflussreichsten und wichtigsten Werke in der Philosophie. [...]

In seinem Werk versucht Rawls deutlich zu machen, dass individuelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit in einer modernen Gesellschaft gleich wichtig sind.

Für Rawls war Gerechtigkeit gleich Fairness. So suchte er nach Gerechtigkeitsprinzipien, auf denen eine gerechte Gesellschaft aufgebaut werden kann. Dazu entwickelte er ein sehr interessantes Gedankenexperiment.

Rawls geht davon aus, dass sich freie und gleiche Menschen freiwillig auf Regeln einigen, die vertraglich vereinbart werden. Diese gelten dann für alle. Theoretisch gesehen wird hier also ein Gesellschaftsvertrag geschlossen.

Weiter hat laut Rawls eine Gesellschaft die Aufgabe, Interessenharmonie zu fördern und Konflikte zu beseitigen beziehungsweise zu vermeiden. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist Gerechtigkeit notwendig. Ihm ging es darum, eine geordnete Gesellschaft zu schaffen, in der die Menschen nach ihrer Befähigung ihren Platz im System erhalten. Mit Befähigung sind die individuellen Fähigkeiten und Verhältnisse gemeint.

Dabei ist zu beachten, dass Regeln gefunden werden müssen, die für alle fair sind und welche jeder Mensch akzeptiert. Aber wie genau funktioniert nun dieses Gedankenexperiment?

Es geht um eine Entscheidungssituation, bei der die Teilnehmenden eine Gesellschaftsform aussuchen sollen, in der sie selbst leben wollen. Die Teilnehmenden handeln dabei aus Eigeninteresse und treffen die Wahl ganz rational. Diese Situation nennt Rawls *original position*. Übersetzt wird diese als Urzustand bezeichnet.

Durch die Entscheidung, welche die Menschen in dieser Situation treffen, werden die Gerechtigkeitsgrundsätze bestimmt.

Wichtig hierbei ist, dass die Teilnehmenden nicht wissen, welche Position sie selbst später in dieser von ihnen gewählten Gesellschaftsform haben werden. Dieses Unwissen über den eigenen späteren Zustand, wie Talente, Begabung, körperliche Ausstattung und die Position im System, bezeichnet man als Schleier des Nichtwissens (*veil of ignorance*).

Der Schleier des Nichtwissens ist die Situation, in der niemand seine Stellung, Klasse, Körperschaft und seinen Status in der Gesellschaft kennt. Ebenso die besonderen psychologischen Neigungen werden hier mit einbezogen.

Daraus folgt also, dass die Gesellschaftsgrundsätze aus dem Schleier des Nichtwissens resultieren.

Bei diesem Gedankenexperiment ist der Schleier des Nichtwissens deswegen so bedeutend, da niemand sich selbst bevorzugen soll. Alle befinden sich in derselben Lage und können sich daher keine Grundsätze ausdenken, die ihn oder sie bevorzugen. Die Grundsätze, die sich daraus ergeben, sind das Ergebnis einer fairen Verhandlung.

Die Fairness wird durch den Schleier des Nichtwissens erzeugt.

Nach Rawls bilden nur zwei Gerechtigkeitsprinzipien die Struktur einer gerechten Gesellschaft. Das erste Prinzip nannte er *Principle of Equal Liberty*. Das zweite Prinzip nannte er *Difference Principle*.

Es gibt nach Rawls also:

- das Gleichheitsprinzip (*principle of equal liberty*) und
- das Differenzprinzip (*difference principle*). [...]

Das Gleichheitsprinzip lautet: Jede Person soll ein gleiches Recht auf das umfassendste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten haben, das mit einem entsprechenden System der Freiheit für alle vereinbart ist.

Aber was genau bedeutet das nun? Grundlage dieses Prinzips sind Freiheiten jeder Person – unsere Grundfreiheiten und die Grundrechte der Menschen. Grundrechte sind unter anderem die Meinungsfreiheit, das allgemeine Persönlichkeitssrecht, die Kunstfreiheit und die Versammlungsfreiheit. Diese Grundfreiheiten sollen dabei für alle Menschen möglichst gleich und gleich umfangreich sein. [...]

Das Differenzprinzip lautet wie folgt: Soziale und ökonomische Ungleichheiten sollen so beschaffen sein, dass sie zum größten Vorteil der am schlechtesten Gestellten sind und an Ämter und Stellungen geknüpft sind, die allen offen stehen unter Bedingungen fairer Chancengleichheit.

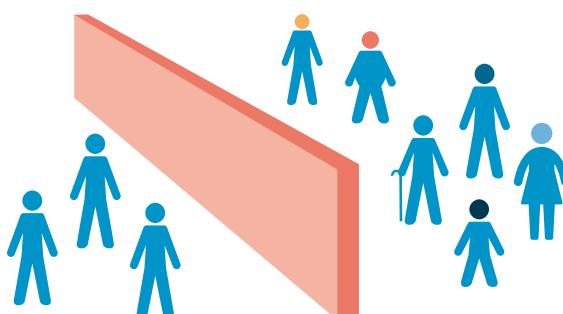
Bei diesem Prinzip geht es um die Güterverteilung und die Chancengleichheit. Laut Rawls sind Unterschiede gerechtfertigt, wenn sie zum Vorteil des Schwächsten sind. Dieser Grundsatz ist auch als Maximin-Regel bekannt. [...]

Das bedeutet also, die Version einer Gesellschaft, bei der eine*ein Obdachlose*r von einer unterschiedlichen Güterverteilung profitiert, ist besser als die Version der Gesellschaft, in der die Unterschiede zwar nicht so groß sind und die Güterverteilung ziemlich gleich ist, es hier aber dem*der Schwächsten schlechter geht.

Rawls unterstützt außerdem die Chancengleichheit bei der Verteilung von Ämtern und anderen gesellschaftlichen Positionen. Alle Menschen sollen die genau gleiche Chance haben, ein bestimmtes Amt oder eine bestimmte Stellung zu bekommen.

Bei den Prinzipien ist allerdings zu beachten, dass das Gleichheitsprinzip (*principle of equal liberty*) Vorrang vor dem Differenzprinzip (*difference principle*) hat. Damit ist gemeint, dass Grundfreiheiten für eine andere Freiheit eingeschränkt werden dürfen, aber nicht für Güter. Das Differenzprinzip darf nicht auf Kosten des Gleichheitsprinzips durchgesetzt werden. [...]

Study Smarter. Online: <https://www.studysmarter.de/schule/wirtschaft/rechtslehre/gerechtigkeitsgrundsaeze/>



Rawls' Schleier des Nichtwissens, nach einer Vorlage von Philosophyink (CC BY-SA 4.0), https://de.wikipedia.org/wiki/Schleier_des_Nichtwissens

sehr große Chancenungleichheiten im Bildungssystem, die dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit eindeutig widersprechen (siehe S. 18 ff.). Die Realität der Bundesrepublik Deutschland ist also recht weit entfernt vom idealen Zustand einer fiktiven Gesellschaft, in der gerechte Leistungsungleichheiten mit Chancengleichheit koexistieren.

Marktgleichgewicht

Ein letztes Argument der Legitimierung von Ungleichheiten verweist schlicht auf den Markt. Die neoklassische Lehre, die noch heute den Mainstream der Wirtschaftswissenschaft bildet – und insbesondere ihre neoliberalen Zuspitzung –, besagt, dass der Markt das effizienteste und effektivste System der leistungsgerechten Zuweisung von Entlohnungen bildet. Hier sind alle Ungleichheiten, die aus Marktprozessen resultieren, per se „gerecht“. Die entscheidende Annahme dabei ist, dass es kein anderes System, erst Recht keinen Akteur (wie den Staat oder Wissenschaftler:innen) geben kann, der oder die besser als der Markt beurteilen könnten, welche Leistungen gerecht entlohnt wurden und welche nicht.

Dieser (fast schon religiöse) Glaube an die „Weisheit“ des Marktes hat auch dazu geführt, dass Einkommensungleichheiten in der (vorherrschenden) Ökonomie lange Zeit kein ernstzunehmendes Forschungsthema darstellten. Erst seit den 1980er-Jahren haben auch Ökonominnen begonnen – und dies mit beachtlichem Erfolg – die weltweiten Tendenzen gestiegener nationaler Einkommensungleichheiten zu dokumentieren sowie zu analysieren und sie auch ursächlich mit den Auswirkungen der neoliberalen Gesellschaftsreformen in Verbindung zu bringen. So haben insbesondere der Rückgang der tariflichen Regulierung von Arbeitsmärkten und die Senkungen von Einkommens- und Vermögenssteuern als Kernbestandteile der neoliberalen Reformen zu einer Erhöhung der Einkommensungleichheiten in vielen Ländern beigetragen.

Erfahrungen von Ungleichheit

Wie kommt es, dass selbst krasse soziale Ungleichheiten fortbestehen, die sich – nach allem, was mit wissenschaftlichen Methoden darüber gesagt werden könnte – durch keine der gängigen Legitimationen rechtfertigen lassen? Warum ist die Existenz sozialer Ungleichheiten so immun gegen ihre Kritik als Ungerechtigkeit? Eine mögliche Antwort auf diese Frage ergibt sich aus dem Versuch, sich zu vergegenwärtigen, wie soziale Ungleichheiten erfahren und wann sie als „ungerecht“ wahrgenommen werden.

Ein wesentlicher Bestandteil sozialer Ungleichheiten ist ihre Tendenz, sich auch in räumlichen und lebensweltlichen Trennungen niederzuschlagen. Arme und reiche Haushalte finden sich selten Tür an Tür in denselben Stadtteilen. Kinder aus Akademiker- und Nicht-Akademikerfamilien besuchen eher selten dieselben Schulen oder Vereine, und wenn doch, formen sich Freundschaften häufig entlang sozialer Ungleichheiten. Manager:innen und Produktionsarbeiter:innen gehen selten zusammen Mittag essen. Menschen aus ungleichen sozialen Positionen kommen also in ihrem Alltag – in Familie und Verwandtschaft, in Nachbarschaft und Freizeit, in Bildungseinrichtungen und der Arbeitswelt, in Vereinen und Ehrenämtern – seltener miteinander in informellen Kontakt als mit ihresgleichen.

Die Einschränkung „informeller“ Kontakt ist wichtig: Tatsächlich gibt es häufige Kontakte zwischen Personen aus sozial



Menschen aus ungleichen sozialen Positionen kommen seltener in informellen Kontakt, daher bestehen Freundeskreise meist aus Personen mit ähnlichen Lebenswelten.

ungleichen Positionen, die aber im Rahmen von formellen Rolleninteraktionen stattfinden: zwischen Dienstleister:innen und Kund:innen, zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, zwischen Kindern und Lehrer:innen. Im Rahmen solcher formellen Rolleninteraktionen kommt es aber nicht zu den sozialen Vergleichsprozessen, um die es im Folgenden geht.

Soziale Ungleichheiten werden im Alltag der Menschen durch „soziale Vergleiche“ wahrgenommen und bewertet. In Situationen beispielsweise, in denen wir mit unbekannten Personen zusammentreffen, „scannen“ wir diese nach ihrem Aussehen, Auftreten, ihrer Art zu sprechen, dem Anspruch auf Aufmerksamkeit, den sie erheben, und wir registrieren, wie andere auf sie reagieren. Neben der Einschätzung und Bewertung der Persönlichkeit spielt dabei auch ihr sozialer Status eine Rolle. Der „Referenzgruppentheorie“ entsprechend vergleichen wir uns selbst vor allem mit Menschen, von denen wir glauben, dass sie einen ähnlichen oder auch leicht höheren sozialen Status haben als wir selbst. Gegenüber Personen mit deutlich niedrigerem Status besteht in der Regel eine Distanzierung, die sich mitunter in Mitleid oder auch in Abscheu ausdrücken kann. Gegenüber deutlich statushöheren Personen gibt es zuweilen auch ein distanziertes Verhältnis, das von einer (moralisch gefärbten) Abgrenzung gegenüber „Bonzen“ bis hin zu Gleichgültigkeit („das ist nichts für mich“) reichen kann. Umgekehrt gibt es häufig auch eine heimliche bis offene Bewunderung, Idealisierung und Identifizierung, die sich gern in purer Neugier für das Leben der *High Society* tarnt.

Das eigentliche Terrain des sozialen Vergleichs sind jedoch Personen, die uns selbst recht ähnlich sind. Hier achten wir empfindlich auf Ungerechtigkeiten und ahnden oder bemerken selbst feine Ungerechtigkeiten. Der Grund hierfür könnte sein, dass uns die „Leistungen“ dieser Menschen und die Maßstäbe der Bewertungen ihres Tuns vertraut sind. Das ist nicht der Fall bei Menschen, die in sehr unähnlichen – weitaus privilegierteren oder benachteiligteren – Welten leben, mit denen wir nicht oder nur selten in Kontakt kommen und über die wir uns häufig nur aus Medien ein Bild machen können.

Wenn sich soziale Ungleichheiten in einer Gesellschaft also in einer starken Segregation sozialer Statusgruppen ausdrücken, soziale Vergleichsprozesse aber überwiegend in der eigenen Statusgruppe stattfinden, gerät die „Ungerechtigkeit“ der Ungleichheit gleichsam außerhalb des Erfahrungshorizonts – sie wird unsichtbar. Die „trennende Gewalt“ von Ungleichheiten, die eingangs erwähnt wurde, erweist sich also möglicherweise nicht nur als extremste Erscheinung von Ungleichheit, sondern zugleich als Existenzgrundlage sozialer Ungleichheiten – auch der vielfältigen und weniger krassen sozialen Ungleichheiten, die unsere Gesellschaft durchziehen.



Jede Gesellschaft wird durch ihre Sozialstruktur geordnet. In Industrienationen wie Deutschland geschieht dies durch berufliche Positionen, die mit unterschiedlichen Lohnstufen und unterschiedlichem Ansehen einhergehen. Blick auf die Dresdener Augustusbrücke im September 2022

Reinhard Pollak / Corinna Kleinert / Kathrin Leuze

Zuweisungskriterien zu gesellschaftlichen Positionen

Schon mit der Geburt werden Menschen bestimmte Merkmale zugeschrieben, etwa was Geschlecht, Klasse und Ethnie angeht. Diese Merkmale beeinflussen ihre Lebenschancen in hohem und komplexem Maße.

Jede Gesellschaft, egal zu welcher Epoche und in welchen Regionen, wird durch ihre Sozialstruktur „geordnet“. Im alten Ägypten zum Beispiel beruhte die Ordnung der Gesellschaft auf religiösen Ämtern und Ämtern im Staatswesen, im Mittelalter prägte das Lehnswesen die gesellschaftliche Ordnung. In der heutigen Zeit ist die Sozialstruktur in Deutschland und den meisten industrialisierten Ländern durch berufliche Positionen bestimmt (siehe S. 28 ff.). Diese beruflichen Positionen spiegeln einerseits die Arbeitsteilung in einer Gesellschaft wider: Es gibt etwa berufliche Positionen für Krankenpfleger:innen, Richter:innen, Beschäftigte bei der Müllabfuhr, Manager:innen in großen Unternehmen oder Zuarbeiter:innen am Fließband. Andererseits haben diese beruflichen Positionen ein jeweils

unterschiedliches Ansehen, die Positionen sind unterschiedlich attraktiv und sie werden unterschiedlich entlohnt. Ärzt:innen werden besser bezahlt als Krankenpfleger:innen, Richter:innen erhalten einen höheren Lohn als Zuarbeiter:innen am Fließband.

Zur Attraktivität einer beruflichen Position gehören neben dem Einkommen auch andere wichtige Aspekte wie die Arbeitsbedingungen im Betrieb, die Arbeitszeiten, die Arbeitsplatzsicherheit oder die Möglichkeit zur Weiterbildung. Solche Positionen „gibt“ es in der Gesellschaft unabhängig davon, welche Person die Position gerade besetzt. Beispielsweise wollte Angela Merkel 2021 nicht mehr als Bundeskanzlerin antreten. Die Position des Bundeskanzlers gibt es aber weiterhin und sie

wurde nach der Bundestagswahl 2021 von Olaf Scholz besetzt. Wie kommen Menschen aber in bestimmte Ämter oder berufliche Positionen, sei es Bundeskanzler, Ärztin, Kranfahrer oder Krankenschwester? Und wer kommt in welche Positionen?

Vereinfacht dargestellt gibt es zwei Hauptgründe, wie Personen in bestimmte berufliche Positionen gelangen: durch Leistung (englisch: *achievement*) oder durch Zuschreibung (englisch: *ascription*). Zählt die Leistung, wird diejenige Person für eine Position ausgesucht, die beispielsweise in einem Studium oder in einer Ausbildung die besten Noten erreicht hat (siehe S. 8). Zählt die Zuschreibung, wird die Position aufgrund einer Eigenschaft vergeben, die die Person selbst nicht (oder kaum) beeinflussen kann, der aber bestimmte Merkmale gesellschaftlich zugeschrieben werden. Zum Beispiel wurde nach dem Tod von Queen Elizabeth II. ihr Sohn Charles III. König des Vereinigten Königreichs, weil er durch Geburt der Thronfolger ist. Es wird nicht der bestmögliche Thronfolger im Rahmen eines Wettbewerbs gesucht, sondern derjenige, der als Thronfolger geboren wurde.

In früheren Jahrhunderten war das Kriterium der Zuschreibung von größerer Bedeutung, etwa im Römischen Reich oder im Feudalsystem des Mittelalters. In heutigen Gesellschaften – so zumindest deren Anspruch – hat das Leistungsprinzip das Zuschreibungsprinzip abgelöst. Dennoch haben zugeschriebene Kriterien wie Geschlecht, soziale Herkunft oder ethnische Herkunft weiterhin einen wichtigen Einfluss, wie die Befunde der Ungleichheitsforschung immer wieder eindeutig zeigen.

- Erstens können diese Kriterien bei gleicher oder ähnlicher Leistung als Auswahlkriterium herangezogen werden, etwa wenn Männer eher einen hochbezahlten Job bekommen als Frauen.
- Zweitens können die Kriterien wesentlich die „Leistung“ beeinflussen, etwa wenn Kinder aus vorteilhaften sozialen Herkunfts klassen im Durchschnitt viel bessere Schulabschlüsse erreichen als Kinder aus benachteiligten sozialen Herkunfts klassen (siehe S. 18 ff.).
- Drittens können zugeschriebene Merkmale anstelle von Leistung herangezogen werden. Da dies oft auch direkt diskriminierend ist, wird gegen solche Zuschreibungen häufig erfolgreich vor Gericht geklagt. Beispiele sind Altersgrenzen oder Vorgaben für Körpermaße.

Dass Zuschreibungen auch heute noch bedeutsam sind, mag nach Aussage des Anthropologen Ralph Linton (1893–1953), der diesen Begriff geprägt hat, daran liegen, dass das Zuschreibungsprinzip ein effizientes und kostengünstiges Mittel ist, um das Hereinwachsen von Menschen in bestimmte Positionen zu erleichtern, die es in einer hochgradig arbeitsteiligen organisierten Gesellschaft gibt. Außerdem ist das Zuschreibungsprinzip für soziale Gruppen nützlich, die ihre Macht oder Privilegien erhalten wollen.

Zugeschriebene Kriterien

Bereits mit der Geburt werden Kindern bestimmte Merkmale zugeschrieben. Sie werden einem Geschlecht zugeordnet, sind Teil eines Geburtsjahrgangs und werden in den kommenden Jahren stark geprägt durch die gesellschaftliche Position ihrer Eltern. So haben die soziale Herkunft, die Staatsbürgerschaft, ein Migrationshintergrund, die Religionszugehörigkeit oder der Ort, an dem die Eltern leben, einen Einfluss auf

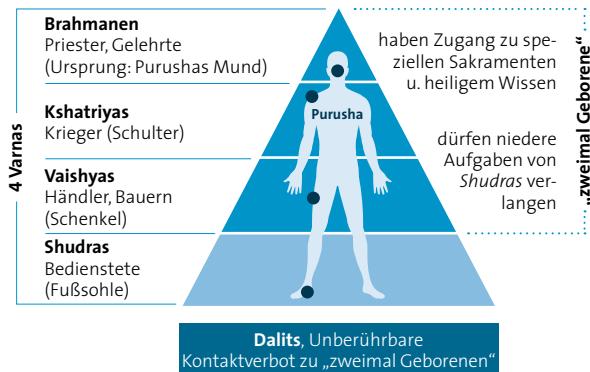
diese Merkmalszuschreibung. Kinder bekommen so bereits ab ihrer Geburt einen bestimmten Platz in der gesellschaftlichen Ordnung. In Deutschland und den meisten industrialisierten Ländern sind die mit Abstand wichtigsten Zuschreibungs kriterien (1) die soziale Herkunft, (2) die ethnische Herkunft und (3) das Geschlecht. Zwar gibt es noch weitere Kriterien, die Ungleichheitsforschung zeigt aber immer wieder, dass diese drei Merkmale eine herausgehobene Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen haben.

Zugeschriebene Merkmale können von der Person selbst nicht oder nur bedingt beeinflusst werden, insbesondere nicht in der Kindheit. Natürlich ist es für Jugendliche oder Erwachsene möglich, selbst Migrant:in zu werden oder eine andere Religion zu wählen, beruflich aufzusteigen und viel mehr Einkommen zu haben als die Eltern. Die eigene soziale oder ethnische Herkunft oder das zugeschriebene Geschlecht vollständig abzulegen, wird aber kaum gelingen. Andere Menschen erkennen immer noch, dass eine Person beispielsweise bestimmte umgangssprachliche Wörter benutzt, dass sie einen bestimmten Körperbau oder eine weiblich bzw. männlich gelesene Stimme hat, dass sie eine fremd wirkende Hautfarbe hat oder dass ihr Name auf ein bestimmtes Herkunftsland hindeutet.

In wenigen Ländern sind Zuschreibungs kriterien qua Geburt wie das Geschlecht oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kaste gleichbedeutend mit einer Vorbestimmung für das zukünftige Leben. In unserer Gesellschaft ist dies glücklicherweise nicht der Fall. Alle Menschen können durch individuelle Leistung versuchen, ihren Wunschberuf und damit eine bestimmte gesellschaftliche Position zu erreichen. Aber auch bei uns gibt es große Ungleichheiten bei den Startchancen ins Leben, und diese ungleichen Startchancen haben einen großen Einfluss auf den weiteren Lebensweg. Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit haben ein dreimal höheres Risiko für Arbeitslosigkeit als Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Von 100 Akademikerkindern beginnen 79 Söhne und Töchter ein Hochschulstudium, von 100 Nicht-Akademikerkindern sind es dagegen nur 27 Söhne und Töchter. Der (Brutto-)Stundenlohn von

Kastenwesen in Indien

Im indischen Kastenwesen werden Menschen seit Jahrtausenden von Geburt an in eine **soziale Hierarchie** eingeteilt.



Dem **Mythos** nach entsprangen die vier Kasten – sogenannte **Varnas** – aus dem Urmenschen **Purusha**. Die Hierarchie beruht auf der **Trennung der Gruppen**, insbesondere in Bezug auf Heirat, Essen und Arbeit.

Aufstieg in höhere Kaste durch reines Verhalten

Ausschluss aus dem Kastensystem durch niedere Aufgaben, z. B. Kontakt mit Unreinem wie Körperrausscheidungen oder toten Tieren.

picture alliance/dpa-infografik | dpa-infografik; Quelle: BpB, Encyclopaedia Britannica

Männern lag 2022 bei gut 24 Euro, der Stundenlohn von Frauen bei gut 20 Euro und damit um ein knappes Fünftel niedriger als bei Männern. Diese Beispiele verdeutlichen, wie wirkmächtig diese drei Zuweisungskriterien auch in unserer Gesellschaft nach wie vor sind. Doch was genau ist unter den drei Begriffen zu verstehen? Warum sind sie teilweise umstritten? Wie wirken sie und warum sind genau sie so bedeutsam?

Soziale Herkunft und Herkunftsklasse

Mit der sozialen Herkunft einer Person werden die sozialen und ökonomischen Lebensumstände beschrieben, in denen ein Kind groß wird. Eine Gruppierung von Menschen, die eine bestimmte Position im Wirtschaftssystem einer Gesellschaft einnehmen, beispielsweise Facharbeiter:innen, Selbstständige, Manager:innen, und die in der Regel ähnliche sozio-ökonomische Ressourcen wie Bildung, Einkommen oder Macht haben, können als soziale Klasse beschrieben werden (siehe S. 50). Mit der Zugehörigkeit zu einer Klasse gehen daher auch ähnliche Lebenschancen einher.

Das Aufwachsen in einer bestimmten Klassenlage ist geprägt von den finanziellen Möglichkeiten, dem Ansehen, den sozialen Kontakten und den kulturellen Vorlieben, die typisch für eben jene bestimmte Klasse sind. Entsprechend entwickeln Kinder aus unterschiedlichen Klassenlagen typischerweise unterschiedliche Berufswünsche und Vorstellungen über ihr künftiges Leben, die häufig von den Menschen geprägt sind, die sie in ihrer Kindheit und Jugend begleitet haben. Die Heranwachsenden haben aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausstattung mit Ressourcen auch unterschiedliche Möglichkeiten, diese Wünsche und Vorstellungen später zu verwirklichen. Und die privilegierten Klassen verstehen es, bisherige Vorteile (etwa beim Einkommen) für sich und ihre Nachkommen langfristig zu sichern.

In der Forschung wird immer wieder hinterfragt, ob die Idee von unterschiedlichen Klassen in modernen Gesellschaften noch zutreffend und zeitgemäß ist oder ob nicht Einkommensgruppen oder Milieus die Lage einer Herkunfts-familie besser beschreiben (siehe S. 48 ff.). Oft können die Forschenden aber zeigen, dass die Klassenzugehörigkeit eine höhere Vorhersagekraft etwa für den Bildungserfolg hat als das Einkommen oder die Milieuzugehörigkeit.

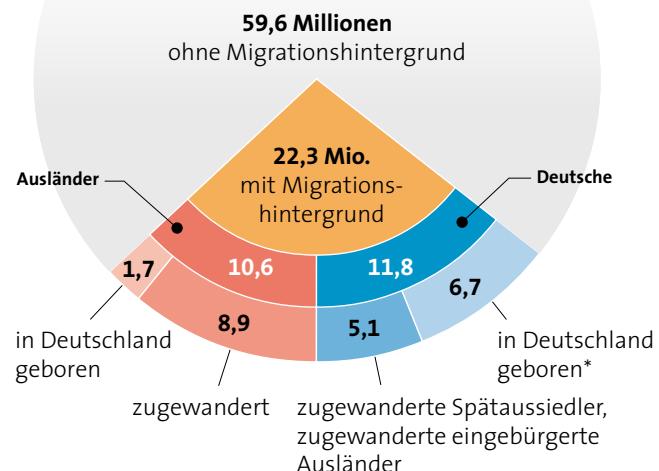
Ethnische Herkunft

Ethnische Ungleichheiten sind in vielen Gesellschaften oft eng verwoben mit sozio-ökonomischen Ungleichheiten. Aufgrund von Einwanderung, Kolonialisierung, Flucht oder Sklaverei leben Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft in einem Land zusammen. Die ethnische Herkunft wird in vielen Ländern begrifflich ganz unterschiedlich gefasst: So ist es beispielsweise in England üblich, zwischen Kategorien zu unterscheiden, die von *race* geprägt sind wie „white caucasian“ oder „black caribbean“. In Deutschland sind dagegen die deutsche Staatsbürgerschaft und der Migrationshintergrund zentral für die ethnische Zuschreibung von Menschen. Der Migrationshintergrund beschreibt Personen, die entweder selbst („erste Einwanderergeneration“) oder deren Vorfahren („zweite“ oder „dritte Generation“) in das Land zugewandert sind, in dem sie jetzt leben.

Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn „sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit der deutschen Staatsbürgerschaft geboren wurde“. Das heißt, alle Personen mit nicht-deutschem Pass haben einen Migrationshintergrund, egal ob

Menschen mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2021 lebten in Deutschland rund 81,9 Mio. Menschen. Davon...



*weil mindestens ein Elternteil ausländisch, eingebürgert, deutsch durch Adoption oder (Spät-)Aussiedler ist

picture alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH; Quelle: Statistisches Bundesamt

sie selbst zugewandert sind oder nicht. Gleches gilt für eingebürgerte Personen, (Spät-)Aussiedler:innen sowie die Kinder von diesen Personengruppen, auch wenn diese seit Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Diese Definition wird dafür kritisiert, dass sie die Information zur Staatsangehörigkeit mit der Information zur Zuwanderung einer Person oder deren Familie vermischt und dass sie mit der Generation der Eltern endet, auch wenn die Wanderungserfahrung der Großeltern für deren Nachkommen in Deutschland noch immer von Bedeutung ist.

Der Begriff „Migrationshintergrund“ wird als mitunter stigmatisierendes Etikett angesehen, das verschiedene Lebenssituationen in einer Kategorie vermischt. An dem Konzept gibt es auch grundsätzlichere Kritikpunkte: Für die Zuschreibung von Personen zu bestimmten ethnischen Gruppen, sei es die Selbst- oder die Fremdzuschreibung durch andere, spielt dieses abstrakte Konzept eine geringere Rolle als Herkunftsländer, Regionen, Sprachen oder der rechtliche Status (z. B. ich bin deutsch, kurdisch, friesisch, portugiesisch, Flüchtling). Aber genau diese Merkmale prägen die gesellschaftlichen Zuschreibungen und die Lebenschancen, die damit verbunden sind.

Hinzu kommen hier in besonderem Maße Zuschreibungen, die durch die Sichtbarkeit bestimmter ethnischer Minderheiten bedingt sind: Eine Person, deren Vorfahren vor mehreren Generationen zugewandert sind, kann aufgrund ihres Aussehens immer noch von anderen Personen als „nicht-deutsch“ wahrgenommen werden oder zumindest subjektiv den Eindruck haben, dass Personen sie als „nicht-deutsch“ wahrnehmen. So heikel solche subjektiven Selbst- und Fremdzuschreibungen sind, sie prägen den Alltag von Menschen und deren Lebenschancen.

Für die Forschung und die amtliche Statistik bedeuten die unterschiedlichen Aspekte der ethnischen Herkunft (Migrationshintergrund einerseits und Selbst- und Fremdwahrnehmung andererseits), dass nicht immer über das Gleiche gesprochen, geforscht und berichtet wird. Zudem fehlen durch den Wandel des Verständnisses von ethnischer Herkunft langfristige und vergleichende Datenreihen. Im Vergleich zur sozialen Herkunfts-klasse oder zum Geschlecht gibt es daher weniger etablierte Befunde zu ethnischen Ungleichheiten.



Aufstiegschancen für Menschen mit Migrationsgeschichte

[...] Nabil [...] Essadik hat [...] ein Unternehmen. Seit 2008 betreibt er den Handyreparaturladen iPhoneStudio im Frankfurter Stadtteil Bockenheim. „Ich habe nach der Schule eine Ausbildung als Kaufmann bei einem Bekleidungsgeschäft gemacht“, erzählt er. [...] „Ich wollte schnell starten und direkt Geld verdienen.“ Auch sein Vater hatte eine Ausbildung gemacht, als Kfz-Mechaniker. Sein Großvater kam als Gastarbeiter aus Marokko. [...]

Der 37-jährige Essadik bezeichnet sich selbst als sozialen Aufsteiger. Und er sagt, dass seine Selbständigkeit der Grund für diesen Aufstieg sei. Er ist ein Beispiel unter vielen, wie es Kindern aus Arbeiterfamilien gelingen kann, es finanziell besser zu haben als ihre Eltern. Gerade die Selbständigkeit ist dafür wichtig, wie neue Forschungsergebnisse zeigen.

Wenn es um die Einkommensmobilität in Deutschland geht, hält sich seit Längerem die Erzählung von einem Land, das im internationalen Vergleich abgeschlagen ist und seinen Arbeiterkindern kaum Chancen bietet. Im Jahr 2018 erschien eine oft zitierte Studie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die genau das zu belegen schien.

Im Schnitt sechs Generationen dauerte es hierzulande für Menschen aus Familien mit niedrigen Einkommen, zur Mittelschicht aufzuschließen, so die Wissenschaftler damals. Die Einkommensmobilität liege auf dem Niveau von Chile und Ungarn, deutlich unter dem OECD-Durchschnitt und noch viel weiter unter den Spitzenreitern Dänemark, Norwegen, Finnland und Schweden.

Das Ergebnis überraschte viele Ökonomen, fiel es doch sehr viel pessimistischer aus als vorherige Studien. Das Münchner Ifo-Institut rechnete kurz darauf vor, dass es sich um einen statistischen Ausreißer handelte. Dennoch blieb die Geschichte im öffentlichen Diskurs hängen.

Eine noch unveröffentlichte Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, die der F.A.S. vorliegt, wirft allerdings nun noch mehr Zweifel an den OECD-Ergebnissen auf. Denn, so argumentiert IW-Forscher Maximilian Stockhausen: Die Daten, auf deren Grundlage Deutschland so schlecht aussieht, haben einen blinden Fleck. Die OECD betrachtete nämlich ausschließlich abhängig Beschäftigte. Menschen, die sich selbstständig machen, so wie Nabil Essadik, kamen in der Studie nicht vor. Dabei haben Selbständige eine viel höhere „Einkommensdynamik“, schreibt Stockhausen. Soll heißen: Es geht viel schneller nach oben mit dem Einkommen – und bisweilen auch nach unten.

Stockhausen hat sich Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) genauer angesehen, einer seit Jahrzehnten regelmäßig durchgeführten Befragung Tausender deutscher Haushalte, in die sowohl Angestellte als auch Selbständige einbezogen werden. Die IW-Studie basiert auf Hunderten westdeutschen Vater-Sohn-Paaren. Nur Männer, weil sich die Rolle von Frauen auf dem Arbeitsmarkt so stark verändert hat, dass es das Ergebnis verfälschen könnte.

Nur Westdeutsche, weil Stockhausen in der Vätergeneration so bis in die Achtzigerjahre zurückblicken konnte.

Solange Stockhausen nur Familien betrachtete, in denen sowohl Vater als auch Sohn Angestellte waren, kam er auf ein sehr ähnliches Resultat wie die OECD: Das Einkommen des Sohnes hing stark von dem des Vaters ab. Sobald er aber die Selbständigen hinzufügte, hellte sich das Bild auf: Der Zusammenhang zwischen dem Einkommen des Vaters und des Sohnes fiel um etwa ein Drittel geringer aus. „Damit liegt Deutschland im internationalen Vergleich im guten Mittelfeld“, sagt Stockhausen – immerhin. Besonders positiv entwickelte sich das Einkommen zwischen den Generationen in den Fällen, in denen der Vater abhängig beschäftigt, der Sohn selbständig war. Ob die Selbständigkeit gerade in Deutschland eine größere Rolle für den Aufstieg spielt als in anderen Ländern, will Stockhausen als nächstes erforschen. [...]

[...] Migrantenkinder haben es in Deutschland oft besonders schwer, den sozialen Aufstieg zu meistern. Kindern aus bildungsfernen Häusern ohne Migrationshintergrund gelingt der Aufstieg schon durch Bildung recht oft, denen mit Migrationshintergrund dagegen nur selten, wie eine Untersuchung der OECD vor wenigen Jahren gezeigt hat.

Die gute Nachricht ist: Migranten und ihre Nachfahren sind überdurchschnittlich oft Unternehmensgründer – und das mit Ausnahme des ersten Pandemiejahrs 2020 durchgängig schon seit über einem Jahrzehnt. Die staatliche KfW-Bank hat die aktuellen Zahlen [...] anhand ihres jährlichen Gründungsmonitors ermittelt. Im Jahr 2021 machten Menschen mit Migrationshintergrund 31 Prozent der Gründer aus, bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 27 Prozent. Auch die kleinere Gruppe von Menschen, die selbst eingewandert sind, gründet überdurchschnittlich oft ihr eigenes Unternehmen.

Das freut auch Fritz Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW. „Deutschland profitiert seit vielen Jahren von der höheren Bereitschaft von Migrantinnen und Migranten, sich selbstständig zu machen“, sagt sie. Zwar spielten schlechtere Arbeitsmarktchancen bei der Gründungsentscheidung von Migranten eine Rolle. Sie fingen aber überdurchschnittlich häufig mit einer Wachstumsorientierung an. „Das zeigt, wie wichtig die berufliche Selbständigkeit für die soziale Teilhabe und als Möglichkeit zum Aufstieg ist.“

Die schlechteren Arbeitsmarktbedingungen, die Köhler-Geib anspricht, sind ein wichtiger Punkt. Einwanderer bleiben andere berufliche Aufstiegmöglichkeiten öfter verwehrt. Sie haben schlechtere Chancen auf lukrative Angestelltenjobs. Studien zeigen, dass Menschen, die ethnischen Minderheiten angehören, bei identischem Lebenslauf seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden. Die Selbständigkeit bietet ihnen hingegen ein Sprungbrett in die Mittelschicht. [...]

Bastian Hauser / Alexander Wulfers, „Aufstieg durch Shisha-Bars“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 18. Dezember 2022 © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv



Das Geschlecht einer Person hat, ähnlich wie ihre ethnische und soziale Herkunft, großen Einfluss auf ihre Lebenschancen in Form von Bildungskarrieren, das Erreichen bestimmter beruflicher Positionen, das Lebenseinkommen und die Gesundheit im Lebensverlauf.

Geschlecht

Lange Zeit wurde davon ausgegangen, dass es zwei Geschlechter gibt – Frauen und Männer –, dass jeder Mensch entweder das eine oder das andere ist, und zwar von Geburt an und dauerhaft, und dass sich diese Geschlechterzugehörigkeit anhand natürlicher, biologisch eindeutiger Merkmale bestimmen lässt. Ein zentraler biologischer Unterschied wird dafür als Begründung genutzt: Frauen können in der Regel Kinder gebären, Männer nicht. Ausgehend davon ist die Vorstellung gesellschaftlich immer noch weit verbreitet, dass sich alle anderen Unterschiede zwischen Frauen und Männern aus diesem einen Unterschied ableiten lassen: was sie denken und fühlen, ihre Interessen und Fähigkeiten, was sie gerne und weniger gerne machen, sprich wie sie ihr Leben leben.

Die heute stark verbreitete Vorstellung, dass es nur genau zwei biologische Geschlechter gibt, ist eine relativ neue Sichtweise. Noch im Mittelalter gab es eine plurale Sicht auf biologische Geschlechtermodelle. So wurden beispielsweise die Geschlechtsorgane von Männern und Frauen als im Prinzip gleich interpretiert mit jeweils unterschiedlichen Ausformungen. Die heutige Vorstellung von Geschlecht ist also nicht naturgegeben, sie ist vielmehr historisch und kulturell gewachsen und könnte auch ganz anders aussehen. So zeigen Studien, dass es bei einigen indigenen Völkern mehr als zwei Geschlechter gibt, Menschen ihr Geschlecht wechseln können oder ihr Geschlecht erst nach erfolgreichen Initiationsriten erlangen. Auch biologische Studien zeigen, dass sich menschliche Körper nicht klar in zwei Gruppen einteilen lassen.

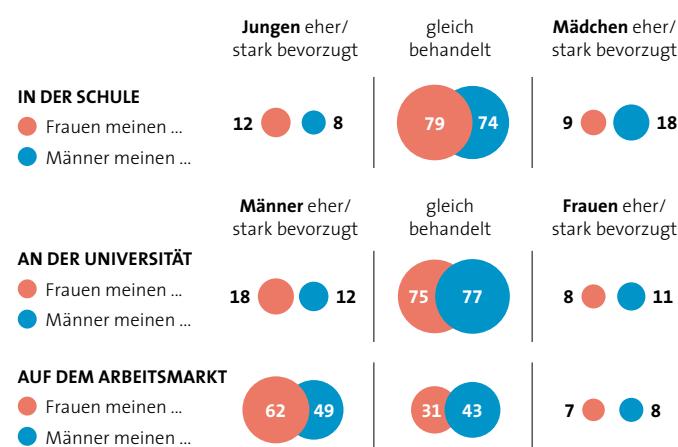
Für das gesellschaftliche Miteinander spielt eine biologische Begründung der Geschlechteranzahl eine untergeordnete Rolle, denn wirkmächtig sind vor allem die starken gesellschaftlich geteilten und konstruierten Vorstellungen dessen, was Geschlecht ausmacht: Mädchen werden häufig anders angezogen als Jungen, sie bekommen andere Spielsachen, ihnen wird beigebracht, dass sie besser in Sprachen als in Mathematik sind, sie werden anders gefördert und sie entwickeln andere Hobbys und Interessen. Insofern gleicht unsere Alltagstheorie von Geschlecht einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, denn es lassen sich heute zwei sozial konstruierte Geschlechtergruppen

klar voneinander unterscheiden. Und auch wir selbst tragen zu dieser sozialen Konstruktion bei, denn wir lernen im Verlauf unseres Lebens, wie wir uns kompetent als Frau oder Mann verhalten, und zeigen dies immer wieder im Umgang mit anderen.

Doch schon immer gab es sogenannte nicht-binäre Personen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen (lassen). Seit Ende 2013 können diese Personen „kein Geschlecht“ in ihren Personenstand eintragen lassen, seit Ende 2018 können sie alternativ dazu auch den Geschlechtseintrag „divers“ nutzen. Mit dieser Anerkennung deutet sich ein Wandel in der gesellschaftlichen Konstruktion von Geschlecht an, auch wenn die Vorstellung von genau zwei Geschlechtern nach wie vor weit verbreitet ist, vor allem in unseren Alltagsvorstellungen.

Wird ein Geschlecht bevorzugt?

„Was denken Sie, werden Frauen/Mädchen oder Männer/Jungen aufgrund ihres Geschlechts bevorzugt behandelt?“



Umfrage unter 4046 Erwachsenen vom 28.5. bis 26.6.2018

picture-alliance/dpa-infografik | dpa-infografik; Quelle: ifo Bildungsbarometer 2018

Warum sind diese Kriterien so wirkmächtig?

Die drei Zuweisungskriterien soziale Herkunft, ethnische Herkunft und Geschlecht wirken ab der Geburt jedes Menschen auf dessen Lebenschancen, zum Beispiel auf die Bildungskarriere, auf das Erreichen von beruflichen Positionen, auf das Lebenseinkommen oder auf die Gesundheit im Lebensverlauf.

Warum sind aber ausgerechnet diese Zuweisungskriterien so wirkmächtig? Hierfür ist eine Reihe von Mechanismen verantwortlich. Je nach sozialer und ethnischer Herkunft verfügen Heranwachsende über unterschiedliche Ressourcen: Wie viel Geld können Eltern für ihre Kinder ausgeben? Welche Netzwerke haben Eltern, von denen ihre Kinder profitieren können? Wie viel Wissen haben Eltern, das sie ihren Kindern mit auf den Weg geben können? Welche Sprachen werden in der Familie gesprochen? Welche Informationen haben Eltern über Bildungswege und berufliche Karrieren? Die Ressourcen aus den Herkunftsfamilien sind entscheidend für den Bildungserfolg und für das spätere berufliche Vorankommen der Kinder. Darauf hinaus haben Eltern in privilegierten Herkunftsklassen auch die Möglichkeit, Macht und Einfluss auf Entscheidungen anderer bezüglich ihrer Kinder auszuüben, sei es im Bildungsbereich, im Freizeitbereich oder zu Beginn der Berufskarriere.

Was bedeutet eigentlich Intersektionalität?

„Intersektionalität“ ist ein Begriff, der in gesellschaftlichen Debatten vielfach verwendet wird. Entwickelt wurde er von der US-amerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw, um erklären zu können, wie verschiedene gesellschaftliche Diskriminierungen ineinander wirken.

Der Begriff Intersektionalität verbindet gesellschaftliche und individuelle Erfahrungen. Er basiert auf der Einsicht, dass soziale Kategorien wie Geschlecht, Herkunft, Klasse, Alter, Behinderung nicht isoliert voneinander wirken, sondern eng miteinander verwoben sind und ermutigt dazu, über vertraute Grenzen hinauszudenken und sich auch Widersprüchen zu stellen.

Der Begriff klingt zunächst etwas kompliziert, wird jedoch verständlich, wenn darauf geschaut wird, wie er entstanden ist. Er ist abgeleitet von dem englischen Wort für „Kreuzung“ (intersection). Dazu hat Crenshaw das Bild der Straßenkreuzung gewählt, die den Mittelpunkt bildet, an dem verschiedene Erfahrungen von Diskriminierung zusammentreffen und sich gegenseitig verstärken. Die von Ausgrenzung betroffene Person steht in der Mitte der Kreuzung, wo sie ein hohes Unfallrisiko hat, besonders verletzlich und schutzbedürftig ist, ohne dass ihre Situation auf einfache Gründe oder eigenes Verschulden zurückgeführt werden kann.

Ursprünglich hatte Kimberlé Crenshaw vor allem die Überschneidung von Rassismus und Sexismus und insbesondere die Situation Schwarzer Frauen im Blick. Als Juristin untersuchte sie Fälle, die vor Arbeitsgerichten verhandelt wurden. Die Klägerinnen erfuhren in den Unternehmen, in denen sie arbeiteten, Benachteiligungen: als Frauen und als Schwarze. Rechtlich war es aber nicht möglich, diese beiden Aspekte zu verbinden.

Dieser Ansatz wurde in der Folgezeit erweitert. Aspekte wie Herkunft, Alter, sexuelle Identität, Behinderung wurden einbezogen. Denn sie wirken ebenfalls nicht unabhängig voneinander, sondern sind in ihren Auswirkungen eng mit-

einander verwoben. Auf Deutsch wird „Intersectionality“ deshalb auch mit den Begriffen „Überkreuzungen“ oder „Verwobenheit“ wiedergegeben. Die damit verbundene Theorie dient zum einen dazu, die Verstrickungen, in die Einzelne eingebunden sind, zu entwirren und die Fäden zu sortieren. Zum anderen will sie auch dazu ermutigen, sich der Komplexität von Wirklichkeit anzunähern, über vertraute Grenzen hinauszudenken und sich auch Widersprüchen zu stellen. [...]

Claudia Janssen, „Intersektionalität: Was Geschlecht und Hautfarbe miteinander zu tun haben“, NDR.de vom 28.02.2022. Online: <https://www.ndr.de/kultur/sendungen/glaubenssachen/manuskript554.pdf>



Kinder werden je nach Geschlecht, sozialer und ethnischer Herkunft unterschiedlich kulturell sozialisiert. Dadurch entwickeln sich bei ihnen unterschiedliche Präferenzen und Ziele für ihr eigenes Leben. Für ein Arbeiterkind kann das Erreichen des Abiturs bereits ein großer Erfolg sein. Für ein Akademikerkind zählt dagegen vielleicht nur das Erreichen eines Studienabschlusses, das Abitur allein ist „zu wenig“. Die beruflichen Interessen und Wünsche von Mädchen unterscheiden sich heute ebenso stark von Jungen wie vor 50 Jahren. Die Forschung zu Familien mit Migrationshintergrund hat gezeigt, dass es bei dieser Gruppe sehr hohe Bildungsziele gibt, die allerdings nicht immer erreicht werden können (siehe S. 20 ff.).

Mit den Zielvorstellungen gehen auch bestimmte Vorstellungen über den Wert der Arbeit, den Wert der Familie und den Wert der Freizeit einher, die ebenfalls prägend sein können. So gibt es zwischen West- und Ostdeutschland nach wie vor deutliche Unterschiede hinsichtlich des gewünschten Arbeitsumfangs von erwerbstätigen Müttern. Während im Osten die Vollzeiterwerbstätigkeit von Müttern weithin anerkannt und als erstrebenswert angesehen wird, bevorzugen in Westdeutsch-

land viel mehr Familien eine Teilzeitbeschäftigung der Mütter (bei Vollzeiterwerbstätigkeit der Väter). Diese unterschiedlichen Werthaltungen werden in den unterschiedlichen Herkunfts-familien und zum Teil geschlechtsspezifisch vermittelt.

Bei der Zuschreibung von Personen zu sozialen Positionen finden – bewusst oder unbewusst – auch Stereotype ihre Anwendung. Die Überzeugung, dass „Frauen besser mit Kindern umgehen können als Männer“, kann ein Grund dafür sein, dass der Bewerber im Kindergarten keine Chance hat, die Stelle als Erzieher zu bekommen. Stereotype und Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen prägen unser Alltagsverständnis. Dabei ist aber je nach Situation der Einfluss der Stereotype und Vorurteile bis hin zur Diskriminierung unterschiedlich stark. Beispielsweise gibt es eine ganze Reihe von Bewerbungsexperimenten in vielen Ländern, deren Ergebnisse darauf hindeuten, dass Arbeitgeber:innen dazu tendieren, ethnische Minderheiten zu diskriminieren, indem sie sie seltener zu Bewerbungsgesprächen einladen als andere Bewerber:innen: Für diese Experimente verschickten Forscher:innen eine große Menge fiktiver Bewerbungen an Arbeitgeber:innen, die offene Stellen

zu vergeben hatten. Die Lebensläufe und Qualifikationen der Bewerber:innen waren identisch, nur ihre Namen unterschieden sich systematisch. Es wurden „typische“ Namen verwendet, die auf unterschiedliche ethnische Gruppen oder Herkunftsländer hindeuteten.

Die Grenze zwischen stereotyper Bewertung und diskriminierendem Verhalten ist nicht immer leicht zu ziehen. Eine Sonderform ist die statistische Diskriminierung. Diese tritt auf, wenn Auswählende eine Person – ohne auf deren individuelle Eigenschaften zu schauen – benachteiligen, weil sie zu einer bestimmten Gruppe gehört und dieser Gruppe insgesamt bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Zum Beispiel liegt statistische Diskriminierung dann vor, wenn eine Frau beim Getränkehandel nicht eingestellt wird, weil Frauen im Durchschnitt nicht so viel Muskelkraft in den Armen aufweisen wie Männer.

Eine mögliche Bevorzugung oder Benachteiligung kann sich auch implizit oder explizit in Regelwerken, Normen oder Gesetzen verstecken. Wenn bei der Bewerbung für einen Arbeitsplatz Auslandsaufenthalte während des Studiums eine positive Berücksichtigung finden, dann haben Kinder aus reichen Herkunftsklassen bessere Chancen, weil sie ausreichend Geld für die Finanzierung des Aufenthalts hatten.

Das letzte Beispiel veranschaulicht gut, dass die Bestimmung des Ausmaßes von Diskriminierung nicht einfach ist. Eine Bewerberin mit Auslandsaufenthalt hat gegebenenfalls mehr Erfahrung und mehr Kompetenzen, das heißt aufgrund dieser „Leistungen“ hat sie einen Vorteil. Diskriminierend ist die Auswahl daher zunächst nicht. Das mögliche Ungerechtigkeitsproblem der Auswahl wird erst sichtbar, wenn die ökonomischen Ressourcen der Bewerber:innen mit in Betracht gezogen werden.

Es gibt darüber hinaus auch weitere Formen der Diskriminierung aufgrund persönlicher Präferenzen bis hin zur offenen Diskriminierung aufgrund der Herkunft, des Geschlechts oder der Hautfarbe. Wie stark verbreitet dies ist, darüber gibt es keine gesicherte Erkenntnis. Verschiedene Experimente deuten darauf hin, dass offene Diskriminierung in Deutschland eher eine untergeordnete Rolle spielt.

Schließlich wirken soziale Herkunft, ethnische Herkunft und Geschlecht durch Gelegenheitsstrukturen. Dies können vor allem die jeweiligen räumlichen Kontexte sein, etwa das

Stadtviertel, ein ethnisch homogenes Wohngebiet oder die soziale Zusammensetzung von Schulklassen und Studiengängen. Diese Umfelder können sich vorteilhaft oder benachteiligend für Kinder und Jugendliche auswirken, weil sie systematisch unterschiedliche Kultur-, Freizeit- und Beteiligungsmöglichkeiten, vor allem aber auch soziale Kontakte mit unterschiedlichen Gruppen bieten.

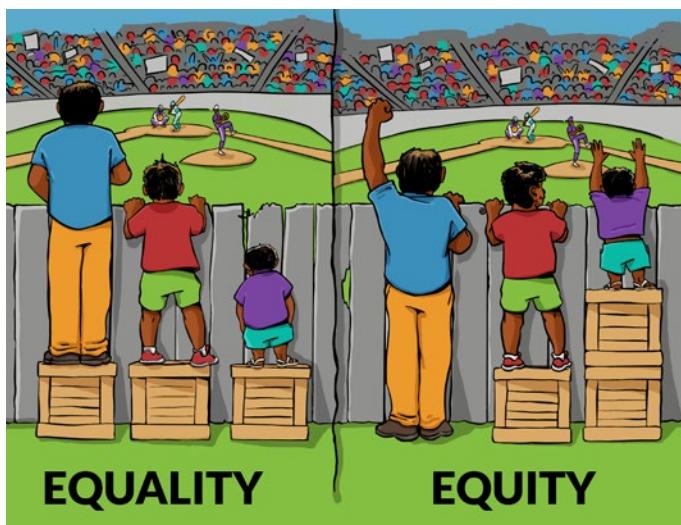
Das Zusammenwirken von Zuweisungskriterien

Sehr häufig geht die ethnische Herkunft mit einer benachteiligten sozialen Herkunftsklasse einher. Bestimmte Migrantengruppen in Deutschland, so beispielsweise die Arbeitskräfte aus Südeuropa und der Türkei, die in den 1960er- und 1970er-Jahren nach Deutschland gekommen sind, wurden für Tätigkeiten in der Industrie angeworben. Daher gehörten sie meist der Arbeiterklasse an, was ihre Nachkommen und deren Lebenswege prägte.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die drei genannten Zuweisungskriterien alle für sich genommen wirkmächtig sind, aber gleichzeitig nicht unabhängig voneinander bestehen: Menschen haben nicht nur ein bestimmtes soziales Geschlecht, sondern gleichzeitig auch immer eine bestimmte soziale und ethnische Herkunft. Das heißt aber auch, dass der spezifische Standort einer Person an der Schnittstelle dieser drei Kategorien bestimmt, wie sie von ihrer Umwelt eingeordnet wird und wie die Welt von dieser Person erfahren wird. So gestaltet sich beispielsweise die Welt für eine türkischstämmige Frau aus der Arbeiterklasse ganz anders als für eine deutschstämmige Frau aus einem Akademikerhaushalt.

Es ist daher zu einfach gedacht, dass beispielsweise alle Frauen aufgrund ihres Geschlechts gleichermaßen benachteiligt sind. Das heißt aber auch, dass sich die Benachteiligungen und Bevorzugungen, die sich durch die Zuschreibung zu einem Geschlecht, einer sozialen Klasse und einer ethnischen Gruppe ergeben, nicht einfach „aufaddieren“. Vielmehr kann es sein, dass sich bei bestimmten Gruppen Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht, Klasse und Ethnizität gegenseitig verstärken, bei anderen hingegen gegenseitig verringern. Diese Idee, dass Ungleichheiten aufgrund der Verwobenheit sozialer Zuweisungskategorien multidimensional und komplex sind, wird im Konzept der Intersektionalität aufgegriffen.

Zusammengefasst gilt: Auch wenn in unserer Gesellschaft in aller Regel berufliche Positionen auf Basis von Leistung besetzt werden, gibt es wirkmächtige Kriterien, die Menschen bereits mit der Geburt zugeschrieben werden. Einerseits wirken die Kriterien direkt auf die Lebenschancen der Menschen durch Ressourcen, kulturelle Sozialisation, Stereotype und Gelegenheitsstrukturen. Andererseits wirken die Kriterien auch indirekt über die Leistungen, zu der die Heranwachsenden überhaupt befähigt werden. Eine Auswahl auf Basis von Leistung muss nicht unbedingt bedeuten, dass es eine gerechte Auswahl ist. Das Zusammenspiel der Zuweisungskriterien führt dazu, dass nicht alle Menschen die gleichen Chancen haben, um sich so zu entfalten, wie sie es vielleicht gerne würden und unter anderen Umständen auch könnten.



© Interaction Institute for Social Change, Artist: Angus Maguire (CC BY-SA 4.0),
<https://interactioninstitute.org/illustrating-equality-vs-equity/> (01.10.2021)

Corinna Kleinert / Kathrin Leuze / Reinhard Pollak

Soziale Herkunft und Bildung

Bildung ist ein Schlüsselfaktor für sozialen Aufstieg.

Doch die soziale Herkunft prägt den Zugang von Kindern zu Bildung entscheidend mit – und damit auch ihren zukünftigen sozio-ökonomischen Status.



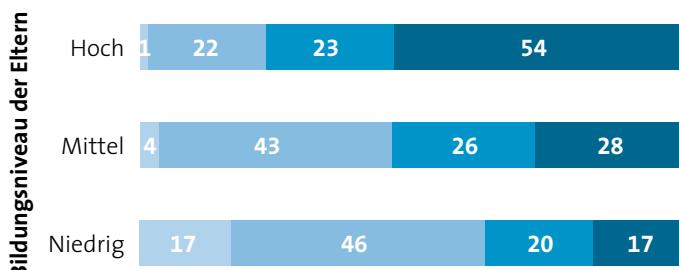
Bildung ist neben der Grundlage für Beruf und Einkommen noch viel mehr: Bildung ist das wichtigste Mittel, um Armut, Arbeitslosigkeit und Benachteiligung zu entfliehen, gesund zu bleiben und ein langes und gutes Leben zu führen, sich zu informieren und sich aktiv am sozialen, kulturellen und politischen Leben zu beteiligen. Aus Artikel 7 des Grundgesetzes lässt sich ableiten, dass der Staat den Auftrag hat, jedem Kind die Erziehung und Bildung zu verschaffen, die es zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben benötigt. Daher liegen Schulen hierzulande in staatlicher Verantwortung. Kindergärten, Schulen, Ausbildungen und Hochschulen in Deutschland stehen allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen kostenlos oder zumindest stark subventioniert zur Verfügung, und der Besuch von allgemeinen und beruflichen Schulen ist bis zum 18. Lebensjahr verpflichtend.

Bildung ist somit das vielleicht wichtigste Versprechen in unserer Gesellschaft, allen Heranwachsenden die gleichen Chancen zu gewähren, um im Leben erfolgreich zu sein und damit bestehende soziale Ungleichheiten zu verringern – wenn sie sich anstrengen und lernen (siehe S. 8). Das wird auch von

Politiker:innen aller Parteien immer wieder betont. So sagte beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 auf der Festveranstaltung „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“: „Wir müssen die Bildungsrepublik Deutschland werden (...). Wohlstand für alle heißt heute und morgen: Bildung für alle.“

Tatsächlich aber hängt die Bildung, die Menschen erreichen, nicht nur von ihrer eigenen Anstrengung und Leistung ab, sondern auch von ihrer sozialen Herkunft – also der Bildung, dem sozialen Status und dem Einkommen ihrer Eltern. Gemeint sind hier immer Eltern bzw. Familien in einem weiten Sinne. Das können auch alleinerziehende Mütter und Väter, die Partner:innen der Mütter oder Väter oder andere Personen, die die Mutter- oder Vaterrolle für Kinder einnehmen, sowie Pflege- oder Adoptiveltern sein. Von Personen aus Familien mit einem niedrigen Bildungsniveau haben heute in Deutschland fast die Hälfte eine Berufsausbildung erreicht, 17 Prozent sind selbst ohne Ausbildung geblieben und ebenfalls 17 Prozent haben erfolgreich ein Studium absolviert. Von Personen aus Akademikerfamilien hat hingegen über die Hälfte studiert und fast niemand aus dieser Gruppe ist „ungelernt“ in den Arbeitsmarkt gegangen.

Höchster Bildungsabschluss nach sozialer Herkunft, 2021 (in Prozent)



Höchster eigener Bildungsabschluss

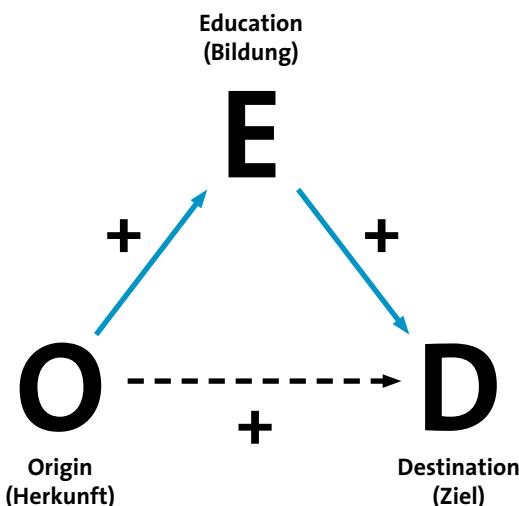
- ohne Ausbildung ■ Fachschule/Meister
- Ausbildung/Abitur ■ (Fach-)Hochschule

Quelle: ALLBUS (Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) 2021,
30- bis 75-jährige Bevölkerung, gewichtete Daten, eigene Berechnung

Wie hängen nun Bildung und soziale Ungleichheit zusammen? Zwei Punkte sind wichtig, um diesen Zusammenhang zu verstehen: Erstens bestimmt, wie eben gezeigt, die soziale Herkunft stark darüber, welche Bildung Kinder erwerben. Zweitens entscheidet die Bildung von Kindern und Jugendlichen über ihre zukünftigen Berufe und damit über ihre Chancen im Erwerbsleben (siehe S. 28 ff.), ihren sozio-ökonomischen Status, ihr gesellschaftliches Ansehen und ihre Klassenposition in der Gesellschaft. In der sozialen Ungleichheitsforschung sind diese Zusammenhänge in den beiden blauen Pfeilen im sogenannten OED-Dreieck bildlich dargestellt.

Häufig sind also Kinder aus benachteiligten Elternhäusern selbst gering gebildet und später ebenfalls benachteiligt, und umgekehrt besuchen Kinder aus Akademikerfamilien häufig ebenfalls Hochschulen und nehmen später hohe berufliche Positionen ein. Damit kommt der Bildung (E) eine vermittelnde Funktion dabei zu, dass sich soziale Ungleichheit in der ElternGeneration (O) in der nächsten Generation reproduziert (D). Bildung gilt aus diesem Grund in modernen Gesellschaften als zentrale „Ungleichheitsmaschine“ oder „Sortiermaschine“.

Die Bildungsexpansion, also der Trend zu immer höheren Abschlüssen, der in Deutschland in historischen Schüben erfolgt ist und bis heute anhält, hat an diesen Zusammenhängen nur wenig verändert. Das wird auch „Fahrstuhleffekt“ genannt: Jüngere Generationen sind zwar im Schnitt höher gebildet als ältere, aber die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft, Bildung und sozialer Position im Erwachsenenalter sind nicht verschwunden, weil die Bildung in allen Herkunftsgruppen ähnlich stark gestiegen ist.



Nach einer Vorlage von John H. Goldthorpe, On Sociology, Stanford, CA 2007

Faktoren zur Erklärung sozialer Ungleichheit

Insgesamt gibt es drei Faktoren, die erklären, warum es so ausgeprägte soziale Ungleichheiten in den Bildungsergebnissen gibt: erstens ungleiche Start- und Lernbedingungen zu Hause, zweitens ungleiche Bildungsentscheidungen von Familien und drittens ungleiche Bewertungen durch Lehrkräfte und andere „Entscheider:innen“. Die Ungleichheitsforschung nennt diese Faktoren die primären, sekundären und tertiären Effekte der Bildungsungleichheit.



Was ist Bildung und wie lässt sie sich messen?

Unterscheiden lässt sich zwischen Bildung im substanzialen Verständnis und Bildung im formalen Verständnis. Mit Bildung im substanzialen Verständnis sind Bildungsinhalte gemeint, also Wissen, Kompetenzen, Kenntnisse und Fertigkeiten. Bildung im formalen Verständnis meint zertifizierte Bildungsergebnisse, also Schul-, Ausbildungs- und Hochschulabschlüsse sowie Noten.

Zertifikate lassen sich sehr leicht messen, indem Menschen nach ihren Abschlüssen und Noten gefragt werden. Nicht immer wird Bildung aber zertifiziert, zum Beispiel beim Besuch von Weiterbildungskursen oder wenn Menschen für sich alleine im Internet lernen.

Bildung im substanzialen Sinne lässt sich kaum vollständig messen. Aber in den letzten Jahrzehnten wurden umfangreiche Tests entwickelt, um die Kompetenzen von

Menschen in bestimmten Bereichen messen und weltweit vergleichen zu können. Am bekanntesten sind die PISA-Tests zu den Deutsch-, Mathematik- und naturwissenschaftlichen Kompetenzen für 15-Jährige. Ähnliche Tests gibt es auch für jüngere Kinder (PIRLS), für Erwachsene (PIAAC) und für Kompetenzen, die nicht vorrangig in der Schule erlernt werden wie beispielsweise für digitale Kompetenzen. Dennoch sollten getestete Kompetenzen nicht mit Bildung gleichgesetzt werden, denn Bildung umfasst deutlich mehr Bereiche wie Politik, Geschichte, Kultur oder Musik und Fähigkeiten wie Persönlichkeitsentwicklung oder soziale Fähigkeiten.

Corinna Kleinert, Kathrin Leuze, Reinhard Pollak

Ungleiche Start- und Lernbedingungen in der Familie

Auch wenn Bildung landläufig oft mit Schule gleichgesetzt wird, wird sie nicht erst dort erworben. Die Grundlagen für eine erfolgreiche Schullaufbahn erlernen Kinder schon sehr früh im Leben, wenn sie sprechen lernen und wenn sie soziale Kompetenzen sowie sozial angepasstes Verhalten entwickeln. In den ersten Lebensjahren sind die Eltern die wichtigsten Personen. Von ihnen erlernen Kinder diese Fähigkeiten und Fertigkeiten. Kinder wachsen in Familien mit ganz unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen auf. In der Mehrzahl haben Paare in Deutschland einen ähnlichen Bildungsstand, sodass häufig doppelte Vor- oder Nachteile für Kinder in diesen Familien entstehen (siehe S. 60).

Wichtig ist zu betonen: Bei allen nachfolgend beschriebenen Unterschieden zwischen bestimmten sozialen Gruppen handelt es sich nur um Durchschnittswerte. Es gibt also beispielsweise im Mittel messbare Unterschiede im Verhalten von niedrig und hoch gebildeten Familien, aber es gibt gleichzeitig auch etliche Familien in beiden Gruppen mit einem ganz anderen Verhalten.

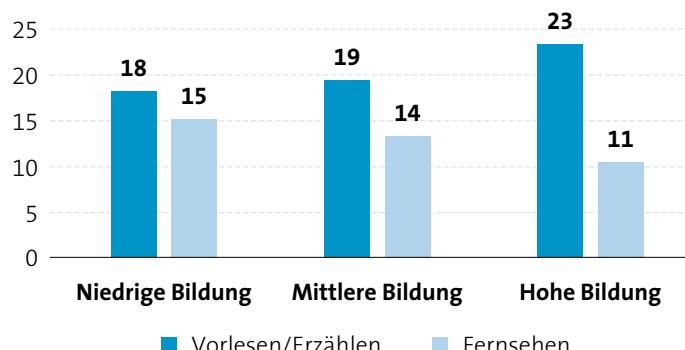
Eltern beeinflussen die Kompetenzen und den Schulerfolg ihrer Kinder auf ganz vielfältige Weise. Das sind die **primären Effekte** der Bildungsungleichheit. Erstens werden die Kinder höher gebildeter Eltern im Durchschnitt bereits mit einer Disposition zu höheren kognitiven Fähigkeiten geboren. Das liegt daran, dass kognitive Fähigkeiten zum Teil vererbt werden. Da höher gebildete Eltern im Mittel intelligenter sind als niedrig gebildete, gilt das in der Summe auch für ihre Kinder.

Das heißt aber nicht, dass genetische Unterschiede den Bildungserfolg von Kindern bestimmen, denn sie wirken teilweise im Zusammenspiel mit Umwelteinflüssen, darunter dem elterlichen Förderverhalten. Und hier finden sich ebenfalls systematische Unterschiede nach Bildung: Hoch gebildete Eltern gehen – wiederum: im Durchschnitt betrachtet – bereits im Säuglingsalter anders mit ihren Kindern um als niedriger gebildete Eltern. Sie sprechen anders mit ihnen, lesen ihnen häufiger aus Bilderbüchern vor und regen dadurch den Spracherwerb an. Sie spielen häufiger lernhaltige Spiele mit ihnen und verbringen weniger Zeit gemeinsam vor dem Fernseher. Sie unterstützen ihre Kinder stärker emotional, greifen seltener zu Disziplinierungsmaßnahmen und sorgen so dafür, dass ihre Kinder weniger Probleme mit Gleichaltrigen haben und sozial kompetenter sind.



Der Bildungsabschluss der Eltern kann Auswirkungen darauf haben, wie sie die Entwicklung ihrer Kinder – zum Beispiel durch frühes Vorlesen – fördern.

Ausgewählte Tätigkeiten von Müttern mit ihren 2- bis 5-jährigen Kindern, 2019 (in Tagen pro Monat)



Lesehilfe: Im Jahr 2019, also vor der Coronavirus-Pandemie, lasen niedrig gebildete Mütter ihren Kindern im Durchschnitt an 18 Tagen pro Monat vor und sahen mit ihnen an 15 Tagen pro Monat fern. Hoch gebildete Mütter lasen ihren Kindern im Durchschnitt an 23 Tagen vor und sahen nur an 11 Tagen mit ihnen fern.

Quelle: Bildungsbericht 2022, Tab. C1-8web; Daten: AID:A 2019

Nicht alle diese förderlichen Verhaltensweisen geschehen bewusst, Kinder lernen vielmehr aus den Routinen und Praktiken ihrer Umgebung. Und viele dieser Unterschiede lassen sich darauf zurückführen, dass niedrig gebildete Eltern über weniger Geld und Zeit verfügen als hoch gebildete und es im Alltag dieser Familien daher oft mehr Probleme gibt. Das gilt zum Beispiel auch für viele Eltern mit Migrationshintergrund. Bei dieser Gruppe kommt noch hinzu, dass sie oft selbst nicht gut Deutsch sprechen und ihren Kindern daher nicht gut beim Erlernen der deutschen Sprache helfen können. In der Schule ist diese dann aber entscheidend.

Wenn Kinder größer werden, sind gemeinsame Mahlzeiten, das Zubettgehen oder die Zeit für Hausaufgaben in höher gebildeten Familien stärker geregt und kontrolliert. Das fördert den Erfolg in der Schule. In diesen Haushalten wird in der Regel auch mehr über Bücher, anspruchsvolle Filme, Theater, Kunst und klassische Musik, aber auch über Wissenschaft und Politik gesprochen, sodass Kinder ganz selbstverständlich mit diesem Wissen aufwachsen. Ähnliche Unterschiede finden sich im Freizeitverhalten von Familien: Höher gebildete Eltern gehen mit ihren Kindern häufiger ins Theater, in Lesungen, in Konzerte oder in die Oper. Darüber erlernen Kinder Wissen, das in der Schule nützlich ist und in unserer Gesellschaft als „hohe Allgemeinbildung“ anerkannt wird.

Höher gebildete Eltern haben im Durchschnitt höhere Ansprüche und Erwartungen an die Schulleistungen und Abschlüsse ihrer Kinder und legen mehr Wert auf deren Bildung. Daher unterstützen sie ihre Kinder intensiver, wenn sie Schwierigkeiten in der Schule haben, zum Beispiel durch Nachhilfe. Höher gebildete Familien verfügen in der Regel auch über ein höheres Einkommen. Daher haben sie meist auch bessere finanzielle Mittel, um eine gute Bildung für ihre Kinder umzusetzen: Das heißt, sie können mehr Geld für Kulturveranstaltungen, Bücher, Notebooks und Tablets, Musikunterricht oder Nachhilfestunden ausgeben.

Auch in Familien mit Migrationshintergrund sind die Bildungserwartungen, die an Kinder gerichtet werden, überdurchschnittlich hoch. Hier können Eltern ihre Kinder aber



Nichts prägt eine Schule so sehr wie ihr soziales Umfeld

[...] Die Nordmarkt-Grundschule liegt an einem von Platanen umsäumten Platz, auf dem schon morgens ein paar Verlorene ihr Pils trinken. Sie hat einen gewissen Ruf. Unter Lehrkräften, die sich lieber nicht bewerben. Unter deutschen Familien, die sie meiden. 94 Prozent der Nordmarkt-Eltern bekommen Geld vom Amt oder haben es beantragt. Von den 420 Schülern haben 416 eine Migrationsgeschichte. Im Schnitt sprechen nur ein bis zwei Kinder pro Klasse gut Deutsch. Manche stapfen morgens hungrig durch das Tor und erzählen, dass ihre letzte Mahlzeit das Mensaessen am Tag davor war. Viele tragen zu kleine Schuhe.

Nichts prägt eine Schule so sehr wie ihr soziales Umfeld, nichts beeinflusst den Lernerfolg von Schülern stärker als deren familiäre Herkunft. Das kann man in der Dortmunder Nordstadt besonders drastisch beobachten. Aber auch in Duisburg oder Oberhausen, Bochum, Herne kämpfen Lehrerinnen und Sozialarbeiter jeden Tag gegen Sprach- und Bildungsarmut, gegen Perspektivlosigkeit.

Seit rund 20 Jahren prüft die Wissenschaft, wie gut Kinder hierzulande lesen, schreiben und rechnen können. Den aktuellen Leistungsstand in den Bundesländern haben die Forscher und Forscherinnen vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen am Montag vorgelegt. Der Befund war erschreckend: Nie zuvor war das Kompetenzniveau der Grundschüler so niedrig wie heute. In Berlin und Bremen kann jeder dritte Zehnjährige nicht richtig lesen und rechnen. Diese beiden Stadtstaaten bilden die Schlusslichter. Nordrhein-Westfalen, das vor 20 Jahren in den Ländervergleichen noch auf Platz sechs stand, ist mittlerweile fast zu ihnen abgerutscht. [...]

Etwa zwei von drei Kindern im Ruhrgebiet wachsen in benachteiligten Stadtvierteln auf, heißt es im Bildungsbericht Ruhr 2020. In Dortmund leben rund 30 Prozent in Hartz-IV-Haushalten, in Gelsenkirchen über 40 Prozent – bundesweiter Rekord. „Von sozialen Brennpunkten zu sprechen ist eine Verharmlosung der realen Situation“, sagt der Soziologe Volker Kersting von der Ruhr-Universität Bochum. „Es handelt sich nicht um punktuelle, sondern um flächendeckende, massive Armut.“ [...]

Würden sie nach dem offiziellen Lehrplan unterrichten, sagt Alma Tamborini, „wäre es ein tägliches Scheitern“. Ein bisschen Lesen, ein bisschen Rechnen, ein sozialer Umgang miteinander – wenn die Schüler das am Ende der vierten Klasse könnten, sei ihre Arbeit erfolgreich gewesen. Tamborini, 41, leitet die Dortmunder Nordmarkt-Grundschule seit 2015. [...]

Tamborini beschönigt nichts, lamentieren aber hält sie für Zeitverschwendungen. Die Schulleiterin und ihr Kollegium treibt eine Frage um: „Wie müssen wir uns verändern, damit wir zu unseren Kindern passen?“ Da immer weniger Eltern Stundenpläne lesen können, stehen morgens eben Frau Schroda und Frau Dimitrov am Schultor, Ordner in der Hand, darin die Abholzeiten für jedes Kind. Badeanzüge für den Schwimmunterricht? Gibt es in den meisten Familien nicht. Also muss der Förderverein ran. In dem sind nur Lehrkräfte, keine Eltern. [...]

[...] 28 Prozent der Grundschüler im Revier sprechen laut

Bildungsbericht Ruhr zu Hause kein Deutsch. Bei den Vorschultests scheitert rund ein Viertel der Kinder daran, einen Kreis oder ein Viereck zu zeichnen. An der Grundschule am Dortmund Nordmarkt hatten beim letzten Sprachstandtest 93 Prozent der Kinder keinen altersgemäßen Wortschatz. [...]

Auf dem Hof stehen zweistöckige Container, in denen einige Klassen untergebracht sind, auch die von Miriam de Castro. Die 38-Jährige hält Bildtafeln hoch, jeden Tag macht sie eine Viertelstunde Vokabelübungen, nur ein Kind kennt das Wort Dusche. Die Schüler in ihrer Klasse sind sieben oder acht Jahre alt, eine kleine Gemeinschaft, die mit Begeisterung ihrer Lehrerin folgt. Hier gebe es keine Gruppenbildung, sagt de Castro. Aber die Kinder sprechen eben in Drei-Wort-Sätzen, wenn überhaupt. Als sie vor zwölf Jahren hier angefangen habe, sagt de Castro, seien am Nordmarkt vor allem Kinder der zweiten oder dritten Generation aus türkischen und portugiesischen Familien gewesen. „Viele waren im Kindergarten und sprachen Deutsch.“ Jetzt sei es eben anders. [...]

Es gibt auch ein anderes Ruhrgebiet. Oft liegt es in derselben Stadt. Um von einer Welt in die andere zu wechseln, muss man nur in den Bus oder die Straßenbahn steigen und die A 40 überqueren. Man nennt sie auch Sozialäquator, er trennt den armen Norden vom reichen Süden des Reviers. In Dortmund, Duisburg oder Essen geht er mitten durch die Stadt.

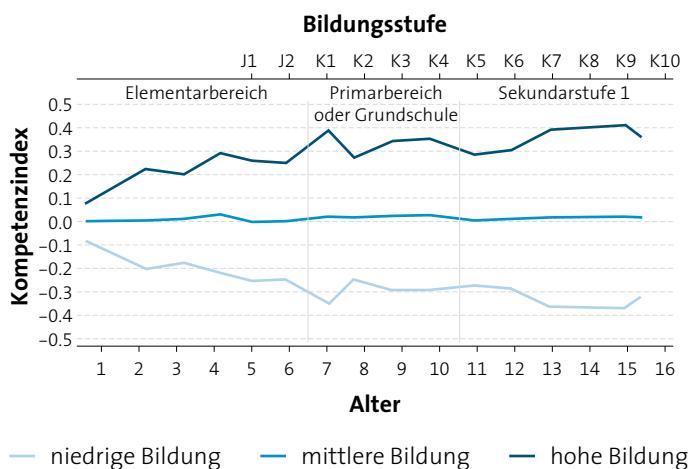
Im Norden stammt die Mehrheit der eingeschulten Kinder aus armen Einwandererfamilien, die oft nicht gelernt haben, bis hundert zu zählen und einen Stift richtig zu halten. Nach vier Jahren wechseln die meisten von ihnen auf die Haupt- oder Gesamtschule. Südlich der A 40 gibt es fast keine Hauptschulen. Denn die meisten Schüler hier gehen sowieso aufs Gymnasium.

In wenigen Regionen Deutschlands dürfte sich die Biografie eines Kindes so genau anhand des Viertels voraussagen lassen: Gesundheitszustand, kognitive Fähigkeiten bei Schulbeginn, Schulabschluss. In der vergangenen Dekade ist der soziale Graben tiefer geworden. Laut „Bildungsbericht Ruhr“ [aus 2022] hat sich die Armut in den vom Bergbau geprägten Vierteln verschärft, gerade in Dortmund, Duisburg, Essen, Bochum und Gelsenkirchen. Für den Bildungsbereich stellt der Bericht eine „zunehmende Spreizung“ fest. So schaffen im Ruhrgebiet zwar stets mehr Schüler das (Fach-) Abitur, aber auch die Quote der Hauptschulabschlüsse und der Anteil der Schüler ohne Abschluss steigen.

Schulpolitik allein kann in Quartieren, wo sich Migration, Armut und fehlender Aufstiegswillen so massiv ballen wie in Teilen des Ruhrgebiets, keine Bildungswunder bewirken. Selbst die besten Schulen sind keine Schicksalskorrekturanstalten. Doch der Staat kann Ungleichheiten durch sein Bildungssystem entschärfen. Im Ruhrgebiet müssten dafür etwa Schüler im Dortmunder Norden mehr Hausaufgabenbetreuung und Lernangebote erhalten als im Dortmunder Süden, in Duisburg-Marxloh müssten sich die Schulen mit den kleinsten Lerngruppen finden und in Gelsenkirchen-Nord die Lehrerinnen mit den höchsten Gehältern. [...]

Anant Agarwala / Martin Spiewak, „Im toten Winkel“, in: DIE ZEIT Nr. 43 vom 20. Oktober 2022

Kompetenzindex für Kinder mit niedrig, mittel und hoch gebildeten Eltern, 2021



Lesehilfe: Abgebildet sind geschätzte Werte für Kinder mit niedrig, mittel und hoch gebildeten Eltern auf einem normierten Kompetenzindex, der die Ergebnisse aller Kompetenztests kombiniert, die mit den Kindern in einem bestimmten Alter durchgeführt wurden. Der Index zeigt die relativen Unterschiede zwischen Kindern, das heißt die Unterschiede im Verhältnis zur Streuung in den Gesamttestergebnissen. Man kann daraus nicht ablesen, wie hoch die Kompetenzen der Kinder sind, sondern nur, wie stark sie voneinander abweichen. Niedrige, mittlere und hohe Bildung bedeuten hier, dass die Eltern im Schnitt 12, 14 bzw. 16 Jahre in der Schule, in Ausbildung oder im Studium verbracht hatten.

Jan Skopek / Giampiero Passarella, Socioeconomic Inequality in Children's Achievement from Infancy to Adolescence: The Case of Germany, Social Forces 100(1) 2021, S. 86–112; <https://doi.org/10.1093/sf/soaa093>, Daten des NEPS

häufig nicht so gut beim Lernen unterstützen, sei es aus Geld- oder Zeitmangel oder weil sie selbst keine Hausaufgabenhilfe leisten können. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund können ihre hohen Bildungswünsche daher nicht immer umsetzen und wenn, dann ist dies mit sehr viel Eigeninitiative und Mehraufwand verbunden.

Die vielen kleinen Unterschiede im Alltag von Kindern aus niedrig und hoch gebildeten Elternhäusern tragen dazu bei, dass die Schere in ihren Kompetenzen bereits im Vorschulalter aufgeht. Dies konnten Forschungen mit Längsschnittdaten aus Deutschland zeigen, bei denen die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen nicht nur einmal, sondern immer wieder gemessen wurden. Im Verlauf der Schulzeit sind die Bildungsunterschiede zwar mal kleiner, mal größer, aber sie verändern sich nicht mehr wesentlich.

Wie ließen sich die primären Effekte verringern? Dazu gibt es unterschiedliche Positionen und Vorschläge. Die Schule, so zeigen es die gerade genannten Forschungsergebnisse, verringert die deutlichen Bildungsunterschiede bei Kindern unterschiedlicher Herkunft kaum. Aber natürlich könnte Schule so gestaltet sein, dass benachteiligte Kinder noch stärker und gezielter gefördert werden. Außerdem könnte es helfen, die Zeit auszudehnen, die Kinder in der Schule verbringen – also Ganztagsunterricht, so wie es in vielen europäischen Staaten üblich ist. Das hätte den Vorteil, dass Kinder die Hausaufgaben in der Schule machen und auch benachteiligte Kinder so eine gute Unterstützung bekommen könnten.

Erfolgversprechend könnte auch sein, stärker in frühe Bildung zu investieren – denn die wichtigste Lernphase von Kindern findet in den ersten Lebensjahren statt. US-amerikanische Programme wie das bekannte Perry-Preschool-Programm haben eine sehr gute Erfolgsbilanz: Diese Studie fand zwischen 1962 und 1967 in Michigan, USA, mit 123 Kindern aus sehr benachteiligten Familien statt. 58 zufällig ausgewählte Kinder wurden in das Programm aufgenommen, die übrigen 65 bekamen keine Förderung, das heißt, sie bildeten die Kontrollgruppe des Experiments. Das Programm selbst bestand aus einer intensiven täglichen Vorschule und wöchentlichen Besuchen von Sozialarbeiter:innen bei den Kindern zuhause. Auch

deren Eltern wurden in das Programm einbezogen. Die ehemaligen Programmteilnehmer:innen hatten als Erwachsene deutlich häufiger als die Kontrollgruppe ein hohes Monatseinkommen und Wohneigentum und waren deutlich seltener auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Ein solch aufwendiges Bildungsprogramm kann zwar nicht für alle benachteiligten Kinder aufgelegt werden. Aber Studien für Deutschland zeigen, dass Kompetenzunterschiede auch dann verringert werden könnten, wenn alle Kinder mit zwei Jahren eine Kita besuchen würden. Allerdings besuchen Kinder niedrig gebildeter Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund eine Kita oder den Kindergarten seltener und wenn, dann später als Kinder höher gebildeter Eltern oder ohne Migrationshintergrund.

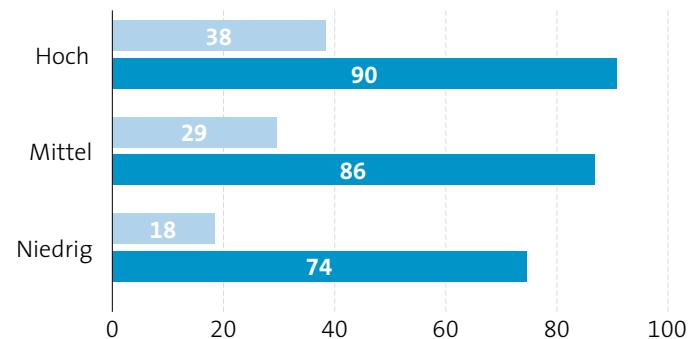
Gleiche Ausgangsbedingungen – ungleiche Entscheidungen

Auch wenn Kinder aus ungleichen Elternhäusern ähnlich schlau und strebsam sind und gleich viel wissen und können, sind diejenigen aus Akademikerfamilien in der Regel dennoch erfolgreicher in der Schule. Dies liegt vor allem daran, dass Familien mit unterschiedlicher sozialer Herkunft andere Bildungsentscheidungen treffen, die sogenannten **sekundären Effekte**. Das beginnt, wie gerade gezeigt, schon in der Kita und im Kindergarten, setzt sich am Übergang von der Grundschule in weiterführende Schulen fort und endet bei Entscheidungen zur Berufsausbildung und dem Studium. Primäre Effekte sind mit dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit (siehe S. 8) vereinbar, weil Kinder in der Schule auf einem gleichen Maßstab nach ihren Leistungen beurteilt und sortiert werden. Dagegen liegt bei den sekundären Effekten eine Verletzung dieses Prinzips vor, weil Kinder mit gleichen Leistungen eben nicht die gleichen Chancen haben, am Ende auch die gleichen Bildungsergebnisse zu erzielen.

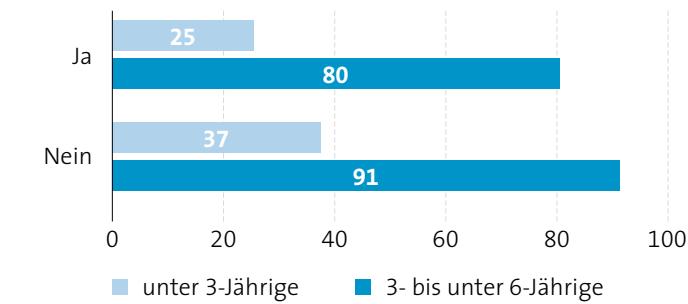
Dabei handeln Eltern und Kinder aus allen sozialen Gruppen durchaus rational, wenn sie solche Entscheidungen treffen. Aber sie kommen zu anderen Ergebnissen, weil sie die Kosten, die Erträge und die Erfolgserwartung systematisch unterschiedlich bewerten. Hier drei Beispiele:

Anteil der Kinder in Tagesbetreuung nach Altersgruppen, Bildungsabschluss der Eltern sowie Migrationshintergrund des Kindes, 2020 (in Prozent)*

Höchster Bildungsabschluss der Eltern



Migrationshintergrund des Kindes



* Kindertagesstätte, Tagesmutter/-vater oder vorschulische Einrichtung, die in den letzten 12 Monaten in Anspruch genommen wurden.

Quelle: Bildungsbericht 2022, Abb. C3-3; Daten: Mikrozensus

Kosten: Niedrig gebildete Familien scheuen sich manchmal davor, dass ihre Kinder studieren, weil sie dann sehr lange finanziell unterstützen müssen. Wenn ihre Kinder eine Berufsausbildung machen, verdienen diese schon früher eigenes Geld.

Erträge: Niedrig gebildete Familien unterschätzen öfter die Einkommen, die Menschen in hochqualifizierten Berufen verdienen, und die Unterschiede zu weniger hoch qualifizierten Berufen. Hoch gebildete Familien tun das seltener, weil sie mehr Menschen in solchen Berufen persönlich kennen.

Erfolgserwartung: Höher gebildete Eltern trauen ihren Kindern eher zu, auf dem Gymnasium bestehen zu können, weil sie sie beim Lernen besser unterstützen können.

Besonders wichtig ist bei diesen Entscheidungen das Motiv des Statuserhalts, denn es prägt die Einschätzung von Kosten, Erträgen und Erfolgserwartung subjektiv. Alle Eltern sind bestrebt, dass ihre Kinder sozial nicht „abrutschen“. Für hoch gebildete Eltern heißt das, dass sie sich für die Bildungswege entscheiden, die es ihren Kindern ermöglichen zu studieren. Für niedrig gebildete Eltern kann es hingegen ausreichend sein, dass ihre Kinder einen Hauptschulabschluss erreichen und im Anschluss daran eine Berufsausbildung abschließen. Diese unterschiedlichen Entscheidungslogiken führen dazu, dass insbesondere bei mittleren Grundschulnoten viel mehr Kinder aus höher gebildeten Elternhäusern auf das Gymnasium übergehen als aus niedriger gebildeten Elternhäusern. Bei einem sehr



In Deutschland werden Kinder früh in verschiedene Schulformen „sortiert“. Das bestimmt häufig ihren weiteren Lebensweg (Symbolbild).

guten, aber vor allem bei einem sehr schlechten Notenschnitt unterscheiden sich die Übergangswahrscheinlichkeiten hingegen kaum.

Was ließe sich tun, um sekundäre Effekte zu verringern? Eine naheliegende Lösung wird in Deutschland schon seit Langem diskutiert: Übertritte auf unterschiedliche Schulformen könnten in höherem Alter stattfinden. In einigen Bundesländern findet der Übergang aus der Grundschule schon heute nach der sechsten Klasse statt. Eine längere gemeinsame Beschulung könnte aber auch Nachteile für benachteiligte Kinder haben, weil es in Klassen mit vielen unterschiedlichen Schüler:innen schwieriger ist, diese gezielt zu fördern. Außerdem besteht die Gefahr, dass gut betuchte Eltern ihre Kinder dann auf Privatschulen schicken, wo sie vermeintlich besser unterrichtet werden und wo sie unter ihresgleichen bleiben.

Eine andere Möglichkeit wäre, den Übergang an weiterführende Schulen wieder strikt an Leistungen in der Grundschule zu binden. Heute haben aber in fast allen Bundesländern Eltern (in unterschiedlichem Ausmaß) das Recht, sich über die Gymnasialempfehlung von Lehrer:innen hinwegzusetzen. Ganz allgemein wäre es wichtig, Eltern und später Jugendliche und junge Erwachsene bei ihren Entscheidungen zu beraten und sie über die Vor- und Nachteile aller alternativen Bildungswege gut zu informieren.

Gatekeeper in Bildungssystemen

Nicht nur Familien handeln je nach ihren Bildungserfahrungen unterschiedlich. Bildungstitel bestimmen auch in starkem Maße das gesellschaftliche Ansehen von Menschen, bilden die Grundlage für Stereotype, Abwertung sowie Diskriminierung und prägen so den Umgang von Menschen untereinander. Auch die sogenannten *Gatekeeper*, die Kinder beurteilen und Familien bei ihren Bildungsentscheidungen beraten, sind nicht frei davon. Dieser Begriff, der wörtlich übersetzt Torwächter bedeutet, veranschaulicht gut die Funktion dieser Personen: Sie überwachen „das Tor“ zur nächsten Bildungsstation und helfen mit, die Schüler:innen beim Übergang zu sortieren.

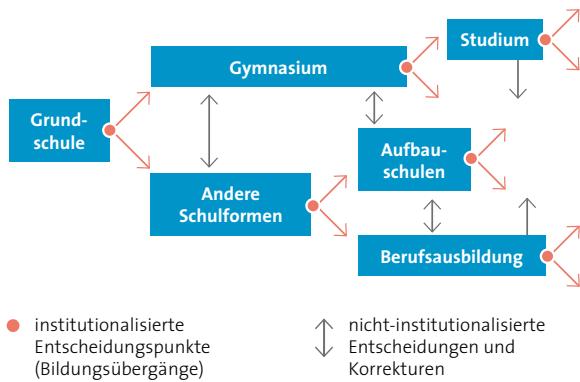
Eine besonders wichtige Funktion nehmen hier Lehrkräfte ein, weil sie über Noten, Gymnasialempfehlungen und Abschlüsse entscheiden und Lernende sowie Eltern beraten. Auch wenn Kinder den Lehrkräften nicht erzählen, aus welcher Bildungsschicht sie kommen oder aus welchem Land ihre Eltern stammen, gibt es vielerlei Signale, anhand derer Lehrkräfte sich ein Bild von der Herkunft ihrer Schüler:innen machen: die Berufe der Eltern, ihre Nachnamen, ihr Umgang mit Sprache



Bildungssystem und Bildungsübergänge in Deutschland

Immer dann, wenn Übergänge von einer Bildungseinrichtung in eine andere anstehen, entstehen wichtige Entscheidungspunkte für alle Kinder und Jugendlichen, die vom Bildungssystem vorgegeben sind. In Deutschland liegen diese am Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulen, von diesen zur Berufsausbildung und dem Studium, aber auch zu den Möglichkeiten, weiter zur Schule zu gehen, zum Beispiel an Aufbauschulen wie die Fach- oder Berufsoberschule (FOS/BOS). Die erste Bildungsentscheidung findet in Deutschland deutlich früher statt als in anderen Ländern, wo Jugendliche häufig bis zum Alter von 16 gemeinsam beschult werden. Auch während des Besuchs einer Bildungseinrichtung können frühere Entscheidungen korrigiert werden, beispielsweise wenn Schwierigkeiten auf dem Gymnasium so groß sind, dass ein Wechsel auf eine Realschule sinnvoll erscheint, oder wenn Jugendliche merken, dass eine Berufsausbildung doch nichts für sie ist, und beschließen, stattdessen weiter zur Schule zu gehen, um das Abitur zu machen.

Corinna Kleinert, Kathrin Leuze, Reinhard Pollak

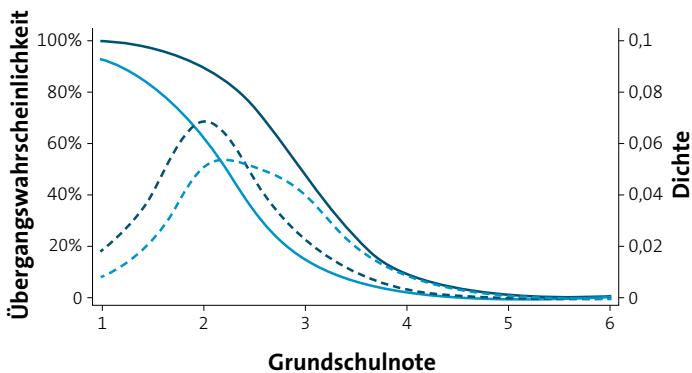


Quelle: Steffen Schindler, Universität Bamberg

(Akzente, Dialekte), ihre Umgangsformen, ihre Kleidung oder das Wissen der Kinder über Kultur. Oftmals schätzen Lehrkräfte die nicht-kognitiven Fähigkeiten wie den Fleiß von Schüler:innen aus Akademikerfamilien höher ein und trauen deren Eltern eher zu, sie bei schulischen Problemen zu unterstützen. Aus diesen Gründen geben sie solchen Kindern eher eine Gymnasialempfehlung als anderen, insbesondere wenn die Schulleistungen im Mittelfeld liegen und daher für sich alleine genommen keine gute Entscheidungsgrundlage sind. Das sind die **tertiären Effekte** der Bildungsungleichheit.

Was ließe sich tun, um tertiäre Effekte zu verringern? Hier könnte es vor allem hilfreich sein, Lehrer:innen in Fortbildungen für ihre eigenen Stereotype zu sensibilisieren. Außerdem wäre es möglich, ein anderes Modell für die Vergabe von Gymnasialempfehlungen zu entwickeln, das stärker standardisiert ist, sodass der einzelnen Lehrkraft nicht mehr eine so große Rolle dabei zukommt. Aber das hätte vermutlich auch Nachteile, weil das die unterschiedlichen Potenziale von Grundschulkindern außer Acht ließe. Auch hier könnte es helfen, alle Kinder länger gemeinsam zu beschulen.

Verteilung von Grundschulnoten und Übergangswahrscheinlichkeiten aufs Gymnasium (für Kinder von Eltern ohne und mit Abitur, Simulation auf der Basis einer Studie von 1983)



Eltern ohne Abitur

— Schulleistung

— Übergangswahrscheinlichkeit

Eltern mit Abitur

— Schulleistung

— Übergangswahrscheinlichkeit

Lesehilfe: Die beiden durchgezogenen Linien zeigen die Wahrscheinlichkeit für einen Übergang ans Gymnasium in Abhängigkeit von den Grundschielleistungen (sekundäre Effekte). Wenn Kinder einen Notenschnitt von 1 haben, ist in beiden Gruppen die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, ans Gymnasium zu kommen, wenn sie einen Schnitt von 4 oder schlechter haben, ist sie in beiden Gruppen sehr gering. Große Unterschiede finden sich jedoch im mittleren Notenbereich, wo die allermeisten Kinder liegen (siehe gestrichelte Linien; sie zeigen die Notenverteilung in den beiden Gruppen und damit die primären Effekte). So liegt die Wahrscheinlichkeit, ins Gymnasium überzugehen, für Kinder mit einem Schnitt von 2,5 bei etwa 75 Prozent in der Gruppe mit Eltern mit Abitur, in der Gruppe mit Eltern ohne Abitur hingegen bei unter 35 Prozent.

Steffen Schindler, Assessing the cumulative impact of primary and secondary effects on the way from elementary to tertiary education. A simulation study for Germany. EqualSoc Working Paper 2010/2

Schulsysteme und Bildung nach der Schule

Primäre, sekundäre und tertiäre Effekte – also ungleiche Start- und Lernbedingungen zuhause, ungleiche Bildungsentscheidungen von Familien und ungleiche Bewertung von *Gatekeepers* – erklären zusammengekommen gut, warum Bildungsungleichheiten in Deutschland im internationalen Vergleich besonders stark ausgeprägt sind. In Deutschland sind die Chancen zu studieren für junge Erwachsene aus Familien mit Abitur oder Berufsausbildung 2,4 Mal so hoch wie für junge Erwachsene aus Familien ohne Abitur und Ausbildung, aus Akademikerfamilien sogar 5,1 Mal so hoch. In Ländern wie Spanien, Irland, den Niederlanden und in Nordeuropa sind die sozialen Ungleichheiten teilweise deutlich geringer.

Während es die primären Effekte überall auf der Welt gibt, werden Schüler:innen in Deutschland viel früher in unterschiedliche Schulformen aufgeteilt als in vielen anderen Ländern. Und damit kommt den ungleichen Bildungsentscheidungen der Eltern und den Urteilen der Lehrer:innen eine besonders große Bedeutung zu.



Manifestiert das deutsche Bildungssystem Ungleichheiten?

[...] Was ich werden wollte, fragte man mich [...] [als 15-jährige Realschülerin, die plan-, ziel- und orientierungslos durch ihre Kleinstadt zog, rumhing, rauchte, auf den Boden spuckte]. Lange zuckte ich als Antwort darauf mit den Schultern. [...] Doch irgendwann entstand aus einem Tagtraum ein vorsichtiger Wunsch: Grundschullehrerin. Als ich einem Lehrer davon erzählte, lachte er und zählte auf, was ich dafür brauchen würde (gute Noten, Abitur, ein Studium), was ich alles nicht hatte (Disziplin, Ausdauer, Struktur), was ich tun sollte (die Realschule beenden und lieber eine Ausbildung machen). [...]

Fast wäre ich in meinem Hoodie versunken und ins Nichts gelaufen, da zog mich jemand an der Kapuze zurück.

Ob ich mir mal mein Zeugnis angeguckt hätte, sagte mein Stiefvater, der in unsere Familie gekommen war und, neben einem Faible für Ordnung und Struktur, als Einziger in der Familie die Erfahrung eines abgeschlossenen Studiums mitbrachte. Sei doch gar nicht so schlecht [...]

Sein dringender Rat an mich: auf jeden Fall das Abitur dranhängen, statt nichts zu tun. Der Pensionär und ich – seine pubertierende Stieftochter – waren damals alles andere als auf einer Wellenlänge. Aber wir teilten hier einen für mich weichenstellenden Moment: den Moment, in dem jemand an mich geglaubt hat. Ihm habe ich es zu verdanken, dass ich diesen Text heute als studierte Gymnasiallehrerin schreibe.

Damit Jugendliche den für sie richtigen Weg finden, braucht es dringend jemanden, der nah dran ist, hinguckt und in den richtigen Momenten an der Kapuze zieht. In bildungsbürgerlichen Milieus übernehmen das meist die Eltern. An sogenannten Brennpunktschulen fällt diese Rolle dagegen oft den Lehrkräften zu. Doch das ist fatal. Denn obwohl ich dort unzählige engagierte Menschen kennengelernt habe: Niemand kann 30 orientierungslose Kinder gleichzeitig ermutigen und quasi nebenher noch so etwas wie Unterricht halten.

An der Kapuze ziehen bedeutet auf einer Hauptschule oder Mittelschule oder Gesamtschule ohnehin etwas ganz anderes als auf dem Gymnasium [...]. Das wurde mir kurz nach meinem Referendariat an einem Gymnasium klar. Ich war damals gerade seit ein paar Tagen als Vertretungskraft an einer Haupt- und Realschule in Rheinland-Pfalz, in einem Betonklotz-Stadtviertel mit verranzten Kneipen. Dort begrüßte mich ein Schüler mit: „Oha, die Schlaue!“ [...]. Er konnte sich nicht erklären, wieso jemand freiwillig an seiner Schule arbeiten wollte. Einer „Asischule“, wie er sie selbst nannte.

Denn meine Schüler waren sich ihres Stigmas sehr wohl bewusst. Sie verorteten sich wie selbstverständlich dort, wo sie von der Gesellschaft hingedrängt, wo sie von unserem Bildungssystem geparkt wurden: ganz unten. Sie spürten das, was das Bildungssystem mit seinen leeren Behauptungen über die eigene Durchlässigkeit zu kaschieren versucht: dass es ein Oben und ein Unten gibt und dass diejenigen, die unten starten, in der Regel auch dort bleiben.

Während die Elternschaft auf den Gymnasien zu mehr als 60 Prozent aus Akademikern besteht, sind es auf Hauptschulen gerade mal 17 Prozent. Mehr als die Hälfte der

Eltern an Hauptschulen haben selbst einen Hauptschul- oder gar keinen Schulabschluss. Es ist, als hätten die Eltern magnetische Kräfte, die die Kinder entweder auf der einen oder anderen Seite halten. Nur wenige schaffen es, sich zu lösen – nach oben wie nach unten. Denn auch Akademiker-kinder, die später Gleisbauer oder Friseur werden, sind rar.

Schafft es ein Kind nach der vierten Klasse aufs Gymnasium, kann man davon ausgehen, dass es ein sozio-ökonomisch stabiles Elternhaus hat. Kommt ein Kind – unwahrscheinlicherweise – trotz häuslicher Probleme aufs Gymnasium, wird es dasselbe vermutlich bald wieder verlassen. Es wird „ausgesiebt“, um im Gymnasiallehrjargon zu sprechen.

Die Bedürfnisse von Kindern aufzufangen, die sich selbst schon lange aufgegeben haben, erfordert [...] mehr als ein paar Gespräche im Türrahmen nach Unterrichtsschluss. Das persönliche Engagement vereinzelter Lehrkräfte kann unmöglich das Fundament eines gerechten und erfolgreichen Bildungssystems sein. Doch genauso läuft es derzeit. Unser Bildungssystem vertraut darauf, dass Lehrerinnen und Lehrer an sogenannten Brennpunktschulen Erziehungs- und Bildungsauftrag in Personalunion stemmen – und gibt ihnen gleichzeitig kaum strukturelle Hilfen an die Hand. Das funktioniert nicht. Kann nicht funktionieren. [...]

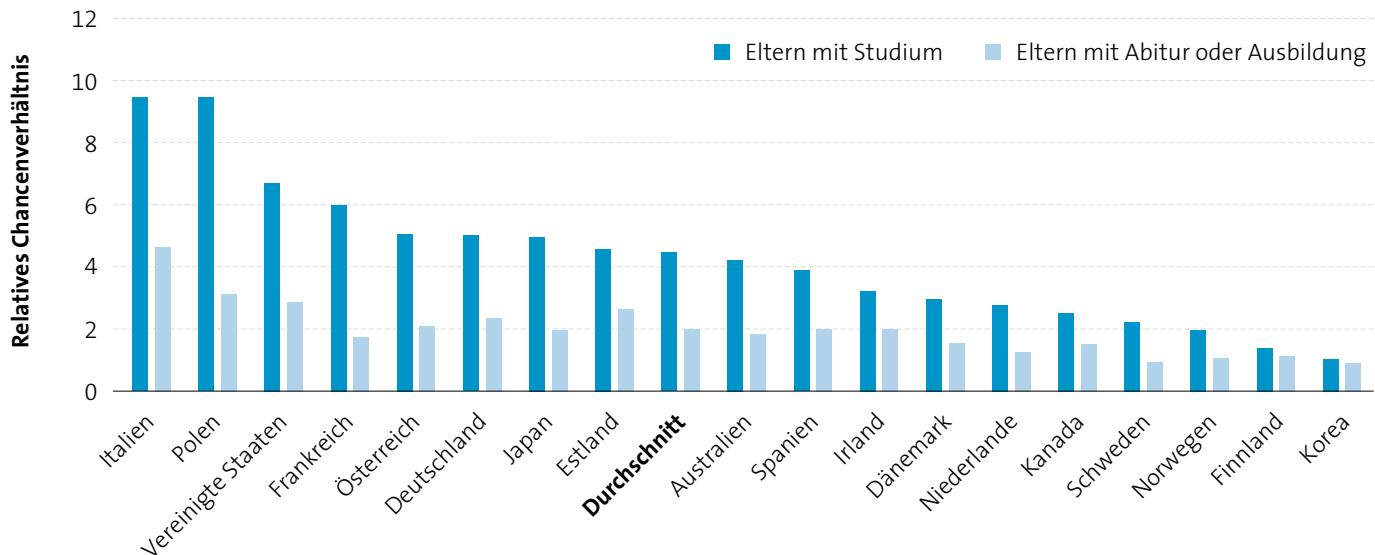
[...] Unser Bildungssystem manifestiert soziale Ungerechtigkeit. Jeden Sommer taumeln Jugendliche [...] aus der Schule heraus, einer tristen Zukunft entgegen, weil sich unser Bildungssystem allein auf die Kinder konzentriert, die wortwörtlich schon von Haus aus so viel mehr Chancen im Schulranzen haben. Für ein reiches Land wie Deutschland ist das nicht nur beschämend, sondern angesichts des steigenden Fachkräftemangels auch ganz einfach: dumm. [...]

Der nächste Pisa-Schock reicht [...] nicht aus. Ebenso wenig das unermüdliche Engagement vieler, vieler Menschen – Lehrerinnen, Sozialpädagogen, Psychologinnen, Schüler, Eltern, Hausmeister, aber auch Bildungswissenschaftler. Weil zu viele bedürftige Kinder auf zu wenige Lehrkräfte kommen. Weil es an Schulen keinen Platz und kein Geld für ausreichend Sozialarbeiter und erst recht nicht für Psychologinnen und andere nötige Fachkräfte gibt. Weil Haupt- und Realschulen, gerade die in ökonomisch schwachen Regionen, systematisch benachteiligt werden. Aufgrund der fehlenden politischen Unterstützung ist der Verschleiß an Lehrkräften dort extrem hoch. Sie stellen Versetzungsanträge oder treten die Stellen gar nicht erst an, weil sie von den Zuständen gehört haben. Die Folge: Die Schulen laufen chronisch unterbesetzt immer irgendwie weiter, eingebunden in ein Mangelmanagement. [...]

Lisa Graf ist Gymnasiallehrerin und Autorin des Buches „Abgehängt. Von Schule, Klassen und anderen Ungerechtigkeiten“.

Lisa Graf, „Ausgesiebt“, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Januar 2023. Online: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/gesellschaft/bildung-neustart-lisa-graf-bildungsgerechtigkeit-e188738/>

Wahrscheinlichkeit, studiert zu haben, bei 20- bis 34-Jährigen, nach Bildung der Eltern
 (Chancenverhältnisse im Vergleich zu Eltern ohne Abitur oder Berufsausbildung, 2012)



Lesehilfe: Die Grafik zeigt die relative Wahrscheinlichkeit, ein Studium aufzunehmen, nach der Bildung der Eltern. Die Referenzgruppe sind dabei Kinder von Eltern ohne Berufsausbildung und Abitur. So ist in Italien die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person studiert, deren Eltern das Abitur oder eine Berufsausbildung haben, fast fünfmal so hoch (4,6) wie bei einer Person der Referenzgruppe. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person aus einer Akademikerfamilie studiert, ist fast zehnmal (9,5) so hoch wie bei einer Person aus der Referenzgruppe.

Quelle: OECD 2014, Table A4.1b, <http://dx.doi.org/10.1787/888933115521>, Daten: PIAAC, 2012

Schulen in Deutschland gelten daher noch stärker als in manchen anderen Ländern als „Sortiermaschinen“. Das Bild der „Sortiermaschine“ verdeutlicht, warum Schulbildung, vor allem Schulabschlüsse und Noten, für den weiteren Lebensweg so wichtig sind: Das gilt für die Frage, ob Schülerinnen und Schüler bestimmte Berufsausbildungen einschlagen und studieren dürfen, welche Studienfächer ihnen offenstehen und auf welche Ausbildungsplätze sie gute Bewerbungschancen haben. Ausbildungsbetriebe, berufliche Schulen und Hochschulen nutzen Schulabschlüsse und Noten als Signale dafür, wie produktiv junge Menschen sind und was sie zu leisten imstande sind.

Schulabschlüsse und Noten bestimmen stark darüber, mit welchen Berufen junge Menschen ins Arbeitsleben starten. Somit entscheiden Bildungstitel auch über die berufliche Sicherheit und über das Einkommen, das Menschen im Laufe ihres gesamten Lebens erzielen können. Damit sind wir beim zweiten blauen Pfeil des OED-Dreiecks (siehe S. 19) angelangt: dem Zusammenhang von Bildung (E) und dem beruflichen Status als Erwachsene (D).

Das alles erklärt, warum viele junge Menschen heute nach ihrem ersten Schulabschluss weiter zur Schule gehen, um am Ende das Abitur zu erreichen. In Deutschland gibt es – und das ist vielen Menschen hier gar nicht bewusst – viele Möglichkeiten, einmal getroffene Entscheidungen zu korrigieren und Schulabschlüsse nachzuholen. Neben der Möglichkeit, nach dem ersten Abschluss weiter auf eine allgemeinbildende Schule zu gehen, kann ein Abitur auch nach einem mittleren

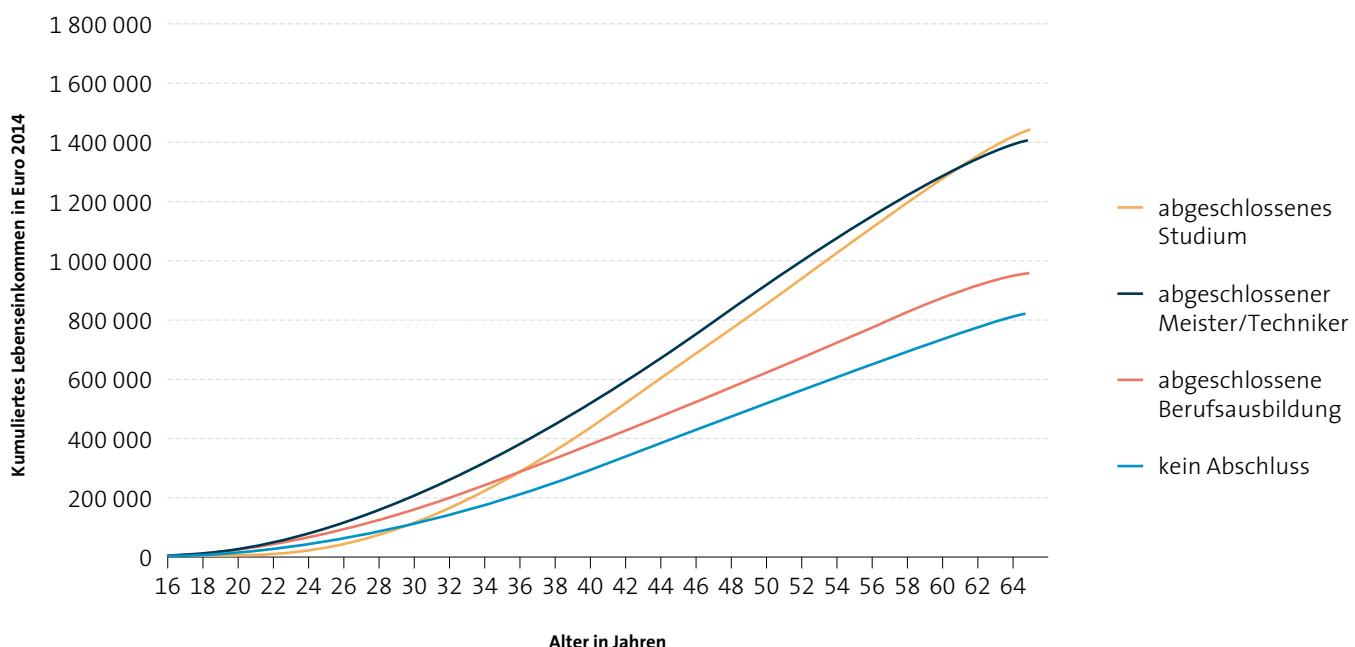
Schulabschluss auf der Fachoberschule und nach der Berufsausbildung auf der Berufsoberschule gemacht werden. Erwachsene können ihr Abitur auf Abendgymnasien erwerben oder ohne Abitur studieren, wenn sie eine abgeschlossene Berufsausbildung und ausreichend einschlägige Erwerbsfahrung mit fachlicher Nähe zum Studium nachweisen können.

In der Masse nutzen vor allem Kinder aus weniger gebildeten Elternhäusern diese Möglichkeiten, weil die meisten Akademikerkinder das Abitur auf direktem Weg erreichen und daher auf diese Möglichkeiten häufig nicht mehr angewiesen sind. Studien haben jedoch auch gezeigt, dass die wenigen Jugendlichen aus höhergebildeten Elternhäusern, die Schulabschlüsse nachholen können, höhere Chancen haben, diese Wege tatsächlich einzuschlagen.

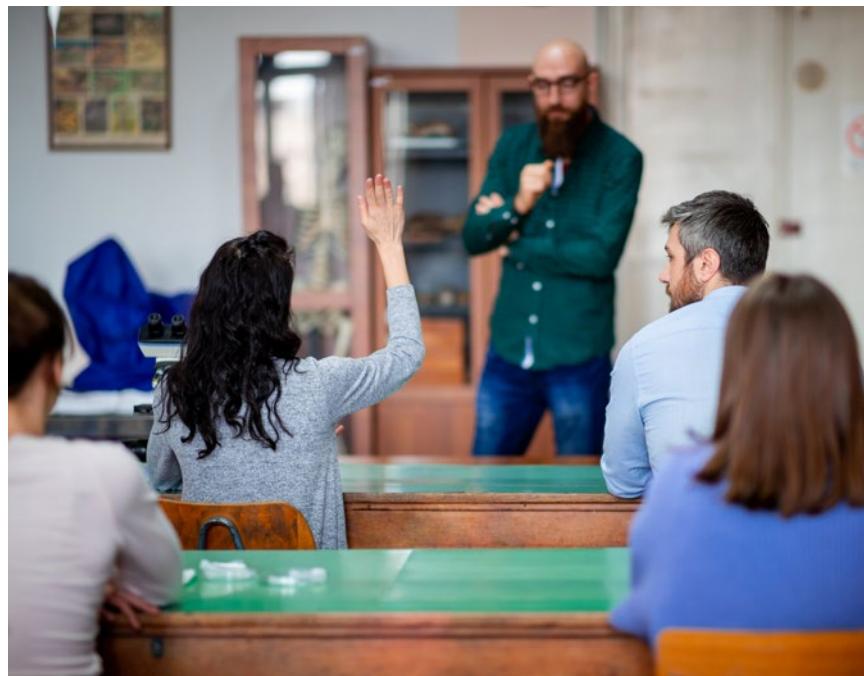
Individuell betrachtet, profitieren sie von den Nachholmöglichkeiten also wieder stärker als Kinder aus niedriggebildeten Elternhäusern. In der Summe führt das dazu – so das Ergebnis von Studien –, dass die vielen Nachholmöglichkeiten in Deutschland die Bildungsungleichheit nach sozialer Herkunft weder vergrößern noch verringern.

Das Bildungssystem wirkt folglich an vielen Stellen als Sortiermaschine. Den Auftrag, allen Kindern eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, erfüllt es nur bedingt. Formal bietet es allen Kindern die Möglichkeiten, hohe Abschlüsse und gute Startpositionen für das eigene Leben zu erreichen. De facto aber gelingt es kaum, die bereits früh auftretenden Unterschiede bei den Kindern zu kompensieren.

Kumulierte durchschnittliches Lebenseinkommen (in Euro 2014) und höchster Bildungsabschluss



Tobias Brändle / Philipp Kugler / Anne Zühlke (IAW): Lebenseinkommen von Berufsausbildung und Hochschulstudium im Vergleich, Tübingen 2019, S. 23; Daten: NEPS-SC6; https://www.iaw.edu/files/dokumente/IAW_Studie_Vergleich_Lebenseinkommen_Ausbildung_Studium_2019.pdf



Um ihren beruflichen Status und ihr Einkommen zu verbessern, entscheiden sich viele junge Menschen dazu, sich nach ihrem ersten Schulabschluss weiterzubilden, und holen zum Beispiel auf dem Abendgymnasium das Abitur nach.



Salzburg, 13. April 2022

Kathrin Leuze / Corinna Kleinert / Reinhard Pollak

Erwerbsarbeit, Berufe und soziale Ungleichheit

Bildung und Geschlecht haben großen Einfluss auf die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Sie bestimmen, wer Arbeit hat, in welchem Beruf und in welchem Umfang gearbeitet wird und wer wie viel verdient.

„Non scholae, sed vitae discimus!“ – „Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir!“ Dieses Zitat wird häufig herangezogen, um die Bedeutung schulischen Wissens für den weiteren Lebensverlauf zu begründen. Gerade für die Verbindung zwischen dem Schulsystem und dem Arbeitsmarkt in Deutschland trifft dieser Spruch sehr stark zu. Denn die Zertifikate, also die Abschlüsse, die in der Schule erworben werden, bestimmen nicht nur, ob im Anschluss eine Lehre oder ein Studium als Berufsausbildung gemacht werden kann. Sie beeinflussen in besonderem Maße auch, welche Chancen Menschen später auf dem Arbeitsmarkt haben: ob sie erwerbstätig oder arbeitslos sind, welchen Beruf sie ergreifen, wie viel sie verdienen können, ob sie in Voll- oder Teilzeit arbeiten oder welches gesellschaftliche Ansehen damit verbunden ist. Dazu zwei Beispiele:

Mira hat ihr Abitur mit der Note 1,5 abgeschlossen. Dass sie studieren wird, war schon lange klar, da auch ihre Eltern einen Hochschulabschluss haben und ihre Mutter im Gesundheitswesen und ihr Vater als Jurist bei den örtlichen Behörden beschäftigt ist. Da sie selbst schon mehrere Jahre Nachhilfe gibt und gerne mit jüngeren Kindern arbeiten möchte, ist ihr Wunschberuf Grundschullehrerin. Dieser Beruf bietet zudem eine gute Vereinbarkeit mit der Familie, was ihr ebenfalls sehr wichtig ist. Aufgrund ihrer sehr guten Abiturnote klappt die Zulassung zum Lehramtsstudium Grundschule in der nahegelegenen Universitätsstadt ohne Probleme. Das Studium selbst schließt sie in der vorgesehenen Zeit wieder mit sehr guter Note ab. Im Anschluss macht sie ihr Referendariat an einer Grundschule ihres Heimatortes, wo sie auch direkt ihre erste Anstellung bekommt. Im Referendariat verdient sie 1500 Euro brutto, als Einstiegsgehalt erhält sie dann 3700 Euro brutto.

Oskar hat seinen qualifizierten Hauptschulabschluss mit der Note 2,3 abgeschlossen. Auch wenn ihn das Lernen generell nicht sehr interessiert hat, sind ihm die Fächer Mathe, Physik und Informatik schon immer leichtgefallen und er hat sie mit der Note 2 oder besser abgeschlossen. Außerdem ist er handwerklich sehr geschickt und technisch interessiert, und das Basteln an seinem Moped ist sein größtes Hobby. Dies liegt sicherlich auch an seinem Vater, der ihn als Elektriker schon früh mit auf Baustellen genommen hat. Daher steht der Wunsch, eine Ausbildung zum Mechatroniker zu machen, ganz oben auf seiner Liste. Da Oskar keinen Realschulabschluss hat, findet er allerdings nicht sofort einen Ausbildungsplatz, obwohl er viele Bewerbungen schreibt. Er erhält jedoch von einem Maschinenbauunternehmen am Ort die Möglichkeit, ein Praktikum zu ab-



Schulabschlüsse beeinflussen in besonderem Maße, welche Chancen Menschen später auf dem Arbeitsmarkt haben und welches gesellschaftliche Ansehen damit verbunden ist. Auszubildender KFZ-Mechatroniker in Eisleben 2020, Lehramtsstudentin für Mathe und Wirtschaft in Gardelegen 2018

solvieren und bekommt im Anschluss dort einen Ausbildungsplatz zum Mechatroniker. Die Ausbildung schließt er erfolgreich ab und wird sofort vom Ausbildungsbetrieb als Facharbeiter übernommen. Im ersten Lehrjahr erhält er 900 Euro brutto, im letzten Lehrjahr 1100 Euro und als Geselle steigt er mit 2300 Euro brutto ein.

Die zwei Beispiele illustrieren die Bildungs- und Erwerbsverläufe von jungen Erwachsenen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen. Gleichzeitig zeigen sie auch Ungleichheiten auf, wie sie im deutschen Bildungssystem häufig anzutreffen sind



Javier hat ein Geheimnis

[...] Javier ist 16 Jahre alt. Ein ernsthafter und eloquerter junger Mann. Als er mit seinen Eltern und seiner Schwester im Winter vor sechs Jahren aus prekären Verhältnissen von Spanien nach München migriert, spricht der Junge kein einziges Wort Deutsch.

Die Familie kommt in ihrem ersten Winter an der Isar im Kälteschutzprogramm der Stadt unter und also weg von der Straße. Nächste Station ist die Wohnungslosenunterkunft – bis heute das Zuhause der Familie, die mittlerweile zu siebt ist. Tagsüber, wenn Javier mit Anzug und Hemd hinterm Schalter steht, sieht dem frisch gestarteten Azubi einer Münchner Bank kein Mensch an, wo und wie er lebt.

Er schämt sich nicht dafür. Aber trotzdem müssen es nicht alle wissen. Darum legt Javier Wert darauf, die Geschichte seiner Familie unter anderem Namen zu erzählen. Er tut dies an einem Werktag nach Feierabend, im Park neben der Wohnungslosenunterkunft am Rande der Stadt.

Es ist schon zappenduster, als er mit seiner Mutter an der Seite den Platz ansteuert [...].

Die beiden haben eigentlich fürs Gespräch in ihre zwei Zimmer in die Anlage geladen – aber die Security ist nicht informiert, Abstimmungsprobleme, kein Besuch mehr erlaubt, Gäste raus und also reden draußen vor der Tür. Sowas bringt Javier nicht aus der Ruhe. [...]

Im April nach dem Kälteschutz-Winter zieht Javier mit den Eltern und damals noch einer Schwester in die erste Münchner Wohnungslosenunterkunft. Es ist dieselbe, in der sie seit ein paar Monaten wieder leben: auf zwei Zimmern, die nicht miteinander verbunden sind und mit drei Kindern mehr als am Anfang. Fünf, drei und ein Jahr alt sind die kleinen Geschwister. „Wir essen in unseren Zimmern, schlafen hier, verbringen hier die Zeit. „Wenn wir von einem Raum in den anderen wollen“, erzählt der große Bruder, „müssen wir über den Flur.“ Zum Duschen müssen sie übers Treppenhaus einen Stock höher.

Besonders beschwerlich, meldet sich jetzt auch seine Mutter zu Wort, sei das Kochen in der entfernten Gemeinschaftsküche. Jeden Topf, jedes Gewürz, alles, was sie dafür braucht, muss sie vom Zimmer mitnehmen. „Das kann ich alles nur machen, wenn Javier oder mein Mann zuhause sind, weil ich die kleinen Kinder dann im Zimmer lassen muss.“ Der Familievater arbeitet halbtags in der Gastronomie, „Geschirr waschen, manchmal ein bisschen kellnern oder Waren hochschleppen“, erzählt der Sohn.

Es ist ein anstrengendes Leben. „In unserer jetzigen Unterkunft ist es oft laut und nicht immer sehr sauber.“ Trotz widrigster Umstände hat der gebürtige Spanier eine schulische Blitzkarriere hingelegt. Als er mit zehn in dieser Stadt ohne jede Sprachkenntnis landet, geht's zunächst an die Mittelschule, von dort in eine Übergangsklasse mit intensivem Sprachunterricht. „Nach einem Jahr konnte ich standardmäßig Deutsch und die haben gemerkt, dass ich halt doch gut in ein paar Fächern bin und dachten, es ist nicht schlecht, mich in die Realschule zu kriegen.“ Sprint-Programm nennen sie diesen Weg bei den Pädagogen. Der

Name könnte für Javiers Entwicklung nicht treffender sein. Inzwischen hat er die Mittlere Reife gemacht und am 1. September [2022] seine Ausbildung zum Bankkaufmann begonnen.

Wo lernt ein Kind, das mit vier Geschwistern und den Eltern in zwei Zimmern lebt, spielt, isst und hier auch Freunde empfängt? Wo die herzkrank Schwester sich ausruht, der kleine Bruder unter epileptischen Anfällen leidet und die Mutter unter Asthma? Javier lauscht in den nächtlichen Park. Und zuckt mit den Schultern: „Ich konnte immer eineinhalb Stunden nach dem Unterricht in ein Lernstudio gehen.“ Für die Lehre zieht er sich in eine Bibliothek zurück. Die kleine Schwester macht im Hort Hausaufgaben und grundsätzlich gibt es schulische Hilfen auch in den Wohnungslosenunterkünften.

Noch nie hatte die Familie eigene vier Wände. In Spanien lebte sie mit anderen Verwandten bei der Großmutter. Eine der wenigen Erinnerungen Javiers an diese Zeit: „Es war eine kleine Mietwohnung in einem sehr, sehr alten Gebäude. Wenn's geregnet hat, wurde die ganze Wohnung nass.“ Seit sie in München seien, suchten sie nach einer Wohnung. „Intensiv [...] es ist nicht so, dass wir uns zurücklehnen und sagen, ja vielleicht kommt eine Wohnung auf uns zu.“ Auf „Sowon“, der Online-Plattform für geförderte Wohnungen des städtischen Amts für Wohnen und Migration, würden große Wohnungen, die für sie in Frage kommen, seit Monaten nicht hochgeladen. Und wenn, dann bewerben sich Hunderte dafür. „Aber es kriegen immer andere.“

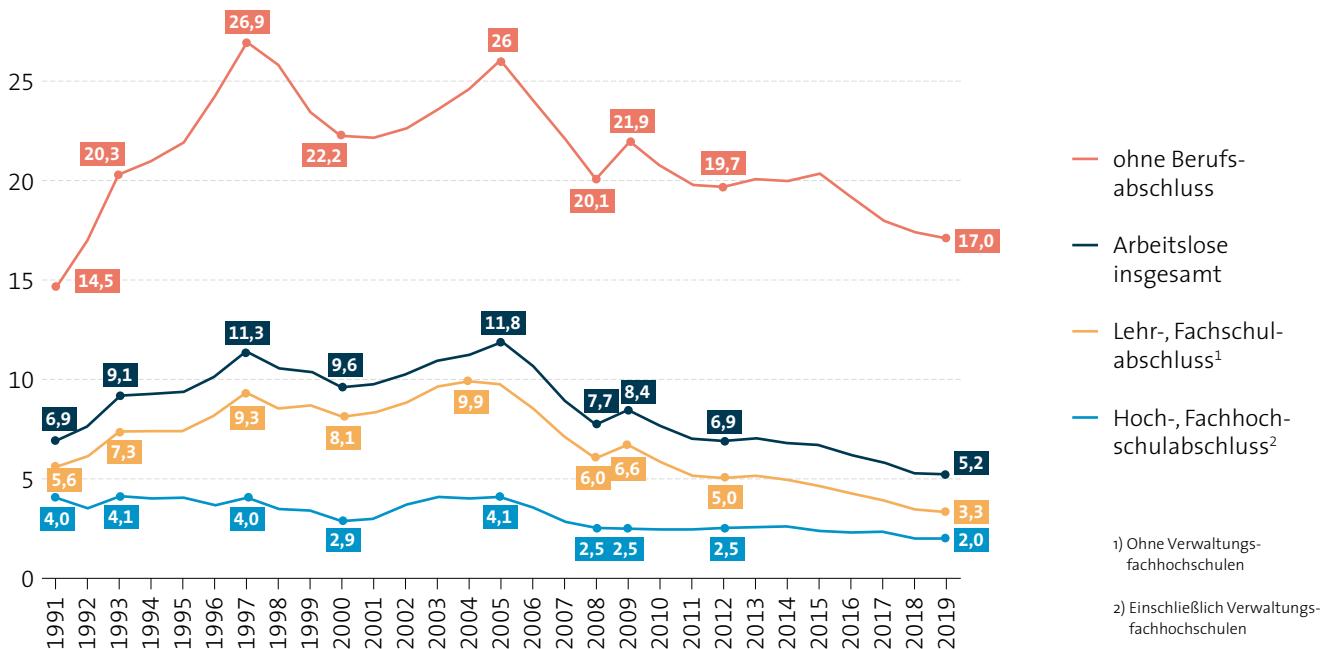
Die Miete für ihre zwei Zimmer in der Wohnungslosenunterkunft sei sehr hoch, „dafür, dass wir in einer sehr schlechten Lage wohnen“. Javiers Vater müsse 200 Euro von seinem Lohn dafür zahlen. Seit der älteste Sohn die Ausbildung begonnen hat, ist dadurch das Monatseinkommen der Familie gestiegen. „Das wird ja alles zusammen betrachtet. Ich muss praktisch mein ganzes Gehalt abgeben.“ Vom Kindergeld hätten die Eltern etwas angespart und damit dann Anzug und Hemden für die Banklehre angeschafft. Das Jobcenter bezahlt die Mitgliedschaft in seinem Fußballverein, bei dem Javier dreimal die Woche trainiert und gibt auch einen Zuschuss für Schuhe und Trikot.

„Unser größter Wunsch ist es“, sagt Javier im Park nach kurzer Unterredung mit der Mutter, „dass jeder von uns seinen Raum und seinen Platz hat.“ Der etwas kleinere Wunsch: „Dass wir zusammen Ausflüge unternehmen und Spaß haben können, mal abschalten vom anstrengenden Alltag.“ Und einen größeren Schrank in der jetzigen Unterkunft, den könnten sie auch dringend brauchen. „Der ist so klein, dass ich Anzug und Hemden außen hinhängen muss.“ Javier hält in dieser Familie alle organisatorischen Fäden zusammen. „Ja“, sagt die Mama an seiner Seite, „er ist unser Manager“. Und der darf nicht in verbeulten Anzügen rumlaufen. Niemand von den Kollegen soll wissen, wo und wie Javier lebt.

Andrea Schlaier, „Javiers Geheimnis“, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. Dezember 2022

Arbeitslosenquoten nach Bildungsstand

(in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen, ohne Auszubildende, gleicher Qualifikation)



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (zuletzt 2020): Aktuelle Daten und Indikatoren, Qualifikationspezifische Arbeitslosenquoten; [https://www.szozialpolitik-aktuell.de/files/szozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abblV40.pdf](https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/szozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abblV40.pdf), letzter Zugriff: 05.10.2022

(siehe S. 15 ff.). Zum ersten unterscheidet sich der Bildungserfolg von Mira und Oskar aufgrund ihrer Herkunft: Kinder aus akademischen Elternhäusern erwerben im Mittel höhere Abschlüsse als Kinder aus nicht-akademischen Elternhäusern. Zum zweiten sind Mädchen heute erfolgreicher im Bildungssystem als Jungen, sie haben bessere Noten, gehen häufiger auf ein Gymnasium und erwerben das Abitur, während sie seltener die Schule ohne Abschluss oder mit einem Hauptschulabschluss verlassen.

Die Beispiele verdeutlichen jedoch noch zwei weitere Unterschiede, die sich systematisch nach der erreichten formalen Bildung unterscheiden: der erlernte Beruf und die damit einhergehenden Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten. Auch diese unterscheiden sich nicht nur nach dem Bildungsniveau, sondern auch nach dem Geschlecht. Herkunfts- und geschlechtspezifische Bildungsungleichheiten schreiben sich also beim Übergang in die Ausbildung und in den Arbeitsmarkt fort.

Gruppe am häufigsten von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, ist also im Durchschnitt länger als ein Jahr arbeitslos.

Doch selbst wenn Personen mit geringer Bildung beschäftigt sind, sind sie hier benachteiligt. So unterscheidet sich das Erwerbseinkommen sehr stark zwischen den unterschiedlichen Bildungsgruppen. Umso höher der erreichte Bildungsabschluss ist, umso höher ist auch das Erwerbseinkommen. Hinzu kommt, dass Personen ohne Berufsausbildung am häufigsten prekar beschäftigt sind, da ihre Arbeit oftmals befristet ist, sie nur ein geringeres oder kein existenzsicherndes Einkommen erhalten und/oder arbeits- und sozialrechtlich wenig abgesichert sind, beispielsweise weil sie Minijobs ausüben. Sie arbeiten daher häufig in Jobs, die nicht auf Dauer ihren Lebensunterhalt sichern oder sie gegen Lebensrisiken, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit oder Krankheit, absichern können.

Was bedeutet dies für die beiden Beispiel-Absolvent:innen? Mira hat mit ihrem akademischen Abschluss sehr gute Chancen, erwerbstätig zu sein und ein nahezu nicht vorhandenes Risiko arbeitslos zu werden. Bei Oskar sah dies zu Beginn anders aus: Wenn er es nicht geschafft hätte, einen Ausbildungsplatz zu finden, hätte er nur sehr schwer im Arbeitsmarkt Fuß fassen können, Arbeitslosigkeit oder eine prekäre Beschäftigung hätten gedroht. Dadurch, dass er mit ein wenig Verzögerung doch eine Ausbildung zum Mechatroniker machen konnte, haben sich seine Chancen am Arbeitsmarkt deutlich verbessert. Im Vergleich zu Mira sind sie dennoch etwas schlechter, was auch Oskars niedrigeres Einstiegsgehalt nach der Ausbildung zeigt. (Formale) Bildung, und hier vor allem Bildungszertifikate, ist also eine der zentralen Stellschrauben in Deutschland für den Erfolg am Arbeitsmarkt.

Warum ist das so? Eine erste Erklärung geht davon aus, dass jede Investition in Bildung die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen einer Person erhöht. Dieses sogenannte Humankapital steigt daher mit jedem Jahr, das sie/er länger im Bildungssystem verweilt und mit jedem Jahr Berufserfahrung.

Erwerbsarbeit und soziale Ungleichheit

Der Abschluss, mit dem junge Erwachsene das Bildungssystem verlassen, entscheidet in hohem Maße darüber, inwieweit sie im Anschluss erwerbstätig oder arbeitslos sind. So sind Personen, die ein Studium absolviert haben, am häufigsten erwerbstätig, gefolgt von denjenigen mit Abitur oder beruflicher Ausbildung. Die mit Abstand schlechtesten Chancen am Arbeitsmarkt haben Menschen, die das Bildungssystem ohne beruflichen Ausbildung abschlossen verlassen. Im Umkehrschluss ist diese Gruppe am häufigsten von Arbeitslosigkeit betroffen. Während die Arbeitslosenquote von akademisch gebildeten Personen in den vergangenen Jahrzehnten dauerhaft unter 5 Prozent lag und diejenigen mit Berufsausbildung nur knapp darüber, hatten etwa 20 Prozent der Personen mit niedrigerer Bildung durchgängig ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko. Zudem ist diese

Je mehr Humankapital Menschen im Verlauf ihres Lebens erwerben, desto höher ist – so die Annahme – ihre Produktivität. Und diese wird auf dem Arbeitsmarkt mit besseren Erträgen belohnt. Bildungszertifikate haben zum zweiten aber auch eine Signalwirkung auf potenzielle Arbeitgebende, unabhängig von den tatsächlich erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen. Bildungsabschlüsse stellen daher wichtige Signale für Arbeitsmarkterträge dar. Beide Perspektiven können erklären, warum höhere Bildung ein Garant für ein höheres Einkommen und bessere Beschäftigungschancen, aber auch für ein geringeres Risiko von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung ist.

Zudem können sie erklären, warum sich herkunftsbedingte Bildungsungleichheiten (siehe S. 18 ff.) im Arbeitsmarkt immer weiter fortsetzen. Kinder und Jugendliche aus akademisch gebildeten Elternhäusern haben bessere Voraussetzungen und entscheiden sich häufiger, in Humankapital zu investieren und höhere Abschlüsse zu erwerben, wodurch sie auch ihre Erwerbschancen deutlich verbessern. Bildung ist also nicht nur eine Dimension (siehe S. 6 ff.) sozialer Ungleichheit, sondern erzeugt selbst weitere materielle und nicht-materielle Ungleichheiten im weiteren Lebensverlauf. Daher hat auch Mira aus dem akademischen Elternhaus zunächst einmal bessere Arbeitsmarktchancen als Oskar, dessen Eltern eine Berufsausbildung haben.

Allerdings ist dieser scheinbare Vorsprung Miras im Arbeitsmarkt nur von kurzer Dauer. Denn in unserem Beispiel verbirgt sich eine zweite Ungleichheitsdeterminante, die des Geschlechts (siehe S. 15). So hat Mira im Studium Lukas kennengelernt, der Gymnasiallehramt studiert. Nachdem beide zwei Jahre lang gearbeitet haben, heiraten sie und bekommen kurz darauf ein Kind. Mira bleibt für drei Jahre zu Hause und steigt dann in Teilzeit wieder ein. Auch Oskar hat eine Familie gegründet. Seine Ehefrau Karina, die als Arzthelferin gearbeitet hat, bleibt nach der Geburt

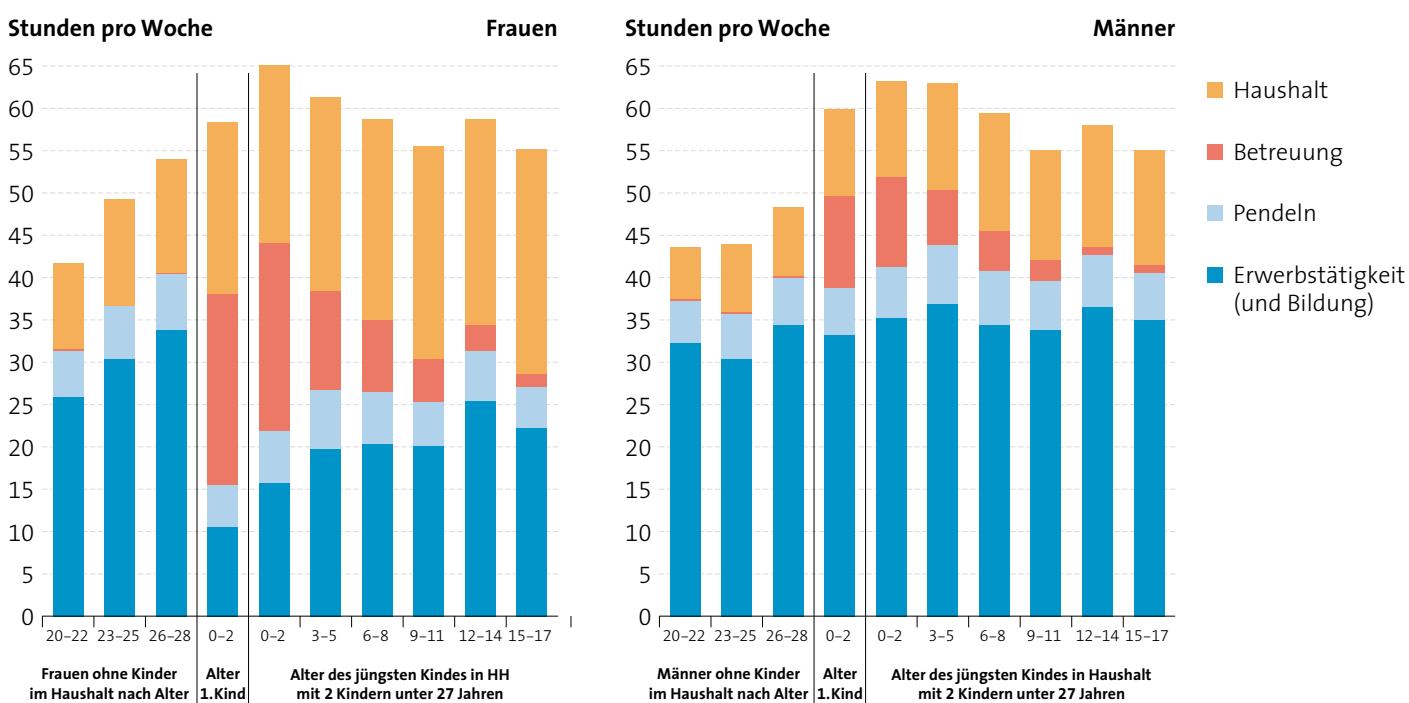
des ersten Kindes zu Hause und kehrt aufgrund der baldigen Geburt des zweiten Kindes auch nicht mehr in ihren Job zurück. Oskar ist unabhängig von seiner Familiengründung dauerhaft Vollzeit erwerbstätig, er hat seine Arbeit durch die Geburt seiner Kinder weder unterbrochen noch seine Arbeitszeit reduziert.

Insgesamt unterscheidet sich die Erwerbstätigkeit junger Frauen und Männer nur unmittelbar im Anschluss an das Studium oder die Berufsausbildung kaum. Je länger sie erwerbstätig sind und spätestens mit der Geburt des ersten Kindes sinkt die Erwerbstätigkeit von Frauen deutlich. Daher liegen sie auch deutlich unter denjenigen von Männern im weiteren Erwerbsverlauf.

Ein Blick auf die Arbeitszeiten von Frauen und Männern zeigt zudem, dass Frauen zwar häufiger erwerbstätig sind als früher, aber viel häufiger in Teilzeit arbeiten als Männer. Eine der Haupterklärungen für diese Unterschiede ist die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die sich im Zuge der Industrialisierung seit dem 18. Jahrhundert in Europa etabliert hat. Damals hat sich die klassisch-bürgerliche Vorstellung von Familie entwickelt, der zufolge der (Ehe-)Mann als Familiennährer arbeitet und das Geld nach Hause bringt, während die (Ehe-)Frau sich um Haushalt und Kinder kümmert.

Auch wenn dieses sogenannte männliche Ernährermodell heute als veraltet gilt, wirkt es fort: Frauen leisten weiterhin weniger bezahlte und mehr unbezahlte Arbeit (oft auch als Care-Arbeit und *Mental Load* bezeichnet) als Männer, vor allem wenn sie Kinder haben. So unterscheidet sich die durchschnittliche Arbeitszeit zwischen kinderlosen Männern und Frauen kaum, so lange sie Vollzeit arbeiten. Sind Kinder vorhanden, wenden Mütter deutlich mehr unbezahlte Arbeit für Haushalt und Kinder auf, während ihnen weniger Stunden für bezahlte Erwerbsarbeit zur Verfügung stehen – selbst, wenn sie Vollzeit erwerbstätig sind, und erst recht, wenn sie in Teilzeit arbeiten.

Zeitverwendung von Frauen und Männern mit zwei Kindern im Lebensverlauf, 2012/2013



Basierend auf Martin Bujard / Ralina Panova, Zwei Varianten der Rushhour des Lebens, in: Bevölkerungsforschung Aktuell 1/2016, S. 11-20, hier S. 15;
<https://www.bib.bund.de/Publikation/2016/Bevoelkerungsforschung-Aktuell-2016-1.html?nn=9751912>

Miras Bildungsvorsprung scheint sich also im weiteren Erwerbsverlauf nicht langfristig auszuzahlen. Sobald sie eine Familie gründet, besteht das Risiko, dass sie ihre Erwerbstätigkeit unterbricht, ihre Arbeitszeit reduziert und mehr Zeit als ihr Ehemann Lukas für Kinder und Hausarbeit aufbringt. Diese traditionelle Arbeitsteilung mag zwar auf kurze Sicht praktisch sein, um als Familie Kinder und Arbeit zu vereinen, aber langfristig gehen mit diesem Arrangement für Mira hohe Risiken einher: Generell wird sie aufgrund ihrer Teilzeitarbeit ein geringeres Einkommen und später eine geringere Rente erhalten. Wenn es zu einer Trennung kommt, kann sie als alleinerziehende Mutter weiterhin nicht Vollzeit arbeiten und hat daher ein noch geringeres Familieneinkommen, ihr Risiko prekärer Beschäftigung steigt enorm. Dies wirkt sich im Alter erst recht auf ihre Rente aus, die Gefahr von Altersarmut steigt.

Eine solche Veränderung im Erwerbsverlauf hat Oskar aufgrund seiner Rolle als alleiniger Familiennährer kaum zu befürchten. Sein Erwerbsverlauf entspricht also durchgängig dem sogenannten Normalarbeitsverhältnis. Auch die Risiken einer geringeren Rente oder von Altersarmut sind bei ihm kaum gegeben. Gleichzeitig hat er aufgrund seiner durchgehenden Vollzeitarbeit aber viel weniger die Möglichkeit, sich in das Familienleben einzubringen und sich an der Erziehung seiner Kinder zu beteiligen.

Berufe und soziale Ungleichheit

Doch nicht nur die Erwerbstätigkeit unterscheidet sich nach Bildung und Geschlecht zwischen Mira und Oskar. Eng damit verbunden sind auch Berufe, die in Deutschland zentral darüber bestimmen, welche Arbeitsmarkterträge jene erhalten, die sie ausüben: So unterscheiden sich Berufe danach, ob mit ihnen viel oder wenig zu verdienen ist, ob sie ein hohes oder niedriges gesellschaftliches Ansehen haben, wie viel Macht und Autonomie sie den Ausübenden ermöglichen, welche Aufstiegs-

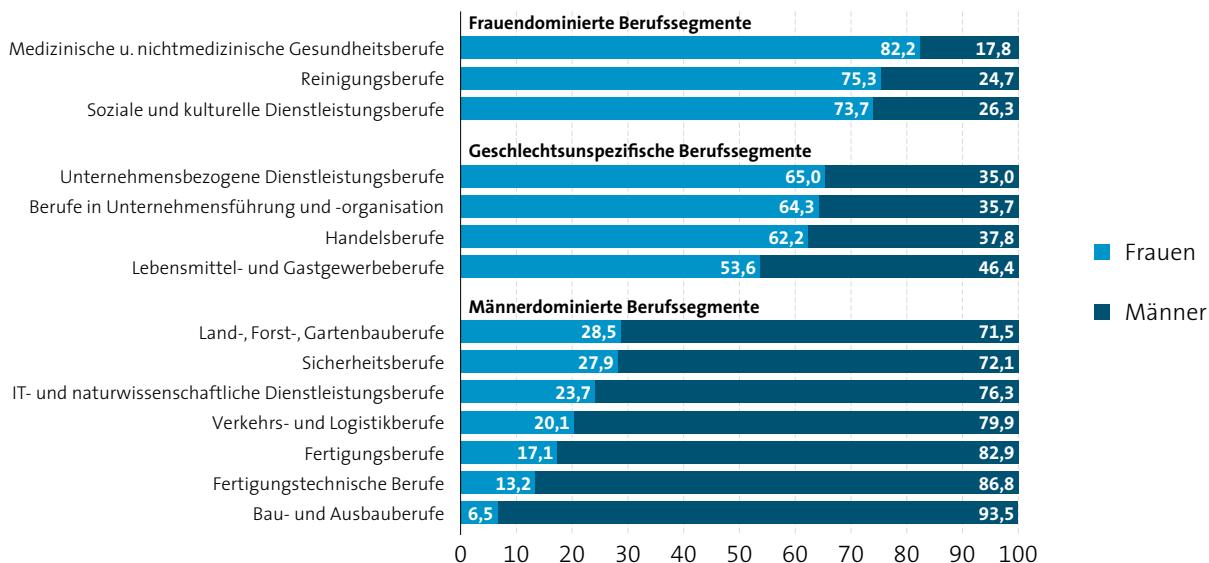
möglichkeiten sie bieten, ob sie besser oder schlechter in Teilzeit ausgeübt werden können und wie hoch die Risiken sind, nicht dauerhaft im Beruf arbeiten zu können. Berufe sind zudem mit bestimmten Berufsbildern und Tätigkeitsinhalten verbunden, werden manchmal sogar mit „Berufung“ gleichgesetzt. Daher sind Berufe ganz zentrale Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit in heutigen Gesellschaften.

Bildungsvoraussetzungen

Bislang gibt es keine einheitliche Definition von Berufen. Eine Definition nach den Soziologen Martin Abraham, Andreas Damelang und Andreas Haupt begreift Berufe als „typische Menge von Qualifikationen und Kompetenzen zur Lösung bestimmter Problembündel in (Arbeits-)Organisationen“. Wichtig ist demzufolge, dass Berufe Qualifikationen im Sinne einer Berufsausbildung oder eines Studiums erfordern, in denen spezielle berufliche Fähigkeiten und Kompetenzen vermittelt werden, um bestimmte Tätigkeiten im Arbeitsmarkt auszuüben. Um dies zu regeln, sind Berufe in Deutschland durch Berufsbilder, Ausbildungsordnungen und Arbeitsplatzanforderungen definiert, die beispielsweise von Berufsverbänden, Handwerkskammern und weiteren berufsrelevanten Einrichtungen festgelegt werden. Insofern verbinden Berufe das Ausbildungssystem mit dem Arbeitsmarkt.

Das äußert sich auch darin, dass Berufe systematisch mit unterschiedlichen Ausbildungsanforderungen verbunden sind. Dabei ist zunächst die schulische Bildung wichtig: So muss Mira, um das Studium als Grundschullehrerin aufzunehmen, das Abitur machen, während Oskar mit einem qualifizierten Hauptschulabschluss die Ausbildung zum Mechatroniker beginnen kann. Doch nicht nur Schulabschlüsse sind hier relevant, auch welche Noten insgesamt oder in bestimmten Fächern mitgebracht werden, beeinflussen die Berufswahl. Bei Mira war es sicherlich von Vorteil, dass sie ein Einser-Abitur hatte, bei Oskar waren es die (sehr) guten Noten in Mathe, Physik und Informatik.

Frauen- und Männeranteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berufssegmenten in Deutschland, 2017 (in Prozent)



Arbeit in den Werkstätten

[...] Rund 400 Menschen mit Behinderung arbeiten in der Werkstatt in Leherheide [Bremerhaven]. Es gibt hier unter anderem einen Fahrradladen, eine Holzwerkstatt, eine Arbeitsgruppe für Gartenbau und eine Bäckerei. [...]

Werkstätten für Menschen mit Behinderung bieten jenen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt ohne weitere Unterstützung keine Chance hätten, einen Ort der Begegnung und Beschäftigung. Andererseits sind sie ein Niedriglohnsektor, der Behinderte vom ersten Arbeitsmarkt separiert und mit dem sich Unternehmen aus der Verantwortung kaufen, mehr echte Inklusion in ihren Betrieben einzuführen.

Längst sind Werkstätten keine Bastelstuben mehr, die nur Holzspielzeug und Seifenschalen herstellen [...]. Heute vergeben viele Firmen Aufträge an Werkstätten, die sich günstiger per Hand als maschinell erledigen lassen: Dienstleistungsaufträge, Verpackungen, Versand, Gartenarbeiten, Montage und Vorarbeiten für die industrielle Produktion. Menschen mit Behinderung fertigen Autoteile für Mercedes Benz, verschicken Werbematerial für Fritz-Kola, sortieren Klappboxen für die Drogeriekette dm. [...]

Für die Firmen lohnt sich die Produktion in einer Werkstatt in mehrfacher Hinsicht. Sie werben mit sozialem Engagement und können Kosten sparen – unter anderem bei der sogenannten Ausgleichsabgabe. Die soll eigentlich mehr Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt bringen. Dafür gibt es viele Unterstützungsmöglichkeiten, wie Lohnzuschüsse, persönliche Arbeitsassistenzen oder technische Hilfsmittel.

Im Sinne der Inklusion sind Arbeitgeber ab 20 Arbeitsplätzen verpflichtet, mindestens 5 Prozent ihrer Stellen mit Schwerbehinderten zu besetzen. Ansonsten ist eine gestaffelte Abgabe an das Integrationsamt fällig. Doch wer Behindertenwerkstätten beauftragt, kann die Hälfte der Rechnung mit dieser Ausgleichsabgabe verrechnen. Manche Werkstätten, wie die der Caritas im Westerwald, werben offensiv mit dieser Ersparnis für Unternehmen und stellen Beispielrechnungen an.

Auch die Arbeit ist in Werkstätten günstig. 2009 las man in einem Firmenporträt in der Wirtschaftswoche, wie beispielsweise der Kinderfahrzeughersteller Puky es schafft, ausschließlich im „Hochlohnland Deutschland“ zu produzieren: Möglich sei das nur durch die Zusammenarbeit mit Behindertenwerkstätten. Die eigenen MitarbeiterInnen bearbeiteten und beschichteten zwar das Metall, „für das Zusammenschrauben eines Fahrrads sind die Löhne in Deutschland aber zu hoch“, erklärte der damalige Geschäftsführer gegenüber der Zeitung.

Die Kritik an solchem Geschäft wurde in den letzten Monaten immer lauter. Eine Petition fordert den Mindestlohn, Werkstatträte ein Basisgeld. Seit Mitte Juni [2022] prangern Beschäftigte unter dem Hashtag #ihrbeutetuns auf Twitter die Arbeitsbedingungen in den Werkstätten an. Mit Fotos, etwa von unappetitlichem Essen aus einer Kantine, wurde über die sozialen Medien sichtbar, was oft verdrängt wird. [...]

Seit über zwei Jahren arbeitet Ela in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Sie ist psychisch erkrankt. Derzeit lebt sie in einer Einzimmerwohnung in einer Stadt in Süddeutschland. Genauer möchte sie es nicht in der

Zeitung lesen, auch ist Ela nur ihr Spitzname. Sie befürchtet Stigmatisierung. Griffe für Bohrmaschinen hat sie schon hergestellt, Schleifpapier verpackt, gläserne Schubladen-Fronten kontrolliert. Derzeit beklebt Ela Pferdekoppeln für den Spielzeughersteller Schleich. Auch Plastikteile für dessen Pferdeanhänger hat sie schon zusammengesetzt.

Ela mag ihre KollegInnen. Die Werkstätten möchte sie nicht abschaffen, sondern verbessern. „Einerseits setzen die Firmen auf unsere Arbeit, andererseits wollen sie es aber nicht Arbeit nennen“, sagt sie. Beschäftigte in den Werkstätten werden per Gesetz als „arbeitnehmerähnlich“ definiert. Dafür haben sie einen weitgehenden Kündigungsschutz, dürfen aber auch nicht streiken und fallen nicht unter den gesetzlichen Mindestlohn.

Ihr Arbeitstag beginnt morgens um 9 Uhr und endet um 13.45 Uhr. Die meisten ihrer KollegInnen seien länger da, erzählt sie, von 7.40 Uhr bis 15 Uhr. Aber bei ihr habe der Arzt zu einem kürzeren Arbeitstag geraten. Abzüglich zweier kleinerer Pausen und einer Mittagspause arbeitet Ela 3,5 Stunden pro Tag. Dafür bekommt sie ein Arbeitsentgelt von rund 250 Euro pro Monat. Der Bundesdurchschnitt liegt bei monatlich rund 224 Euro. Durch die Grundsicherung wird Elas Geld aufgestockt, sodass sie im Monat von ungefähr 800 Euro lebt. Auch das ist keine unübliche Summe. [...]

Wie die Stellung und Rechte der Menschen mit Behinderung unterlagen auch die Werkstätten seit ihren Anfangstagen einer Entwicklung. Analog zur zentralen Bedeutung von Arbeit und Arbeitsfähigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft war mit der Betätigung und Arbeit von behinderten Menschen auch historisch die Idee der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verbunden. Als „beschützende Werkstätten“ entstanden die Vorläufer Anfang der 1960er Jahre, das „Schwerbehindertengesetz“ schuf 1974 die Grundlage für eine Konzeption der „Werkstätten für Behinderte“, mit dem Ziel der Eingliederung Behindeter in das Arbeitsleben.

Das wäre auch heute eine ihrer Aufgaben. Doch die Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt liegt bundesweit bei unter 1 Prozent. Das bemängeln sogar die Vereinten Nationen. Laut UN-Behindertenrechtskonvention hat jeder Mensch mit Behinderung das Recht, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. 2015 zeigte sich der UN-Fachausschuss in Bezug auf den segregierten Arbeitsmarkt in Deutschland besorgt und sah die Vorgaben mit den Werkstätten nicht erfüllt. Er empfahl deren schrittweise Abschaffung.

Das sorgt seitdem für heiße Diskussionen. Im August 2020 beauftragte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe mit einer mehrjährigen Forschung, um Werkstätten zu reformieren. [...]

Jean-Philippe Baeck, „Für eine Handvoll Euros“, in: taz vom 25. Juli 2022

Interessen und Vorbilder

Neben diesen „harten“ Kriterien spielen aber auch individuelle Vorlieben und Interessen sowie elterliche Vorbilder eine Rolle. Mira hätte mit ihrem Einser-Abitur vieles studieren können, ihr Interesse an der Arbeit mit Kindern und ihre Nachhilfe-Erfahrungen haben sie aber dazu bewogen, Grundschullehramt zu studieren. Bei Oskar zeigte sich das technische Interesse nicht nur an den guten Noten, sondern an seinem Hobby und dem frühen Kennenlernen eines ähnlichen Berufsfeldes durch seinen Vater. Vielleicht wurden beide auch durch andere Personen in ihrem Umfeld, durch Lehrkräfte oder Freund:innen ermuntert, eine bestimmte berufliche Richtung einzuschlagen.

Insgesamt wird die Wahl eines Berufes also sowohl durch individuelle Fähigkeiten und Interessen, schulische Voraussetzungen als auch durch das soziale Umfeld bestimmt. Da sich all diese Aspekte systematisch zwischen jungen Frauen und Männern unterscheiden, resultiert dies in einer geschlechtsspezifischen Berufswahl. Während der Beruf der Grundschullehrer:in zu den frauendominierten sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen zählt, gehört der Beruf der:des Mechatroniker:in zu den männerdominierten fertigungstechnischen Berufen. Mira und Oskar haben sich also beide für geschlechtstypische Berufe entschieden. Aber ist das überhaupt ein Problem? Zunächst einmal nicht. Denn beide haben Berufe gewählt, die ihren Bildungsabschlüssen sowie ihren Vorlieben und Interessen entsprechen.



Immer mehr Arbeitsplätze verschwinden durch den technologischen Wandel. Blick in die automatisierte Fertigungsstraße eines Autoproduzenten in Sindelfingen 2023

Technologischer Wandel und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Allerdings gehen Berufe auch systematisch mit unterschiedlichen Arbeitsmarkterträgen einher. Sie beeinflussen beispielsweise, welches Einkommen erzielt werden kann, wie hoch das damit verbundene Arbeitslosigkeitsrisiko ist oder ob sie in Teilzeit ausgeübt werden können. So zeigt sich, dass mit dem Anforderungsniveau eines Berufs üblicherweise dessen Bezahlung zunimmt. Berufe auf Expert:innenniveau, die einen qualifizierten Hochschulabschluss wie Master oder Diplom voraussetzen, werden im Schnitt besser bezahlt als Berufe auf Fachkraftniveau, die einen beruflichen Ausbildungsabschluss erfordern. Letztere wiederum haben höhere Verdienste als Berufe, die ohne Berufsausbildung und nur auf Helfer:innen-niveau ausgeübt werden können. Da mit höherem Anforderungsniveau in der Regel die benötigte formale Qualifikation steigt, kann schlussfolgert werden, dass sich Bildung auch bei der Bezahlung von Berufen auszahlt.

Doch warum verdienen Ingenieur:innen so viel mehr als Personen in der kommunalen Müllentsorgung? Eine erste Erklärung wurde weiter oben bereits erwähnt: Personen mit niedrigeren Abschlüssen, also geringerem Humankapital, erhalten auch geringere Löhne. Dies zeigt sich auch für das Qualifikationsniveau von Berufen. Hinzu kommt, dass im Zeitverlauf die Nachfrage nach Beschäftigten in Berufen mit geringem Anforderungsniveau sinkt, da insbesondere einfache Routine-Berufe zunehmend durch Technik und Technologie ersetzt werden können. Gerade in der Industrie kommen immer komplexere Maschinen zum Einsatz, die die menschliche Arbeit überflüssig machen.

Und auch im Dienstleistungssektor hält die Technik Einzug, beispielsweise wenn wir im Kundenservice nicht mehr mit realen Menschen, sondern mit Computern kommunizieren oder wenn Teile von Aus- und Fortbildung nur noch webbasiert stattfinden. Eine solche Technisierung ist in vielen akademischen und fachlich spezialisierten Ausbildungsberufen nur bedingt möglich. Da eine sinkende Nachfrage nach Beschäftigten tendenziell mit sinkenden Löhnen einhergeht, ist der technologische Wandel eine wichtige weitere Erklärung für die schlechteren Arbeitsmarkterträge geringqualifizierter Berufe.

Hinzu kommt, dass die Arbeitsmarkterträge von frauendominierten Berufen in vielerlei Hinsicht schlechter ausfallen als diejenigen von männerdominierten Berufen. So verdienen Personen in frauendominierten Berufen deutlich weniger als Personen in männerdominierten Berufen, selbst wenn die

Durchschnittliche Brutto-Lebensentgelte nach Anforderungsniveau des Berufs¹ (in Millionen Euro)



¹⁾ Für die jeweils ausgeübten Tätigkeiten ist bei Expert:innen normalerweise ein Abschluss eines vierjährigen Hochschulstudiums erforderlich; bei Spezialist:innen ein Fortbildungsabschluss oder ein Bachelor-Hochschulabschluss; bei Fachkräften eine abgeschlossene Berufsausbildung und Helfer:innen benötigen keine Ausbildung.

Durchschnittliche Brutto-Lebensentgelte nach höchster Qualifikation der Beschäftigten¹ (in Millionen Euro)

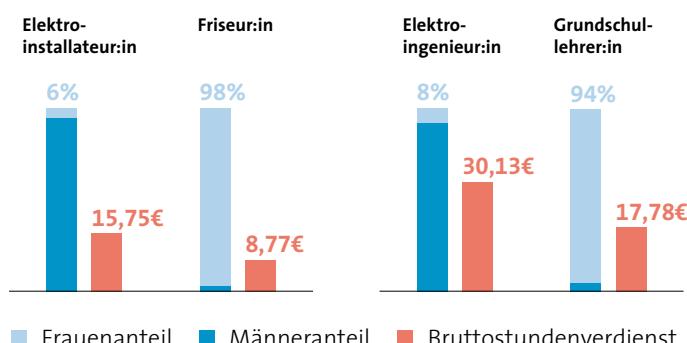


¹⁾ Entscheidend ist der höchste erworbene Abschluss der Beschäftigten, unabhängig vom Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit.

Berufe das gleiche Qualifikationsniveau haben und die gleichen Anforderungen und Belastungen aufweisen. Eine Erklärung hierfür ist wieder die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: In frauendominierten Berufen werden häufig typische „Frauentätigkeiten“ ausgeübt, wie beispielsweise Kochen, Putzen, Pflegen und Erziehen, also Tätigkeiten, die Frauen noch heute unbezahlt im Rahmen von Partnerschaft und Familie vorrangig verrichten. Daher werden diese Tätigkeiten weniger gesellschaftlich wertgeschätzt und schlechter entlohnt, selbst wenn sie als bezahlte Arbeit angeboten werden.

So werden Berufe, die typische „Frauentätigkeiten“ beinhalten, häufig tarifvertraglich schlechter eingruppiert als Berufe mit typischen „Männertätigkeiten“. Doch auch der Umstand, dass Frauen häufig weniger erfolgreiche Lohnverhandlungen führen als Männer, während letzteren oft aufgrund ihrer zugeschriebenen Rolle als Familiennährer mehr Einkommen geboten wird, ist hier relevant. Schließlich werden auch Diskriminierungsprozesse angeführt, da Arbeitgeber:innen Frauen eine geringere Produktivität zuschreiben, vor allem, wenn sie Kinder haben. Die gesellschaftlichen Vorstellungen darüber, was Berufe wert sind, haben sich über lange Zeit gebildet und sind sehr hartnäckig und nur schwer zu ändern. Daher ist die geschlechtstypische Berufswahl noch heute ein Problem.

Brutto-Stundenverdienst von „Frauen- und Männer-Berufen“ mit gleichen Anforderungen und Belastungen



Die Brutto-Stundenverdienste wurden auf Basis von Daten aus dem Jahr 2012 errechnet, also noch bevor der Mindestlohn in Deutschland eingeführt wurde.

© Deutscher Gewerkschaftsbund; Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2018; <https://www.was-verdient-die-frau.de/++co++2a63oife-fo45-11e5-8650-52540023efia>, letzter Zugriff: 05.10.2022

Aktuelle Herausforderungen

Bildung, Beruf und Geschlecht sind zentrale Einflussgrößen für soziale Ungleichheiten im deutschen Arbeitsmarkt. Sie bestimmen nicht nur, wer Arbeit hat und wer nicht, sondern auch, in welchem Umfang gearbeitet, wie viel verdient wird und welches Ansehen mit der ausgeübten Tätigkeit verbunden ist. Mit Blick auf soziale Ungleichheiten zeigen sich mehrere gesellschaftliche Herausforderungen. Erstens die Problematik von Bildungsarmut: Personen, die das Bildungssystem ohne Schulabschluss verlassen, werden dauerhaft Probleme haben, sich am Arbeitsmarkt zu etablieren. Sie finden in der Regel keinen Ausbildungssplatz und haben im weiteren Lebensverlauf ein langfristig höheres Risiko, entweder dauerhaft arbeitslos oder prekär beschäftigt zu sein.

Verstärkt wird dieser Trend durch den technologischen Wandel, der insbesondere einfache Tätigkeiten zunehmend überflüssig macht und durch Technik ersetzt. Die Risikogruppen des Bildungssystems, also Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten, vor allem wenn sie männlich sind und einen Migrationshintergrund haben, werden dadurch zu Risikogruppen auf dem Arbeitsmarkt. Hier kann langfristig nur eine Bildungspolitik gegensteuern, die sich zum Ziel setzt, dass kein Kind die Schule ohne Abschluss verlässt. Aber bisher ist dieser Standard noch nicht erreicht.



Kinderbetreuung ist immer noch überwiegend Frauensache. Auch wenn beide Partner berufstätig sind, übernehmen Frauen den Hauptanteil an der Sorgearbeit.

Zweitens ist das männliche Ernährermodell weiterhin wirkmächtig und führt zu Geschlechterungleichheiten im Arbeitsmarkt. Dies zeigt sich an den Erwerbsbiografien von Frauen und Männern: Sobald Kinder im Spiel sind, unterbrechen Frauen ihre Erwerbstätigkeit und reduzieren ihre Arbeitszeit, was langfristig mit niedrigeren Gehältern, schlechteren Aufstiegschancen, niedrigeren Renten und einem höheren Risiko von Altersarmut einhergeht. Hier kann der staatliche Ausbau von ganztägigen Betreuungseinrichtungen helfen, nicht nur im frühkindlichen Bereich, sondern auch durch die Schaffung von Ganztagschulen.

Zudem könnte ein Wandel der innerpartnerschaftlichen Arbeitsteilung hin zu einer gleichberechtigten Aufteilung von Erwerbs-, Haus- und Fürsorgearbeit die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern im Erwerbsleben verringern. Dadurch könnten nicht nur Mütter mehr arbeiten, sondern hätten Väter auch mehr Zeit für die Familie. Allerdings muss dies auch von Arbeitgeber:innenseite ermöglicht werden, was bisher nur selten der Fall ist. Denn Betriebe ermöglichen es Männern sehr viel seltener, ihre Arbeitszeit zu reduzieren oder längere Elternzeiten zu nehmen, selbst wenn sie dies möchten.

Drittens führt die gesellschaftliche Bewertung von Berufen dazu, dass Frauen im Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt sind. Um dies zu ändern, müsste einerseits die Entlohnung von Berufen steigen, die typischerweise von Frauen ausgeübt werden, etwa in der Erziehung und Pflege. Wie wichtig diese Berufe sind, hat nicht zuletzt die Diskussion um systemrelevante Berufe während der Coronavirus-Pandemie gezeigt. Möglicherweise führt auch der technologische Wandel zu einer Verbesserung, gerade weil vieler dieser interaktiven Tätigkeiten auch im Zeitalter der Digitalisierung von Menschen ausgeübt werden müssen.

Andererseits müssten sich auch die Arbeitszeitnormen von „typisch“ männlichen Berufen ändern. Selbst wenn junge Männer heute Elternzeit nehmen oder ihre Arbeitszeit nach der Geburt eines Kindes reduzieren möchten, ist dies in männerdominierten Berufen mit hohen Arbeitszeitanforderungen nur bedingt möglich. Hier könnte eine Abkehr vom männlichen Ernährermodell auch in „männlichen“ Berufen zu mehr Geschlechtergerechtigkeit insgesamt führen.



Damit Mütter gerechte Chancen am Arbeitsmarkt haben, muss die Betreuung der Kinder gesichert sein. In vielen Kitas fehlen allerdings Kräfte, auch weil Pflegeberufe weniger gut bezahlt werden. Demonstration in Hamburg 2022

Definitionen von (Nicht-)Erwerbstätigkeit

Viele Definitionen von (Nicht-)Erwerbstätigkeit folgen Vorgaben der Internationalen Arbeitsorganisation (*International Labour Organisation ILO*), die als Sonderorganisation der Vereinten Nationen damit beauftragt ist, soziale Gerechtigkeit im Arbeitsleben sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu fördern. Die hier zugrunde gelegten Altersgrenzen, die sich zum Teil zwischen den Indikatoren unterscheiden, orientieren sich an den Vorgaben des Statistischen Bundesamtes.

Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die mindestens eine Stunde pro Woche gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen oder selbstständig sind oder als helfende Familienangehörige mitarbeiten.

Erwerbslose sind nicht-erwerbstätige Personen von 15 bis 74 Jahren, die in den vergangenen vier Wochen aktiv nach einer Erwerbstätigkeit gesucht haben und eine solche innerhalb von zwei Wochen aufnehmen könnten.

Erwerbspersonen bezeichnet die gemeinsame Gruppe von Erwerbstätigen und Erwerbslosen, während **Nicht-Erwerbspersonen** Personen bezeichnet, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind.

Die **Erwerbsquote** bezeichnet den Anteil der Erwerbspersonen, d. h. Personen, die Arbeit haben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose), an der Gesamtbevölkerung. Insbesondere bei zwischenstaatlichen Vergleichen bezieht sich diese Bezugsgröße auf Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Die **Erwerbslosenquote** ist der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen bezogen auf Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Wichtig: **Erwerbslosigkeit** nach dem ILO-Konzept ist zu unterscheiden von Arbeitslosigkeit, deren Definition auf dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) basiert, dem deutschen Arbeitsförderungsrecht. **Arbeitslos** sind demzu-

folge Personen, die vorübergehend nicht erwerbstätig sind bzw. eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben, dabei aber eine versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden suchen, den Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen zur Verfügung stehen und sich dort auch arbeitslos gemeldet haben.

Das sog. **Normalarbeitsverhältnis** bezeichnet eine Erwerbstätigkeit mit unbefristetem Arbeitsvertrag in Vollzeitbeschäftigung, für die ein tarifvertraglich vereinbarter Lohn oder Gehalt gezahlt wird und die durch die Sozialversicherung (Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) abgesichert ist.

Prekäre Beschäftigung zeichnet sich im Vergleich zum Normalarbeitsverhältnis durch ein deutlich geringeres Niveau an Erwerbseinkommen, sozialer Sicherung und sozialer Integration aus. Daher kann prekäre Beschäftigung nicht auf Dauer den Lebensunterhalt einer Person sichern oder deren Absicherung, z. B. bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Rente, gewährleisten. Prekäre Beschäftigung geht zudem häufig subjektiv mit deutlich höheren Sinnverlusten, Anerkennungsdefiziten und Planungsunsicherheiten der Tätigkeit einher. Sie ist häufig in befristeten Beschäftigungsverhältnissen, bei Leiharbeit oder auch Teilzeitarbeit, v.a. geringfügiger Beschäftigung, zu finden.

Teilzeitarbeit umfasst einerseits reguläre Teilzeitarbeit, also sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte sowie Beamte:innen in Teilzeit, andererseits geringfügige Beschäftigung, die Minijobber:innen mit einem monatlichen Arbeitsentgelt unter 520 Euro (seit 01. Oktober 2022). Teilzeitarbeit kann aufgrund der kürzeren Arbeitszeiten, des daraus resultierenden geringeren Einkommens und dem z. T. niedrigeren Maß an sozialer Sicherung eine prekäre Beschäftigung sein, dies trifft aber nicht auf alle Teilzeitarbeitsplätze zu.

Kathrin Leuze, Corinna Kleinert, Reinhard Pollak



Das Ende der 40-Stunden-Woche?

Mehr Geld, für zehn Stunden mehr Arbeit pro Woche? Für Judith Bornheim ist das keine Option. „Im Vergleich zu meinem 40-Stunden-Job geht es mir heute gesundheitlich wie psychisch so gut wie nie“, sagt sie. Bei Teilzeit fallen einem häufig noch zuerst Mütter mit kleinen Kindern ein. Aber die 43-Jährige hat keine Kinder.

Trotzdem arbeitet sie seit zehn Jahren nur 30 Stunden, an vier Tagen in der Woche. Sie hat danach nicht bewusst gesucht, die Stelle in einem kleinen Verlag wurde ihr damals angeboten. Ein zusätzlicher freier Tag und das gleiche Geld, wie in ihrem vorherigen Job. Das klang verlockend, sagt Bornheim. Am Anfang habe sie trotzdem manchmal gehadert. Sollte sie nicht produktiver sein?

Diese Frage ist heute abgehakt. Sie fühle sich weniger ausgelaugt von der Arbeit und sei insgesamt ausgelielter, sagt die Kölnerin. Ihr freier Freitag folgt keiner festen Routine. Sie macht das, wonach sie sich fühlt: in Ruhe kochen, Freunde besuchen, auch in anderen Städten, oder morgens ausgiebig die Zeitung lesen. „Für mich ist das keine verplemperte Zeit, jenseits der Arbeit noch etwas von der Welt mitzubekommen.“

Vor zehn Jahren war Judith Bornheim noch eine Vorreiterin. Aber fünf Tage die Woche, acht Stunden und mehr im Büro, im Geschäft oder in der Fertigungshalle – diese Lebensweise ziehen heute immer mehr Angestellte in Zweifel. Laut Statistischem Bundesamt arbeiteten 2021 in Deutschland insgesamt zwölf Millionen Menschen in Teilzeit. Früher war die Betreuung von Kindern mit Abstand der häufigste Grund, Stunden zu reduzieren. Aber für das Jahr 2021 fügte das Statistische Bundesamt erstmals auch die Antwortmöglichkeit „Keine Vollzeitstelle gewünscht“ in ihrer Befragung hinzu. Die Kategorie wurde direkt von mehr als einem Viertel der Teilzeitarbeitenden (27 Prozent) ausgewählt und lag damit über dem Anteil der Mütter und Väter von kleinen Kindern in Teilzeitjobs (24 Prozent). Unter allen Erwerbstägigen in Deutschland hat sich bereits jeder Zwölfte von der 40-Stunden-Woche verabschiedet. Ist das der Beginn einer generellen Abkehr von der Leistungsgesellschaft? Und was bedeutet dieser Rückzug gerade jetzt, wo überall im Land die Arbeitskräfte fehlen?

[...] Wer einmal in den Genuss gekommen ist, kehrt nicht zur Vollzeit zurück. Seit Judith Bornheim reduziert hat, hat sie mehr Zeit für sich und ihre sozialen Kontakte. Als ihr Vater schwer krank wurde, hatte sie mehr Möglichkeiten, ihre Mutter bei der Pflege zu unterstützen. „Ich weiß nicht, wie ich die Zeit mit einem stressigen Vollzeitjob überstanden hätte.“

Sie sei nicht der Typ, dem schnell langweilig wird, sagt Judith Bornheim am Telefon. Vier Jahre lang besuchte sie an ihrem freien Freitag eine geflüchtete Familie, half ihnen, sich zurechtzufinden, und konnte sie auch mal bei Amtsbesuchen begleiten. Zuvor habe sie sich stark über ihren Job definiert. Heute habe sie das Gefühl, vielfältigere Rollen ausleben zu können.

Arbeitsforscher Hans Rusinek von der Universität in St. Gallen sieht in dieser Abwechslung und den unterschiedlichen Rollen die Chance zu mehr Wohlbefinden. Er geht davon aus, dass die Pandemie ein „entscheidender Faktor

ist“, der das Bedürfnis bei vielen Menschen verstärkt habe, weniger zu arbeiten. „Es war eine Art kollektives Nahtod-Erlebnis“, bei dem Menschen die Erfahrung gemacht hätten, dass jeder innerhalb kürzester Zeit schwer erkranken kann. Solche extremen Ereignisse relativierten den Wert von beruflichem Erfolg und stellten die Sinnfrage stärker in den Vordergrund, sagt der Volkswirt. Früher sei häufig mit langen Arbeitszeiten geprahlt worden. In der Generation Z der heutigen Berufseinsteiger sei es umgekehrt: „Da ist es eher ein Statusgewinn, weniger zu arbeiten.“

Es ist ein Montagabend Ende Dezember, und Ben Kühnl ist von einer Wanderung mit seinen Großeltern zurück. „Allein das unter der Woche einfach machen zu können, ist für mich superviel wert“, sagt Kühnl. Der 24-Jährige ist direkt nach dem Jurastudium nur mit 30 Stunden eingestiegen. „In gewisser Weise aus Selbstschutz“, sagt er. Das kompetitive Umfeld und die entgrenzten Arbeitszeiten hätten ihn schon im Studium und bei den Praktika abgeschreckt. Er arbeitet in einer Kanzlei, aber nicht als Anwalt, sondern als „Legal Engineer“. Er berät Unternehmen zu digitaler Software, um die Arbeit in deren Rechtsabteilung zu vereinfachen. „In der Arbeitszeit fühle ich mich jetzt erholt und kann konzentriert arbeiten“, sagt Kühnl. Er sei trotzdem nach jedem Wochenende überrascht, „was für ein schönes Gefühl es ist, einen Tag mehr Erholung zu haben“.

Dass er in Vollzeit um die 1200 Euro brutto mehr haben könnte, interessiert ihn nicht. „Ich verdiene nicht extrem viel, aber es ist eine Summe, mit der ich mir keine Gedanken machen muss, ob ich meine Miete bezahlen kann“, sagt der 24-Jährige. Er wisse aber auch um das Privileg, so arbeiten zu können. Seiner Auffassung nach sollte das nicht nur „Leuten, die eh schon überdurchschnittlich viel verdienen“, zustehen. Unternehmen und Politik müssten ein Verständnis für „wirklich menschengerechte Arbeitsbedingungen“ entwickeln. Für Ben Kühnl heißt das: kürzer arbeiten. [...]

Firmen, die sich von starren Arbeitszeiten lösen, hätten gerade im akuten Mangel an Arbeitskräften einen Wettbewerbsvorteil, sagt Hans Rusinek. Vollzeitbeschäftigte arbeiten durchschnittlich 41 Stunden. Aber nach einer Bertelsmann-Studie wünschen sich fast die Hälfte der Deutschen, Stand 2021, kürzere Arbeitszeiten. Geringverdiener, viele Familien und auch die untere Mittelschicht können sich das aber schlicht nicht leisten. Deshalb glaubt der Arbeitsforscher nicht, dass die 30-Stunden-Woche bald zum neuen Standard wird. Ohne die Anordnung per Gesetz und mit Verdienstausfall in unteren Einkommensschichten bleibe es ein reines „Eliten-Phänomen“, sagt Rusinek. [...]

Die Überlastung am Arbeitsplatz hat für viele längst gesundheitliche Folgen. Jeder fünfte Arbeitnehmer erleidet einmal in seinem Berufsleben eine Depression. Vor vier Jahren haben Depressionen erstmals Rückenschmerzen als häufigster Grund für Fehltage am Arbeitsplatz abgelöst, aber auch Herz-Kreislauf-Erkrankungen können durch anhaltenden Arbeitsstress befördert werden. [...]

Helena Ott, „40 Stunden? Ohne mich!“,
in: Süddeutsche Zeitung vom 7. Januar 2023



Johannes Giesecke / Petra Böhnke / Olaf Groh-Samberg

Einkommens- und Vermögensungleichheit

Die ökonomische Stellung von Menschen beeinflusst, welche Positionen sie im sozialen Gefüge einnehmen. In Deutschland ist die Vermögensungleichheit hoch, die Einkommensungleichheit ist gestiegen.

Das Geld, über das Menschen verfügen, ist nicht gleich verteilt. Manche Menschen haben etwa aufgrund einer hoch entlohten Erwerbstätigkeit oder aufgrund eines geerbten Vermögens mehr Geld zur Verfügung als andere. Aus dieser ungleichen Verteilung resultieren ungleiche Konsumchancen (Erwerb von Gütern und Dienstleistungen), ungleiches Sparverhalten (etwa Vermögensbildung für zukünftigen Konsum) und damit einhergehend ungleiche gegenwärtige und zukünftige Lebens- und gesellschaftliche Teilhabechancen. Ungleich verteilte Einkommen und Vermögen können somit Ausdruck sozialer Ungleichheit sein, wenn und insoweit bestimmte soziale Gruppen höhere Einkommen generieren oder höhere Vermögenswerte besitzen

als andere Gruppen. Gleichzeitig können ungleich verteilte ökonomische Ressourcen Ausmaß und Struktur sozialer Ungleichheit beeinflussen, etwa wenn Bildungsentscheidungen in Abhängigkeit von der ökonomischen Lage eines Haushalts oder vom ökonomischen Hintergrund der Familie getroffen werden (siehe S. 18 ff.).

Die Analyse von Einkommens- und Vermögenspositionen von Individuen und Haushalten ist für die Beschreibung der sozialen Ungleichheit einer Gesellschaft von enormer Bedeutung. Die ökonomische Stellung von Menschen beeinflusst direkt und indirekt deren Lebensbedingungen und trägt einen wesentlichen Teil dazu bei, welche Positionen diese Menschen

im sozialen Gefüge einnehmen, ob sie etwa „eher unten“ oder „ganz oben“ stehen. Zudem ist aus der Forschung bekannt, dass vor- oder nachteilige Positionen über den Lebensverlauf eines Menschen oder sogar über Generationen hinweg – also zwischen Eltern und deren Kindern – relativ stabil sind. Das heißt nicht, dass es nicht auch Auf- und Abstiege gibt, sowohl innerhalb als auch zwischen Generationen. Ein starker Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Status des Elternhauses und dem Status der Kinder ist jedoch offensichtlich, wie nahezu alle Studien belegen. Vor- oder nachteilige Einkommens- und Vermögenspositionen werden somit (zumindest teilweise) „vererbt“.

Dass es in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft nicht zu einer vollkommen gleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen kommt, ist sowohl im System der (sozialen) Marktwirtschaft selbst verankert als auch weitestgehend gesellschaftlich akzeptiert. So fordern etwa nur sehr wenige Menschen in Deutschland, dass alle erwerbstätigen Personen das gleiche Einkommen haben sollten. Ein gewisser Grad an Ungleichheit erscheint dem Großteil der Bevölkerung als legitim, beispielsweise weil sich Anstrengung und Leistung im Job auch in einem höheren Einkommen niederschlagen sollten (siehe S. 6).

Aber wie ungleich sind Erwerbseinkommen und Vermögen in Deutschland verteilt? Zur Beantwortung dieser Frage kann zum Beispiel auf das sogenannte Bruttoerwerbseinkommen sowie auf das Nettovermögen geschaut werden und darauf, wie sich Einkommen und Vermögen auf unterschiedliche Gruppen verteilen. Brutto ist das Gehalt vor Abzug der Steuern sowie Sozialabgaben und netto das Gehalt nach Abzug.

Dabei ist klar zu erkennen, dass die unterste Hälfte (die „ärmsten“ 50 Prozent) der Menschen in Deutschland deutlich weniger als die Hälfte des gesamten Erwerbseinkommens besitzt. Innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung erhält die Hälfte der Menschen lediglich circa 24 Prozent vom gesamten Bruttoerwerbseinkommen.

Beim Vermögen ist die Ungleichheit sogar noch deutlich höher: Hier besitzt eine Hälfte der Menschen so gut wie nichts vom Gesamtvermögen in Deutschland (ihr Anteil am Gesamtvermögen beträgt gerade einmal 0,3 Prozent). Bereits diese Zahlen deuten auf eine nicht unerhebliche Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen hin, denn bei einer Gleichverteilung hätte die untere Hälfte exakt auch 50 Prozent des Einkommens und des Vermögens.

Auch der Blick auf die obersten (die „reichsten“) 10 Prozent bzw. das oberste 1 Prozent verdeutlicht das Ausmaß der Ungleichheit: Die obersten 10 Prozent besitzen rund 28 Prozent des Einkommens (und damit etwas mehr als die untere Hälfte) und sogar fast 60 Prozent (und damit fast das Zweihundertfache der unteren Hälfte) des Vermögens, das oberste 1 Prozent kommt auf einen Anteil von circa 6 Prozent beim Erwerbseinkommen und auf etwa 22 Prozent beim Vermögen. Während also die untere Hälfte der Bevölkerung einen deutlich unterproportionalen Anteil am gesamten Einkommen und Vermögen hält, besitzen die Top-10-Prozent bzw. Top-1-Prozent der Bevölkerung einen klar überproportionalen Anteil.

Die Einkommens- und Vermögensverteilung ist demnach dadurch gekennzeichnet, dass relativ viele Menschen relativ wenig vom Gesamteinkommen und -vermögen besitzen, während relativ wenige Menschen relativ viel Einkommen und Vermögen auf sich vereinen können. Zudem zeigt sich, dass Vermögen noch wesentlich ungleicher verteilt ist als das Erwerbseinkommen.

Anteil verschiedener Gruppen am gesamten Erwerbseinkommen und Vermögen in Deutschland, 2020 (in Prozent)

	Untere Hälfte 50%	Oberste 10%	Oberste 1%
Bruttoerwerbs-einkommen	23,8	27,6	5,8
Nettovermögen (Personen ab 17 Jahren)	0,3	59,8	22,4

Quelle: Sozio-ökonomisches Panel SOEP (eigene Berechnungen), Vermögensdaten von 2017

Was verstehen wir unter Einkommen und Vermögen?

Für das Verständnis der Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Sozialstruktur ist es zunächst wichtig zu definieren, was genau Einkommen und was Vermögen ist.

Einkommen

Eine zentrale Quelle des Einkommens von Individuen oder Haushalten ist das Erwerbseinkommen, das durch die Verrichtung einer Erwerbstätigkeit erzielt wird (siehe S. 30 ff.). Aktuell gehen in Deutschland rund 45 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach, für sie spielt die Höhe des Erwerbseinkommens eine wichtige Rolle. Erwerbseinkommen werden in der Regel als Brutto- und/oder als Nettoeinkommen betrachtet.

Bruttoerwerbseinkommen: Das Bruttoerwerbseinkommen umfasst das Erwerbseinkommen vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsabgaben (Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung) und spiegelt daher das am (Arbeits-) Markt erzielte Einkommen wider. Unterschiede in der Höhe der Bruttoerwerbseinkommen zwischen Personen können sich einerseits aus der geleisteten und bezahlten Arbeitszeit (etwa Vollzeit, Teilzeit oder Minijob) ergeben und/oder aus unterschiedlichen Stundenlöhnen (etwa Stundenlohn in Höhe des Mindestlohns von 12 Euro (seit 1.10.2022) im Vergleich zu einem höheren Stundenlohn).

Nettoerwerbseinkommen: Das Nettoerwerbseinkommen umfasst hingegen das Erwerbseinkommen nach Abzug von Steuern und der (arbeitnehmer:innenseitigen) Sozialversicherungsabgaben. Auch wenn an dieser Stelle die komplexen Regeln und Wirkmechanismen des deutschen Einkommenssteuer- und Sozialversicherungssystems nicht im Detail erläutert werden können, ist aus der Forschung bekannt, dass Steuern und Abgaben eine ungleichheitsreduzierende Wirkung haben, da höhere Erwerbseinkommen mit höheren Steuern und Abgaben belegt werden als niedrigere Einkommen. Allerdings zeigt sich, dass das Einkommenssteuer- und Sozialversicherungssystem allein nicht in der Lage ist, die Ungleichheit der Erwerbseinkommen nachhaltig zu reduzieren.

Bei der Betrachtung der Verteilung von Brutto- und von Nettoerwerbseinkommen wird deutlich, dass der Anteil der unteren Hälfte der Erwerbstätigen am gesamten Nettoerwerbseinkommen im Vergleich zu den Verhältnissen bei den Bruttoerwerbseinkommen etwas höher ausfällt, gleichwohl erzielen die Top-10-Prozent und die Top-1-Prozent der Erwerbstätigen einen deutlich überproportionalen Anteil. Ein sehr ähnliches Bild ergibt sich, wenn für das Erwerbseinkommen Stundenlöhne statt Monatseinkommen betrachtet werden, also berück-

sichtigt wird, dass Erwerbstätige unterschiedlich lang arbeiten (z. B. in Voll- oder Teilzeit): Auch hier zeigt sich eine deutliche Ungleichheit in der Verteilung bei den Bruttostundenlöhnen, die nach Abzug von Steuern und Abgaben, also bei den Netto-stundenlöhnen, etwas geringer ausfällt.

Anteil verschiedener Gruppen am gesamten Brutto- und Nettoerwerbseinkommen in Deutschland, 2020 (in Prozent, in Klammern Durchschnittseinkommen/Monat der Gruppe)

	Untere Hälfte 50%	Oberste 10%	Oberste 1%
Bruttoerwerbs-einkommen	23,8 (1454 Euro)	27,6 (8108 Euro)	5,8 (17 564 Euro)
Nettoerwerbs-einkommen	25,4 (1020 Euro)	25,5 (5106 Euro)	5,3 (10 500 Euro)
Bruttostunden-lohn	28,5 (11,10 Euro)	25,0 (48,78 Euro)	6,4 (125 Euro)
Nettostundenlohn	30,7 (7,95 Euro)	23,6 (30,60 Euro)	5,9 (76,03 Euro)

Quelle: Sozio-ökonomisches Panel SOEP (eigene Berechnungen)

Hinweis: Im Jahr 2020 betrug der Mindestlohn in Deutschland 9,35 Euro brutto.

Zusätzlich oder alternativ zum (Netto-)Erwerbseinkommen erhalten Menschen Einkommen aus anderen Quellen wie beispielsweise aus Vermögen (etwa Zinsen oder Aktiendividenden), aus Transferleistungen (etwa Bürgergeld [früher: ALG II], Renten, BAföG-Leistungen für Studierende, Wohngeld oder Kindergeld) oder „Einnahmen“ aus selbstgenutztem Wohneigen-tum (als fiktives Einkommen in Höhe der eingesparten Miete). Auch diese Einkommensarten sind ungleich verteilt, da nicht jeder Mensch in Deutschland diese Einkommen in gleicher Höhe erhält. Manche Menschen erhalten zum Beispiel nur Erwerbseinkommen, andere erhalten zusätzlich Kindergeld und wieder andere haben gar kein Erwerbseinkommen, sondern sind ausschließlich auf Transferleistungen angewiesen.

Verfügbares Haushaltseinkommen: Insgesamt ergibt sich aus der Summe dieser Einkommensarten das verfügbare Ein-kommen einer Person. Leben nun Menschen mit anderen in einem Haushalt zusammen, summieren sich diese verfügbaren Einkommen zu dem sogenannten verfügbaren Haushaltsein-kommen. Für die ökonomische Lage eines Haushalts ist dabei neben der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens ent-scheidend, wie viele Personen diesem Haushalt angehören. So sind von den aktuell rund 41 Millionen Haushalten in Deutschland 41 Prozent Einpersonenhaushalte, 34 Prozent Zweipersonenhaushalte und 25 Prozent der Haushalte bestehen aus drei oder mehr Personen. Das bedeutet, dass in ca. 60 Prozent der Haushalte die Haushaltseinrichtungen (Erwachsene plus ggf. Kinder) ihr Einkommen zusammenlegen, aber auch das verfü-gbare Haushaltseinkommen untereinander aufteilen müssen.

Auf der Ebene der Haushalte vermengen sich also ungleich verteilte Erwerbseinkommen mit ebenfalls ungleich verteilten anderen Einkommen (wie z. B. Transferleistungen). Zudem sind wichtige Merkmale von Haushalten (vor allem Anzahl und Alter der Haushaltseinrichtungen) ungleich verteilt, das heißt, Größe und Struktur von Haushalten unterscheiden sich. Das bedeutet, dass sich Ungleichheiten von Erwerbseinkommen nicht 1:1 in Ungleichheiten von verfügbaren Haushaltseinkommen über-setzen, sondern dass sozialpolitische Maßnahmen wie Trans-

ferleistungen, aber auch Einkommen aus weiteren Quellen sowie die konkrete Zusammensetzung des Haushalts (z. B. aufgrund von Bildungshomogamie, also der Wahl eines Partners oder einer Partnerin mit gleichem oder ähnlichem Bildungs-stand, siehe S. 60) wichtige Komponenten für die ökonomische Position eines Haushalts und seiner Mitglieder darstellen.

Die Ungleichheit der Haushaltseinkommen wird durch Steuern, Abgaben und vor allem durch Transferzahlungen deutlich reduziert: Während Haushaltseinkommen vor Steuern, Abgaben und Transferleistungen sehr ungleich und noch ungleicher verteilt sind als die Bruttoerwerbseinkommen, entspricht die Ungleichheit nach Umverteilung durch Steuern, Abgaben und Transferleistungen in etwa der bei den Nettoerwerbseinkommen. Dies geschieht dadurch, dass einkommensschwächere Haushalte mehr Geld erhalten (hauptsächlich durch Transferzahlungen), während einkommensstärkere Haushalte Geld abgeben müssen (hauptsächlich durch Steuern und Sozial-abgaben).

Anteil verschiedener Gruppen am gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland, 2020 (in Prozent, in Klammern Jahresschnittseinkommen der Gruppe)

	Untere Hälfte 50%	Oberste 10%	Oberste 1%
Haushaltseinkommen pro Haushalt vor Steuern, Abgaben und Transferleistungen	13,7 (14 825 Euro)	33,0 (179 258 Euro)	8,5 (461 973 Euro)
Haushaltseinkommen pro Haushalt nach Steuern, Abgaben und Transferleistungen	27,0 (25 344 Euro)	25,4 (119 147 Euro)	6,2 (291 590 Euro)
Haushaltseinkommen pro Kopf vor Steuern, Abgaben und Transferleistungen	14,6 (6312 Euro)	33,9 (73 138 Euro)	8,4 (181 977 Euro)
Haushaltseinkommen pro Kopf nach Steuern, Abgaben und Transferleistungen	28,8 (11 235 Euro)	24,9 (48 451 Euro)	5,9 (115 227 Euro)

Quelle: Sozio-ökonomisches Panel SOEP (eigene Berechnungen)

Die ungleichheitsreduzierende Wirkung von Steuern, Abgaben und sozialpolitischen Transferzahlungen zeigt sich auch dann sehr deutlich, wenn das Haushaltseinkommen nicht pro Haushalt, sondern pro Kopf, also unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße, betrachtet wird. Ähnlich wie bei den Einkommen auf Haushaltsebene verdoppelt sich durch Umverteilung in etwa der Anteil, den die ärmere Hälfte der Bevölkerung am gesamten Pro-Kopf-Einkommen hält, während sich die Anteile der oberen Einkommensgruppen um circa ein Viertel reduzieren. Dennoch bleibt auch nach Umverteilung durch Steuern, Abgaben und Transferleistungen eine nicht zu vernachlässigende Ungleichheit in der Verteilung der Haushaltseinkommen bestehen: Wie auch schon bei den Erwerbseinkommen zeigt sich, dass viele Haushalte und die darin lebenden Personen relativ wenig von dem gesamten Haushaltseinkommen in Deutschland erhalten, während wenige Haushalte und Personen relativ viel Haushaltseinkommen beziehen.

Vermögen

Vermögen ist in Deutschland noch ungleicher verteilt als Einkommen. Aber was genau ist Vermögen? Vermögen ist der monetäre Wert aller Güter, die eine Person oder ein Haushalt besitzt. Die Güter können dabei materieller Art (z. B. Bargeld, Aktien, Immobilien) oder immaterieller Art (z. B. Lizzenzen oder Patente) sein, wobei insbesondere der Besitz einer oder mehrerer Immobilien eine wichtige Rolle bei der Zusammensetzung von Vermögen in Deutschland spielt. Analog zum Einkommen kann das Vermögen einer Person oder eines Haushalts betrachtet werden.

Nettovermögen: Typischerweise wird bei der Analyse der Verteilung von Vermögen das sogenannte Nettovermögen in den Blick genommen, also den um Verbindlichkeiten (wie z. B. Schulden) verringerten Vermögensbestand. Dabei kann es durchaus vorkommen, dass Personen oder Haushalte ein negatives Vermögen aufweisen, etwa wenn sie verschuldet sind und die Schulden höher ausfallen als der Vermögensbestand. So zeigt sich für Deutschland, dass etwa fünf Prozent der Haushalte negatives Vermögen haben und weitere 20 Prozent kein oder so gut wie kein Vermögen besitzen.

Dies schlägt sich darin nieder, dass die untere Hälfte der Haushalte und die in diesen Haushalten lebenden Personen im Durchschnitt kaum über Vermögen verfügen und ihr Anteil am Gesamtvermögen daher verschwindend gering ist. Das Vermögen konzentriert sich vielmehr am oberen Rand der Verteilung, wo die oberen 10 Prozent deutlich mehr als die Hälfte besitzt. Das oberste Prozent besitzt circa ein Fünftel des gesamten Vermögens.

Anteil verschiedener Gruppen am gesamten Nettovermögen in Deutschland, 2017 (in Prozent, in Klammern Durchschnittsvermögen der Gruppe)

	Untere Hälfte 50%	Oberste 10%	Oberste 1%
Vermögen pro Haushalt	1,7 (6521 Euro)	54,0 (1 022 426 Euro)	18,4 (3 483 373 Euro)
Vermögen pro Kopf (Personen ab 17 Jahren)	0,3 (528 Euro)	59,8 (654 072 Euro)	22,4 (2 453 520 Euro)

Quelle: Sozio-ökonomisches Panel SOEP (eigene Berechnungen)

Zwischen Einkommen und Vermögen besteht darüber hinaus eine gewisse Wechselwirkung: Einerseits generiert Vermögen mitunter Einkommen (z. B. in Form von Gewinnen aus Aktienbesitz oder Mieteinnahmen), andererseits ermöglicht Einkommen den Aufbau von Vermögen (z. B. durch Sparen oder den Erwerb einer Immobilie). So zeigte sich in einer Studie für 2017, dass der einkommensschwächeren Hälfte aller erwachsenen Personen weniger als ein Drittel des Einkommens und nur rund ein Viertel des Gesamtvermögens gehören, während die Top-10-Prozent der Einkommensbezieher:innen etwa ein Viertel des Gesamteinkommens und circa ein Drittel des Gesamtvermögens auf sich vereinen können. Es gibt aber auch Personen und Haushalte, die zwar nicht unerhebliche Einkommen erzielen, aber über kein Vermögen verfügen.

Erklärungen für Einkommens- und Vermögensungleichheiten

Die Vielschichtigkeit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen spiegelt sich in einer Vielschichtigkeit der Erklärungsansätze für das Zustandekommen von Einkommens- und Vermögensungleichheiten wider. Es gibt einige zentrale Erklärungen für Einkommens- und Vermögensungleichheiten.

Erwerbseinkommen: Die Höhe des individuellen Erwerbseinkommens hängt relativ stark von der Bildung (siehe S. 18 ff.), dem Beruf und der Berufserfahrung einer Person ab, aber auch von vielen weiteren Merkmalen, wie etwa der Branche oder der Region, in der sich der eigene Arbeitsplatz befindet, der Unternehmensgröße oder auch dem Geschlecht der Person. Diese Merkmale haben einen Einfluss darauf, ob jemand überhaupt erwerbstätig ist, wie gut oder schlecht eine berufliche Tätigkeit bezahlt und in welchem Stundenumfang die Tätigkeit ausgeübt wird (siehe S. 28 ff.).

Erwerbseinkommen unterscheiden sich dann folglich auch deshalb, weil diese Merkmale in der erwerbstätigen Bevölkerung ungleich verteilt sind, sodass sich Ungleichheiten etwa im Bildungssystem oder in der Berufswahl in Ungleichheiten im Erwerbseinkommen übersetzen. Bei den Nettoerwerbseinkommen spielen darüber hinaus eine Rolle die Höhe des Erwerbseinkommens (etwa aufgrund von befreiten oder „gedeckelten“ Beiträgen zu den Sozialversicherungen) sowie der Familienstand einer Person (aufgrund des sogenannten Ehegattensplittings, das im Steuerrecht solche Ehen begünstigt, bei denen der eine Partner deutlich mehr als der andere Partner verdient).

Haushaltseinkommen: Auf der Ebene eines Haushalts fließen Erwerbseinkommen und gegebenenfalls andere Einkommen (wie z. B. Transferzahlungen) der einzelnen Haushaltsteilnehmer zusammen. Da für viele Haushalte das Erwerbseinkommen die zentrale Einnahmequelle ist, ergeben sich schon allein deshalb Unterschiede in den Haushaltseinkommen, weil die Erwerbseinkommen unterschiedlich sind. Auf der Haushaltsebene ist aber immer auch zu bedenken, dass mehr als die Hälfte aller Haushalte aus mehr als einer Person bestehen. Insofern spielt für die Höhe des Haushaltseinkommens die Zusammensetzung des Haushalts eine wichtige Rolle. So sind etwa Haushalte mit zwei erwerbstätigen Personen in der Regel ökonomisch besser positioniert als Haushalte, bei denen keine Person erwerbstätig ist. Dies gilt um so mehr vor dem Hintergrund, dass Haushalte typischerweise bestimmte Konstellationen aufweisen, also beispielsweise Menschen mit ähnlichem Bildungsniveau und daher auch ähnlichen Erwerbschancen zusammenleben (Bildungshomogamie, siehe S. 60).

Transferzahlungen (wie Bürger- oder Wohngeld) haben einen ungleichheitsreduzierenden Effekt, da sie die ökonomische Position von sonst einkommensschwachen Haushalten stärken. Allerdings besteht auch nach staatlicher Umverteilung noch ein erhebliches Maß an Ungleichheit in den Haushaltseinkommen, und bestimmte Bevölkerungsgruppen tragen ein erhöhtes Risiko, nur über relativ geringe Haushaltseinkommen zu verfügen (z. B. Alleinerziehende, Arbeitslose, Rentner:innen).

Vermögen: Der Aufbau von Vermögen erfolgt erstens durch die Verwendung eines Teils des Einkommens einer Person/eines Haushalts (z. B. durch Sparen oder Investition in eine Immobilie). Die Fähigkeit, einen Teil des Einkommens in Vermögen umzuwandeln, hängt dabei erkennbar von der Höhe des erzielten Einkommens ab: Während das untere Drittel der Haushalte



kein Einkommen zur Vermögensbildung nutzen kann (und sich sogar verschuldet), verwenden die Top-1-Prozent der Haushalte mehr als ein Drittel ihres Einkommens für den Aufbau von Vermögen. Somit überträgt sich die Ungleichheit in den Einkommen auch auf die Verteilung von Vermögen.

Zweitens spielen Vermögenstransfers (Erbschaften oder Schenkungen) eine wichtige Rolle. Zwar werden Erbschaften und Schenkungen in der Regel auf mehrere Begünstigte aufgeteilt, sodass sich die Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen durch Vermögenstransfers abschwächen sollte, jedoch zeigt sich, dass sowohl die Wahrscheinlichkeit, eine Erbschaft oder Schenkung zu erhalten, als auch die Höhe der transferierten Vermögen mit der eigenen Vermögensposition zusammenhängen. So erhielten zwischen 2013 und 2017 lediglich zwei Prozent des vermögensschwächsten Fünftel, aber rund acht Prozent des vermögensstärksten Fünftel eine Erbschaft oder Schenkung, wobei im Mittel etwa 10 000 Euro im unteren Fünftel, aber circa 145 000 Euro im obersten Fünftel transferiert wurden. Zudem beeinflusst die soziale Herkunft einer Person deren Chance auf (hohe) Vermögenstransfers, da beispielsweise nur Kinder einkommens- bzw. vermögensstarker Eltern auf substanzelle Erbschaften oder Schenkungen hoffen können.

Drittens schließlich entsteht Vermögen aus Vermögen: So können etwa Gewinne aus Vermögensinvestitionen (z. B. Gewinne aus Aktien) reinvestiert werden. Aber auch die Kosten einer Vermögensinvestition sinken relativ mit dem eingesetzten Vermögen (z. B. Kreditkosten für den Erwerb einer Immobilie).

Insgesamt zeigt sich damit, dass Ungleichheiten im Erwerbseinkommen, in den Haushaltseinkommen und im Vermögen miteinander verbunden sind und sich in einem nicht unerheblichen Ausmaß gegenseitig reproduzieren, wenn nicht sogar verstärken. Für die Einkommens- und Vermögensposition von Menschen spielen sozialstrukturelle Merkmale wie etwa Bildung, Beruf, Geschlecht oder Wohnort eine wichtige Rolle, auch wenn sie die Verteilungsungleichheiten nicht vollständig erklären können. Auch üben bestimmte Lebensereignisse (wie die Geburt von Kindern, Scheidungen bzw. Trennungen oder eine sich verschlechternde Gesundheit) einen Einfluss auf die Einkommens- und Vermögensposition von Menschen aus. Allerdings hängen sowohl deren Auftreten als auch deren konkrete Effekte wiederum unter anderem von Bildung, Beruf, Geschlecht und der Einkommens- und Vermögensposition selbst ab.

Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheiten in Deutschland

Wie eingangs erläutert, sind Einkommen und Vermögen in Deutschland ungleich verteilt. Doch wie hat sich diese Ungleichheit seit den 1990er-Jahren entwickelt? Beim Blick auf die Ungleichheit der Erwerbseinkommen wird zunächst wieder deutlich, dass auch in der Vergangenheit die Ungleichheit bei den Nettoerwerbseinkommen etwas niedriger ausfiel als bei den Bruttoeinkommen. Ganz gleich, welche Maßzahl für das Ausmaß der Ungleichheit betrachtet wird, zeigt sich, dass Steuern und Abgaben eine ungleichheitsreduzierende Wirkung besitzen, aber auch, dass Nettoerwerbseinkommen immer noch recht ungleich verteilt sind.

Darüber hinaus lässt sich im Hinblick auf die zeitliche Entwicklung feststellen, dass es zwischen etwa 2000 und 2010 zu einer nicht unerheblichen Zunahme der Ungleichheit der Brutto- und auch der Nettoerwerbseinkommen kam. Hierfür dürften vor allem die Ausweitung niedrig entlohnter Erwerbstätigkeit und von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung ausschlaggebend gewesen sein. Nach 2010 entwickelte sich die Ungleichheit in den Erwerbseinkommen wieder leicht zurück, lag aber im Jahr 2020 noch immer deutlich über dem Niveau von Mitte der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre.

Spiegelt sich diese Entwicklung auch in der Ungleichheitsentwicklung für die Haushaltseinkommen wider? Um diese Frage zu beantworten, ist es zunächst einmal wichtig, sich darüber klar zu werden, welche Art von Haushaltseinkommen betrachtet werden soll. Erstens wird beim Blick auf die Verteilung von Haushaltseinkommen häufig das Haushaltseinkommen jeweils vor und nach Steuern, Abgaben und Transferleistungen verglichen. Ähnlich wie bei den Brutto- und Nettoerwerbseinkommen soll damit ein Augenmerk auf das Wirken sozialstaatlicher Umverteilungspolitik gelegt werden. Zweitens wird bei den Haushaltseinkommen häufig nicht nur berücksichtigt, wie viele Personen in einem Haushalt leben und sich das Einkommen teilen müssen, sondern auch, dass es bei Mehrpersonenhaushalten zu sogenannten Skalenerträgen – also Einspareffekten – kommt (weil die Mitglieder eines Haushalts beispielsweise technische Geräte wie DSL-Anschluss oder Waschmaschine gemeinsam nutzen).

So hat etwa ein 2-Personenhaushalt mit einem Haushaltseinkommen in Höhe von 3000 Euro mehr Einkommen pro Kopf zur Verfügung als zwei Singles, die in zwei getrennten Haushalten mit jeweils 1500 Euro leben. Auch das Alter der jeweiligen Haushaltmitglieder wird in dem Sinne berücksichtigt, dass Kindern zumindest bis zu einem bestimmten Alter (meist 14 Jahre) ein geringerer Bedarf als erwachsenen Personen oder älteren Jugendlichen zugerechnet wird. Dieses sogenannte Äquivalenzeinkommen erlaubt es, die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen.

Aus zahlreichen Untersuchungen ist bekannt, dass die relativ hohe Ungleichheit in den Haushaltseinkommen (d. h. Einkommen vor Steuern, Abgaben und Transferleistungen) durch staatliche Umverteilung deutlich reduziert wird. Gemessen am Gini-Koeffizienten verringert sich die Ungleichheit der Haushaltseinkommen nach staatlicher Umverteilung um mehr als 40 Prozent. Diese Verringerung in der Ungleichheit ist wesentlich stärker ausgeprägt als bei dem Vergleich von Brutto- und Nettoerwerbseinkommen und verdeutlicht somit die Bedeutung sozialstaatlicher Transferleistungen. Dennoch bleibt auch nach Umverteilung immer noch ein erhebliches Ausmaß an Ungleichheit bestehen.



Alleinerziehend und arm

[...] Eine Trennung ist besonders für Frauen oft ein großes finanzielles Risiko – oft so groß, dass sie in Beziehungen bleiben, die sie eigentlich längst beenden müssten. Dass das so ist, liegt auch an der Politik, am Gesetz in Deutschland. Die Unterhaltsrechtsreform von 2008 hat die Situation für Alleinerziehende noch prekärer gemacht. Sie stehen seitdem schneller ohne Unterhaltsanspruch da. [...]

Die Reform von 2008 hat vor allem diejenigen hart getroffen, die sich während der Ehe hauptsächlich um die Kinder gekümmert und dafür im Job zurückgesteckt haben – also überwiegend die Mütter. Denn mit der Reform wurde der sogenannte Betreuungsunterhalt aufgeweicht: Ab dem dritten Geburtstag des jüngsten Kindes muss eine Vollzeitbeschäftigung aufgenommen werden. [...]

Das neue Credo hieß Eigenverantwortung. „Nach der Scheidung obliegt es jedem Ehegatten, selbst für seinen Unterhalt zu sorgen“, steht im Gesetz. Nur: Laut Statistischem Bundesamt arbeitet in drei Vierteln der Familien vor einer Trennung der Vater Vollzeit, die Mutter verdient mit ihrem Teilzeitjob dazu.

„Nach der Trennung bleiben die Nachteile der gemeinsam vereinbarten ehelichen Arbeitsteilung bei den Müttern hängen“, sagt Anne Lenze. „Das Unterhaltsrecht und die Rechtsprechung manifestieren die gesellschaftliche Geringschätzung von Fürsorgearbeit.“ Lenze ist Jura-Professorin an der Hochschule Darmstadt, sie forscht zu Armut von Kindern und Alleinerziehenden und war Richterin an einem Sozialgericht. Sie fordert schon lange eine Reform der Reform.

Das Armutsrisiko alleinerziehender Familien ist laut Familienministerium viermal so hoch wie das von Paarfamilien, womit Deutschland einen der letzten Plätze im europäischen Ranking einnimmt.

Dennoch waren 2008 viele vom Nutzen der Unterhaltsrechtsreform überzeugt. In Zeiten des Fachkräftemangels klang es nach einem sinnvollen Ansatz, Erwerbspotenziale zu heben und zugleich Frauen vor Altersarmut zu schützen. Aber obwohl den Müttern bei einer Trennung Armut drohte, änderte sich an der familiären Arbeitsteilung nichts.

Dass das so ist und so blieb, liegt auch an der staatlichen Förderung. Vor der Trennung begünstigt der Staat die Zuverdiener-Ehe durch Regeln wie Ehegattensplitting, Mitversicherung und Minijobs. Nach der Trennung kommt dann die Kehrtwende. „Man lässt die Frauen sehenden Auges ins Messer rennen“, sagt Miriam Hoheisel, Geschäftsführerin des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV). „Eigenverantwortung zu fordern klingt erst mal gut. Aber wenn es keine realistische Chance gibt, der nachzukommen, ist es nur eine Phrase, um Einschnitte zu beschönigen.“ Wenn ein Elternteil nach der Trennung schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt habe, müsse das zumindest für eine Übergangszeit berücksichtigt werden, fordert sie.

[...] [Eine] Mutter, die gerade den Unterhalt vor Gericht einklagt, fragt sich, wer sie als Alleinerziehende mehrerer kleiner Kinder überhaupt einstellen würde. In der Firma ihres Mannes hatte sie offiziell nur einen Minijob, um Sozialversicherungsbeiträge zu sparen. „Meine Karriere habe ich komplett an die Wand gefahren. Aber ich bin ja auch nicht Mutter geworden, um meine Kinder zehn Stunden am Tag abzugeben.“ [...]

Viele fürchten oder vermeiden eine Scheidung aus Angst

vor Armut. Laura Bohnert betreut die Hotline für Alleinerziehende beim VAMV Nordrhein-Westfalen und kennt diese Sorgen. Jeden Tag rufen Mütter und Väter an, die über eine Trennung nachdenken oder neu sind in der Situation als Alleinerziehende.

„Manche leben seit über sechs Monaten von weniger als Hartz 4, weil sie nicht wissen, was ihnen zusteht.“ Gedanken über ihre Abhängigkeit vom Partner machen sich viele erst, wenn es nicht mehr läuft. Bohnert glaubt allerdings nicht, dass ein nachehelicher Betreuungsunterhalt, wie bis 2008 üblich, für weniger Armut bei Alleinerziehenden sorgen würde. „Wer nicht zahlen will, findet Wege, das zu umgehen.“

Inzwischen kommen allerdings immer mehr Paare schon vor der Eheschließung, die den Unterhalt nach einer möglichen Trennung regeln wollen, hat Alexander Mayerhöfer festgestellt. Er ist Fachanwalt für Familienrecht in Miesbach und München und im Ausschuss Familienrecht der Bundesrechtsanwaltskammer. Zu wissen, woran man bei einer Trennung ist, hält er für elementar. Viele seiner Mandantinnen würden während der Ehe gerne zurückstecken, um sich um die Kinder zu kümmern, dann droht allerdings der harte Fall.

Das Unterhaltsrecht hält er insgesamt für ausgewogen: „Dass eine Arzthelferin mit einem Chefarzt als Ex-Ehemann ein Leben lang ausgesorgt hat, ist ja auch nicht fair“, sagt Mayerhöfer. Aber der Betreuungsunterhalt sollte länger bezahlt werden als bis zum dritten Geburtstag des Nachwuchses. Übergangsfristen seien auch möglich. „Aber das muss man als Anwalt gut begründen, sonst fällt die Mandantin hinten runter.“ [...]

Für Alleinerziehende mit wenig Geld und Zeit ist das ein Kraftakt. „Wenn einer nicht will und durch die Instanzen geht, wird es mühsam. Diese Prozesse sind kompliziert und sehr konfliktbeladen“, sagt Anwalt Mayerhöfer. Die Politik des Ehegattensplittings, das Anreize zum Wenig-Arbeiten für einen Ehepartner setzt, und die Regeln, die bereits im Jahr nach der Trennung einen Wechsel in die schlechtere Lohnsteuerklasse vorgeben und hohe Steuern schon auf mittlere Einkommen erheben, hält er für reformbedürftig. Mehr steuerliche Arbeitsanreize für Eltern fände er gut sowie eine Individualbesteuerung.

Die Alleinerziehende mit den Kindern, die mitten im Gerichtsverfahren steckt, würde heute einiges anders machen, sagt sie: einen Ehevertrag aufsetzen, der sie absichert. Ein richtiges Gehalt für ihre Mitarbeit in der Firma verlangen. Und vom Partner mehr Engagement bei der Kinderbetreuung einfordern.

Sigrid Rautenberg, „Arm geschieden“, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Oktober 2022

Erwerbstätigkeit von Müttern (in Prozent)

Alleinerziehende Mütter



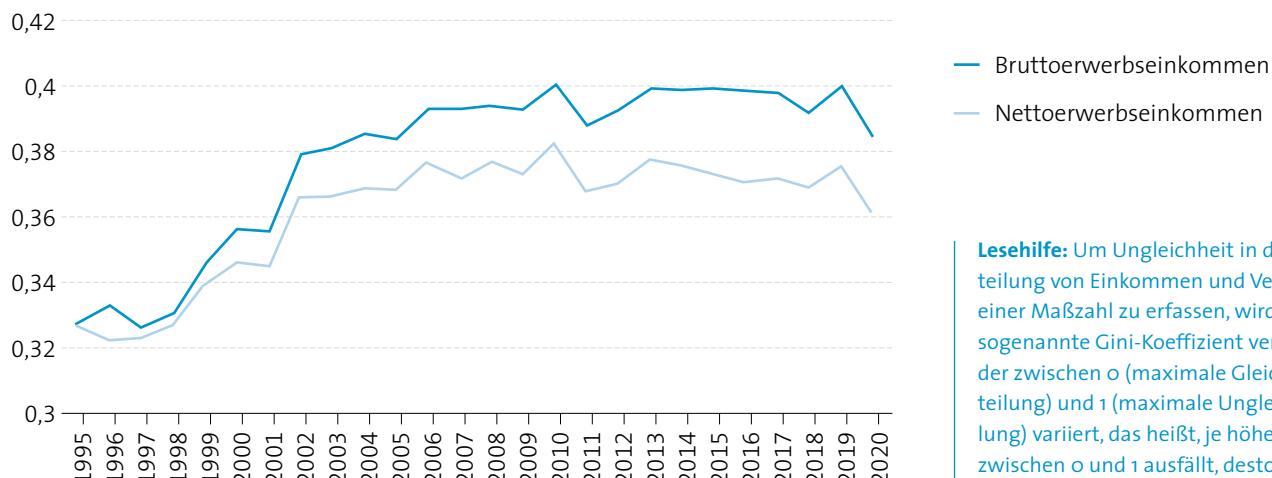
Mütter aus Paarfamilien



nicht arbeitend geringfügig (<15 Std.) kleine Teilzeit (15–20 Std.) Teilzeit (20–28 Std.) große Teilzeit (28–36 Std.) Vollzeit (>36 Std.)

Nach einer Infografik von Julia Schubert, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Oktober 2022

Ungleichheit der Brutto- und Nettoerwerbseinkommen, Gini-Koeffizient

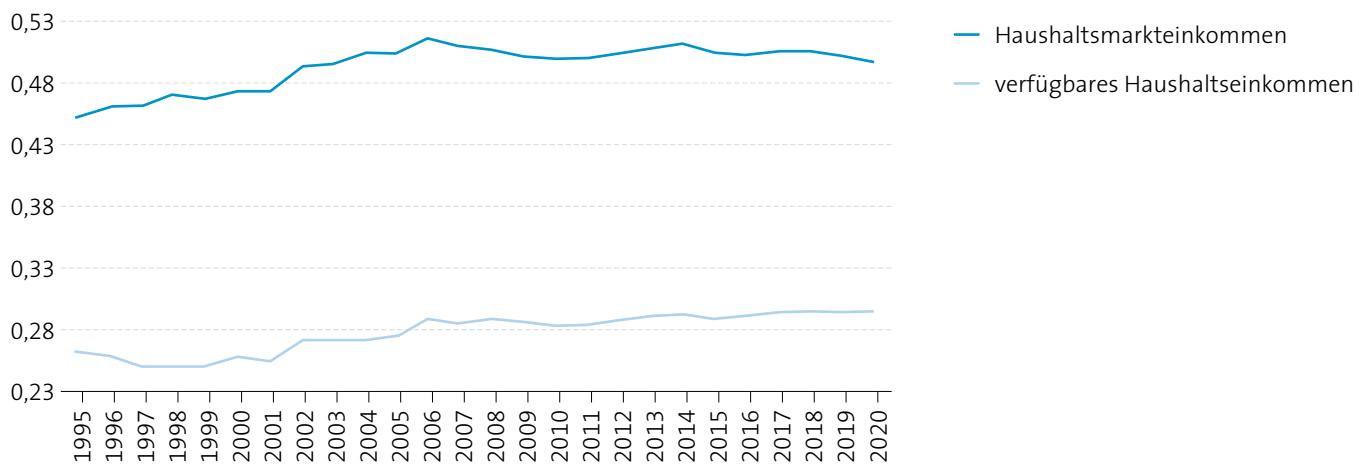


Quelle: Sozio-oekonomisches Panel SOEP (eigene Berechnungen)

— Bruttoerwerbseinkommen
— Nettoerwerbseinkommen

Lesehilfe: Um Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen in einer Maßzahl zu erfassen, wird häufig der sogenannte Gini-Koeffizient verwendet, der zwischen 0 (maximale Gleichverteilung) und 1 (maximale Ungleichverteilung) variiert, das heißt, je höher der Wert zwischen 0 und 1 ausfällt, desto höher ist die Ungleichheit.

Ungleichheit der Haushaltseinkommen und der verfügbaren Haushaltseinkommen, Gini-Koeffizient



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel SOEP (eigene Berechnungen), bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala

Im Hinblick auf den zeitlichen Verlauf ist hervorzuheben, dass es seit Mitte der 1990er-Jahre bis etwa Mitte der 2000er-Jahre einen Anstieg der Ungleichheit gab. Das trifft sowohl auf die Haushaltseinkommen vor Steuern, Abgaben und Transferleistungen als auch auf die verfügbaren (das heißt nach Umverteilung vorliegenden) Haushaltseinkommen zu. So stieg etwa der Gini-Koeffizient bei den verfügbaren Haushaltseinkommen von knapp 0,26 im Jahr 1995 auf circa 0,29 im Jahr 2006. Seit Mitte der 2000er-Jahre stagniert die Ungleichheit auf diesem erhöhten Niveau. Die Ungleichheitszunahme von Mitte der 1990er-Jahre bis Mitte der 2000er-Jahre ist – soweit wir mithilfe verfügbarer Daten sehen können – einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik.

Diese historische Zunahme der Ungleichheit in den verfügbaren Haushaltseinkommen wird vor allem auf Änderungen in Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum, die gestiegene Ungleichheit der Erwerbseinkommen und auf

Änderungen im Steuersystem zurückgeführt. Der internationale Vergleich macht schließlich deutlich, dass Deutschland eine mittlere Position einnimmt, wobei Länder wie Dänemark, Finnland oder Norwegen eine geringere Ungleichheit und Länder wie China, Indien oder Südafrika eine deutlich höhere Ungleichheit aufweisen.

Mit Blick auf die Entwicklung der Vermögensungleichheit wird erstens deutlich, dass das Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt ist als die Erwerbs- und Haushaltseinkommen: Der Gini-Koeffizient liegt mit knapp 0,79 um das 1,5- bis 2-fache höher. Zweitens zeigt sich, dass die Vermögensungleichheit in der Bundesrepublik in den Jahren von 2002 auf 2007 zunächst zunahm, dann bis 2012 leicht zurückging und 2017 wieder das Niveau von Anfang der 2000er-Jahre erreichte. Eine Zunahme der Ungleichheit wie bei den Einkommen lässt sich daher für das Vermögen nicht feststellen.

Entwicklung der Vermögensungleichheit

Jahr	2002	2007	2012	2017
Gini-Koeffizient	0,789	0,807	0,787	0,788

Quelle: Sozio-ökonomisches Panel SOEP (eigene Berechnungen)

Gleichwohl ist das Niveau der Ungleichheit in den Vermögen sehr hoch. Dies zeigt sich, drittens, auch im internationalen Vergleich. Weltweit gibt es nur wenige Länder, in denen das Vermögen noch ungleicher verteilt ist als in Deutschland (dazu gehören u. a. Brasilien, Russland und die USA). Die im internationalen Vergleich sehr hohe Vermögensungleichheit in Deutschland ist auch Ergebnis der niedrigen Hauseigentumsquote, die mit rund 48 Prozent deutlich niedriger ausfällt als in den meisten anderen europäischen Ländern. Da der Immobilienbesitz die häufigste Vermögensform darstellt, resultiert die niedrige Eigentümerquote in Deutschland in einer hohen Zahl von Personen ohne oder mit nur wenig Vermögen und damit auch in einer hohen Vermögensungleichheit.

Exkurs: Einkommensungleichheit und Armut

Laut Statistischem Bundesamt waren im Jahr 2021 15,8 Prozent der Menschen in Deutschland armutsgefährdet – das ist fast jede sechste in Deutschland lebende Person. Als armutsgefährdet gelten Personen dann, wenn sie und/oder ihre Haushalte über ein Einkommen verfügen, das unter 60 Prozent des durchschnittlichen (bedarfsgewichteten) verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommens liegt. Dass in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland Menschen in Armut leben, ist

für viele Menschen skandalös und nicht nachvollziehbar. Was genau unter Armut zu verstehen ist, ist dabei kontrovers und umkämpft. Armut hierzulande ist grundsätzlich verschieden von weit verbreiteter Unterversorgung in schlechter gestellten Regionen der Welt, denn Armut bedeutet in Deutschland nicht notwendigerweise die Bedrohung der Existenz.

Auf Einkommen basierte Armutsquoten allein sagen zwar nicht viel über die konkrete Lebenswirklichkeit der Menschen aus (z. B. darüber, ob es einen Mangel an Wohnraum unter armutsgefährdeten Menschen gibt). Aber im Zusammenspiel mit der Gesamtverteilung der Einkommen und der Höhe des Lebensstandards in einem Land zeichnen sie ein Bild von den relativen Lebenschancen der Menschen. Gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung können sich armutsgefährdete Menschen schlicht weniger leisten, was auch ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränkt. Einkommensungleichheit und Armut hängen daher eng miteinander zusammen, eine höhere Ungleichheit der Einkommen ist oft (aber nicht immer) mit höheren Armutsquoten verbunden.

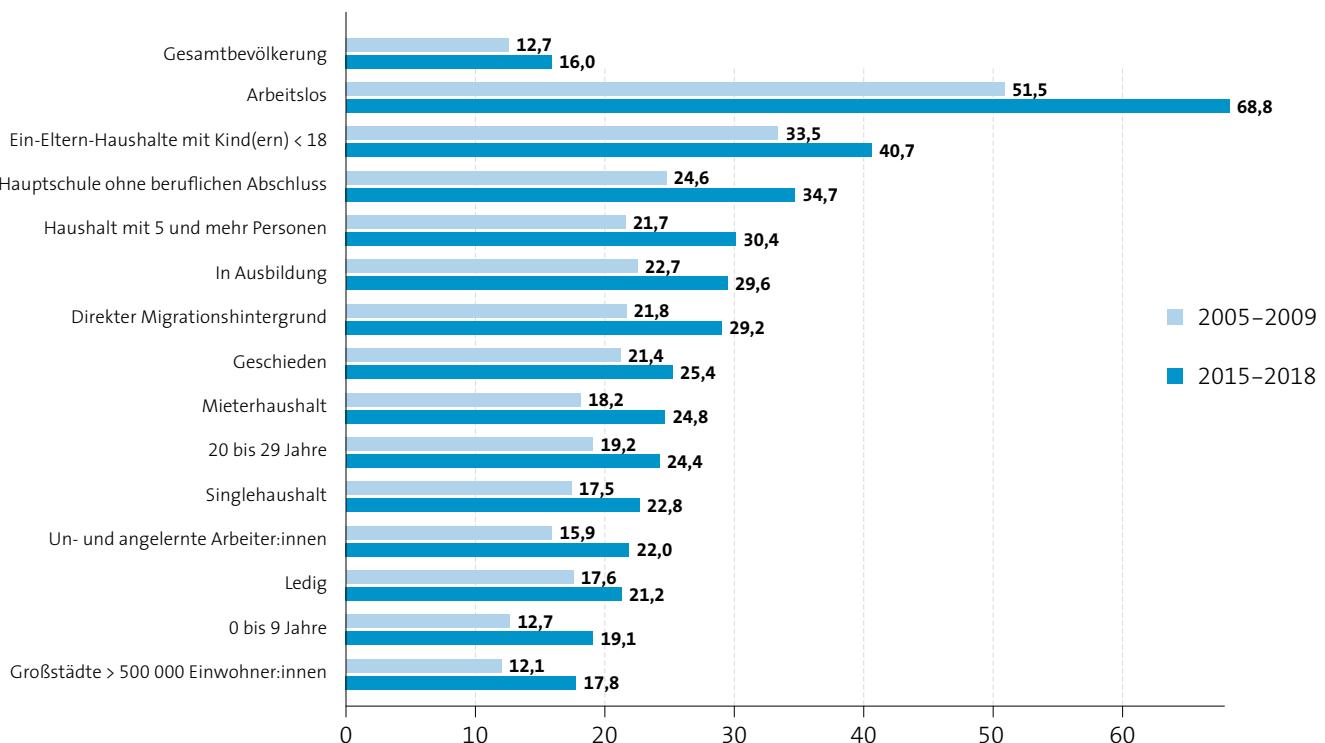
Für das Ausmaß der am Einkommen gemessenen Armut ist die Spreizung der Einkommen in der unteren Hälfte der Verteilung von größerer Bedeutung als die Spreizung der Einkommen in der oberen Hälfte. Denn entscheidend für die Zurechnung einer Person als „arm“ oder „armutsgefährdet“ ist ihre Entfernung oder Nähe zu der durchschnittlichen oder typischen Einkommensposition einer Gesellschaft.

Auf individueller Ebene steht Armut insbesondere mit Arbeitslosigkeit, niedriger Bildung, Scheidung und Alleinelsenschaft in Zusammenhang. Aber auch Erwerbsarbeit schützt nicht durchgängig vor Armut. So gibt es die Gruppe der „working poor“, die trotz Erwerbsarbeit als armutsgefährdet eingestuft werden – in Deutschland immerhin fast jede zwölftes erwerbstätige Person. Gering entlohnte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit häufigen Erwerbsunterbrechungen erhöhen das Armutsrisiko.



Armut schränkt die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein. Für viele Menschen ist es skandalös, dass in einem so reichen Land wie Deutschland Menschen in Armut oder gar auf der Straße leben müssen. Improvisierter Schlafplatz in Berlin im Oktober 2021, im Hintergrund treffen sich Menschen in einem Café.

Armutssquote nach Bevölkerungsgruppen (in Prozent)



Quelle: Datenreport 2021, S. 238ff; Datenbasis: SOEP; Armutsschwelle 60 % vom mittleren Nettoäquivalenzeinkommen

Zudem zeigt sich, dass es für die Betroffenen immer schwieriger wird, sich wieder aus der Armut zu befreien. Sogenannte Verfestigungstendenzen nehmen zu – wer einmal arm ist, hat ein stark erhöhtes Risiko, dies erneut zu erleben oder relativ lange in Armut zu verbleiben. Wir sehen auch, dass die Erfahrung von Armut im Kindesalter spätere Armutserfahrung als erwachsene Person vorzeichnet. Armut wird quasi von Generation zu Generation weitergegeben, weil die Mangel erfahrung, die mit Armut einhergeht, nicht nur materieller Art ist. Sie beschneidet weithin Handlungs- und Erfahrungsspielräume, was nicht nur Selbstvertrauen und Kontrollüberzeugungen der Kinder negativ beeinflusst. Auch ihre Bildungswegs und sozialen Aufstiegschancen leiden darunter.

Fazit

Einkommen und Vermögen sind in Deutschland wie auch in allen anderen Ländern der Welt ungleich verteilt. Die Ursachen für diese ungleichen Verteilungen sind vielfältig. Für die Verteilung von Einkommen sind die erzielten Einkommen am Arbeitsmarkt, sozialpolitische Umverteilungsmaßnahmen in Form etwa von Steuern oder Transferzahlungen sowie die konkrete Zusammensetzung der Haushalte, in denen Menschen leben, von zentraler Bedeutung. Damit einher geht, dass sozialstrukturelle Merkmale wie etwa das Geschlecht, das Alter, die Bildung oder der Beruf einer Person und auch ihre soziale Herkunft einen wesentlichen Einfluss darauf ausüben, welche Position diese Person in der Einkommensverteilung einnimmt.

Diese Merkmale beeinflussen direkt oder indirekt, ob und in welcher Form eine Person erwerbstätig ist oder in welcher Haushaltskonstellation sie lebt. Und auch die Verteilung von

Vermögen, die deutlich ungleicher ausgeprägt ist als die Verteilung von Einkommen, wird durch diese Merkmale beeinflusst. Dies geschieht einerseits über den Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen (höhere Einkommen haben eine höhere Chance auf Vermögensbildung, z. B. durch den Erwerb einer Immobilie), andererseits spielt etwa die soziale Herkunft bei der Frage etwaiger Erbschaften oder Schenkungen eine wichtige Rolle.

Mit Blick auf das Ausmaß der Verteilungsungleichheit ist Deutschland im internationalen Vergleich bei den Einkommen auf einer mittleren Position, bei den Vermögen aber in der Spitzengruppe verortet. Die Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte ist durch einen Anstieg der Ungleichheit der Einkommen und eine mehr oder weniger stabile aber sehr hohe Ungleichheit der Vermögen geprägt.

Insgesamt liegt Deutschland mit der Tendenz einer sich verschärfenden Einkommensungleichheit, insbesondere der Erwerbseinkommen, im internationalen Trend, der sich unter anderem aus dem tiefgreifenden Strukturwandel des Arbeitsmarktes (Zunahme des Dienstleistungssektors, technologischer Wandel), aber auch aus Änderungen im Steuer- und Abgabensystem erklären lässt.

Angesichts der gestiegenen Einkommens- und der sehr hohen Vermögensungleichheit stellt sich aus einer Ungleichheitssoziologischen Sicht die Frage nach einer Verstärkung von sozialpolitischen Umverteilungsmaßnahmen (wie etwa der Anhebung des Spitzensteuersatzes, der weiteren Anhebung des Mindestlohns, der Erhöhung der Erbschaftssteuer oder der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer). Dafür bedarf es jedoch eines gesellschaftspolitischen Diskurses, der die vielfältigen Ursachen und Wechselwirkungen der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen hinreichend reflektiert.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Dennis Dettmer hat seinen Zweitjob als Versicherungsmakler aufgegeben. „Glücklicherweise kann ich mir das jetzt leisten“, sagt der 29-jährige Zeitsoldat aus Meißen. Nun konzentriert er sich auf seine Haupttätigkeit bei der Bundeswehr. Im Gegensatz zu früher fühlt Dettmer sich finanziell entspannt, weil er seit mehr als einem Jahr am Pilotprojekt Grundeinkommen teilnimmt.

Monatlich erhalten er und 121 weitere Leute 1200 Euro zusätzlich zu ihren normalen Verdiensten, steuerfrei und geschenkt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), der Verein Mein Grundeinkommen und mehrere Universitäten untersuchen, wie eine bedingungslose Zahlung das Leben verändert. Legen sich die Leute etwa in die soziale Hängematte? Das dreijährige Pilotprojekt entstand im Zuge der jahrzehntelangen Debatte über Hartz IV und die Reform des Sozialstaates. Es läuft seit Sommer 2021. Regelmäßig fragt die FR bei einigen Teilnehmer:innen nach, was sich bei ihnen verändert hat. [...]

2400 Euro netto monatlich verdient er [Dettmer] als Gruppenführer, der 20 Soldaten unter sich hat. Damit liegt er im Umkreis des durchschnittlichen Einkommens der deutschen Privathaushalte. Die 1200 Euro mehr aus dem Grundeinkommen-Projekt machen daraus einen überdurchschnittlichen Verdienst. Geld ist plötzlich nicht mehr knapp.

So entschied sich Dettmer, den Zweitjob aufzugeben, der ihm einen kleinen Zusatzverdienst bringen sollte, bevor er als Versuchsperson ausgewählt wurde. Nun kann er sich eine etwas höhere Lebensqualität genehmigen – einmal mehr essen gehen mit der Freundin, öfter ins Kino. [...] Wobei er betont, dass er das meiste zusätzliche Geld spart, unter anderem um den Diesel abzuzahlen, den er braucht, um regelmäßig den weiten Weg von Meißen zur Kaserne in Hessen zurückzulegen. Die bessere materielle Ausstattung wirke sich auch positiv auf seine körperliche Verfassung aus, berichtet Dettmer. Weniger als früher leide er an Zahnschmerzen. Er führt das darauf zurück, dass er weniger unter allgemeinem Stress leide.

Das Pilotprojekt generiert Berichte wie diesen über die individuellen Vorteile eines Grundeinkommens. Kein Wunder: 1200 netto monatlich bedeuten einen wesentlichen Unterschied und bringen viele Leute in den materiellen Bereich, in dem sie sich keine finanziellen Sorgen mehr machen müssen. Aber reicht das als politische Begründung für eine superteure gesellschaftliche Reform aus? Erhielten 80 Millionen Bundesbürger jeweils 10 000 Euro pro Jahr, kostete das die Gesellschaft 800 Milliarden Euro – eine utopische Größenordnung. Einige Sozialleistungen fielen dann zwar weg, weil sie überflüssig würden. Ein paar Hundert Milliarden Euro pro Jahr blieben als Mehrkosten unter dem Strich jedoch zu finanzieren – unklar, wie. [...]

Dass die Idee des Grundeinkommens einflussreich ist, sieht man auch an einer weiteren Initiative. Ein „Bildungsgrundeinkommen“ propagierten kürzlich das Zentrum Liberale Moderne und die Bertelsmann-Stiftung. Alle Erwerbspersonen sollen demnach das Recht erhalten, drei Jahre lang 1200 Euro monatlich vom Staat zu bekommen, um sich weiterzubilden. Die grundsätzliche Idee: Für die Wirtschaft wie für die Individuen ist es gleichermaßen nötig und vorteilhaft, dass die beruflichen Qualifikationen

an die Erfordernisse der Digitalisierung und ökologischen Transformation angepasst werden. Der Staat soll das ermöglichen, indem er für eine gewisse Zeit einen gesicherten Lebensunterhalt zur Verfügung stellt. [...]

„Ich schaue entspannt in die Zukunft“, sagt Sarah Bäcker. Sie ist eine weitere Teilnehmerin im Pilotprojekt. Bei der 40-jährigen Architektin haben sich während des Projekts große Dinge getan: Seit vier Monaten ist sie Mutter ihrer Tochter Alva. Dank des Grundeinkommens hat Bäcker eine „luxuriöse“ Entscheidung getroffen: „Ich nehme anderthalb Jahre Elternzeit.“ Die 1200 Euro zusätzlich erleichtern das. Ihre materielle Situation empfindet Bäcker als „komfortabel“. Sie lässt sich Zeit damit, eine Kita zu suchen. Erst ab September 2023 will sie wieder im Architekturbüro arbeiten.

Ohne das Grundeinkommen müsste sie mit etwa 800 Euro Eltern- und 200 Euro Kindergeld auskommen – und stünde unter finanziellem Druck. Im Prinzip ist sie alleinerziehend, sie wohnt nicht mit dem Vater der Tochter zusammen, wobei sich dieser aber ebenfalls um die Erziehung kümmert. Unter normalen Umständen würde Bäcker jetzt wohl aufstockendes Hartz IV und Wohngeld beantragen. „Zum Glück spielen diese Fragen keine Rolle“, sagt sie. „Ich brauche nicht nachzuweisen, ob ich bedürftig bin.“ [...]

Hannes Koch, „Ich brauche nicht nachzuweisen, ob ich bedürftig bin“, in: Frankfurter Rundschau vom 27. September 2022

Pro und Contra

[...] Sollte jeder Mensch in Deutschland Geld vom Staat bekommen, um den nötigsten Lebensbedarf zu decken? [...] Immer wieder kocht die Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) hoch [...].

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre gut, weil...

- es die gesellschaftlichen Folgen des industriellen Wandels auffangen könnte.
- es weniger bürokratisch wäre als das bestehende Renten- und Sozialsystem.
- es gerechter wäre als das bisherige Sozialsystem.
- es Arbeitnehmern mehr Sicherheit geben und Selbstverwirklichung ermöglichen würde.
- Arbeitssuchende zu schlecht bezahlte Jobs im Niedriglohnsektor ablehnen könnten.
- der Arbeitsmarkt flexibler würde.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre schlecht, weil...

- es im Bundeshaushalt kaum zu bezahlen wäre.
- das bestehende Sozialsystem in Deutschland dadurch abgeschafft würde.
- die Auswirkungen auf das Rentensystem und die sozialen Sicherungssysteme spekulativ sind.
- durch die Finanzierung über die Mehrwertsteuer die Kaufkraft sinken würde.
- eine Finanzierung über die Vermögenssteuer oder die Einkommenssteuer nicht ausreichen würde und ungerecht wäre.
- in ländlichen Regionen dann Fachkräfte fehlen würden, weil es den Anreiz nimmt, dort zu arbeiten.
- kaum jemand mehr arbeiten wollen würde. [...]

Sebastian Grundke, „Gleiches Geld für alle?“, deutschland.de vom 30. Juli 2018. Online: <https://www.deutschland.de/de/topic/wirtschaft/bedingungsloses-grundeinkommen-argumente-pro-und-kontra>

Dirk Konietzka / Olaf Groh-Samberg

Struktur sozialer Ungleichheit

Um die „Strukturen der Ungleichheit“ zu untersuchen, hat die Soziologie verschiedene Modelle zu „sozialen Großgruppen“ entwickelt. Dazu gehören soziale Klassen, Status, Schichten, Milieus und Lagen.



Zwei Klassen, viele Milieus oder verschränkte soziale Lagen? Seit dem 19. Jahrhundert versucht die Soziologie, die sich wandelnde Gesellschaft im Hinblick auf soziale Großgruppen zu analysieren.

Die Forschung über soziale Ungleichheit hat vielfach gezeigt, dass in Deutschland ein enger Zusammenhang besteht zwischen der sozialen Herkunft und dem Bildungserfolg einer Person (siehe S. 18 ff.) und ebenso zwischen dem Bildungsabschluss und den Chancen und Ergebnissen auf dem Arbeitsmarkt (berufliche Positionen, Einkommen, siehe S. 38 ff.). Hartnäckige Chancenungleichheiten bilden die Grundlage dafür, dass sich in einer Gesellschaft wie der deutschen die Strukturen sozialer Ungleichheit dauerhaft verfestigen und reproduzieren. Menschen haben in den meisten Fällen eine klare Vorstellung über das Ausmaß sozialer Ungleichheit und ihren eigenen Platz (oder ihre Stellung) in der Gesellschaft, in der sie leben. Fragen der sozialen Zugehörigkeit und Abgrenzung von anderen Gruppen in der Gesellschaft sind nicht nur für das Alltagsbewusstsein und die eigene soziale Identität von Bedeutung. Sie prägen auch das politische Bewusstsein, die Formulierung von Interessen, und sie bestimmen, welche

sozialen Unterschiede und Konflikte als zentral wahrgenommen werden. Sozialwissenschaftliche Befragungen widmen sich daher regelmäßig den Wahrnehmungen sozialer Ungleichheit in der Bevölkerung. Ein gutes Beispiel ist das ISSP (*International Social Survey Programme*) aus dem Jahr 2019. Dessen Ergebnisse zeigen, dass die deutsche Gesellschaft in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung durch große soziale Ungleichheiten geprägt ist. So sind drei Viertel der Befragten der Überzeugung, dass die Einkommensverteilung in Deutschland ungerecht oder sogar sehr ungerecht ist (siehe S. 8 ff.), und ebenso viele vertreten die Vorstellung, dass im heutigen Deutschland die meisten Menschen einer der unteren Schichten angehören. Im Widerspruch zu dieser Einschätzung steht jedoch, dass sich gleichzeitig die große Mehrheit selbst der Mittelschicht zugehörig fühlt. So rechnen sich rund 80 Prozent der Befragten des ISSP im weiteren Sinne der „Mittelschicht“ (einschließlich der „unteren“ und „oberen“ Mittelschicht) zu.

Die deutsche Mittelschicht

[...] Wer gehört in Deutschland zur Elite? Wie geht es der gesellschaftlichen Mitte? Wer ist von Armut und Ausgrenzung betroffen? Und wie gerecht sind Chancen und Einkünfte in unserer Gesellschaft verteilt? [...] Der Mainzer Soziologe Prof. Stefan Hradil [...]: „Da gibt es viele Versuche und viele Kritiken, beispielsweise wurde häufig ein Standard gewählt, dass 70 Prozent des mittleren Einkommens die untere Grenze der Mittelschicht ist und 150 Prozent die obere Grenze.“ In Euro bedeutet das: Wenn ein Single zwischen 1160 und 2460 Euro und eine Familie mit zwei Kindern zwischen 2400 und 5160 Euro monatlich netto verdienen, dann zählen sie zur Mittelschicht [Daten aus 2015 – Anm. d. Red]. Jedenfalls wenn sie, so ergänzen viele Wissenschaftler, einen Real-schulabschluss und eine berufsqualifizierende Ausbildung vorweisen können.

„Aber das ist weitgehend willkürlich und umstritten. Und das spiegelt eigentlich die Tatsache wider, dass in unserer Gesellschaft keine exakt feststellbaren Grenzen mehr zwischen den Schichten existieren.“

Gehört ein Student mit 800 Euro monatlich etwa zur Unterschicht? Eine Familie mit einem Nettoeinkommen von 5500 Euro pro Monat zur Oberschicht? So wie auch der Vorstand eines Dax-Unternehmens, der im Jahr 2014 im Durchschnitt 5,3 Millionen kassierte? Und 135 Familien in Deutschland besitzen sogar ein Vermögen von mindestens einer Milliarde Euro. Gerade „oben“ herrscht also ein ausgeprägtes Gefälle. [...]

Aufstieg durch Leistung war ja das große Versprechen der Nachkriegszeit. Allerdings sollte die Herkunft dabei keine Rolle spielen. Die Nachkriegsgesellschaft war aufstiegsorientiert und durchlässig, weshalb der Soziologe Helmut Schelsky sie Anfang der 50er Jahre als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ beschrieb. In der Tat konnten damals die unteren und mittleren Einkommensbezieher ihren Anteil am Kuchen vergrößern, während der Anteil der Spitzeneinkommen sank. Klassenkampf war gestern, die Mitte sorgte für politische und wirtschaftliche Stabilität. Ähnliche Gedanken gab es übrigens schon in der Antike, schreibt der Politologe Herfried Münkler. Gegen Platons Idee einer Herrschaft der Besten – der Philosophen nämlich – sah Aristoteles in der Mitte die Garantie für eine stabile Gesellschaft. Denn sie könne die Extreme ausbalancieren. Heute ist es die Lebensführung der Mittelschicht, die als gesellschaftliches Leitbild gilt: „Weil es sich darauf beruft, dass man fleißig ist, dass man aktiv ist, dass man in die eigene Bildung investiert, dass einem nichts in den Schoß fällt, dass man fleißig dafür gearbeitet hat.“

Prof. Steffen Mau, Soziologe an der Humboldt-Universität Berlin über die Werte der Mittelschicht: „Das ist etwas, das ist in die gesamte Gesellschaft hinein diffundiert, das betrifft auch die Oberschichten. Selbst wenn man es nicht mehr müsste, steht man früh auf und geht arbeiten. Und für die Unterschichten trifft das ähnlich zu. Also wenn Sie sich nicht so verhalten, wie das normative Modell der mittelschichtlichen Lebensführung vorschreibt, dann sind Sie mit Vorbehalten konfrontiert, die Ihnen dann signalisieren sollen, Sie müssten sich doch so verhalten wie die Mittelschicht, um dann langfristig doch dazu gehören zu können.“

Seit den 80er Jahren vergrößern sich die Einkommensungleichheiten wieder. Die Wohlhabenden sind reicher

und vermögender geworden, während die Einkommenszuwächse der Mitte moderat bis gering ausfielen. Andererseits, gibt Steffen Mau zu bedenken, hat sich zwischen 1984 und 2010 die Zahl der Menschen mit mittlerer und höherer Bildung verdoppelt. [...]

Zur Mittelschicht zählen nach wie vor etwas mehr als 60 Prozent der Bevölkerung. Sie ist stabiler als gedacht und fühlt sich lange nicht so verunsichert, wie manche Krisendiagnosen vermuten lassen. Neu allerdings ist, so Stefan Hradil:

„Dass auch in der Mittelschicht anders als in den 60er, 70er Jahren die perfekte Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Dort kann es Ihnen auch heute passieren, dass sie mit einer Ausbildung, die nicht mehr marktgängig ist, nach unten fallen. Es kann Ihnen aber auch passieren, dass sie mit einer anderen Ausbildung, im IT Bereich oder sonst wo in die Oberschicht aufsteigen. Also, der Wind ist rauer geworden. Die Chancen sind gewachsen, aber auch die Risiken sind gewachsen in der Mittelschicht. Und das war nicht typisch für die Mittelschicht der Nachkriegszeit.“

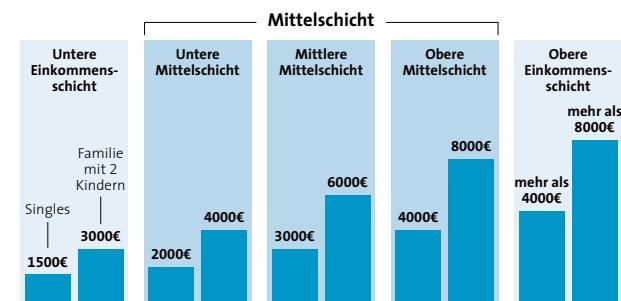
Rauer geworden ist der Wind aber auch für die „ganz unten“. Das sind die, die weniger als 70 Prozent des Durchschnittseinkommens verdienen. Ein Single zum Beispiel, der weniger als 900 Euro netto verdient, eine vierköpfige Familie, die, je nach Rechnung, zwischen 1.870 und 2.450 Euro zum Leben hat. Nicht viel Geld, zweifelsohne! Doch ob dies die richtige Methode ist, Armut zu messen, ist durchaus umstritten. Heißt das doch, wenn alle Deutschen morgen schlagartig das Doppelte verdienen würden, wäre die Armut in Deutschland immer noch genau so groß. Nicht umstritten allerdings ist, dass es immer weniger Menschen möglich ist, aus dieser relativen Armut aufzusteigen. [...]

Nach einer Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 2014 finden [...] 59 Prozent der Deutschen, dass es in Deutschland nicht gerecht zugehe. Und nur 21 Prozent halten Vermögen und Verdienste für fair verteilt. [...] Politische Pläne, mehr Gerechtigkeit durch Umverteilung qua Steuererhöhungen herzustellen, goutierten die Bürger allerdings nicht. [...]

Solange der zu verteilende Kuchen weiter wächst, hält sich die Empörung über die ungleiche Verteilung der Kuchenstücke also offensichtlich in Grenzen. Denn mit dem Wachstum verbindet sich die Hoffnung, dass es für alle zu mindest ein bisschen aufwärts geht. [...]

Ingeborg Breuer, „Sozialwissenschaftler vermessen die Gesellschaft“, in: Deutschlandfunk vom 27. August 2015. Online: <https://www.deutschlandfunk.de/oben-mitte-unten-sozialwissenschaftler-vermessen-die-100.html>

Einkommensschichten nach verfügbarem monatlichem Einkommen



Nach einer Infografik von Sarah Unterhitzenberger, Quelle: Bertelsmann-Stiftung 2018, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. November 2022

Die Umfrageergebnisse zur Schichtstruktur und Einkommensverteilung zeigen eindrucksvoll die Vorstellungen und Bewertungen der sozialen Ungleichheit aus Sicht der Bevölkerung. Was lässt sich aber aus einer ungleichheitssoziologischen Perspektive darüber aussagen, welche gesamtgesellschaftlichen „Strukturen sozialer Ungleichheit“ und „sozialen Großgruppen“ in Deutschland heute vorherrschen?

Unter sozialen Großgruppen versteht die Soziologie Gruppen von Individuen, die über jeweils ähnliche Lebensbedingungen oder soziale Positionen verfügen und sich zugleich klar von anderen Großgruppen unterscheiden. Strukturelle Ähnlichkeiten und Unterschiede bilden häufig auch die Grundlage dafür, dass sich Formen der kollektiven Zugehörigkeit herausbilden. Diese können von der subjektiv empfundenen eigenen Schicht- oder Milieuzugehörigkeit bis hin zu manifester politischer Organisation und Interessenvertretung reichen.

Eine wissenschaftlich fundierte Antwort auf die Frage nach den vorherrschenden Strukturen sozialer Ungleichheit und ihres Wandels im Lauf der Jahrzehnte ist jedoch nicht einfach zu geben.

Tatsächlich hat die soziologische Ungleichheitsforschung seit ihren Anfängen im 19. und im Laufe des 20. Jahrhunderts verschiedene Modelle und Konzepte über die Struktur sozialer Ungleichheit entwickelt. Bei aller Unterschiedlichkeit kann zwischen fünf verschiedenen Konzepten unterschieden werden, die bis heute in der Ungleichheitsforschung eine wichtige Rolle spielen: Klasse, Stand (oder Status), Schicht, Milieu und soziale Lage. Das Ziel dieser Konzepte besteht jeweils darin, die Bevölkerung in relativ homogene Teilgruppen mit ähnlichen Handlungs- und Lebensbedingungen oder Lebenslagen zu gliedern, wobei in unterschiedlichem Ausmaß auch subjektive Orientierungen wie Interessen, Einstellungen und Mentalitäten einbezogen werden. Die genannten Modelle unterscheiden sich jedoch darin, welche Kriterien sie jeweils als zentral erachten und mit welchen theoretischen Werkzeugen sie das Gerüst sozialer Ungleichheit „bauen“. Teilweise unterscheiden sich die Modelle auch im Hinblick auf ihren Anspruch, ob sie „die Wirklichkeit“ primär beschreiben oder auch erklären wollen.

Soziale Klassen

Ein guter Ausgangspunkt für die Frage nach der Struktur sozialer Ungleichheit sind die Analysen des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts von Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895). Sie kamen zu dem Schluss, dass die ökonomischen Strukturen des Kapitalismus durch das Privateigentum an Produktionsmitteln gekennzeichnet sind und dieses zugleich die entscheidende Dimension sozialer Ungleichheit ist. Die Stellung eines Individuums im Produktionsprozess bestimmte für Karl Marx und Friedrich Engels dessen soziale Klassenzugehörigkeit. In der Ausbeutung der arbeitenden Klasse (des Proletariats) durch die Produktionsmittelbesitzer (die Bourgeoisie) sahen sie den zentralen Mechanismus, also die Ursache der sozialen Ungleichheit.

Der Kapitalismus war ihnen zufolge durch Entwicklungs-gesetze geprägt, die zu einer zunehmenden Spaltung der Klassenstruktur in zwei antagonistische (gegensätzliche oder widerstreitende) soziale Klassen führen würden: die Kapitalisten als Besitzer der Produktionsmittel und die Arbeiterklasse als diejenigen, die ihre Arbeitskraft an Kapitalisten verkaufen müssen. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 sagten sie voraus, dass alle anderen Klassen (wie kleine



Karl Marx (l.) und Friedrich Engels beschreiben die Industriegesellschaft als geprägt von zwei unversöhnlichen Klassen. Denkmal in Berlin, Mai 2019

Selbständige, Handwerker und Bauern) zwischen den beiden antagonistischen Klassen verschwinden würden („Alles Ständische und Stehende verdampft“).

Der Klassenbegriff wurde später von anderen, auch nicht-marxistischen Autoren aufgegriffen und weiterentwickelt, aber die Kernidee blieb erhalten, nämlich dass in einer kapitalistischen Gesellschaft die Bedingungen des Arbeitsmarktes die Struktur sozialer Ungleichheit entscheidend prägen. Für unser heutiges Verständnis von Klassen ist insbesondere Max Weber (1864–1920) wichtig, der ebenfalls argumentierte, dass Klassenzugehörigkeit ökonomisch definiert ist, aber nicht nur durch den Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln, sondern allgemeiner durch charakteristische Chancen der Marktverwertung von Gütern und Qualifikationen – von ihm „Leistungsqualifikation“ genannt – bestimmt wird.

Indem Weber die Klassenlage einer Person im Kern durch die „Marktlage“ charakterisiert sah, erweiterte er das Konzept der Klasse an einem entscheidenden Punkt, der für das Verständnis der Rolle von Marktverhältnissen für soziale Ungleichheit bis in die Gegenwart zentral ist. Denn die große Gruppe der abhängig Beschäftigten, die heute rund 90 Prozent der Erwerbsbevölkerung ausmacht, ist in sich stark differenziert (siehe S. 38 ff.). Weber erkannte in der individuellen Qualifikation einen entscheidenden Faktor für unterschiedliche „Marktchancen“. Schon zu Webers Zeiten war demnach nicht allein die Stellung im Produktionsprozess, sondern die fachliche Qualifikation ein wichtiges differenzierendes Element für die Art der Beschäftigung und das zu erzielende Einkommen einer Person.

Moderne Klassenkonzepte in der Soziologie halten an der Annahme fest, dass in einer kapitalistisch oder marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaft der Zugang zu Gütern, Ressourcen und allgemein zu Lebenschancen ganz wesentlich von der Position auf dem Arbeitsmarkt abhängt. Zu diesem Zweck haben sie die Unterscheidung verschiedener „Arbeitsmarktkategorien“ theoretisch verfeinert. Besonders häufig genutzt wird das in den 1970er-Jahren von den Soziologen Robert Erikson, John H. Goldthorpe und Lucienne Portocarero entwickelte sogenannte EGP-Klassenschema, das Beschäftigungsverhältnisse und darin insbesondere das „Dienstverhältnis“ vom „Lohnarbeitsverhältnis“ nach der Art der Regulierung differenziert.

Manifest der Kommunistischen Partei

1. Bourgeois und Proletarier

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.

Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.

In den früheren Epochen der Geschichte finden wir fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände, eine mannigfaltige Abstufung der gesellschaftlichen Stellungen. Im alten Rom haben wir Patrizier, Ritter, Plebejer, Sklaven; im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftbürger, Gesellen, Leibeigene, und noch dazu in fast jeder dieser Klassen besondere Abstufungen.

Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt.

Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat. [...]

Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffsbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen – welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.

[...] Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschten vermag, die er heraufbeschwore. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. [...]

Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.

Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer

gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier.

In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d.h. das Kapital, entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt. Diese Arbeiter, die sich stückweise verkaufen müssen, sind eine Ware wie jeder andere Handelsartikel und daher gleichmäßig allen Wechselpfänden der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt.

Die Arbeit der Proletarier hat durch die Ausdehnung der Maschinerie und die Teilung der Arbeit allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für die Arbeiter verloren. Er wird ein bloßes Zubehör der Maschine, von dem nur der einfachste, eintönigste, am leichtesten erlernbare Handgriff verlangt wird. [...]

Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird. [...]

Alle bisherige Gesellschaft beruhte, wie wir gesehen haben, auf dem Gegensatz unterdrückender und unterdrückter Klassen. Um aber eine Klasse unterdrücken zu können, müssen ihr Bedingungen gesichert sein, innerhalb derer sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Der Leibeigene hat sich zum Mitglied der Kommune in der Leibeigenschaft herangearbeitet wie der Kleinbürger zum Bourgeois unter dem Joch des feudalistischen Absolutismus. Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. [...]

Die wesentliche Bedingung für die Existenz und für die Herrschaft der Bourgeoisiekasse ist die Anhäufung des Reichtums in den Händen von Privaten, die Bildung und Vermehrung des Kapitals; die Bedingung des Kapitals ist die Lohnarbeit. Die Lohnarbeit beruht ausschließlich auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Der Fortschritt der Industrie, dessen willenloser und widerstandsloser Träger die Bourgeoisie ist, setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.

Karl Marx / Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei, Erstes Kapitel“, 1848, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 459-493

Dieses Schema unterscheidet Klassen nicht primär nach Arbeitsinhalten oder Einkommen der Beschäftigten, sondern umfassender nach der Art der Vertragsbeziehungen. Die Arbeitsverträge zwischen Arbeitgeber:innen und -nehmer:innen können demnach die vereinbarten Leistungen mehr oder weniger engmaschig festlegen und der Kontrolle unterwerfen, den Beschäftigten in unterschiedlichem Maß Autonomie und Handlungsspielräume erlauben und ihnen mehr oder weniger langfristige berufliche Entwicklungs- und Aufstiegschancen (und Sozialversicherungsansprüche) bieten.

In jüngerer Zeit wurde vom Schweizer Soziologen Daniel Oesch ein weiteres Klassenmodell entwickelt, das die verschiedenen Klassen der abhängig Beschäftigten nach ihrer beruflichen Qualifikation und zusätzlich nach der Art der Arbeitslogik differenziert. Indem es unterschiedliche Typen von Dienstleistungstätigkeit unterscheidet, bildet es die Vielfalt der beruflichen Tätigkeiten in der postindustriellen Gesellschaft genauer ab als das bereits einige Jahrzehnte alte EGP-Schema. Analysen haben gezeigt, dass die auf solche Weise unterteilten Klassen typischerweise unterschiedliche politische Präferenzen und gesellschaftliche Orientierungen aufweisen.

Sozialer Status

Eine vorteilhafte und privilegierte Lage auf dem Arbeitsmarkt oder ein hohes Einkommen bedeuten häufig – aber nicht in jedem Einzelfall –, dass die Person auch über ein hohes gesellschaftliches Ansehen (Status oder Prestige) verfügt. Allerdings besitzen auch einige eher schlecht bezahlte oder unsichere Tätigkeiten ein relativ hohes soziales Prestige. Der „brotlose Künstler“ als geflügeltes Wort verweist darauf, dass eine Diskrepanz zwischen einer unsicheren Marktlage und einem hohen kulturellen Prestige bestehen kann. Diese Differenz hatte bereits Max Weber im Blick und daher neben der marktbasierter Klassenlage die „ständische Lage“ als eine eigenständige Basis sozialer Ungleichheit betrachtet. Status und Prestige können als die modernen Varianten des Standesbegriffs verstanden werden.

Wichtig ist, dass der soziale Status als ein eigenständiges Prinzip der Generierung sozialer Ungleichheit betrachtet werden

Verteilung der ESeC-Klassen, 2018 (in Spaltenprozent)

ESeC	Gesamt	Männer	Frauen
1 Obere Dienstklasse	20,7	22,8	18,1
2 Untere Dienstklasse	20,6	19,1	22,5
3 Qualifizierte Büro-, Dienstleistungs- und Handelsberufe	12,5	5,6	21,1
4 Inhaber von Kleinbetrieben, Selbstständige (ohne Landwirte)	3,1	3,8	2,3
5 Selbstständige in der Landwirtschaft	0,5	0,8	0,2
6 Vorarbeiter; Meister, Techniker	6,2	7,7	4,3
7 Einfache Büro-, Dienstleistungs- und Handelsberufe	15,2	10,5	21,1
8 Facharbeiter	12,3	19,9	2,9
9 Un- und angelernte Arbeiter	8,9	9,9	7,6

Anmerkung: nur Erwerbstätige mit mind. 20 Stunden pro Woche, Alter 20–65

Abgebildet ist hier mit der European Socio-economic Classification (ESeC) eine internationale Version des EGP-Klassenschemas, die auf den deutschen Arbeitsmarkt angepasst ist. Sie zeigt die Klassenverteilung der erwerbstätigen Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2018. Deutlich wird, dass auf dem Arbeitsmarkt die sogenannte obere und untere Dienstklasse dominieren, während die beiden Arbeiterkategorien heutzutage nur noch rund ein Fünftel der Beschäftigten ausmachen. Bemerkenswert sind zudem die teilweise beträchtlichen Geschlechterunterschiede in der Verteilung der Klassenpositionen. Diese sind in den Büro- und Dienstleistungsberufen sowie in der Facharbeiterkategorie besonders stark ausgeprägt.

Quelle: Mikrozensus, SUF (Scientific Use Files ist eine faktisch anonymisierte 70%-Substichprobe des Mikrozensus) 2018 (eigene Berechnungen)

kann: Anerkennung oder Ansehen kann anders als Einkommen nicht auf dem Arbeitsmarkt erworben werden, sondern sie werden einer Person von anderen Gesellschaftsmitgliedern zugeschrieben. Anerkennung und Ansehen sind oftmals das Ergebnis von Eigenschaften, Verhalten oder Aspekten der Lebensführung einer Person.

Versuche, die Gesellschaftsmitglieder nach ihrem Status zu unterscheiden oder sogar eindeutig zu „ranken“, hat es in der

Verteilung der Oesch-Klassen

Arbeitslogik/ Qualifikation	Soziokulturell/interpersonal (28,8)	Technisch (32,5)	Organisatorisch (29,5)	Selbstständig (9,2)
Professionen (19,6)	Soziokulturelle Professionen (4,6)	Technische Experten (5,2)	Oberes Management (7,0)	Unternehmer/ Freie Berufe (2,9)
Semi-Professionen (26,1)	Soziokulturelle Semi-Professionen (10,0)	Techniker (6,0)	Mittleres/unteres Management (7,7)	Kleingewerbe (mit Beschäftigten) (2,6)
Qualifizierte Berufe (42,1)	Qualifizierte Dienstleistungen (9,1)	Facharbeit/ Handwerker (15,1)	Qualifizierte Büro- und Verwaltungstätigkeiten (14,1)	Solo-Selbstständige (3,7)
An- und Ungelernte (12,2)	Gering qualifizierte Dienstleistungen (5,2)	Gering qualifizierte Arbeit (6,2)	Einfache Büro-tätigkeiten (0,8)	

Dargestellt ist das Oesch-Klassenmodell für den deutschen Arbeitsmarkt im Jahr 2018. Im Unterschied zum ESeC-Klassen-Schema (siehe Tabelle oben), das nur zwischen einer oberen und unteren Dienstklasse unterscheidet, nimmt dieses Modell eine zusätzliche Differenzierung nach der Arbeitslogik vor. So werden auf allen hierarchischen Beschäftigungsstufen soziokulturelle und/oder interpersonale, technische, organisationsbezogene und selbstständige Tätigkeiten unterschieden.

Anmerkung: nur Erwerbstätige mit mind. 20 Stunden pro Woche, Alter 20–65

Quelle: Mikrozensus, SUF 2018 (eigene Berechnungen)



Der Soziologe Max Weber entwickelte den Klassenbegriff nach Marx und Engels weiter und betrachtete auch die „ständische Lage“ als Basis sozialer Ungleichheit. Porträtaufnahme aus dem Jahr 1910

empirischen Ungleichheitsforschung viele gegeben. Statusunterschiede können auf einer mehr oder weniger differenzierten Skala von ganz oben bis ganz unteren abgebildet werden – hier wird von einem „kontinuierlichen Merkmal“ gesprochen. Grundsätzlich kann sich der soziale Status einer Person aus ganz verschiedenen Quellen speisen. Weber nannte mit Blick auf die zeitgenössische Rolle des Adels noch das Abstammungsprestige, in der Gegenwartsgesellschaft besteht jedoch weitgehender Konsens darin, dass die zentrale Grundlage des sozialen Status einer Person deren Berufszugehörigkeit ist. Daher werden in den meisten Fällen Statusskalen auf der Basis einer Rangordnung von Berufen erstellt.

Da auch die oben besprochenen Klassen zumeist ähnliche Berufe zu Klassen zusammenfassen, mag es auf den ersten Blick so scheinen, dass Klasse und Status zwei sehr ähnliche Konzepte sind. Es muss aber betont werden, dass die beiden Konzepte Berufe jeweils nach unterschiedlichen Logiken gruppieren: Klassen unterscheiden sich wie beschrieben durch die jeweiligen Markttchancen und -lagen, Statusgruppen sind dagegen durch Unterschiede im Ansehen gekennzeichnet. Beide Aspekte hängen oft zusammen, sie müssen es aber nicht. So haben häufig Berufe, die ganz unterschiedlichen Klassen zuzuordnen sind, wie zum Beispiel Lehrkräfte am Gymnasium und Bäckermeister oder Hebammen und Elektroingenieur:innen, aus der Sicht der Bevölkerung ein jeweils relativ ähnliches Prestige.

In der Forschung spielen Berufsprestige-Skalen bis heute eine wichtige Rolle. Solche Skalen, die auf der subjektiven Bewertung des Ansehens verschiedener Berufe durch repräsentativ Befragte beruhen, wurden zuerst in den 1960er-Jahren entwickelt. Da sich in den vergangenen Jahrzehnten jedoch die Berufsstruktur und mit ihr potenziell auch das Ansehen von Berufen in der Bevölkerung stark verändert haben, haben die Soziologen Christian Ebner und Daniela Rohrbach-Schmidt 2021

eine neue Berufsprestige-Skala für Deutschland entwickelt. Das höchste Prestige genießen demnach heute Chefärzte, Ingenieure in Forschung und Entwicklung und Professorinnen, das geringste dagegen Telefonistinnen, Imbissverkäufer und Spielhallenaufseher.

Das gesellschaftliche Ansehen von Berufen (40 ausgewählte Berufe der Ebner/Rohrbach-Schmidt-Skala)

Anmerkung: Die Skala hat die Werte 0 (geringstes) bis 10 (höchstes Ansehen).

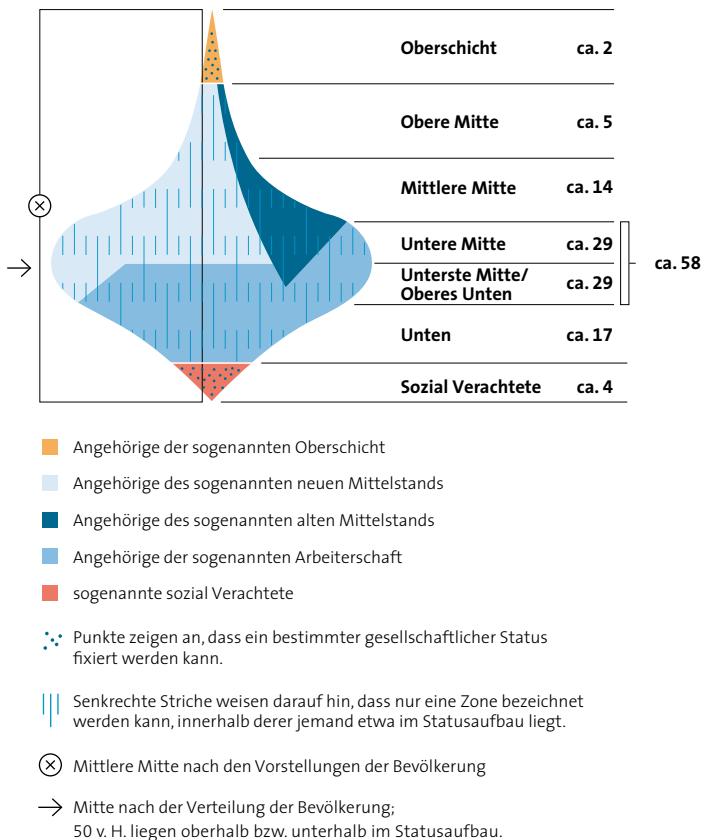
Telefonisten	3,12
Imbissverkäufer	3,18
Spielhallenaufseher	3,37
Call-Center-Agenten	3,38
Textilhilfsarbeiter	3,48
Verkaufshilfen	3,58
Lagerarbeiter	3,72
Textilreiniger	3,82
Berufskraftfahrer	3,95
Gartenbauhelfer	4,02
Immobilienmakler	4,24
Bäckereifachverkäufer	4,55
Verkäufer in Baumärkten	4,77
Bergleute	5,03
Bundestagsabgeordnete	5,28
Politologen	5,53
Fotomodelle	5,74
Werkzeugmechaniker	5,83
Bankkaufleute	5,9
Journalisten	5,91
Krankenschwestern und Krankenpfleger	6,29
Erzieher	6,38
Soziologen	6,42
Betriebswirte	6,47
KFZ-Mechaniker	6,63
Bäckermeister	6,7
Gymnasiallehrer	6,75
Manager	6,88
Ärzte	7,11
Mathematiker	7,49
Architekten	7,5
Hebammen und Geburtshelfer	7,56
Elektroingenieure	7,61
Piloten	7,7
Richter	7,85
Programmierer	7,97
Feuerwehrleute	8,02
Professoren	8,19
Ingenieure in Forschung und Entwicklung	8,32
Chefärzte	8,65

Christian Ebner / Daniela Rohrbach-Schmidt, „Das gesellschaftliche Ansehen von Berufen. Konstruktion einer neuen beruflichen Ansehensskala und empirische Befunde für Deutschland“, in: Zeitschrift für Soziologie 50 (2021), S. 349–372; Die Skalenwerte der Berufe sind im Online-Anhang des Artikels dokumentiert.

Soziale Schichten

Der Schichtbegriff wird im allgemeinen Sprachgebrauch häufig „unbedacht“ als Synonym für soziale Ungleichheit schlechthin gebraucht – etwa wenn von der „bedrohten“ Mittelschicht die Rede ist oder wenn diagnostiziert wird, dass sich ein bestimmtes Problem „über alle Schichten hinweg“ erstrecke. In der Ungleichheitsforschung hatten Schichtungsmodelle vor allem in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten Konjunktur. Zumeist wurden Schichten anhand der Kriterien Beruf/Berufsprestige, Bildung und Einkommen bestimmt. Am bekanntesten geworden ist die von dem Soziologen Karl Martin Bolte (1925–2011) entwickelte „Bolte-Zwiebel“, die das Bild der westdeutschen Gesellschaft als von der unteren Mittelschicht dominiert auch in der Öffentlichkeit prägte.

Die Bolte-Zwiebel: Statusaufbau und Schichtung der westdeutschen Bevölkerung, 1960er-Jahre (in Prozent)



Darstellung basiert auf Karl Martin Bolte, Deutsche Gesellschaft im Wandel, Bd. 1, Opladen 1967, 361 S., hier: S. 316

Spätestens seit den 1980er-Jahren sind solche Schichtungsmodelle aus der Forschung jedoch weitgehend verschwunden. Heute wird der Begriff der Schichtung überwiegend nur noch im Zusammenhang mit Darstellungen der Einkommensverteilung verwendet. So wird etwa die Schichtzugehörigkeit am bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied (Nettoäquivalenzeinkommen) festgemacht (siehe S. 39 ff.). Zur Mittelschicht gehört dann zum Beispiel ein Haushalt, wenn er über 70 bis 150 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens verfügt. Ein anderes aktuelles Anwendungsbeispiel für den Schichtungsbegriff ist die bereits erwähnte subjektive Schichtzugehörigkeit. Befragungen zeigen zumeist, dass sich

eine große Mehrheit der Befragten selbst der Mittelschicht zuordnet. Die „gefühlte“ Schichtzugehörigkeit ist zwar analytisch unscharf, da den Befragten in der Regel keine Kriterien für die Selbstzuordnung vorgegeben werden. Dennoch ist die Selbstverortung der Befragten in der „Schichthierarchie“ aufschlussreich – und nicht zuletzt ihr Wandel im Zeitverlauf.

In Westdeutschland hat sich die subjektive Schichteinordnung seit den 1980er-Jahren kaum geändert, und das Selbstbild als Mittelschichtsgesellschaft ist weitgehend stabil geblieben. Dagegen haben im Osten die Anteile der Befragten, die sich der Mittelschicht zuordnen, deutlich zugenommen.

Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland, 1980–2018 (in Prozent)

	Unterschicht	Arbeiterschicht	Mittelschicht	Obere Mittel-/Oberschicht
Westdeutschland				
1980	1	30	59	10
1991	1	24	62	13
2000	1	30	59	10
2010	3	23	62	13
2018	2	23	61	14
Ostdeutschland				
1991	3	57	37	2
2000	2	49	45	3
2010	4	38	51	6
2018	3	36	56	5

Datenreport 2021, S. 276; Datenbasis: ALLBUS 1980–2012 kumuliert; ALLBUS 2018

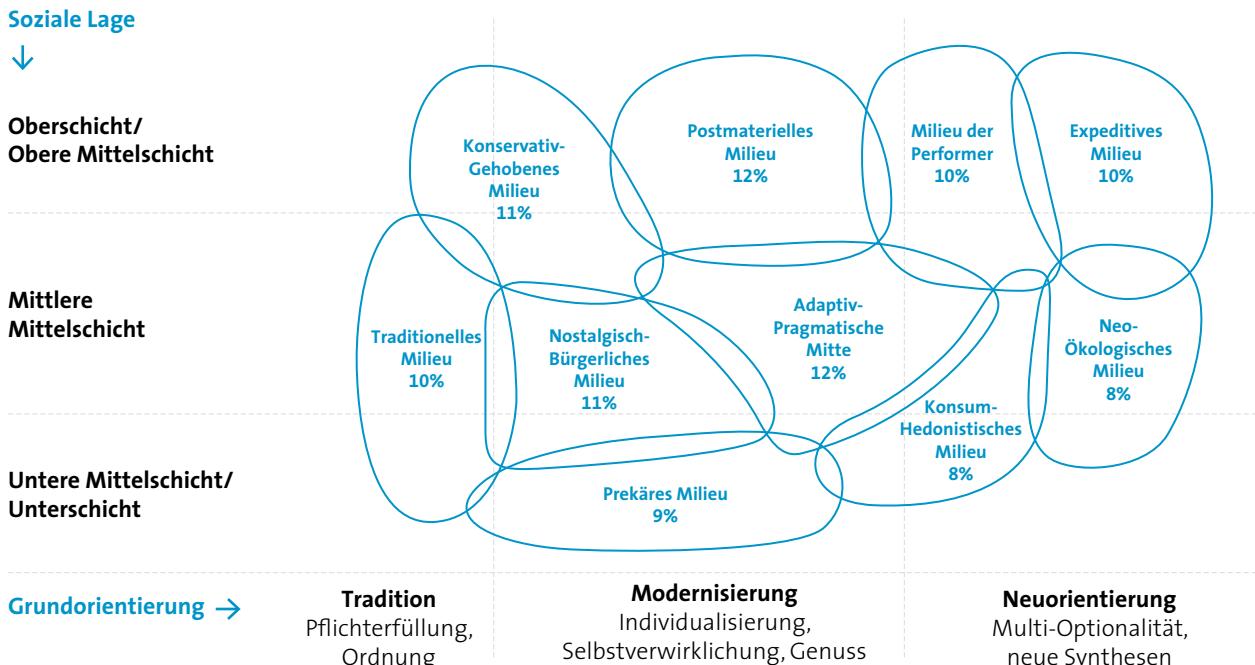
Soziale Milieus

Milieumodelle haben in gewisser Weise die Nachfolge der Konzepte der sozialen Schichtung angetreten. Sie versuchen anders als die älteren Schichtungsmodelle nicht nur vertikale Unterschiede zwischen oberen, mittleren und unteren Schichten, sondern darüber hinaus charakteristische soziale Differenzierungen in Einstellungen, Bewusstsein und Lebensstilen empirisch abzubilden. Ein Vorläufer dieser Modelle ist die 1932 veröffentlichte Studie „Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“ des deutsch-dänischen Soziologen Theodor Geiger (1891–1952). Dieser stellte in Auseinandersetzung mit der Marxschen These der Polarisierung und Vereelung fest, dass sich in Deutschland in der Mitte der 1920er-Jahre zwar eine wachsende Mittelschicht herausbildete, diese aber keine homogene soziale Großgruppe darstellte. Stattdessen identifizierte er verschiedene Teilgruppen der Mittelschicht, die in Bezug auf ihr Sozialbewusstsein, ihre Mentalitäten und Lebensstile „völlig unvergleichbar“ waren.

Diese Grundidee, dass die Sozialstruktur nicht allein auf ökonomischen Verhältnissen beruht, wurde von neueren Milieumodellen wieder aufgegriffen. Die bekanntesten Milieumodelle stammen jedoch aus der kommerziellen Marktforschung: das Sinus-Modell und das ähnliche Sigma-Modell. Diese Modelle versuchen nachzuweisen, dass sich in Deutschland heute mehrere soziale Großgruppen herausgebildet haben, die sich klar in ihren Lebenswelten (entlang von Werten, Einstellungen und Orientierungen) unterscheiden.

In der Soziologie konnten sich solche Milieu-Modelle allerdings nicht als neue „Strukturmodelle“ sozialer Ungleichheit

Die Sinus-Milieus in Deutschland, 2021 (in Prozent)



© SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH

durchsetzen. Das Problem ist zum einen, dass sie in ihren Methoden und Daten nicht für andere Forschende offen gelegt werden, und zum anderen, dass diese Milieus im Kern aus einer Marktforschungsperspektive optimierte Zielgruppen repräsentieren. Daraus folgt, dass Forschende die Sinus-Milieus nicht überprüfen und reproduzieren können. Das heißt also, dass die empirische Ungleichheitsforschung diese Milieus nicht sinnvoll für Fragestellungen und Untersuchungsmethoden, die sich zum Beispiel auf Zuweisungskriterien von Bildungs- und Arbeitsmarktchancen richten, nutzen kann. Der Vorteil von Milieu-Modellen ist jedoch, dass sie die Bevölkerung in Gruppen einteilen, denen neben einer sozialen Schichtungsposition auch kulturelle Wertorientierungen und Lebensstile zugeordnet werden können, die diese Gruppen damit lebensweltlich anschaulicher machen.

Soziale Lagen

Das Konzept sozialer Lagen versucht, die Bevölkerung im Hinblick auf ihre konkreten Lebensbedingungen in verschiedene Gruppen einzuteilen. Im Unterschied zu eindimensionalen Modellen der Einkommensschichtung berücksichtigen soziale Lagen neben dem Einkommen weitere Lebenslagen – wie die Erwerbs situation, die Haushalts- und Lebensform oder subjektive Indikatoren der Lebensqualität. Mit diesen „Lebenslagen“ sollen die „Handlungsspielräume“ der Menschen umfassender und genauer erfasst werden. Soziale Lagen sind also typische Bündelungen wichtiger Lebenslagen – wobei in der Forschung unterschiedliche Varianten sozialer Lagenkonzepte entwickelt wurden.

Ein aktuelles Konzept sozialer Lagen berücksichtigt neben dem Einkommen drei weitere Lebenslagen: die Vermögenssituation, die Wohnungssituation und die Erwerbs situation (siehe Grafik S. 57). Eine Besonderheit des Konzepts ist, dass

Personen nicht nur auf Basis ihrer aktuellen Einkommens- und Lebenslagen, sondern auf Grundlage der Einkommen und Lebenslagen in einem Zeitraum von fünf Jahren in soziale Lagen eingeteilt werden. Es werden insgesamt acht soziale Lagen unterschieden. Sechs soziale Lagen beschreiben dauerhafte Wohlstandsniveaus, die sich vertikal abgrenzen lassen:

Ganz unten befindet sich die Lage der „verfestigten multiplen Armut“. Personen in dieser Lage leben dauerhaft unterhalb der Niedrigeinkommensschwelle (weniger als 60% des Median-Einkommens) und sind zudem in mindestens zwei der drei weiteren Lebenslagen deutlich unversorgt (keinerlei Vermögen, zu kleine Wohnungen, Arbeitslosigkeit oder bestenfalls prekäre Niedriglohnbeschäftigung).

Ganz oben befindet sich, spiegelbildlich, die Lage der „Wohlhabenheit“, in der Personen dauerhaft über sehr hohe Einkommen verfügen (mehr als das Doppelte des Durchschnittseinkommens) und in den drei weiteren Lebenslagen deutlich privilegiert sind (hohe Vermögen, große Wohnungen, stabile Erwerbsintegration oder Rente).

In der breiten „Mitte“ (aus der nochmal eine „untere Mitte“ gesondert ausgewiesen wird) sind Personen in mittleren Einkommens- und Lebenslagen versammelt, und jeweils eine soziale Lage ist zwischen Armut und Mitte (Lage der „Prekarität“) oder zwischen Mitte und Wohlhabenheit (Lage des „Wohlstands“) verortet.

Hinzu kommen zwei „Zwischenlagen“ – die Lagen „Armut-Mitte“ und „Mitte-Wohlhabenheit“ –, in die Personen eingruppiert wurden, die im jeweiligen Fünfjahreszeitraum starke Veränderungen ihrer Einkommens- und Lebenslagen erfahren haben oder bei denen Einkommens- und weitere Lebenslagen weit auseinanderweisen (z. B. Personen mit eher geringem Einkommen, aber großen Vermögen und Wohnungen).

Während die Lagen der gesellschaftlichen „Mitte“ einschließlich der „unteren Mitte“ im Zeitverlauf kontinuierlich geschrumpft sind, finden sich immer mehr Menschen in den



Oben und unten bleiben oben und unten

[...] Dass ein [sozialer Aufstieg] unwahrscheinlich ist, ist hinreichend beklagt, die Zahlen sind bekannt, man kann sie zum Beispiel nachlesen in einer Studie des Stifterverbandes. Von 100 Kindern, deren Eltern nicht studiert haben, wechseln nach der Grundschule nur 46 aufs Gymnasium oder eine ähnliche zum Abitur führende Schule. Von diesen 46 wiederum beginnen nur 27 ein Studium. 20 schaffen den Bachelor-, 11 den Masterabschluss. Und gerade einmal 2 Kindern gelingt am Ende die Promotion.

Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien gehen 83 aufs Gymnasium oder eine vergleichbare Schule, und fast alle von ihnen wechseln im Anschluss an eine Hochschule. Die große Mehrheit tut, was die Eltern taten: studieren. Nur 21 von 100 Akademikerkindern tun das nicht. [...]

Unter Soziologinnen und Soziologen wird seit einiger Zeit diskutiert, ob Akademiker und Nichtakademiker einander zunehmend fremd gegenüberstehen. Die Romanistin, die sich freiberuflich als Literaturübersetzerin durchschlägt, lebt zwar mit ähnlich prekärem Kontostand wie die Reinigungskraft. Trotzdem kämen beide nicht auf die Idee, zur selben Klasse zu gehören. Die Mittelschicht von früher gerät kulturell in die Defensive. Die Steuergehilfen, Facharbeiter und Autohändler merken, dass das Geld für sie vielleicht noch reicht, aber ihre mittlere Reife den Wert verloren hat.

Seit immer mehr Menschen höhere Bildungsabschlüsse anstreben, hat sich eine neue akademische Mittelklasse herausgebildet, die nun tonangebend wird. Sie prägt die Debatten, lebt in der Großstadt, ist in der Welt zuhause, verwirklicht sich im Beruf und wählt bewusst einen Lebensstil, der Einzigartigkeit verheißen und bloß nicht gewöhnlich sein soll. Man glaubt, den eigenen gehobenen sozialen Status durch Klausuren, Zeugnisse und Abschlussarbeiten verdient zu haben.

Der Aufgestiegene selbst ist dabei das beste Beispiel, dass man es durch Anstrengung und Fleiß schaffen kann, und gut möglich, dass manch ein Aufgestiegener sogar noch

ein bisschen mehr an Leistung und Eigeninitiative glaubt, gerade weil ihn trotz allem Erfolg das Gefühl nie loslässt, sich immerzu beweisen zu müssen. [...]

In den vergangenen Jahren haben sich Initiativen gebildet, die Arbeiterkindern an den Unis Mut machen wollen, Stiftungen investieren ihr Geld in die Bildungsförderung benachteiligter Gruppen, und autobiografisch geprägte Erzählungen haben die Buchläden geflutet, die vom Aufstieg aus einfachen Verhältnissen berichten.

Nur 27 von 100 Nichtakademikerkindern schaffen es an die Hochschulen, aber weil es immer noch so viel Nichtakademikereltern gibt, sind die Aufsteiger längst zu einer stimmgewaltigen Gruppe geworden. Der Weg durch die Bildungsinstitutionen hat sie mit den Mitteln und Begriffen ausgestattet, ihre Geschichte zu erzählen. Sie erzählen dann Heldenreisen mit Hürden, in denen die Herkunft trotz allem am Ende kein Schicksal bleibt. Für jede und jeden Einzelnen sind das wunderbare Erfolge, für die Gesellschaft sind all die Aufsteigergeschichte wie gemacht dafür, sie mit der in ihr klaffenden Ungleichheit zu versöhnen, ohne dass die unangenehme Tatsache dafür eigens angesprochen werden müsste.

Manchmal fällt zwar ein Schatten auf die Heldenzählungen, sie handeln dann vom Schmerz, ein altes Umfeld verloren zu haben und sich im neuen nicht so richtig zugehörig zu fühlen. Und trotzdem hinterfragen die Geschichten selten ihre Voraussetzungen: dass schon im Begriff des Aufstiegs immer die Abwertung mitschwingt für das, was zurückgelassen wird. Dass man für das, was nicht Aufstieg ist, ein Wort in den Mund nehmen müsste, das eigentlich zu brutal ist, um es Leuten an den Kopf zu werfen. Dass es ein Geltungsgefälle gibt, das sich nicht einfach mit gutem Willen und beiderseitigem Wohlwollen auflösen lässt.

Oben und unten bleiben oben und unten, auch wenn man versucht, verständnisvoller aufeinander zu blicken. [...]

Bernd Kramer, „Klassenfahrt“, in: taz vom 19./20. Februar 2022

Lagen der verfestigten Armut einerseits und der Wohlhabenheit andererseits. Der Anteil der Bevölkerung, der sich in den übrigen sozialen Lagen befindet, ist dagegen weitgehend stabil geblieben. Insgesamt verweist die Grafik „Entwicklung sozialer Lagen in Deutschland“ damit auf eine Polarisierung der sozialen Lagen in Deutschland im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte. Weitergehende Analysen zeigen, dass diese Entwicklung vor allem durch eine über die Zeit abnehmende Aufstiegsmobilität getrieben wird: Immer weniger Menschen in Deutschland gelingt es, aus den unteren sozialen Lagen der Armut oder der Prekarität in die Mitte oder gar in höhere Lagen aufzusteigen.

Ausblick: die Strukturen sozialer Ungleichheit

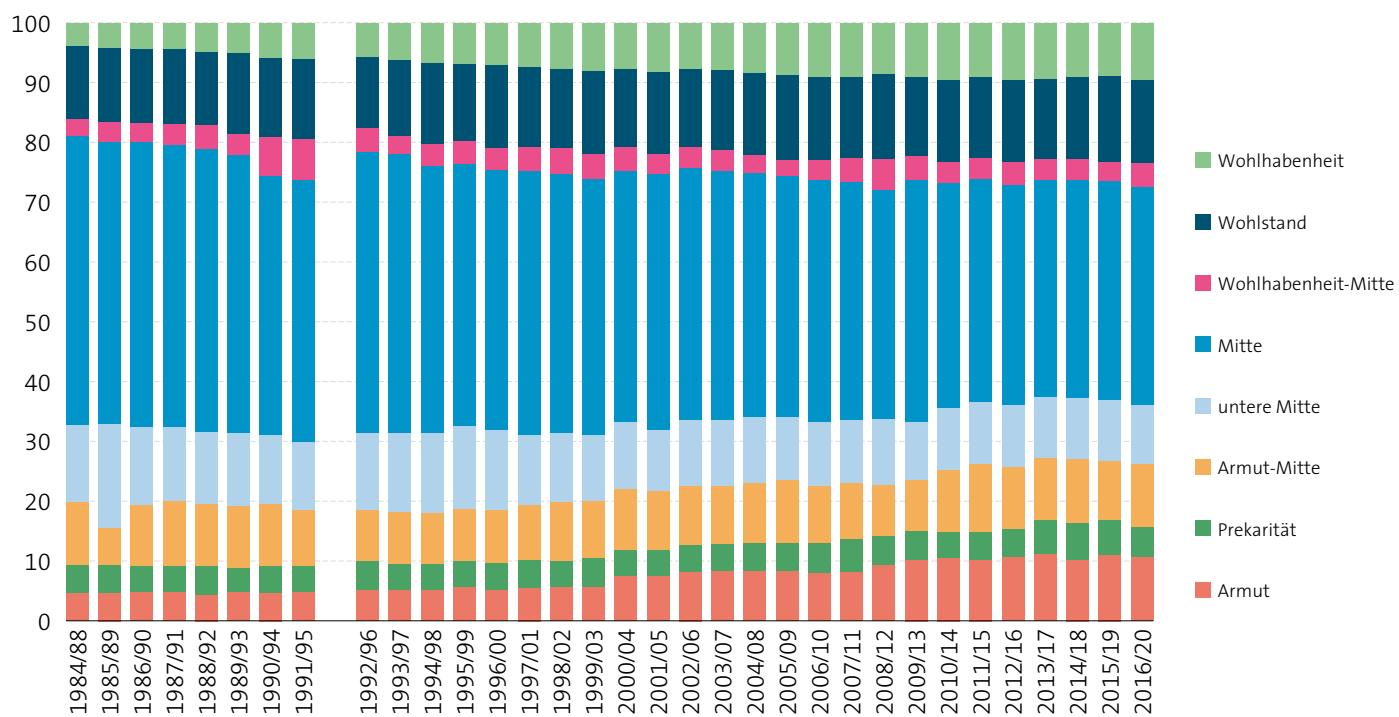
„Die“ eine Struktur sozialer Ungleichheit gibt es nicht. Strukturkonzepte sozialer Ungleichheit sind vielmehr Modelle, welche auf bestimmte Aspekte und Dimensionen von Lebenschancen fokussieren und notwendigerweise auf – jeweils spezifischen – theoretischen Annahmen beruhen. Diese in ihrer Verschiedenheit zu verstehen ist für jede Antwort auf die Frage nach der Un-

gleichheitsstruktur, die die deutsche Gegenwartsgesellschaft prägt, von elementarer Wichtigkeit. Eine bedeutsame Einsicht sollte in diesem Zusammenhang sein, dass soziale Großgruppen wie Klassen, Schichten, Lagen und Milieus nicht unvermittelt als Abbildung von Realität begriffen werden dürfen. Es handelt sich vielmehr immer um Konstrukte.

Die hier skizzierten Modelle wurden und werden in unterschiedlichen Gebieten wie der Bildungs- und Arbeitsmarktforschung und politischen Soziologie angewendet. Sie haben sich vielfach als fruchtbare Instrumente der empirischen Analyse sozialer Zusammenhänge erweisen, wenn es etwa um die Analyse der Bedeutung der sozialen Position für das Wahlverhalten oder der sozialen Herkunft für Bildungschancen geht (siehe S. 18 ff.).

Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass die wenige „Großgruppen“ aggregierenden [anhäufenden – Anm. d. Red.] Strukturmodelle sozialer Ungleichheit analytische Grenzen aufweisen. Ein wesentliches Problem ist ihre Statik, denn sie berücksichtigen zumeist nicht den zentralen Aspekt der Mobilität im Lebenslauf (die Frage, wie dauerhaft die Zugehörigkeit einer Person zu einer Berufsklasse oder einem sozialen Milieu ausfällt).

Entwicklung sozialer Lagen in Deutschland, 1984–2020 (in Prozent)



Die Werte bis 1991/95 beziehen sich auf Westdeutschland, die Zeitreihen ab 1992/96 auf Gesamtdeutschland.

Olaf Groh-Samberg et.al., Dokumentation zur Generierung Multidimensionaler Lagen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels, Bremen, 15. Februar 2021; https://www.socium.uni-bremen.de/uploads/Dokumentation_Multidimensionale_Lagen.pdf; eigene Aktualisierung

Auch abstrahieren sie von der Tatsache, dass sich in Großgruppen zu einem bestimmten Beobachtungszeitpunkt immer ganz unterschiedliche Geburtsjahrgänge („Kohorten“) und Altersgruppen versammeln. Ein großer Teil der Forschung interessiert sich daher heute weniger für synthetische Strukturmodelle sozialer Ungleichheit als für die vielfältigen und komplexen Beziehungen, die zwischen unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit bestehen. Gefragt wird etwa nach den sozialen Chancen und Erfahrungen unterschiedlicher Geburtskohorten sowie den vielfältigen internen Differenzierungen, die die Mitglieder einer Kohorte betreffen. Der Nachteil analytisch immer weiter verfeinerter Herangehensweisen in der Forschung ist wiederum, dass durch diese der „Blick für das Ganze“, also das Gesamtgefüge sozialer Ungleichheit, verloren zu gehen droht.

In diese Lücke stoßen wiederum oftmals soziologische Zeitdiagnosen, die die Struktur und Entwicklung sozialer Ungleichheit auf den Punkt zu bringen scheinen und mit ihren jeweiligen Diagnosen und Bildern in der Öffentlichkeit häufig auf große Resonanz stoßen. Im Lauf der Jahre sind zahlreiche „Angebote“ dieser Art vorgelegt worden. Sie reichen von der Auflösung sozialer Klassen („Individualisierung“), über die Erosion der Mittelschicht und deren kollektiven sozialen Abstieg („Abstiegs-gesellschaft“) bis zu neuen Formen sozialer Polarisierung in einer „Drei-Klassen-Gesellschaft“ (wie zuletzt vom Soziologen Andreas Reckwitz formuliert). Solche vielfältigen und oftmals widersprüchlichen Diagnosen geben allerdings keine empirisch abgesicherte Antwort auf die Frage, „in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben“. Sie können der Ungleichheitsforschung aber im Idealfall Anstöße geben oder neue Forschungshypothesen anregen.



Soziale Lagen sind stark von Bildung beeinflusst. Heute ist in Deutschland knapp die Hälfte eines Geburtsjahrgangs durch Fachhochschulreife oder Abitur „studienberechtigt“. 1960 lag der Anteil noch bei 6 Prozent.

Petra Böhnke / Olaf Groh-Samberg / Corinna Kleinert

Folgen sozialer Ungleichheit

Ungleichheit wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Sie beeinflusst die individuelle Gesundheit, soziale Beziehungen, Geschmack und Zufriedenheit, aber auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Ob Menschen zufrieden sind mit ihrem Leben oder nicht, wie hoch ihre Lebenserwartung ist, wie sie ihre Freizeit gestalten, mit wem sie zusammenleben – vieles davon verstehen wir intuitiv als persönliche Neigung. Wir sehen darin typische Charakterzüge oder führen diese Dinge gar auf genetische Veranlagungen zurück. Doch diese Einschätzungen treffen nur zum Teil zu und übersehen einen wichtigen Aspekt: Die ungleiche Ausstattung mit Ressourcen wie etwa Einkommen und Bildung bestimmt die Lebenschancen der Menschen in erheblichem Maße und prägt diese vermeintlich ganz persönlichen Lebensbereiche massiv. An der Lebenserwartung zeigt sich besonders eindrücklich, wie durchschlagend und existenziell sozialstrukturelle Rahmenbedingungen sind: So unterscheidet sich die Lebenserwartung armer und reicher Menschen um mehrere Jahre.

Der Zugang zu wichtigen Ressourcen wie Bildung und Einkommen ist ungleich verteilt. Diese soziale Ungleichheit hat Folgen für das alltägliche Leben der Menschen und für die Gesellschaft als Ganzes: In welcher Hinsicht entscheidet der Geldbeutel über Krankheit und Gesundheit? Sind wir bei der Partner:innenwahl unabhängig von Überlegungen zum sozialen Status der anderen Person? Lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem Freizeitverhalten einer Person einerseits und ihrer Bildung oder ihrem Einkommen andererseits feststellen? Macht Geld doch glücklich?

Entscheidet der Geldbeutel über Krankheit und Gesundheit?

Obwohl Deutschland über ein im internationalen Vergleich sehr gut ausgebautes Sozial- und Gesundheitssystem verfügt und der Lebensstandard hoch ist, steht auch hier die Gesundheit in einem engen Verhältnis zum sozialen Status einer Person. Chronische Krankheiten, psychosomatische Leiden und anderweitige gesundheitliche Einschränkungen sind verbreiteter bei Personen mit niedrigem Einkommen, niedrigem Bildungsstand und prekärer beruflicher Einbindung. Der Zusammenhang zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit ist nicht zu übersehen.

So schätzen Menschen mit niedrigem Einkommen ihren Gesundheitszustand schlechter ein als Menschen aus den höheren Einkommenslagen.⁴³ Prozent der Männer im mittleren Lebensalter mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze berichten von einem schlechten oder weniger guten Gesundheitszustand. Bei der Vergleichsgruppe mit stark überdurchschnittlichem Einkommen sind es nur 14 Prozent.

In dieser Selbsteinschätzung spiegelt sich die unterschiedliche Verbreitung von Krankheiten nach sozialem Status. So sind unter anderem koronare Herzkrankheiten, Diabetes und chronische Bronchitis bei Personen mit niedrigem Sozial-

status weiter verbreitet. Personen mit niedriger Bildung berichten häufiger von Beeinträchtigungen in ihrem Alltag aufgrund gesundheitlicher Probleme als Personen mit höherem Bildungsabschluss und sie leiden öfter unter Schmerzen. Gesundheitsförderliches Verhalten ist ebenfalls nicht in allen Bevölkerungsschichten gleich stark ausgeprägt. So rauchen Personen mit niedriger Bildung mehr und bewegen sich seltener, mitunter eine Folge von psychischem Stress. Eine prekäre berufliche Stellung – häufig von Personen mit niedriger Bildung ausgeübt und körperlich anstrengend – steht mit hohen Arbeitsbelastungen und Sorgen um den Erhalt des Arbeitsplatzes in Zusammenhang. Dies verstärkt psychische Beeinträchtigungen.

Daten des Gesundheitsmonitoring am Robert-Koch-Institut belegen regelmäßig, dass es insbesondere Armut und Arbeitslosigkeit sind, die die Gesundheit belasten. Neben der Angst um die Existenzsicherung ist das Selbstwertgefühl angegriffen, Stress und Konflikte nehmen zu. Wenn die finanzielle Lage mit großen Sorgen verbunden ist und die gesellschaftliche Anerkennung fehlt, ist das Risiko für Herz-Kreislauf- und psychosomatische Erkrankungen stark erhöht.

Armut macht also krank? Oder ist es umgekehrt? Es ist richtig, dass Krankheit die Möglichkeiten einschränkt, sich beruflich zu etablieren und Geld zu verdienen. Datenerhebungen über mehrere Jahre mit denselben Befragten zeigen aber auch, dass sich der Gesundheitszustand nach Arbeitsplatzverlust und bei sinkendem Einkommen verschlechtert und häufig auch nicht wieder erholt. Die sozioökonomische Position hat also durchschlagende Konsequenzen für Gesundheit und Wohlbefinden.

Dies zeigt sich eindrücklich an der höheren Sterblichkeit in unteren Statuslagen. Männer mit überdurchschnittlich hohem Einkommen leben circa acht Jahre länger als Männer aus armen Verhältnissen. Bei Frauen ist es ein Unterschied von etwa fünf Lebensjahren. Das Einkommen ist hier lediglich ein Platzhalter für den sozialen Status und an ihn gekoppelte Benachteiligungen. Kommen mehrere soziale Benachteiligungen zusammen, wie etwa Armut und Arbeitslosigkeit, schlechte

Wohnbedingungen und soziale Isolation, sind die gesundheitlichen Auswirkungen besonders gravierend. Dass soziale Benachteiligungen ebenso wie Privilegien sich gegenseitig über die Lebensspanne hinweg verstärken, ist ein weithin belegter Befund der empirischen Sozialforschung.

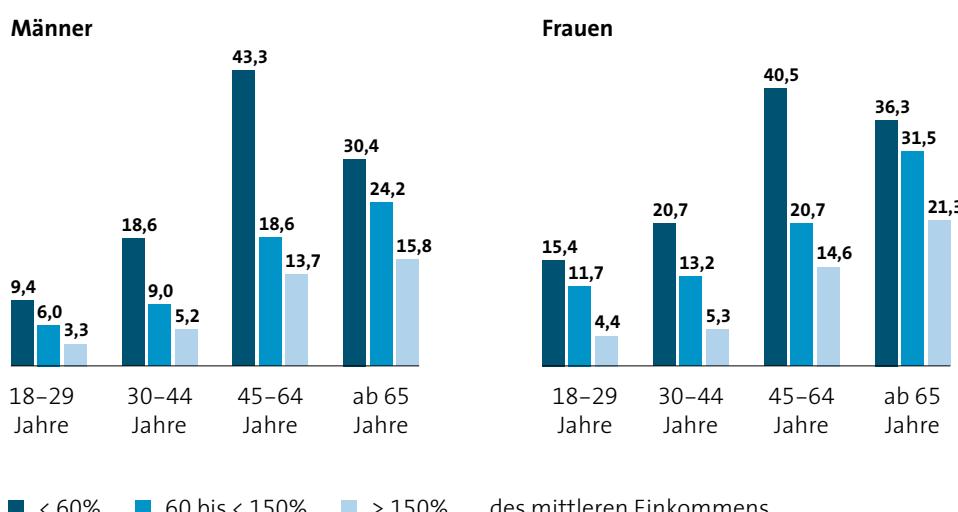
Wer hat, dem wird gegeben – so lautet der „Matthäus-Effekt“, so genannt in Anlehnung an den ersten Teilsatz des Matthäus-Evangeliums: „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden“. Wer das Leben mit einer günstigen (familialen) Ausgangssituation startet, kann mehr und mehr Ressourcen im Laufe der Zeit ansammeln: Finanzieller und emotionaler Rückhalt im Elternhaus begünstigt einen guten Bildungsabschluss, und dieser eröffnet wiederum weitreichende Möglichkeiten einer vorteilhaften beruflichen Platzierung mit hohem Einkommen. Diese Pfadabhängigkeiten können andersherum auch Abwärtsspiralen in Gang setzen: Prekäre Lebenslagen verfestigen sich und resultieren letztlich auch in einem schlechten Gesundheitszustand und verkürzen die Lebenserwartung.

Mittlere Lebenserwartung bei Geburt nach Einkommen, 1992–2016 (in Jahren)

Einkommen	Männer	Frauen
<60% des mittleren Einkommens	71,0	78,4
60 bis < 80% des mittleren Einkommens	73,3	79,7
80 bis < 100% des mittleren Einkommens	75,2	80,7
100 bis < 150% des mittleren Einkommens	76,0	82,1
≥ 150% des mittleren Einkommens	79,6	82,8
Insgesamt	75,0	80,8

Datenreport 2021, S.334; Datenbasis: SOEP und Periodensterbetafeln 1992-2016

Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustands („weniger gut“ oder „schlecht“) nach drei Einkommensgruppen, 2018 (in Prozent)



Datenreport 2021, S. 334; Datenbasis: SOEP v35

Gleich und gleich gesellt sich gern ...?

Schauen wir auf unseren Freundes- und Bekanntenkreis, so werden wir schnell feststellen, dass diejenigen, die uns nah sind, ähnliche Interessen und Einstellungen wie wir selbst haben. Soziale Beziehungen stabilisieren unsere Identität und unser Selbstwertgefühl, sie liefern Anerkennung, Verständnis und Unterstützung. Da ist es nachvollziehbar, dass ähnliche Lebenserfahrungen hilfreich sind – das Sprichwort „gleich und gleich gesellt sich gern“ stimmt insofern, es ist empirisch sehr gut belegt. Aus sozialstruktureller Perspektive bedeutet das aber, dass Freundschaften und auch die Partner:innen-Wahl hochgradig milieu- und schichtspezifisch sind.

Von Bildungshomogamie sprechen wir, wenn Personen heiraten oder unverheiratet zusammenleben, die den gleichen Bildungsstand haben. Strukturelle Bedingungen – die Gelegenheiten und Orte, die Menschen offenstehen, um andere Menschen überhaupt kennenzulernen – spielen dabei eine große Rolle: Wer studiert, lernt viele andere Studierende kennen; wer eine Berufsausbildung in einem Bauberuf macht und später in diesem Beruf arbeitet, wird hier auf viele andere Arbeiter:innen treffen. Bildungsorte und Berufstätigkeit strukturieren also die Gelegenheiten, Menschen zu begegnen, und damit ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass Kontakte entlang sozialstruktureller Merkmale geknüpft werden. Aber auch beim Online-Dating, das ja eigentlich unabhängig von bestimmten Orten passiert, spielt das Bildungsniveau eine wesentliche Rolle. Vom Bildungsstand wird auf einen ähnlichen Lebensstil geschlossen, sodass vermehrt Menschen aus den gleichen Soziallagen zueinanderfinden.

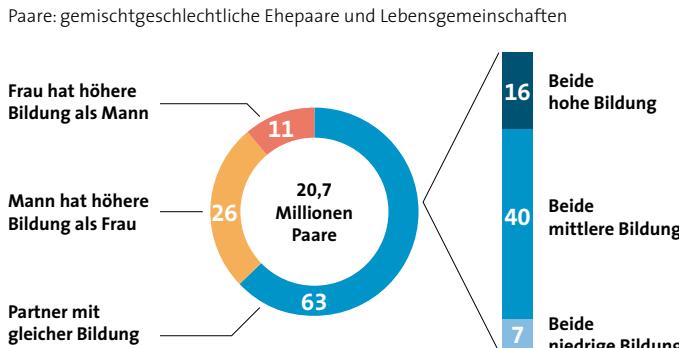


Dating-Apps schließen Parameter wie den Bildungsstand in die Bewertung der Profile mit ein. Menschen mit einer ähnlichen Lebenswelt „matchen“ daher häufig.

Netzwerke und ihre Kontakte sind stärker auf den Familienkreis beschränkt. Einkommensstarke und hoch gebildete Personen hingegen sind im Mittel räumlich mobiler. Daher greifen sie weniger auf die Familie zurück und mehr auf einen Freundes- und Bekanntenkreis, der zwar häufig im gleichen Milieu angesiedelt ist, aber an verschiedenen Orten lebt und unterschiedliche Berufe und Arbeitgeber:innen hat. Sie können so auf breitere Erfahrungen und Informationen zurückgreifen.

Soziale Beziehungen basieren zudem auf einem ausgewogenen Verhältnis von Geben und Nehmen. Nicht alle Menschen haben die Möglichkeiten, dieses Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Menschen in Armut haben kleinere und weniger ressourcenstarke soziale Netzwerke; gegenseitige Besuche, geselliges Zusammentreffen und Möglichkeiten zum Austausch und zur Unterstützung sind eingeschränkt. So bleibt zwar der Kontakt zu engen Freund:innen bestehen, und der Kontakt zur Familie verstärkt sich. Insgesamt machen diese Entwicklungen das Netzwerk allerdings noch homogener und die Grenzen, darüber hinaus Unterstützung zu mobilisieren, sind eng gesteckt.

Paare nach Bildungsstand, 2019 (in Prozent)

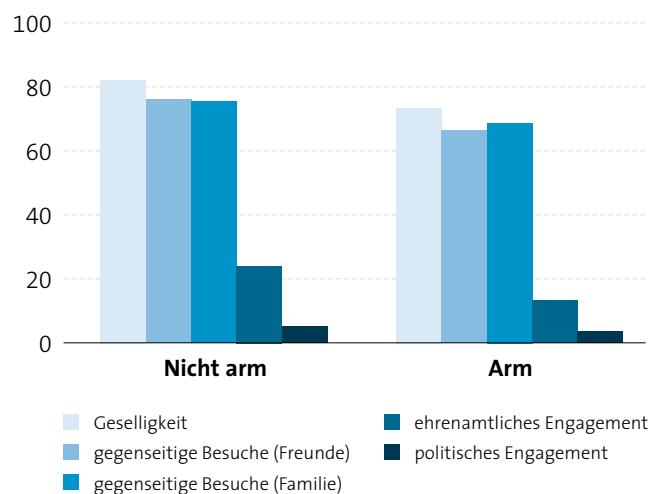


Datenreport 2021, S. 53; Datenbasis: Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz

Soziale Beziehungen können sehr nützlich sein. Wer viele Menschen kennt, die in guten beruflichen Positionen sind, bekommt eher Informationen über freiwerdende Stellen oder sogar eine direkte Empfehlung. Auch aus dem Alltag wissen wir, dass das „Vitamin B“, also Beziehungen, Vorteile bringen kann. Dahinter steckt eine zentrale soziologische Einsicht: Soziale Beziehungen sind ein Kapital, das genauso wertvoll sein kann wie Geld und Bildung. Auch mit Blick auf diese Ressource kumulieren soziale Vor- und Nachteile über den Lebensverlauf hinweg, weil die Menschen sich beim Knüpfen ihrer Sozialbeziehungen überwiegend in ihren eigenen Statuslagen bewegen. Brücken über die verschiedenen Milieus hinweg werden selten geschlagen.

Zudem haben Menschen mit wenig Einkommen und einem niedrigen Bildungsstand in der Tendenz sozial homogenere

Regelmäßige soziale Interaktion und Partizipation, 2018 (in Prozent)



Quelle: SOEPv37, eigene (gewichtete) Berechnungen, Jahre 2017 und 2019



Freunde aus unterschiedlichen Schichten

DIE ZEIT: Frau Kuchler, um herauszufinden, wie gesellschaftlicher Aufstieg gelingt, haben Sie 21 Milliarden Freundschaften von 72 Millionen Facebook-Nutzern in den USA analysiert. Was genau haben Sie gesucht?

Theresa Kuchler: Wir wollten wissen, wie soziales Kapital mit sozialer Mobilität zusammenhängt, also die Fragen beantworten: Wer steigt auf und warum?

ZEIT: Ihre Ergebnisse lesen sich überraschend eindeutig. Zugespitzt formuliert: Um nach oben zu kommen, braucht man reiche Freunde.

Kuchler: Wir nennen es ökonomische Verbundenheit – economic connectedness. Aber, ja, wir waren auch überrascht, wie gut der Faktor „wohlhabende Freunde“ Aufstiegschancen vorhersagen kann. Kinder aus armen Familien, die in Orten mit hoher ökonomischer Verbundenheit aufwachsen, verdienen als Erwachsene deutlich besser.

ZEIT: Was bedeutet ökonomische Verbundenheit genau?

Kuchler: Damit meinen wir, inwiefern Menschen aus sozioökonomisch schwachen Verhältnissen mit jenen aus den höheren Schichten interagieren beziehungsweise befreundet sind. [...]

Wenn Kinder mit sozioökonomisch schwachen Eltern an Orten mit einer vergleichbaren ökonomischen Verbundenheit aufwachsen wie Kinder mit sozioökonomisch starken Eltern, verdienen sie als Erwachsene 20 Prozent mehr.

ZEIT: Ökonomische Verbundenheit ist Ihrer Studie zufolge auch dort ein Aufstiegsmotor, wo Durchschnittseinkommen sehr niedrig sind und viele Menschen unter der Armutsgrenze leben. Dabei heißt es gemeinhin: Armut bedingt wiederum Armut.

Kuchler: Natürlich hemmt hohe Armut in einem Viertel den sozialen Aufstieg. Unsere Studie zeigt aber, dass man auch in wirtschaftlich abhängigen Kommunen aufsteigen kann, wenn die armen Menschen dort Freundschaften in höhere Schichten hinein schließen. Unseren Daten kann man beeindruckend konstante Muster entnehmen: Je stärker die ökonomische Verbundenheit zwischen den sozialen Schichten einer Stadt ist, desto stärker ist auch die soziale Mobilität – unabhängig davon, ob es eine reiche oder arme Stadt ist. Es geht nicht bloß um bessere Schulen und weniger Kriminalität. Ökonomische Verbundenheit wirkt sogar in Städten mit großer Einkommensungleichheit.

ZEIT: Heißt das, die als Great-Gatsby-Curve bekannte Hypothese, dass sozialer Aufstieg dort eher gelingt, wo die Einkommen nicht zu weit auseinanderklaffen, stimmt nicht?

Kuchler: Wir vermuten eher, dass hohe Ungleichheit und niedrige ökonomische Verbundenheit zusammenhängen. Das heißt: Dort, wo es extreme Einkommensunterschiede gibt, sind die sozialen Grenzen am schwersten zu überwinden. Wenn man es aber schafft, den schichtübergreifenden Austausch anzukurbeln, kann sozialer Aufstieg trotz der Ungleichheit gelingen.

ZEIT: Wissen Sie auch, warum der Austausch zwischen Arm und Reich so hilfreich ist?

Kuchler: Empirisch können wir diese Frage nicht beantworten. Wir haben uns ja ökonomische Effekte auf der Ebene von Postleitzahlen und Bezirken angeschaut, nicht einzelne Biografien. Seit unsere Studie veröffentlicht wurde, haben uns aber viele Leute geschrieben, wie sehr

sie bei unseren Ergebnissen an ihr eigenes Leben denken mussten und wie Kontakte zu bessergestellten Menschen ihren eigenen Aufstieg positiv beeinflusst haben. Weil sie einen anderen Lebensstil oder andere Berufe kennengelernt haben. Oder weil sie konkrete Hilfe bei der Collegebewerbung oder dem Berufseinstieg bekommen haben.

ZEIT: „Kind, such dir reiche Freunde!“ – das ist einfacher gesagt als getan, zumal in segregierten Vierteln.

Kuchler: Aus meiner Sicht geht es hier nicht um das, was Eltern oder gar Kinder tun, sondern um einen politischen Auftrag. Will man eine Community sein, in der sich Kinder entfalten können, sollte man dafür sorgen, dass Menschen mit unterschiedlichen sozioökonomischen Möglichkeiten Freundschaften schließen.

ZEIT: Wie macht man das?

Kuchler: Zumindest in den USA liegt der Fokus bis heute darauf, die Durchmischung zu erhöhen. Denken Sie an die Programme, wo Schüler aus benachteiligten Vierteln mit dem Bus in Schulen reicherer Viertel gebracht werden. Wir nennen das exposure – also dass Arme und Reiche sich überhaupt begegnen. Allein die Diversität zu erhöhen reicht aber nicht. Denn dann kommt ins Spiel, was wir friending bias nennen.

ZEIT: Was bedeutet das?

Kuchler: Menschen freunden sich mit denen an, die ihnen besonders ähnlich sind. Wir haben uns angesehen, in welchen Umfeldern der friending bias besonders niedrig ist, und festgestellt: Je kleiner die Gruppen sind, desto höher ist die ökonomische Verbundenheit. Für Lehrer folgt daraus, dass man mit kleinen, gemischten Arbeitsgruppen bereits etwas erreichen kann. An Schulen, an denen man einen Aufnahmetest bestehen muss, freunden sich Kinder unterschiedlicher Hintergründe ebenfalls besser an. Weil sich dort Kinder treffen, die dieselben akademischen Ambitionen teilen, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Ein gemeinsames Interesse kann also Gräben überwinden.

Das zeigen auch unsere Analysen in Sportvereinen und Kirchengemeinden, wo Freundschaften unabhängig vom sozialen Status besonders einfach entstehen. Schwimmbäder, Sport- oder Spielplätze sollten vor allem dort gebaut werden, wo Schichten sich mischen. Anders gesagt: Kluge Stadtplanung kann mit darüber entscheiden, ob ärmere Kinder ihrer Herkunft entkommen.

ZEIT: Ihre Forschung beschränkt sich auf die USA. Wissen Sie etwas darüber, ob sich die Ergebnisse auch auf Deutschland übertragen lassen?

Kuchler: Unsere Erkenntnisse über den Zusammenhang von ökonomischer Verbundenheit und sozialem Aufstieg gelten für Großstädte an der Ost- oder Westküste genauso wie für Dörfer im Mittleren Westen, für eher diverse ebenso wie für eher homogene Gegenden. Daher spricht einiges dafür, dass wir in Deutschland ähnliche Zusammenhänge finden würden. Aber belegt ist das noch nicht. Wir versuchen gerade, deutsche Firmen dafür zu gewinnen, Daten für diese Forschung bereitzustellen.

Die Fragen stellte Anant Agarwala.

Theresa Kuchler, 39, ist Professorin für Finanzwirtschaft an der New York University und Co-Direktorin des Clusters „Economic Research with Firm Data“ des Münchener Forschungsnetzwerks CESifo.

„Freunden sich Menschen verschiedener Schichten an, geht es den Armen später besser“, in: DIE ZEIT Nr. 34 vom 18. August 2022



Für den französischen Soziologen Pierre Bourdieu ist der persönliche Geschmack abhängig von der sozialen Herkunft. Bourdieu 1997 in Paris

Sag mir, woher Du kommst, und ich sag Dir, was Du magst?

Von der sozialen Positionierung der Menschen – ihrem Beruf, ihrer Bildung, ihrem Einkommen – auf ihre Verhaltensweisen und Vorlieben zu schließen, stößt vielerorts auf Unverständnis und Ablehnung. Schließlich ist unser Lebensstil etwas Individuelles und unsere Biografie einzigartig. Dennoch lassen sich Zusammenhänge zwischen der sozialen Position und Präferenzen bei der Lebensgestaltung erkennen. Schon der französische Soziologe Pierre Bourdieu (1930–2002) hat in seinem Hauptwerk „Die feinen Unterschiede“ soziologische Überlegungen dazu angestellt, dass der Geschmack – im Sinne von Vorlieben und Einstellungen, die einen persönlichen Lebensstil formen – stark abhängig von der sozialen Herkunft und der gesellschaftlichen Position sei.

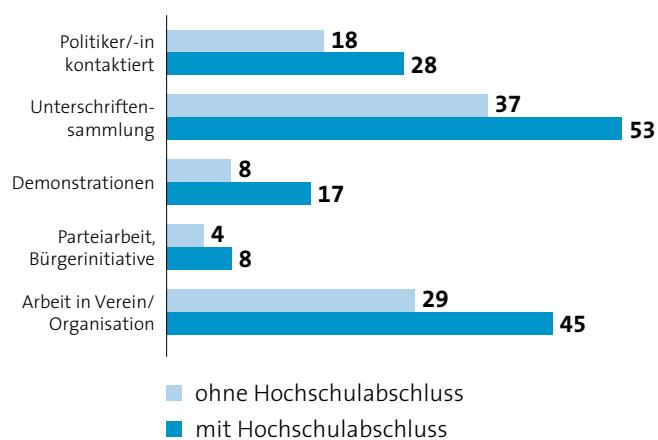
Über bestimmte Gewohnheiten und Geschmäcker werden außerdem auch soziale Zugehörigkeiten zum Ausdruck gebracht. Ob es ein Mallorca-Ballermann-, ein Robinson-Club- oder ein Rucksack-Urlaub wird, ob ein Abendessen bei McDonald's, im Gasthof oder beim Edel-Italiener stattfindet, liegt auch am verfügbaren Geld, aber nicht ausschließlich. Hier werden ebenfalls – meist unbewusst – symbolische Grenzen gezogen, um sich von anderen sozialen Gruppen zu unterscheiden. So lassen sich für diverse Freizeitaktivitäten, Ernährungsgewohnheiten und kulturelle Vorlieben sozialstrukturelle Prägungen erkennen. Die Lebensphase, das Alter und die geschlechtsspezifische Sozialisation schlagen sich in unterschiedlichen Präferenzen nieder. Noch durchschlagender sind die Einflüsse von Bildung und Einkommen. Je höher die Bildung und die soziale Position, desto luxuriöser wird der Konsum und desto ausgeprägter wird die Vorliebe für Hochkultur wie etwa Theater und Oper.

Die Erfahrung von Armut geht mit einem Rückzug von sportlichen und kulturellen Aktivitäten einher. Dabei spielt die Kostspieligkeit der Freizeitgestaltung sicherlich eine Rolle. Hinzukommen aber auch Scham und Resignation. Studien zur Kinderarmut zeigen eindrücklich, dass Kinder und Jugendliche aus prekären Soziallagen weniger häufig Mitglied im Sportverein sind und sich weniger bewegen. An Ausgaben für Aus-

flüge, Hobbies, Spielzeug und Freizeitaktivitäten muss in armen Familien gespart werden.

Auch das Recht auf Mitbestimmung und politische Partizipation wird nicht von allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen wahrgenommen. Es entsteht der Eindruck, dass diejenigen, die ökonomisch am unteren Ende stehen, auch politisch eher marginalisiert (d. h. an den Rand gedrängt) sind. Je höher der Bildungsabschluss, desto ausgeprägter das politische Interesse und das Engagement. Dieses Muster zeigt sich sowohl bei der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung oder einer Demonstration als auch bei der Arbeit in Vereinen, Parteien und Organisationen in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung sowie schließlich selbst bei der Wahlbeteiligung. Die eigenen Möglichkeiten, Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen, werden in den unteren Soziallagen gering eingeschätzt, was den Rückzug teilweise erklärt. Langfristig führt die ungleiche Beteiligung zu einer Schieflage bei der Berücksichtigung politischer Interessen zugunsten der ohnehin sozial benachteiligten Gruppen.

Korrelation der politischen und gesellschaftlichen Partizipation mit dem Hochschulabschluss, 2018 (in Prozent)



Datenreport 2021, S. 382; Daten: ESS 2018

Die Annahme, dass Protestbewegungen, insbesondere am rechten Rand des politischen Spektrums, Personen anziehen, die sich als Verlierer:innen und von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgehängt fühlen, sind empirisch zwar tendenziell, aber nicht durchgehend bestätigt. So zeigen einige Studien zwar durchaus, dass Prekarität, Arbeitslosigkeit, Armut und niedrige Bildung die Unterstützung von Protestparteien und -bewegungen jenseits der gesellschaftlichen Mitte befördert. Andere Studien schreiben eine politische Radikalisierung sowie europa-, demokratie- und pressefeindliche Positionen eher einer breiten Verunsicherung und Unzufriedenheit quer durch die Gesellschaft zu.

Auch bei politischen Einstellungen lassen sich einige, aber nicht hinreichend klar konturierte klassen- oder milieutypischen Muster feststellen, die einheitlich für oder gegen Gleichstellung, Diversität oder Migration wären. Die jeweiligen Positionen sind nicht losgelöst vom Lebensstandard und dem sozialen Status einer Person, aber es lassen sich nach derzeitigem Stand der Forschung keine unversöhnlich gegenüberstehenden Lager erkennen.



Wie die Herkunft den persönlichen Geschmack beeinflusst

Frau D. ist um die 50 und betreibt gemeinsam mit ihrem Mann eine kleine Bäckerei in der französischen Alpenstadt Grenoble. Vor Kurzem hat sich das Ehepaar in einem Vorort ein Haus gekauft („kein großer Luxus, gerade richtig“), umgeben von einem „sehr gepflegten“ Garten, drinnen alles stets picobello aufgeräumt. Die Möbel hat Frau D. mit Bedacht ausgesucht, nicht zu „modern“, sondern etwas „Klassisches“, „das zu meinem Alter passt“. Hin und wieder geht sie zum Frisör (schließlich „muss man sich ein bisschen zurechtmachen“). Allerdings schminkt sie sich nicht (auf dem Land, wo sie aufgewachsen ist, „gehörte es sich nicht, vor dem Spiegel zu stehen“). In ihrer knappen Freizeit sieht sie sich am liebsten „lustige“ Sendungen an. Jedes Jahr macht sie zwei bis drei Wochen Urlaub mit dem Wohnwagen (ihr Mann „kann Hotels nicht ausstehen“).

Sechs Seiten lang kommt die brave Bäckerin in einem der einflussreichsten soziologischen Werke des 20. Jahrhunderts zu Wort – Pierre Bourdieus 1979 in Frankreich veröffentlichter Mammutstudie *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilkraft*. Wie all die zahlreichen darin versammelten Fallbeispiele, Schaubilder, Statistiken dient auch die Selbstauskunft von Frau D. dazu, Bourdieus filigran ausgearbeitete These zu stützen, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: Es gibt keine „reinen“, von sozialen, machtstrategischen oder sonstigen Interessen befreiten Geschmacksurteile [...]. Kunst und Kultur, egal wie erhaben, verfeinert und „zweckfrei“ sie daherkommen, werden niemals nur „um ihrer selbst willen“ geschätzt.

Unser vermeintlich individueller Geschmack, so Bourdieu, ist letztlich alles andere als Ausdruck unserer Individualität, sondern entscheidend im sozialen Milieu, dem wir angehören, verankert. Wobei hier mit „Geschmack“ nicht nur Musik- und Lektürepräferenzen gemeint sind, sondern auch Dinge wie Ernährungsgewohnheiten, Bekleidungsstil, Freizeitverhalten und letztlich auch moralische und weltanschauliche Überzeugungen. Hinter jeder noch so harmlos daherkommenden Alltagsroutine oder Konsumentscheidung wie etwa Frau D.s Entschluss, sich eine graue Wohnzimmercouch zu kaufen („bei dem Farbton kann man sich getrost draufsetzen“), scheint die hierarchische Gesellschaftsstruktur durch. [...]

Im Zentrum von Bourdieus herrschaftskritischer Trendforschung steht der „Habitus“. [...] Was hat er darunter verstanden? Zunächst einmal ist der Habitus für Bourdieu das Produkt der Geschichte und milieuspezifischen Prägung einer Person. Habitus ist „Natur gewordene Gesellschaft“, die dem Menschen buchstäblich in die Knochen fährt, um all seine geistigen und körperlichen Ausdrucksformen zu prägen. Beispielsweise sorgt der kleinbürgerliche Habitus von Frau D. dafür, dass sie redet, wie sie redet, und dass sie tanzt, wie sie tanzt. Außerdem fungiert der Habitus als eine Art vereinheitlichendes Prinzip des gesamten Verhaltensrepertoires eines Menschen, will heißen: Die Art und Weise,

wie Frau D. tanzt, passt „irgendwie“ zu der Art und Weise, wie sie redet, kocht und ihre Wohnung einrichtet. Alles wie aus einem Guss.

Der Habitus ist nicht nur maßgeblich dafür, wie ein Mensch seine Umwelt wahnnimmt, wie er handelt und wie er sich selbst verortet. Sondern auch dafür, wie ein Mensch von seiner Umwelt wahrgenommen, behandelt und verortet wird. Als eine Art Stallgeruch ist der Habitus ein System von Möglichkeiten, vor allem aber eines von Grenzen. „Wer den Habitus einer Person kennt, der weiß intuitiv, welches Verhalten dieser Person verwehrt ist“, meint Bourdieu. Sag mir, was du trägst, hörst, kaufst, isst, und ich sag dir nicht nur, wer du bist, sondern auch, ob aus dir noch etwas werden kann. [...]

Neben dem ökonomischen Kapital, um das sich bei Marx noch alles drehte, spielt in Bourdieus Klassenkampf-Szenerie das „kulturelle Kapital“ (Bildung, akademische Titel, einwandfreie Tischmanieren) eine entscheidende Rolle. Es ist eine der wirksamsten Waffen, um eine gesellschaftliche Machtposition zu festigen, zu verteidigen oder sie sich zu ersteiten. Der Klassenkampf ist für Bourdieu stets auch ein Kampf um Anerkennung und Mitbestimmung der öffentlichen Meinung.

Wer weder über die eine noch die andere Kapitalsorte verfügt, muss sich anderweitig behelfen. Das gilt für den typischen Unterschichtshabitus, der den „Geschmack der Notwendigkeit“ hervorbringt. Funktionalität und Praktikabilität sind gefragt. [...] Hinzu kommt: Ganz unten auf der gesellschaftlichen Stufenleiter wirkt sich eine generelle Eigenschaft des Habitus, „amor fati“ genannt, besonders tückisch aus. Damit ist jene eigentümliche Schicksalsergebnis gemeint, die dazu führt, dass man „mag, was man hat, weil man hat, was man mag“. Man neigt dazu, sich abzufinden. Aus Nöten macht man Tugenden, dazu zählt auch die demonstrative Verachtung, mit der ein Hauptschüler das Bildungssystem mitsamt der von ihm produzierten Weicheier (Gymnasiasten, Studenten) abstrafft. So bleibt man seiner Herkunftsschicht verhaftet und überlässt das Bildungsprivileg den Bessergestellten.

Entgegen einem zählebigen Vorurteil hat Bourdieu nie bestritten, dass es sozialen Aufstieg tatsächlich gibt, nur zahlt man dafür einen hohen Preis. Er geht dieser Frage in den *Feinen Unterschieden* vor allem am Beispiel der mittleren Gesellschaftsschicht nach – dem Kleinbürgertum, zu dem er Handwerker, kleine Unternehmer und Grundschullehrer zählt. Der kleinbürgerliche Klassenhabitus – idealtypisch von Frau D. verkörpert – bringt einen fleißigen, strebsamen, in jeder Hinsicht bescheidenen Menschenschlag hervor. Ehrfurchtvoll schielte man nach oben, panisch grenzt man sich nach unten ab, um das kleine bisschen Wohlstand, das man sich so hart erarbeitet hat, nicht zu gefährden. [...]

Marianna Lieder, „Bourdieu und der Habitus“, in: Philosophie Magazin 01/2020 (Dez. 2019/Jan. 2020). Online: <https://www.philomag.de/artikel/bourdieu-und-der-habitus>



Gibt es im Bundestag zu viele Akademiker:innen?

Nach den Bundestagswahlen 2021 hieß es in den deutschen Qualitätsmedien, das Parlament sei jünger und diverser geworden. Teilweise trifft das zu: Der Altersdurchschnitt der Abgeordneten ist definitiv gesunken. Aber ist der Bundestag tatsächlich diverser geworden?

Die Politikwissenschaftler:innen Armin Schäfer und Lea Elsässer haben Zweifel. Zwar sind ihrer Forschung zufolge die meisten Parlamente in den wohlhabenden Industrienationen über die Jahrzehnte weiblicher besetzt. Auch marginalisierte Gruppen – etwa ethnische Minderheiten – sind stärker vertreten als früher. In anderer Hinsicht sind Parlamente jedoch weiterhin sehr einheitlich. Abgeordnete, so Schäfer und Elsässer, sind mehrheitlich Teil einer Bildungselite. Im 19. Deutschen Bundestag etwa, der von 2017 bis 2021 tagte, hatten über 85 Prozent der Abgeordneten eine Hochschule besucht. Nur neun der über 700 Parlamentarier:innen waren handwerklich ausgebildet.

Dieser Akademisierungstrend ist kein rein deutsches Phänomen. Schäfer und Elsässer untersuchten die Parlamente Frankreichs, Großbritanniens, Polens, Spaniens und der Türkei. Ergebnis: Die Alters- und Geschlechtsstruktur unterscheidet sich in den gesetzgebenden Kammern von Land zu Land, aber überall werden die Parlamente von Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen dominiert. In allen untersuchten Ländern kamen im Jahr 2021 über 80 Prozent der Abgeordneten aus akademischen Berufen, waren also vor ihrem Mandat beispielsweise Lehrkräfte an weiterführenden Schulen, niedergelassene Ärzt:innen oder Wirtschaftsprüfer:innen. In Spanien und der Türkei lag der Anteil dieser sogenannten oberen Dienstklasse sogar bei über 90 Prozent. Facharbeiter:innen, Kleinunternehmer:innen oder Menschen aus der mittleren Dienstklasse, also

etwa Verwaltungsfachkräfte oder Medizintechniker:innen, machten in allen Fällen weniger als zehn Prozent der Abgeordneten aus. Bestimmte Bildungsabschlüsse sind also sehr viel häufiger parlamentarisch vertreten.

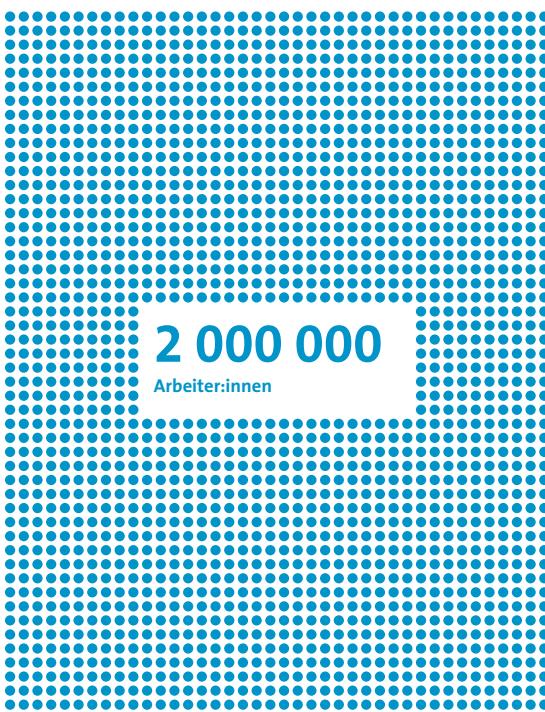
Für die demokratische Praxis ist das problematisch. Denn Politik wird nicht unabhängig von der Herkunft der Politiker:innen gemacht. Abgeordnete, die etwa aus der Arbeiter:innenschicht stammen, setzen sich tendenziell eher für eine progressive Wirtschafts- und Sozialschicht ein. Sie vertreten also linkere Positionen als Abgeordnete mit anderen beruflichen Hintergründen – und zwar unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit.

Der sozioökonomische und der Bildungshintergrund haben demnach einen Einfluss darauf, ob etwas überhaupt als Problem wahrgenommen wird. Daraus folgt, dass die Zusammensetzung der Parlamente Auswirkungen darauf hat, was in ihnen besprochen und entschieden wird. Sind bestimmte Gruppen nicht vertreten, fließen ihre Perspektiven nicht oder zumindest nicht ausreichend in den Gesetzgebungsprozess ein.

Mit Blick auf die soziale Klasse und das Bildungsniveau ist es ähnlich problematisch wie in Bezug auf Alter und Geschlecht. In den von Schäfer und Elsässer untersuchten Ländern waren 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung Arbeiter:innen. Aber nicht einmal jeder zehnte Sitz im Parlament wurde von Angehörigen dieser Berufsgruppen eingenommen. Politische Entscheidungen zu ihren Gunsten und aus ihrer Perspektive können Menschen aus der Arbeiter:innenschicht damit nur in begrenztem Umfang erwarten.

o. A., „Bestimmte Gruppen sind im Bundestag kaum vertreten“, in: Katapult. Magazin für Eis, Kartografik und Sozialwissenschaft, Nr. 28 Januar-März 2023, S. 78f. (Text und Grafik)

Ein:e Arbeiter:in vertritt statistisch gesehen ...



Grafik: © Katapult

Ein:e Abgeordnete:r vertritt ...



Eine Lehrkraft vertritt ...



Ein:e Ärzt:in vertritt ...



Ein:e Rechtsanwält:in vertritt ...

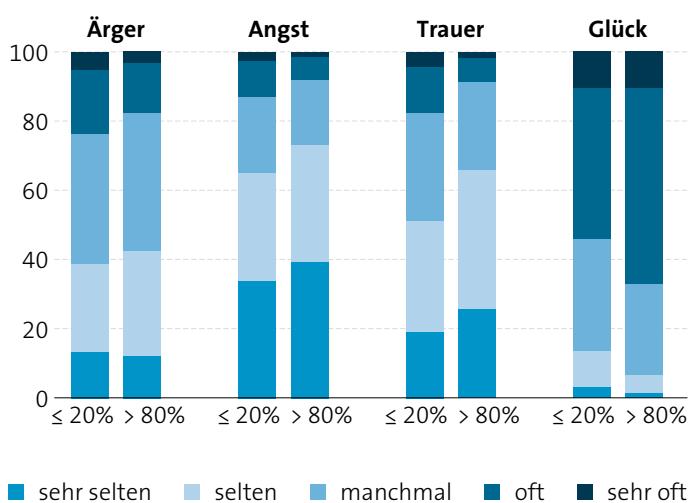


Repräsentation von Berufen im
20. Deutschen Bundestag, gerundet
(gewählt am 26. September 2021)

• je 1000 Personen

..., wenn der oder die Abgeordnete nur Menschen aus der eigenen Berufsgruppe vertreten würde.

Affektives Wohlbefinden und Einkommen, 2020 (in Prozent)



Erläuterung: Gegenübergestellt sind zwanzig Prozent der Bevölkerung mit dem niedrigsten und zwanzig Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen.

Quelle: Petra Böhne/Frederike Esche, Armut und subjektives Wohlbefinden, in: Petra Böhne u. a. (Hg.), Handbuch Armut, Stuttgart 2018, S. 235-246

Macht Geld glücklich?

Die Lebenszufriedenheit ist in Deutschland im internationalen Vergleich seit Jahrzehnten ungebrochen hoch. Ungeachtet einiger Schwankungen nach Arbeitslosenquote und Konjunkturverlauf und dem stabilen Ost-West-Unterschied spiegelt sich darin der vergleichsweise hohe Lebensstandard und das hohe Niveau sozialer Sicherung. Wenn die Menschen gefragt werden, wie zufrieden sie allgemein mit ihrem Leben sind, bewerten sie ihre gesamte Lebenssituation, nicht nur die aktuellen Lebensbedingungen, sondern auch Erfahrungen aus der Vergangenheit, Vergleichsmaßstäbe und Zielvorstellungen.

Subjektives Wohlbefinden ist zudem stark von wohlfahrtsstaatlichen und politischen Rahmenbedingungen geprägt, denn diese ermöglichen Lebenschancen oder beschneiden sie. Nicht zuletzt verteilt sich das Wohlbefinden – sei es die Zufriedenheit mit dem Leben allgemein oder mit einzelnen Lebensbereichen, seien es Sorgen oder Ängste – entlang sozialstruktureller Merkmale. So sind zum einen Gesundheit und die Einbindung in familiäre und soziale Netzwerke wichtige Grundvoraussetzungen für eine hohe Zufriedenheit.

Da diese Merkmale nach sozialem Status variieren, schlägt sich das auch auf Unterschiede im Wohlbefinden nieder. Aber auch eine gesicherte berufliche Stellung, ein hohes Einkommen ebenso wie hohe Bildung sind mit hoher Lebenszufriedenheit verknüpft. Arbeitslose und Menschen in Armut sind die Bevölkerungsgruppen mit ausgesprochen niedriger Zufriedenheit und ausgeprägten Sorgen. Ihre höhere Unzufriedenheit erstreckt sich auch auf immaterielle Lebensbereiche wie Gesundheit und Familie, ein Befund, der die Kumulation von Benachteiligungen (Matthäus-Effekt, siehe S. 59) gut veranschaulicht.

Es ist durchaus umstritten, ob es die soziale Lage der Menschen ist, die das Wohlbefinden beeinflusst, oder ob Persönlichkeitsmerkmale und genetische Veranlagung maßgeblich sind. Es kann sicherlich von komplexen Wechselwirkungen zwischen

diesen Faktoren ausgegangen werden. Zwar bringen Menschen ein bestimmtes psychisches Grundmuster mit, mit dem sie auf ihr Leben blicken und widrige Umstände bewältigen, und es finden Anpassungsprozesse statt. Dennoch zeigt die Forschung, dass bestimmte Lebensereignisse wie der Verlust der Arbeit oder Verarmung längerfristig eine geringere Lebenszufriedenheit bewirken.

Gesamtgesellschaftliche Auswirkungen sozialer Ungleichheit

Was heißt es für den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft, wenn soziale Ungleichheit weit verbreitet ist und Lebenswelten immer stärker auseinanderdriften?

Am Beispiel der beschriebenen Bildungshomogamie lässt sich aufzeigen, wie sich die individuelle Partner:innenwahl gesamtgesellschaftlich auswirkt und zur Polarisierung beitragen kann: Wenn sich Paare vorrangig nach Bildungsstand zusammenfinden, vermehren ressourcenstarke Personen ihr Haushalteinkommen überdurchschnittlich, ressourcenschwache Paare hingegen fallen ab. Auf diese Weise steigen gesamtgesellschaftlich Einkommensungleichheiten. Das gilt auch und noch mehr für die Bildung von Vermögen. Die Ungleichverteilung von Vermögen ist so stark ausgeprägt, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung davon nahezu ausgeschlossen ist, viele im Gegenteil sogar verschuldet sind, und sehr wenige Menschen sehr viel Vermögen besitzen und dieses beständig vermehren. Erbschafter werden zum wesentlichen Kriterium, um die gesellschaftliche Position sichern zu können, was den Glauben an einen leistungsorientierten sozialen Aufstieg und an den Wert von Erwerbsarbeit durchaus in Frage stellen kann.

Die ungleiche Verteilung von beruflichen Positionen, Einkommen, Lebensstandard und Vermögen prägt unsere Lebenswelten: Armut und Prekarität gehen mit niedriger Lebenserwartung, häufigeren Krankheiten, weniger Wohlbefinden und homogeneren sozialen Beziehungen einher. Die Erfahrungshorizonte und Lebenschancen unterscheiden sich bis zu einem Grad, der vielerorts als nicht mehr gerecht angesehen



Vor dem Hintergrund wachsender Zweifel an der Demokratie verlegt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seinen Amtssitz immer wieder in unterschiedliche Landesteile und sucht dort das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern; im Oktober 2022 ist er für drei Tage in Neustrelitz.

Die Tafeln in Deutschland sind häufig am Limit

[...] Rund 960 Tafeln gibt es in Deutschland. Dort sammeln Helferinnen und Helfer Lebensmittel und verteilen sie an armutsbetroffene Menschen. Deren Zahl, erzählt Jochen Brühl, habe innerhalb weniger Monate stark zugenommen. Im Interview spricht der Vorstandsvorsitzende des Dachverbandes über Ehrenamtliche am Limit, ausbleibende Lebensmittel-spenden und die Notwendigkeit einer „sozialen Zeitenwende“.

FR: Herr Brühl, es sind die letzten Tage vor Weihnachten. Wie ist die Stimmung bei den Tafeln?

Brühl: Nach diesem Jahr freuen sich viele Helfende auf eine verdiente Pause. Die Situation ist aktuell so herausfordernd wie noch nie in den fast 30 Jahren seit es die Tafeln gibt. Die Zahl der Kundinnen und Kunden wächst, gleichzeitig haben wir deutlich weniger Lebensmittel zur Verfügung. Das zeigt das Problem: Einerseits reichen die staatlichen Unterstützungsleistungen für Menschen, die von Armut bedroht oder betroffen sind, nicht aus. Andererseits kommen bürger-schaftliche Organisationen wie die Tafel an ihre Grenzen. [...]

FR: Wer ist auf das Angebot der Tafeln derzeit besonders angewiesen?

Brühl: Geflüchtete aus der Ukraine. Ihre Zahl wird weiter wachsen, das ist aufgrund der Zerstörungen der Infrastruktur in der Ukraine zu erwarten. Außerdem kommen Menschen mit einer zu geringen Rente, Menschen in der Grundsicherung, die aufstocken, Alleinerziehende, kinderreiche Familien. Und Menschen, die es bisher immer knapp geschafft haben, durch die steigenden Preise nun aber nicht mehr wissen, wie sie über den Monat kommen.

FR: Und insgesamt sind es deutlich mehr Menschen als etwa zu Beginn des Jahres?

Brühl: Seit Anfang des Jahres sind es knapp 50 Prozent mehr, insgesamt um die zwei Millionen.

FR: Die Tafeln arbeiten mit Lebensmittel spenden aus dem Handel. Sie haben aber schon angedeutet, dass die Unternehmen sparsamer bei den Spenden sind.

Brühl: Der Handel spart nicht nur, sondern hat auch Methoden entwickelt, um seine Bestellverfahren und Lagersysteme zu verbessern. Mit Blick auf Lebensmittelver-schwendungen ist das natürlich eine gute Nachricht. Für die Tafeln ist es herausfordernd in dieser Krise: Über 70 Prozent der Tafel bekommen weniger Lebensmittel – ich sage es nochmal – bei immer mehr Kundinnen und Kunden. Da sehen wir die Politik in der Verantwortlichkeit, denn es ist nicht unsere Aufgabe, Menschen zu versorgen.

FR: Wie reagieren die Tafeln auf die Situation?

Brühl: Kaufen wollen wir Lebensmittel nicht. Wir versuchen stattdessen, die zur Verfügung stehenden Mengen gerecht aufzuteilen. Wir arbeiten immer mehr mit Lebensmittel-herstellern zusammen, dort gibt es nach wie vor große Überschüsse. Und wir versuchen, kreativ an Lebensmittel zu kommen. Zum Beispiel mit dem Projekt des umgekehrten Adventskalenders, mit dem Schulen, Kindergärten und andere Organisationen 24 Tage lang haltbare Lebensmittel sammeln. Das soll sensibilisieren [...].

FR: Wie geht es den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Tafeln?

Brühl: Es ist unglaublich, dass es immer noch Menschen gibt, die sich in diesen Zeiten einen Kopf machen für andere. [...] Viele der Aktiven sind ja selbst in der Krise und machen sich Sorgen, wie sie durch den Winter kommen. 20 Prozent

unserer Helfer:innen sind selbst Kund:innen oder waren es mal. Sie sind müde, bringen aber immer noch die Energie auf, zu helfen. Stellen Sie sich das vor: Kriegstraumatisierte Geflüchtete, die unsere Sprache nicht sprechen, treffen auf Helfende, die seit 2020 im Dauer-Krisenmodus sind. Das ist eine unglaubliche gesellschaftliche Leistung.

FR: Inwiefern trifft die Inflation auch die Tafeln und ihre Partnereinrichtungen selbst?

Brühl: Die Tafeln spüren den Kostendruck. Viele Ein-richtungen heizen mit Gas, verbrauchen viel Energie für die Kühlung und natürlich Kraftstoff für die Fahrzeuge, mit denen wir quasi rund um die Uhr durch die Städte fahren und Lebensmittel einsammeln. [...]

FR: Zuletzt haben Sie immer wieder eine „soziale Zeiten-wende“ gefordert. Wie sollte die aussehen?

Brühl: Soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie. Bei Reisen durchs Land erlebe ich immer wieder, dass Armuts-betroffene überhaupt keine Energie mehr haben. Sie haben keine Kraft für Wut, für Ärger oder Protest. Sie sind erschöpft und in aller Regel nicht selbst verantwortlich für ihre Situation. Armutsbetroffene Menschen müssen sich nicht schämen, sondern die Gesellschaft muss sich fragen, wie unser Wohlstand verteilt ist.

FR: Die Erhöhung der Regelsätze des Bürgergeldes reicht also nicht?

Brühl: Nein. Man hat den Lohnabstand zwischen Bürger-geld und den niedrigen Lohngruppen verglichen und dann daraus abgeleitet, dass das Bürgergeld nicht bedarfsgerecht steigt, sondern nur so, dass das Lohnabstandsgebot bestehen bleibt. Dann frage ich mich: Sollten wir dann nicht die etwas höheren Einkommen ins Verhältnis setzen? Das heißt doch, dass die niedrigen Lohngruppen offensichtlich zu wenig verdienen. Also: Wir brauchen eine bedarfsgerechte Grund-sicherung. Das ist aber nur ein Aspekt.

FR: Was sind die anderen?

Brühl: Das Problem der Altersarmut wird sich zum Bei-spiel weiter verschärfen. Deshalb braucht es einen Dialog zwischen Politik und Gesellschaft darüber, wie wir die Un-gleichheit angehen und wieviel Solidarität notwendig ist. Wenn wir zum Beispiel über die Lebensarbeitszeit sprechen und darüber, ob Menschen künftig vielleicht länger arbeiten müssen, dann sollten wir auch die Folgen für Ehrenamts-organisationen in den Blick nehmen. Denn bei uns sind auch viele Rentnerinnen und Rentner aktiv. [...]

Steffen Herrmann, „Tafeln in Deutschland: „Zwei Millionen Menschen mehr auf Spenden angewiesen“, in: Frankfurter Rundschau vom 23. Dezember 2022

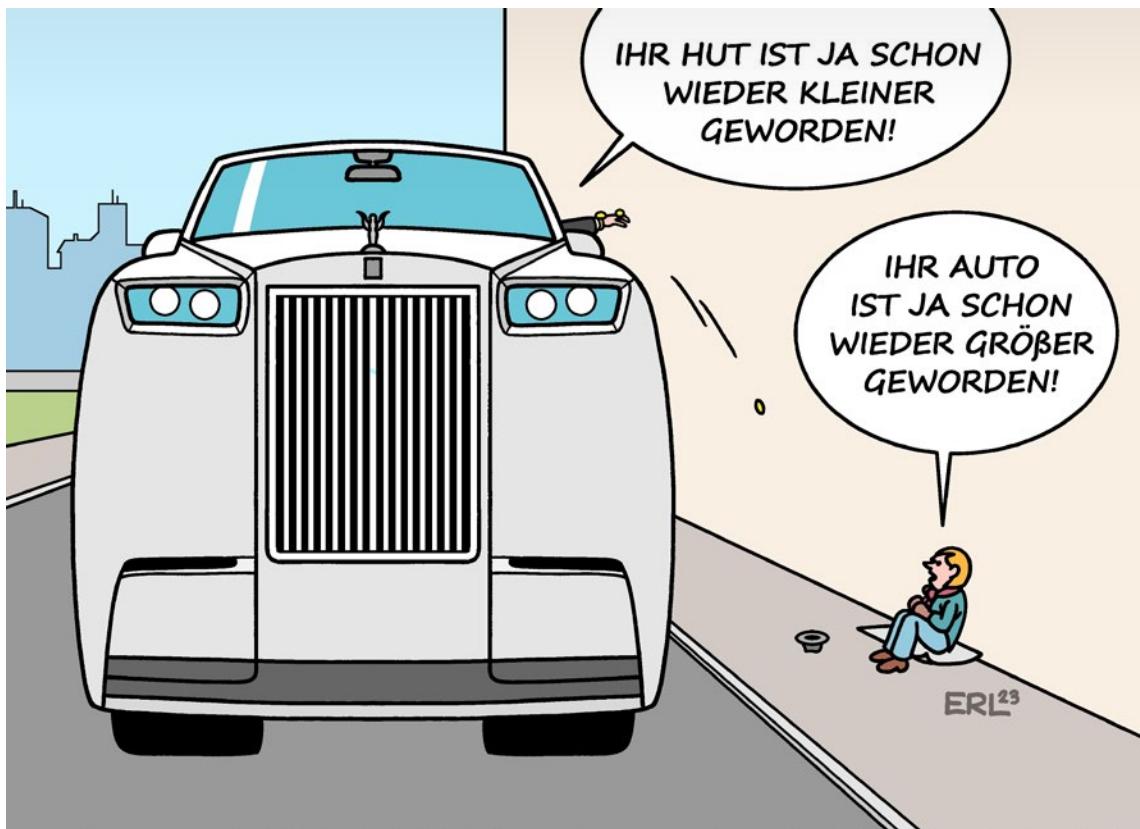


Der Andrang auf Tafeln nimmt zu, mehrere verhängen einen Aufnahmestopp. Bedürftige warten 2022 in Essen vor der Tafel auf die Ausgabe von Lebensmitteln.

wird. Große Teile der Bevölkerung wünschen sich eine egalitär (d. h. auf politische und soziale Gleichheit) ausgerichtete Gesellschaft mit einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung, mit besseren Chancen für den sozialen Aufstieg sowie einer größeren Toleranz für Andersartigkeit und Diversität. Sie sehen dies aber zunehmend weniger verwirklicht, was in Zukunftsängsten und Besorgnis seinen Ausdruck findet.

Die Befürchtung ist groß, dass bei Menschen, denen die Anerkennung für ihre tägliche Leistung fehlt und die sich zunehmend abgehängt fühlen, die Bereitschaft schwindet, das auf einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung basierende politische System zu unterstützen. Einerseits sind Resignation, Rückzug und Politikverdrossenheit die Folgen, wenn der Eindruck entsteht, dass sich Eliten weitgehend abkoppeln von der Verantwortung für die Gesamtgesellschaft und die eigene Stimme kein Gehör findet. Andererseits werden auf der Suche nach Verantwortlichen mitunter auch pauschal Minderheiten oder Eliten zu Feindbildern deklariert. Daraus erwachsen Proteste, die durchaus den sozialen Frieden gefährden können.

Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger wie der Franzose Thomas Piketty und der US-Amerikaner Joseph E. Stiglitz merken immer wieder an, dass stark ausgeprägte Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen nicht nur die Lebensqualität breiter Schichten verringert, sondern letztlich Wirtschafts- und Finanzsysteme destabilisiert und Fortschritt und Wohlstandsentwicklung ausbremsst. Politische Unruhen und fehlendes Vertrauen in politische Institutionen finden sich in der Tat häufiger in Ländern, in denen die Schere zwischen Arm und Reich groß ist. Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern in dieser Hinsicht noch relativ gut aufgestellt, obwohl auch hierzulande gesellschaftliche Konflikte und Verteilungskämpfe zugenommen haben. Nicht erst seit der Coronavirus-Pandemie und der angespannten Wirtschaftslage durch hohe Energiepreise – aber auch verstärkt dadurch – sind Verteilungs- und Anerkennungsfragen wichtiger geworden. Ihre politische Bearbeitung ist aus Sicht der Ungleichheitsforschung angesichts der aufgezeigten Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeitkeit jeder einzelnen Person mehr als geboten.

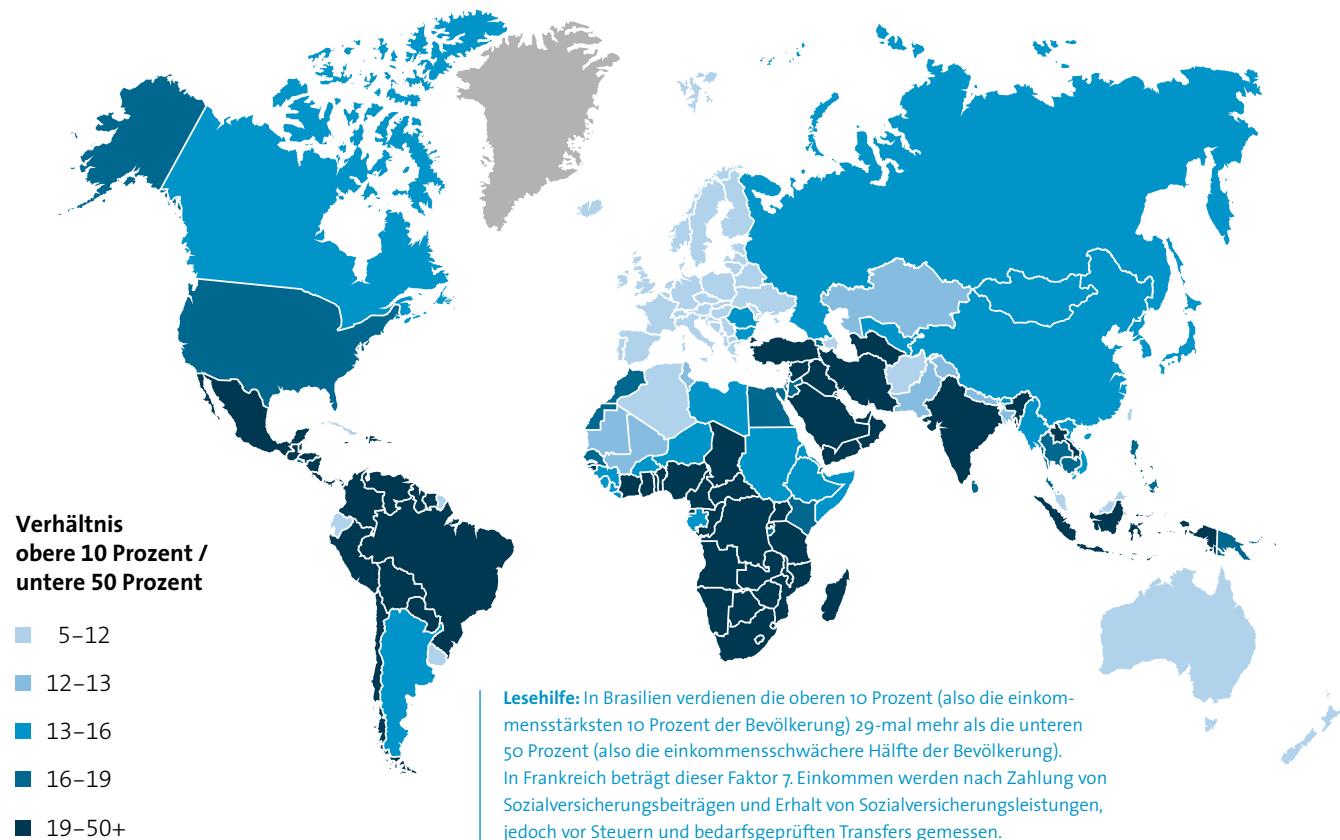


Olaf Groh-Samberg / Corinna Kleinert

Internationale Trends der sozialen Ungleichheit

Während die Einkommens- und Vermögensungleichheit innerhalb von Staaten stetig wächst, ist die Ungleichheit zwischen Staaten seit den 2000er-Jahren durch den Aufstieg Chinas und Indiens gesunken.

Einkommensverhältnis der oberen 10 Prozent und der unteren 50 Prozent weltweit, 2021



Quelle: https://wir2022.wid.world/www-site/uploads/2021/12/Summary_WorldInequalityReport2022_German.pdf

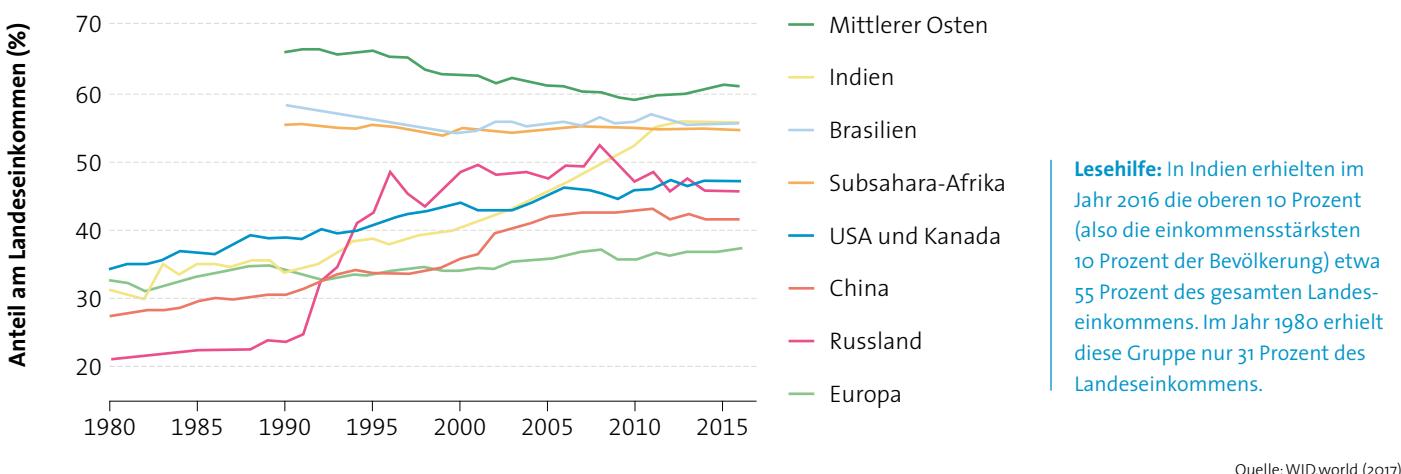
Wie hat sich die soziale Ungleichheit innerhalb verschiedener Länder, aber auch zwischen Ländern entwickelt? Und welche Folgen hatten und haben diese Trends für die Menschen in diesen Ländern? Diese Fragen können beispielhaft anhand von Daten zum Einkommen beantwortet werden, da es hierzu verlässliche Daten aus vielen Ländern gibt, die sich weltweit gut miteinander vergleichen lassen.

Für andere Dimensionen sozialer Ungleichheit ist das viel schwieriger, weil beispielsweise die gleichen Berufe in verschiedenen Ländern eine unterschiedliche Wertigkeit haben oder weil Bildungssysteme von Land zu Land unterschiedlich gestaltet sind.

Einkommensungleichheit innerhalb von Ländern

Im weltweiten Vergleich gehört Europa zu den Regionen mit der geringsten Einkommensungleichheit. In großen Teilen der Welt – etwa in Lateinamerika, im Mittleren Osten oder subsaharischen Afrika – ist sie sehr viel höher. Das mittlere Einkommensniveau eines Landes sagt nicht unbedingt etwas über die soziale Ungleichheit im Land aus: So gibt es unter den reichen Ländern dieser Welt auch sehr ungleiche Länder wie beispielsweise die USA und umgekehrt arme Länder mit einer geringen Ungleichheit wie etwa Afghanistan.

Einkommensanteile der oberen 10 Prozent am Landeseinkommen in unterschiedlichen Weltregionen, 1980–2016



In Deutschland sind die Einkommensungleichheiten in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen (siehe S. 42 ff.). Im langfristigen Verlauf sank die Einkommensungleichheit bis in die 1970er-Jahre hinein, seit Ende der 1970er-Jahre ist sie aber – von kurzfristigen Schwankungen abgesehen – in einen langfristigen Aufwärtstrend übergegangen. Ein besonders starker Anstieg erfolgte zwischen Ende der 1990er- und Mitte der 2000er-Jahre.

Diese Entwicklung ist keineswegs untypisch. Im internationalen Vergleich hat die Einkommensungleichheit in fast allen Ländern der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und darüber hinaus weltweit seit den späten 1970er-Jahren zugenommen. Allerdings sind deutliche Unterschiede im Timing und der Form des Anstiegs der Ungleichheit festzustellen: In einigen Ländern begann der Anstieg schon deutlich früher als in Deutschland, in anderen hingegen später. In einigen Ländern nahm die Einkommensungleichheit stärker am oberen Rand der Einkommensverteilung – also im reicherem Teil der Bevölkerung – zu, in anderen stärker am unteren Rand. Es gibt nur wenige Ausnahmen von dieser Entwicklung. So war die Einkommensungleichheit in einigen post-diktatorischen Ländern Südeuropas wie beispielsweise Portugal und in einigen lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien nach Wahlerfolgen sozialistischer Parteien über längere Zeiträume rückläufig.

Insgesamt sind die Ungleichheiten innerhalb von Ländern aber weltweit gestiegen. Ein Grund dafür sind Liberalisierungs- und Deregulierungsprogramme, die dazu geführt haben, dass das Privatvermögen gestiegen ist. Weil die Verschuldung öffentlicher Haushalte in vielen Ländern immer weiter zugenommen hat, ist umgekehrt das öffentliche Vermögen geschrumpft und liegt heute auch in vielen reichen Ländern nahe oder sogar unter null. Das begrenzt den Handlungsspielraum von Regierungen zur Verringerung von Ungleichheit.

Ungleichheit in globaler Perspektive

Bisher wurde die Einkommensungleichheit innerhalb von Nationalstaaten und ihre Entwicklung über die Zeit betrachtet. Dieses Bild ist jedoch unvollständig, denn es lässt die „globale Ungleichheit“, also die Einkommensungleichheit zwischen allen Menschen auf der Erde, außer Acht. Eine Reihe von Öko-

nominnen und Ökonomen haben in den vergangenen Jahren große Fortschritte beim Sammeln von Daten zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheiten über den gesamten Erdball gemacht.

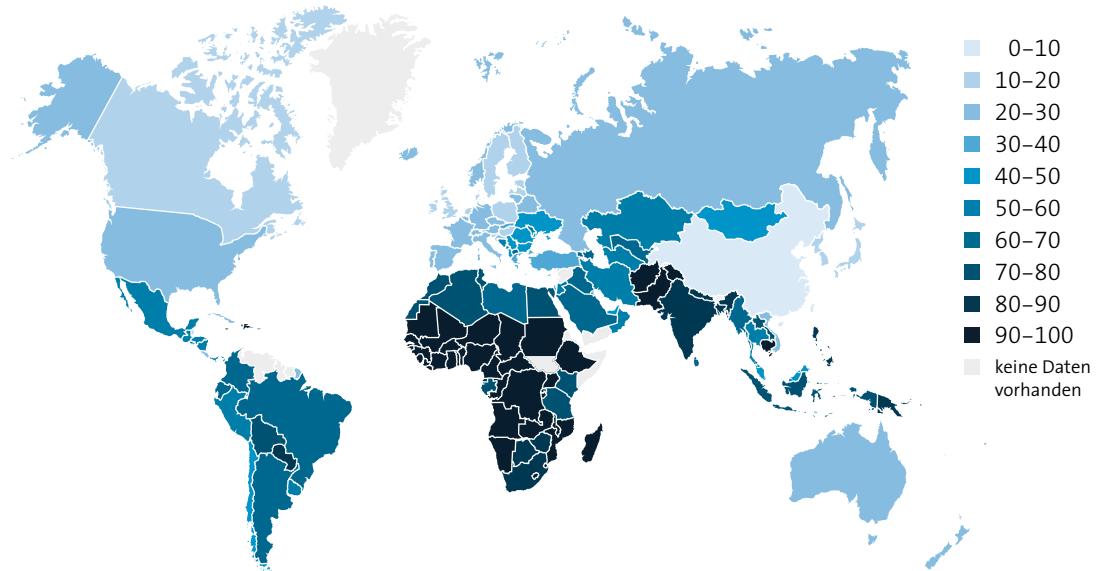
Die Analyse dieser Daten zeigt, dass im Jahr 2021 die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung im Mittel etwa 87 000 Euro brutto im Jahr verdienten und 551 000 Euro Vermögen besaßen, während die ärmsten 50 Prozent nur 2800 Euro brutto im Jahr verdienten und 4100 Euro Vermögen besaßen. Das Einkommen und Vermögen, das es insgesamt auf der Welt gibt, ist also sehr ungleich verteilt. Insgesamt erhält die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung heute nur sieben Prozent des weltweiten Einkommens. Im Jahr 1820 war dieser Anteil mit 14 Prozent noch doppelt so hoch, im Jahr 1980 war er mit fünf Prozent auf dem historisch niedrigsten Stand. Damit gehen Ungleichheiten in anderen Bereichen einher. So haben Milliarden von Menschen auf der Welt auch heute noch keinen Zugang zu grundlegender Bildung oder Gesundheitsversorgung. Diese Zahlen verweisen auch auf die Rolle und die Nachwirkungen des europäischen Imperialismus und Kolonialismus für die globale Ungleichheit.

Werden Staaten anhand ihrer Bevölkerungszahlen gewichtet, zeigt sich hinsichtlich der Einkommensungleichheit zwischen Nationalstaaten, dass diese seit Beginn der 2000er-Jahre gesunken ist. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass das Einkommensniveau in bevölkerungsreichen Ländern wie China, Indien oder Brasilien gestiegen ist. Vor allem in China und Indien wird ein altbekanntes Muster der Einkommensentwicklung sichtbar: Während die Einkommensungleichheit innerhalb dieser Länder (wie fast überall auf der Welt) stark gestiegen ist, hat gleichzeitig das absolute Einkommen der unteren Einkommensgruppen ebenfalls zugenommen. Diese Entwicklung hat auch dazu beigetragen, dass die Ungleichheiten innerhalb von Ländern heute wieder größer sind als die zwischen unterschiedlichen Staaten.

Eine interessante Analyse der globalen Einkommensentwicklungen stammt vom ehemaligen Weltbank-Ökonomen Branko Milanović. In der oft aufgeführten „Elefantenkurve“ (siehe S. 71) hat er die relativen Einkommenszuwächse in der Zeit besonders ausgeprägter Globalisierung, zwischen 1988 und 2008, entlang der globalen Einkommensverteilung abgetragen. Dabei zeigte sich, dass die Menschen, die global gesehen zu den ärmsten fünf Prozent der Menschen gehören, in dieser Zeit keine Einkommenszuwächse erfahren haben. Umgekehrt

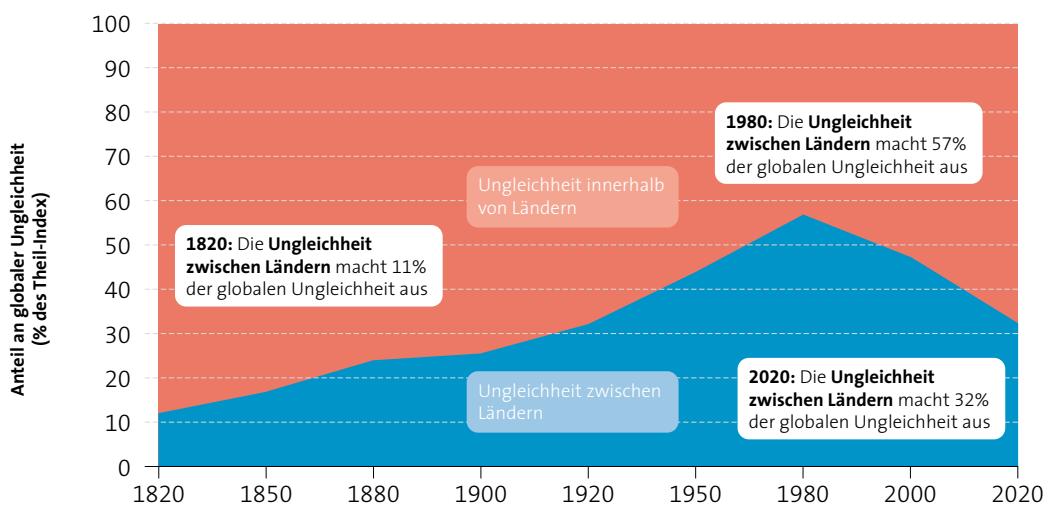
Mangel an Grundkompetenzen auf der Welt

(Anteil von Kindern, die das Niveau von Grundkompetenzen nicht erreichen, in Prozent)



Quelle und methodische Erläuterungen: https://www.nber.org/system/files/working_papers/w30566/w30566.pdf

Globale Einkommensungleichheit: Ungleichheit zwischen und innerhalb von Ländern (Theil-Index), 1820–2020



Quellen und Datenreihen: wir2022.wid.world/methodology und Lucas Chancel / Thomas Piketty 2021

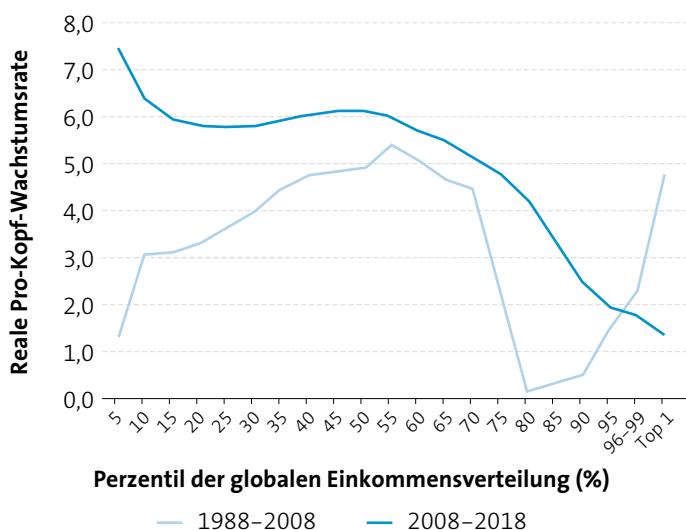
konnten die Menschen zwischen etwa dem 15. und 65. Perzentil – also quasi die Hälfte der Weltbevölkerung, die vor allem in Ländern wie China oder Indien leben – ihre Realeinkommen um 60 bis 80 Prozent steigern. Ab dem 70. Perzentil brachen diese Steigerungsraten deutlich ein, um erst für die einkommensreichsten fünf Prozent der Weltbevölkerung wieder stark anzusteigen.

In diesem „Rüsselansatz“ des elefantenähnlichen Kurvenverlaufs befinden sich vor allem die breiten Arbeiter- und Mittelschichten der reichsten Länder der Welt. Sie konnten ihre Realeinkommen in den zwei Jahrzehnten zwischen 1988 und 2008 nur geringfügig oder gar nicht steigern. In den Jahren ab 2008 nahm die Kurve dann einen anderen Verlauf, insbesondere an

ihren Rändern: Die höchsten Einkommenszuwächse haben nun die Ärmsten der Weltbevölkerung erzielt, während die Einkommenszuwächse der Topverdiener signifikant niedriger ausfielen als im vorherigen Zeitraum. Ursache dafür war insbesondere die Finanzkrise 2009.

Von einer „Elefantenkurve“ kann also heute nicht mehr die Rede sein. Insgesamt muss bei diesen Kurven unbedingt berücksichtigt werden, dass es sich dabei um relative Steigerungsraten der Realeinkommen handelt. In der unteren Einkommenshälfte der Weltbevölkerung sind die absoluten Einkommen so gering, dass selbst 70-prozentige Steigerungen kaum an die absoluten Reallohnsteigerungen deutscher Mittelschichten herankommen.

Veränderungen im Realeinkommen zwischen 1988–2008 sowie 2008–2018 an unterschiedlichen Punkten der globalen Einkommensverteilung



Quelle: Branko Milanović, The three eras of global inequality, 1820–2020 with the focus on the past thirty years, 9. November 2022, S. 14; <https://doi.org/10.31235/osf.io/ygzh9> sowie <https://www.socialeurope.eu/global-income-inequality-time-to-revise-the-elephant>

Gesamtgesellschaftliche Folgen steigender Ungleichheit

Was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn sie ökonomisch ungleicher wird? Worin unterscheiden sich Gesellschaften mit höherer und geringerer Einkommensungleichheit? Zu diesen Fragen, die in den vergangenen Jahren vermehrt Beachtung gefunden haben, liegen erst wenige Studien vor.

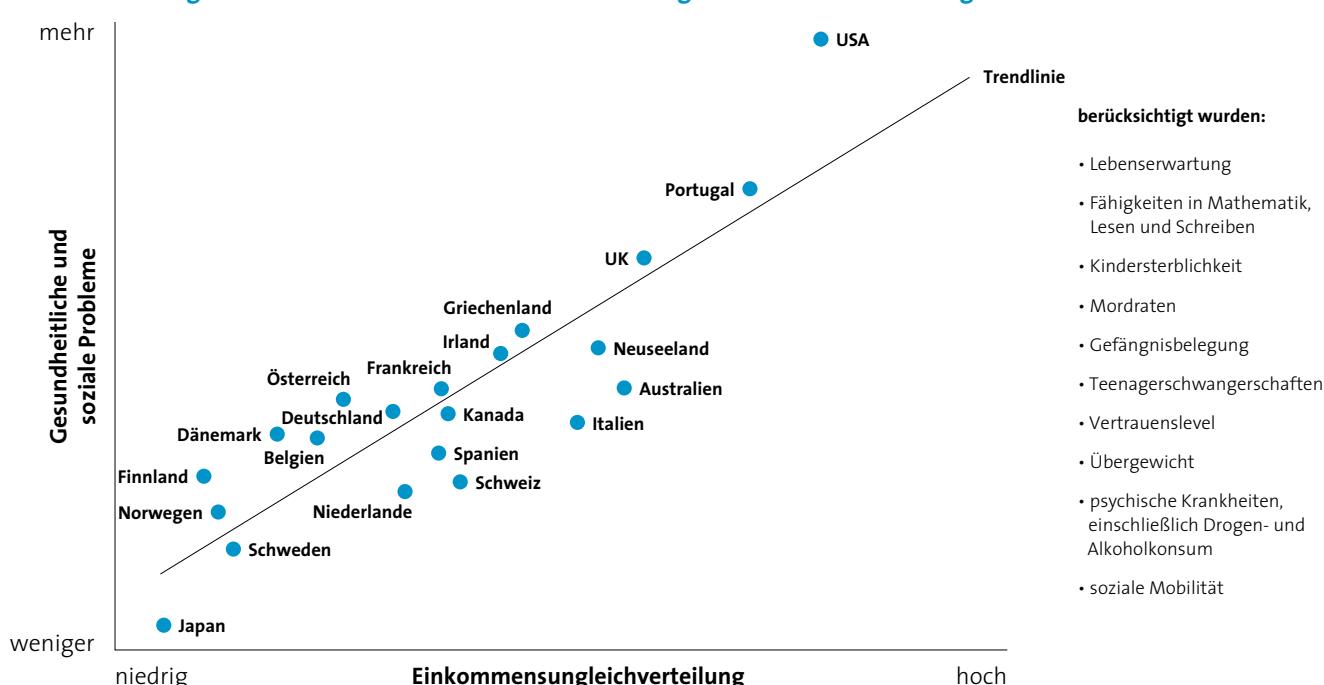
Die vielbeachtete Studie „Gleichheit ist Glück“ (engl. *The spirit level*) aus dem Jahr 2009 der britischen Gesundheitswissenschaftler:innen Richard Wilkinson und Kate Pickett weist für eine Vielzahl von gesamtgesellschaftlichen Indikatoren durchgängig nach, dass höhere Ungleichheit negative Folgen hat: In ungleichen Gesellschaften ist die Gesundheit der Menschen schlechter, das soziale Vertrauen sinkt, die politische Beteiligung ist geringer, die Demokratie instabiler, die Kriminalität höher, die soziale Mobilität (Aufstiegschancen) geringer. Ökonomen haben diese Liste auch um wirtschaftliche Negativfolgen ergänzt: Demnach führt höhere Ungleichheit zu einem instabileren Wirtschaftswachstum und größerer Krisenanfälligkeit.

In der Forschung ist allerdings umstritten, ob es nicht vorgelegte kulturelle, historische oder politische Faktoren sind, die sowohl das Ausmaß der Ungleichheit als auch die genannten negativen Auswirkungen in unterschiedlichen Ländern erklären. Für die betroffenen Menschen macht das zwar wenig Unterschied; für die Frage, wo man ansetzen sollte, um die genannten sozialen Probleme zu bekämpfen, wäre eine Antwort aber zentral.

Die Pointe der Analysen von Wilkinson und Pickett ist, dass letztlich alle Mitglieder einer Gesellschaft unter hoher Ungleichheit zu leiden haben – selbst die wohlhabenden Personen. Das zentrale Argument, mit dem sie die negativen gesamtgesellschaftlichen Folgen hoher Ungleichheit begründen: Ungleichheit erzeugt Stress. In sehr ungleichen Gesellschaften entbrennt ein gnadenloser Konkurrenz- und Überlebenskampf – auch und gerade unter den Wohlhabenden und Mittelschichten, da ein sozialer Abstieg in diesen Gruppen zu massiven Verlusten, nicht nur an Ressourcen und Wohlstand, sondern auch an Status und Anerkennung führt.

Das gilt insbesondere für die Gesellschaften, in denen der Teil der Bevölkerung, der „unten“ steht, mit Armut und unzureichendem Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitssystem zu kämpfen hat. In weniger ungleichen Gesellschaften ist es dagegen weniger wichtig, ob sich Menschen eher oben oder eher unten in der Einkommensverteilung befinden, sodass die Menschen hier gelassener leben können. Der Stress, den un-

Zusammenhang von Gesundheit und sozialen Problemlagen mit Einkommensungleichheit



Richard Wilkinson / Kate Pickett, The Spirit Level: Why more equal societies almost always do better, London 2009, 330 S.; Zusammenfassung der Ergebnisse unter: https://www.armutskonferenz.at/media/wilkinson_ungleichheit_ungleichheit-2010.pdf

gleiche Gesellschaften erzeugen, dringe nach Wilkinson und Pickett gleichsam in alle Poren des gesellschaftlichen Lebens und buchstäblich „unter die Haut“: Er mache krank, misstrauisch und argwöhnisch.

Diese These, mit der Wilkinson und Pickett sehr schlagkräftige Argumente dafür entwickeln, warum auch privilegierte Menschen ein Interesse an weniger Ungleichheit haben sollten, ist jedoch nicht unwidersprochen geblieben. Der Annahme, dass alle unter hoher Ungleichheit leiden, steht die klassische These gegenüber, dass die Lasten hoher Ungleichheit vor allem von denjenigen getragen werden müssen, die in diesen Gesellschaften benachteiligt sind, während die Wohlhabenden und Privilegierten von dieser Ungleichheit profitieren.

Ihnen stehen alle Möglichkeiten offen, sich ein „entspanntes“ und glückliches Leben zu „kaufen“: Sie ziehen sich in geschützte Villenviertel zurück, legen Wege im privaten PKW zurück und können es sich leisten, auf ihre „Work-Life-Balance“ zu achten, sich gesund zu ernähren und Sport zu treiben. Sie gleichen die Mängel der staatlichen Bildungs-, Renten- und Gesundheitssysteme dadurch aus, dass sie private Dienstleistungen „einkaufen“, ihre Kinder in Privatschulen schicken oder private Versicherungen abschließen.

Weitergedacht betrifft dieses Szenario nicht nur die Folgen steigender Ungleichheit innerhalb von Ländern, sondern auch die globale Ungleichheit: Menschen in den reichen Ländern importieren Nahrung und Tierfutter aus Ländern des globalen Südens und lassen ihre Kleidung und ihre Konsumgüter in diesen Ländern unter ungeschützten Arbeitsbedingungen für extrem niedrige Löhne produzieren. Umgekehrt schotten sie ihre Staaten vor den Migrationsströmen ab, die durch die weltweite Armut, aber auch durch Kriege und Klimawandel bedingt sind. Stress als Folge globaler Unsicherheit tritt in den reichen Ländern vor allem dann auf, wenn diese Abschottung nicht vollständig gelingt.

Welche der beiden Thesen sich am Ende als realistischer erweist, ist möglicherweise auch eine politische Frage. Die Zukunft der Ungleichheitsentwicklung dürfte jedenfalls entscheidend davon abhängen, inwiefern gerade die privilegierten Gruppen innerhalb von Staaten, aber auch die Bevölkerungen in den privilegierten Ländern, sich als Teil der (globalen) Gesamtgesellschaft von den negativen Folgen hoher Ungleichheit mitbetroffen sehen – oder ob sie sich aus diesen freikaufen.

Eine ungleiche Welt?

[...] Global gesehen nahm die Einkommensungleichheit zwischen 1820 und 1910 mit zunehmender westlicher Dominanz und Kolonialherrschaft rasant zu und blieb zwischen 1910 und 2020 auf einem sehr hohen Niveau. Aufgrund des schnellen Wachstums in den großen „Schwellenländern“ hat sich die Kluft zwischen den Ländern seit 1980 etwas verringert. Jedoch nahmen Ungleichheiten innerhalb von Ländern im gleichen Zeitraum erheblich zu. Diese beiden Effekte glichen sich gegenseitig aus, sodass die globale Ungleichheit in den vergangenen Jahrzehnten weiterhin hoch blieb. Heute erhalten die reichsten 10 Prozent der Einkommensbezieher*innen etwa die Hälfte des weltweiten Einkommens. Die Vermögensungleichheit ist noch deutlich größer als die Einkommensungleichheit: Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung besitzen heute etwa drei Viertel des weltweiten Vermögens, während die ärmsten 50 Prozent über kein nennenswertes Vermögen verfügen.

[...] Insgesamt lag der Anteil, den Frauen am globalen Arbeitseinkommen erhielten, in den frühen 1990er Jahren bei etwa 30 Prozent; auch heute noch liegt er bei nur 35 Prozent. In einer geschlechtergerechten Welt würden Frauen 50 Prozent des gesamten Arbeitseinkommens verdienen. In den vergangenen 30 Jahren wurden auf globaler Ebene hier nur sehr wenige Verbesserungen erzielt. Die Dynamik war von Land zu Land unterschiedlich: Während in einigen Ländern Fortschritte zu verzeichnen waren, ging in anderen, etwa in China, der Anteil, den Frauen am gesamten Arbeitseinkommen erhalten, zurück.

Eine vergleichsweise neue Frage globaler Ungleichheit betrifft den Klimawandel und die mit ihm verbundene Freisetzung klimaschädlicher Treibhausgase. Die Kohlenstoffemissionen sind ähnlich ungleich verteilt wie die weltweiten Einkommen. Im Durchschnitt stößt ein Mensch

pro Kopf und Jahr 6,6 Tonnen Kohlendioxidäquivalent aus. Ein neuer Datensatz zur Ungleichheit bei Kohlenstoffemissionen zeigt, dass die 10 Prozent der weltweit größten Emittenten für fast 50 Prozent aller Emissionen verantwortlich sind, während jene 50 Prozent mit den geringsten Emissionen etwa 12 Prozent der Gesamtemissionen verursachen.

Allerdings sind diese Ungleichheiten nicht nur ein Problem zwischen reichen und armen Ländern. Auch in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen gibt es große Emittenten und in reichen Ländern kleine Emittenten. In Europa emittieren die 50 Prozent der Bevölkerung mit den geringsten Emissionen etwa fünf Tonnen pro Jahr und Person, in Ostasien etwa drei Tonnen und in Nordamerika etwa 10 Tonnen. Dies steht in starkem Kontrast zu den Emissionen der oberen 10 Prozent in diesen Regionen. Diese emittieren 29 Tonnen in Europa, 39 in Ostasien und 73 in Nordamerika.

Während die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung in den wohlhabenden Ländern die von diesen Ländern für 2030 gesetzten Klimaziele bereits mehr oder weniger einhalten (wenn diese pro Kopf umgerechnet werden), ist dies bei der einkommensstärkeren Hälfte der Bevölkerung nicht der Fall. Bislang haben klimapolitische Maßnahmen wie CO₂-Steuern oft unverhältnismäßig starke Auswirkungen auf Gruppen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, während die Konsumgewohnheiten der wohlhabenden Bevölkerungsschichten unverändert bleiben. Hier könnte sich die Klimapolitik stärker auf reiche Verschmutzer*innen ausrichten. [...]

Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff.

Theres Neef / Lucas Chancel, „Wie ungleich ist die Welt? Ergebnisse des World Inequality Report“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37-38/2022 (Ungleichheit), S. 29-39. Online: www.bpb.de/512778



Die Ungleichheit zwischen Staaten spiegelt sich auch in globalen Lieferketten wider. In Südasien und Afrika arbeiten unter schlechten Sicherheitsstandards Närerinnen und Nähern in Textilfabriken, über 1000 Menschen sterben im April 2013 bei dem Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch (o.l.). In postindustriellen Gesellschaften und Metropolregionen in den Ländern des Globalen Südens konsumieren Menschen zu günstigen Konditionen produzierte Produkte (o.r.). Der Abfall wird in den Globalen Süden exportiert, hier: deutscher Müll auf einer Müllkippe in Ghana (M.r.). Hähnchenreste aus Europa werden zu Dumpingpreisen in Staaten wie Ghana, Kamerun oder Liberia exportiert, was die heimischen Märkte zerstört, Markt in Liberia 2009 (u.r.).



Aber auch innerhalb von Staaten findet sich häufig große soziale Ungleichheit. Ein Slum in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires gegenüber einer Gated Community, April 2003 (o.l.); Ein- und Mehrfamilienhäuser in Berlin-Hellersdorf vor der Hochhaussiedlung Berlin-Marzahn (o.r.); ein Slum in Jakarta, im Hintergrund Hochhäuser, Indonesien Juli 2016 (u.l.)

Weiterführende Literatur

Konzeptionelle Perspektiven / übergreifend

Bundeszentrale für politische Bildung: Datenreport 2021, Bonn 2021. Online: www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/dr2021_barrierefrei.pdf?download=1

Mau, Steffen / Schöneck, Nadine M. (Hg.): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten, Berlin 2015, 208 S.

Solga, Heike / Powell, Justin J. / Berger, Peter A. (Hg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt a.M. 2009, 492 S.

Zuweisungskriterien zu Positionen

Blau, Peter M. / Duncan, Otis D.: The Process of Stratification, in: Arum, Richard / Beattie, Irene R. (Eds.): The Structure of Schooling: Readings in the Sociology of Education, California City, Ca., 2000, S. 35-46

Kopp, Johannes / Steinbach, Anja (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie, Wiesbaden 2018, 556 S.
darin: Ostner, Ilona: Geschlecht. Online: doi.org/10.1007/978-3-658-20978-0_28

Pollak, Reinhard: Klasse, soziale. Online: doi.org/10.1007/978-3-658-20978-0_45

Meyer, Katrin: Theorien der Intersektionalität zur Einführung, Hamburg 2019, 192 S.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Jahresgutachten 2021 | Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht, Berlin 2021, S. 24-25

Solga Heike / Berger Peter A. / Powell, Justin: Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung, in: Dies. (Hg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt a.M. 2009, S. 11-45

Soziale Herkunft und Bildung

Allmendinger, Jutta: Schulaufgaben: Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden, München 2012, 304 S.

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2022. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zum Bildungspersonal, Bielefeld 2022, 419 S.

Kristen, Cornelia: Bildungsentscheidungen und Bildungsungleichheit – ein Überblick über den Forschungsstand. Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung, Arbeitspapier Nr. 5, 1999, 72 S.

OECD: Bildung auf einen Blick 2022. OECD-Indikatoren, Bielefeld 2022, 582 S.

PISA Internationale Schulleistungsstudie der OECD. Links unter: www.oecd.org/berlin/themen/pisa-studie/ sowie empirische Ergebnisse von PISA 2018 unter: www2.compareyourcountry.org/pisa/country/deu?lg=de

Skopek, Jan / Passaretti, Giampiero: Socioeconomic Inequality in Children's Achievement from Infancy to Adolescence: The Case of Germany, in: Social Forces 100 (1) 2021, S. 86-112

Erwerbsarbeit, Berufe und soziale Ungleichheit

Ebner, Christian / Rohrbach-Schmidt, Daniela: Deutliche Unterschiede im Ansehen dualer Ausbildungsberufe in Deutschland, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 4/2019, H. 48, S. 4-5

Leuze, Kathrin / Kleinert, Corinna: Beruf und Geschlecht – Reproduziert die Berufsstruktur Geschlechterungleichheiten auf dem deutschen Arbeitsmarkt?, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 4/2021, H. 50, S. 11-15

Statistisches Bundesamt (Hg.): Wie die Zeit vergeht. Analysen zur Zeitverwendung in Deutschland. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 am 5./8. Oktober 2016 in Wiesbaden, 2017

Stüber, Heiko: Berufsspezifische Lebensentgelte: Ein Studium garantiert nicht immer das höchste Lebensentgelt. IAB-Kurzbericht Nr. 18/2022, 8 S.

Einkommens- und Vermögensungleichheit

Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html

Atkinson, Anthony B.: Ungleichheit: Was wir dagegen tun können Stuttgart 2016, 474 S.

Bundeszentrale für politische Bildung: kurz & knapp. Zahlen & Fakten – Soziale Situation in Deutschland. www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61749/vermoegen-und-einkommen/

Groh-Samberg, Olaf: Ökonomische Ungleichheiten: Armut und Reichtum, in: Obinger, Herbert / Schmidt Manfred G. (Hg.): Handbuch Sozialpolitik, Wiesbaden 2019, S. 833-862

Piketty, Thomas: Eine kurze Geschichte der Gleichheit, München 2022, 264 S.

Sozialpolitik aktuell – das Informationsportal zur Sozialpolitik: www.sozialpolitik-aktuell.de/sozialpolitik_aktuell_startseite.html

Struktur sozialer Ungleichheit

Ebner, Christian / Rohrbach-Schmidt, Daniela: Das gesellschaftliche Ansehen von Berufen. Konstruktion einer neuen beruflichen Ansehensskala und empirische Befunde für Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie 50/2019, S. 349-372

Groh-Samberg, Olaf / Büchler, Theresa / Gerlitz, Jean-Yves: Soziale Lagen in multidimensionaler Längsschnittbetrachtung – Ein Beitrag zur Armut- und Reichtumsberichterstattung in Deutschland. Endbericht für das BMAS 2020. Online: www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Service/Studien/studien.html;jsessionid=C94AD5B788142EBF8FD05275786A3BF1

Groß, Martin: Klassen, Schichten, Mobilität. Eine Einführung, Wiesbaden 2015, 279 S.

Müller, Walter / Wirth, Heike u. a.: Entwicklung einer Europäischen Soziökonomischen Klassifikation, in: Wirtschaft und Statistik 5/2007, S. 527-530

Oesch, Daniel: Coming to Grips with a Changing Class Structure: An Analysis of Employment Stratification in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, in: International Sociology, 21(2) 2006, S. 263-288

Vester, Michael / Oertzen, Peter von: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Berlin 2001, 594 S.

Folgen sozialer Ungleichheit

Arránz Becker, Oliver / Hank, Carsten / Steinbach, Anja (Hg.): Handbuch Familiensoziologie. Familie aus soziologischer Perspektive, aktual. Neuauflage, Wiesbaden 2023, 848 S.

Böhneke, Petra / Dittmann, Jörg / Goebel, Jan (Hg.): Handbuch Armut. Ursachen, Trends, Maßnahmen, Stuttgart 2018, 367 S.

Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Berlin 1979/1982, 902 S.

Lampert, Thomas / Hoebel, Jens u. a.: Soziale Ungleichheit und Gesundheit, in: Haring, Robin (Hg.): Gesundheitswissenschaften, Wiesbaden 2019, S. 155-164

Lübke, Christiane / Delhey, Jan (Hg.): Diagnose Angstgesellschaft? Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen, Bielefeld 2019, 294 S.

Ausblick: Internationale Trends der sozialen Ungleichheit

Bourguignon, François: The Globalization of Inequality, Princeton, N.J., 2015, 224 S.

Chancel, Lucas / Piketty, Thomas / Saez, Emmanuel / Zucman, Gabriel: Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022. World Inequality Lab.

Gust, Sarah / Hanushek, Eric A. / Wössmann, Ludger: Global Universal Basic Skills: Current Deficits and Implications for World Development. National Bureau of Economic Research Working Paper Series, No. 30566, 2022

Milanović, Branko: Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Berlin 2020, 325 S.

Nolan, Brian / Salverda, Wiemer et. al. (Hg.): Changing Inequalities and Societal Impacts in Rich Countries: Thirty Countries' Experiences, Oxford 2014, 784 S.

Wilkinson, Richard / Pickett, Kate: Gleichheit: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2016, 336 S.

bpb-Angebote

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Ungleichheit (37-38/2022), Gleichwertige Lebensverhältnisse (46/2019), Care-Arbeit (45/2020), Eigentum (41/2020). Online: www.bpb.de/apuz

Dies.: Reihe Informationen zur politischen Bildung (Izpb): Demografischer Wandel Nr. 350 (1/2022), Geschlechterdemokratie Nr. 342 (1/2020). Online: www.bpb.de/izpb

Weitere Literaturangebote

Barankow, Maria / Baron, Christian (Hg.): Klasse und Kampf, Berlin 2021, 224 S.

Bude, Heinz / Staab, Philipp (Hg.): Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen, Frankfurt a. M. 2016, 370 S.

Cremer, Georg: Sozial ist, was stark macht. Warum Deutschland eine Politik der Befähigung braucht und was sie leistet, Freiburg i. Br. 2021, 257 S.

Milanović, Branko: Kapitalismus global. Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht. Aus dem Englischen von Stephan Gebauer, Berlin 2020, 404 S.

Parianen, Franca: Teilen und Haben. Warum wir zusammenhalten müssen, aber nicht wollen, Berlin 2021, 144 S.

Onlineangebote

www.bildungsserver.de/elixier

Unterrichtsmaterialien und Studien – Stichwortsuche: Soziale Ungleichheit

www.bmfsfj.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

www.bpb.de/mediathek/audio/505812

Podcast – Wenn die soziale Herkunft bestimmt

www.bpb.de/themen/soziale-lage/
Informationsseite – Soziale Lage

www.diw.de/de/soep
Sozio-ökonomisches Panel

www.europainunterricht.de/unterrichtseinheiten-soziales
Ungleichheit in Europa – Unterrichtsmaterialien

www.fgz-risc.de
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

www.gesis.org/home
Leibnitz-Institut für Sozialwissenschaften

www.jugend-und-bildung.de/politik/
Themenhefte & Arbeitsmaterialen zu Sozialpolitik

www.wsi.de/de/soziale-ungleichheit.htm
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung

Bildnachweise

akg-images: 53: akg-images

Getty Images: 10: Hinterhaus Productions /15: Klaus Vedfelt /27 links: zorannm /34: Krisztian Boci/Bloomberg /35: Christian Ender /48: d3sign /62: P Messina/ Contour

Imago: 57: Rüdiger Wölk /60: Silas Stein /73 (Collage oben) unten rechts: epd

Karikaturen

17: Interaction Institute for Social Change | Artist: Angus Maguire /18 + 58: Thomas Pläßmann/Baaske Cartoons Müllheim

Picture Alliance: 4: dpa/dpa-Zentralbild | Jens Kalaene /5 oben: Glasshouse Images | Glasshouse Images /5 Mitte: dpa | Bernd von Jutrczenka /5 unten: Sven Simon | Malte Ossowski/SVEN SIMON /7 oben: Daniel Kalker | Daniel Kalker /7 unten: ZB/euroluftbild.de | euroluftbild.de/Robert Grahn /8: Sven Simon | Frank-Hoermann/SVEN SIMON /11: dpa | Robert Michael /20: Monkey Business 2/ Shotshop/picture alliance /23: Westend61 | zerocreatives /27 rechts: CHROMORANGE | Weingartner-Foto /28 oben: dpa/dpa-Zentralbild | Klaus-Dietmar Gabbert /28 unten: dpa | Klaus-Dietmar Gabbert /36: dpa | Christian Charisius /38 (Karikatur): dieKLEINERT | Kostas Koufogiorgos /42 (Karikatur): dieKLEINERT | Kostas Koufogiorgos /45: Global Travel Images | Global Travel Images /50: Bildagentur-online/Schoening | Bildagentur-online/Schoening /65: dpa/dpa Pool | Jens Büttner /67 (Karikatur): dieKLEINERT | Martin Erl /73 (Collage oben) links: AA | Zakir Hossain Chowdhury /oben rechts: Franz Pfluegl/Shotshop | Franz Pfluegl /Mitte: dpa | Christoph Gateau /73 (Collage unten) links oben: ASSOCIATED PRESS | NATACHA PISARENKO /links unten: AA | Jefri Tarigan

Andere Bildnachweise: 66: FUNKE Foto Services/Socrates Tassos /73 (Collage unten) rechts oben: Kitty Kleist-Heinrich/Der Tagesspiegel

Die Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Petra Böhnke ist Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziologie sozialen Wandels am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. Sie lehrt und forscht im Bereich Sozialstrukturanalyse und soziale Ungleichheiten zu den Themen Armut und soziale Integration, soziale Mobilität, Sozialkapital und Lebensqualität. Kontakt: petra.boehnke@uni-hamburg.de

Prof. Dr. Johannes Giesecke ist Leiter des Lehrbereichs Empirische Sozialforschung am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen soziale Ungleichheit, Arbeitsmarktsoziologie, Migrations- und Integrationsforschung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung. Kontakt: johannes.giesecke@hu-berlin.de

Prof. Dr. Olaf Groh-Samberg ist Professor für Soziologie an der Universität Bremen und leitet dort die Arbeitsgruppe „Soziale, kulturelle und ökonomische Ungleichheiten“ am SOCIMUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik. Zudem ist er Sprecher des „Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (FGZ). Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Ungleichheitsforschung, insbesondere Armut und Reichtum, Bildungsungleichheit, soziale Mobilität und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Kontakt: ogrohsamberg@uni-bremen.de

Prof. Dr. Corinna Kleinert ist stellvertretende Direktorin des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe (LifBi) und Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt längsschnittliche Bildungsforschung an der Universität Bamberg. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit sozialen Ungleichheiten in Bildungs- und Erwerbsverläufen sowie mit den Übergängen Jugendlicher zwischen Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt. Kontakt: corinna.kleinert@lifbi.de

Prof. Dr. Dirk Konietzka ist Leiter des Lehrstuhls für Soziologie mit den Schwerpunkten Sozialstrukturanalyse und empirische Forschung am Institut für Soziologie der TU Braunschweig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen soziale Ungleichheit, Lebensverlaufsforchung und sozialer Wandel.

Kontakt: d.konietzka@tu-braunschweig.de

Prof. Dr. Kathrin Leuze ist Professorin für „Methoden der empirischen Sozialforschung und Sozialstrukturanalyse“ am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. In Ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit Geschlechterungleichheiten im Bereich Hochschulbildung, Arbeitsmarkt und Berufen sowie Eigentumsungleichheiten in Paarbeziehungen. Kontakt: kathrin.leuze@uni-jena.de

Prof. Dr. Reinhard Pollak ist Leiter der Abteilung „Data and Research on Society“ am GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften und Professor für Soziologie an der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen insbesondere Analysen zu Bildungsungleichheiten und zu unterschiedlichen Auf- und Abstiegschancen in der Gesellschaft. Darüber hinaus forscht er zur Digitalisierung der Arbeitswelten und zu Methoden der Umfrageforschung.

Kontakt: reinhard.pollak@gesis.org

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309,
Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Laura Gerken (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Robin Siebert,
Christine Eckes (Volontärin)

Gutachten:

Prof. Dr. Nicole Burzan, seit 2007 Professor für Soziologie sowie seit Oktober 2020 Dekanin der Fakultät Sozialwissenschaften der Technischen Universität Dortmund; Prof. Dr. Gunnar Otte, Professor für Sozialstrukturanalyse am Institut für Soziologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Titelbild:

Getty Images / Eoneren

Umschlagrückseite:

Synchronschwimmer GmbH, Frankfurt am Main;
unter Verwendung von Getty Images/Dgwildlife

Gesamtgestaltung:

Synchronschwimmer GmbH, Frankfurt am Main

Druck:

Druckhaus Kaufmann GmbH, 77933 Lahr

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich
ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 400.000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

April 2023
Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax.: 03 82 04/66-273 oder
www.bpb.de/izpb

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnement-modalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0
Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.





**Pssst! Schon
gehört?**



Der neue Timer 2023/2024 ist da!

Der Notizkalender der Bundeszentrale für politische Bildung bietet Wissenswertes aus aller Welt, Infos zu historischen Ereignissen und Fakten zum neuen Timer-Thema „Lärm“ sowie hilfreiche Tipps für Schule, Ausbildung und Studium.

Einfach bestellen auf → bpb.de/timer



Bundeszentrale für
politische Bildung